M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 131 Februar 1986 DM 5,00

In eigener Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
mancher/n von Ihnen wird es schon aufgefallen sein: auf dieses Heft wurde die Adresse nicht mehr mit einer Adreßiermaschine gedruckt, sondern wir haben von einer EDV-Anlage erstellte Adreßaufkleber verwendet.

Über viele Jahre hinweg führten wir haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen des iz3w intensive Diskussionen darüber, wie wir die ständig zunehmende **Verwaltungsarbeit** (z.B. Verschickung der „blätter", Rechnungsverschickung, Überwachung der Zahlungseingänge, Mahnungen etc.) vereinfachen könnten. Hintergrund dieser Überlegungen war die immer weitere Verdrängung von inhaltlicher Arbeit durch eintönige Verwaltungsarbeit, sowie

- der in den letzten Jahren etwas abbröckelnde Stamm an ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen, die solche Tätigkeiten (neben ihrer inhaltlichen Mitarbeit) als kostenlose Arbeitskräfte bewältigten,
- die zunehmende Frustration unserer hauptamtlichen Mitarbeiter/innen durch zeitaufwendigen Formalkram
- unsere knappe „Personaldecke": die Einstellung eines/r weiteren hauptamtlichen Mitarbeiters/in auf Dauer übersteigt trotz niedriger Gehälter bei weitem unsere finanziellen Möglichkeiten (mit dem für die Einführung der EDV notwendigen einmaligen Finanzaufwand hätten wir etwa ein halbes Jahr lang eine/n hauptamtliche/n Mitarbeiter/in bezahlen können).

Dies alles hat uns im letzten Jahr nach langen und intensiven Diskussionen zu dem Entschluß geführt, einen PC (Personal Computer) anzuschaffen. Gleichzeitig haben wir entschieden, daß niemand entlassen und keine Stelle gestrichen wird. Auch muß bei uns niemand den ganzen Tag am Bildschirm arbeiten.

Da wir aber unsere (Ihre) Adressen auf keinen Fall in fremde Hände geben wollten, kam die Auslagerung der Verwaltungsarbeit in ein Dienstleistungsunternehmen von vornherein nicht in Frage.

Wir hoffen nun

- daß Sie es uns nicht übelnehmen, wenn manches Papier in Zukunft von einem Computer bedruckt ist (was ja zugegeben etwas unpersönlicher wirkt). Jede/r Abonennt/in bekommt nun eine Abo-Nummer. Diese Nummer geben Sie in Zukunft bei Rückfragen, Zahlungen etc. bitte immer an!
- daß wir nach einem ersten Jahr mit vielen Umstellungsschwierigkeiten tatsächlich bessere und mehr inhaltliche Arbeit leisten und dadurch die Qualität der „blätter" verbessern können.
- daß Sie es uns nachsehen, wenn anfangs etwas mal nicht so richtig klappt.

An Gruppen mit ähnlichen Problemstellungen wie der unseren geben wir unsere EDV-Erfahrungen gerne weiter.

iz3w-Computergruppe





Inhalt:



Ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende?

Politische Entwicklungen in Afrika voraussagen zu wollen ist stets problematisch, nicht selten sogar völlig unmöglich. Daß aber auch diese Regel ihre Ausnahmen kennt, zeigen die jüngsten Ereignisse in Uganda. Der Vormarsch der NRA („National Resistance Army") Yoweri Musevenis auf Kampala und der Zusammenbruch der Militärherrschaft des Obote-Nachfolgers Tito Okello — im Sommer 1985 selbst erst durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen — war schon seit längerem abzusehen, spätestens aber seit dem 17.12.85, jenem Tag, an dem die gegnerischen Parteien ein Friedens- und Koalitionsabkommen geschlossen hatten. Das klingt paradox, ist es aber keineswegs. Trotz langer Verhandlungen und intensiver Vermittlungsdienste des kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi barg das Vertragswerk soviel politischen Zündstoff in sich, daß es von Anfang an nicht das sprichwörtliche Papier wert war, auf dem es geschrieben stand. Vor allem sein Kernstück — die Bildung einer gemeinsamen Regierung sowie der Aufbau einer neuen Armee — zeigt das deutlich.

Vorgesehen war, daß Okello weiterhin Regierungschef bleiben und Museveni sein Stellvertreter werden sollte, während der politische Arm der NRA, die NRM („National Resistance Movement"), im herrschenden Militärrat eine Sperrminorität erhalten sollte. Hätte die NRA sich tatsächlich an diese Abmachung gehalten, hätte sie damit als politische Nummer Eins einen Mann akzeptieren müssen, der in ihren Augen um keinen Deut besser ist als der ihr verhaßte und seit seinem zweiten Regierungsantritt Ende 1980 vehement bekämpfte Obote. Als langjähriger Armeechef war Okello nicht nur eine der zentralen Figuren des Oboteregimes, sondern vor allem einer der (zumindest formal) Hauptverantwortlichen für die Greueltaten der Armee. Zwar hatte er zusammen mit seinem Namensvetter, General Basilio Okello — nebenbei gesagt auch er ein Erfüllungsgehilfe des alten Regimes — im Sommer 1985 Obote schließlich gestürzt, doch dürften seine Motive eher in regimeinternen Machtkämpfen als in dem Wunsch nach politischer Erneuerung zu suchen sein. Ein Führungsgespann Tito Okello — Yoweri Museveni wäre in der Praxis also nie möglich gewesen, umso weniger, als die NRA stets gefordert hatte, daß sich die früheren Vertrauten Obotes in jedem Fall vor Gericht zu verantworten hätten.

Der andere wunde Punkt des Dezember-Abkommens war der Aufbau der zukünftigen gemeinsamen Armee. Es war ausgehandelt worden, daß beide Seiten ihre Truppen weitgehend demobilisieren und die verbleibenden Restbestände von jeweils etwa 3000 Mann in einer neuen „nationalen" Armee integrieren sollten. Was die NRA betrifft, so hätte es hier keinerlei Probleme gegeben. Ihre Soldaten gelten als außergewöhnlich diszipliniert, eine Rückkehr ins Zivilleben wäre ihnen mit Sicherheit nicht schwer gefallen. Anders verhält es sich mit den Regierungs„truppen", stellen sie in Wirklichkeit doch nichts anders dar als ein Nebeneinander von marodierenden Banden ohne jegliche Disziplin und ohne ein effektives Oberkommando. Allein der Versuch, diesen zusammengewürfelten, seit Jahren

von Plünderung und Raub lebenden Haufen zu entwaffnen und nach „Hause" zu schicken, wäre daher zum Scheitern verurteilt und würde allenfalls dazu führen, ihnen auch noch die letzten Hemmungen zu nehmen.

Eine tatsächliche Durchführung der vereinbarten Demobilisierung hätte für die NRA also bedeutet, sich einseitig aus der Deckung zu begeben und die bereits eroberten und verwalteten Gebiete der Regierungs-Soldateska zu überlassen.

Das Abkommen vom 17. Dezember 85 war damit im Grunde wertlos, bevor es unterzeichnet war. Daß es dennoch zustande kam, hat, abgesehen vom Drängen des kenianischen Präsidenten Moi, vor allem taktische Gründe: während die NRA eine Gelegenheit suchte, sich der Öffentlichkeit als konziliante und verantwortungsbewußte politische Kraft zu präsentieren, kam es der Regierung, die Ende 1985 militärisch bereits dermaßen am Ende war, daß sie auf ehemalige Amin-Soldaten zurückgreifen mußte, darauf an, Zeit zu gewinnen. Alleiniger Nutznießer des beiderseitigen Taktierens blieb freilich die NRA: Die Verhandlungen und der Vertragsabschluß brachten ihr nicht nur eine erhebliche politische Aufwertung, sondern lieferten auch den Beweis, daß sich die Regierung in der Defensive befand. Der entscheidende militärische Schlag gegen sie konnte also gewagt werden.

Wie wird es weitergehen in Uganda? Yoweri Museveni, der neue „starke Mann" des Landes — mit 41 Jahren übrigens noch relativ jung — läßt sich politisch nicht ohne weiteres einordnen. Unter der ersten Regierung Obotes aktiv in der Studentenpolitik, ging er nach der Machtübernahme Idi Amins ins mosambikanische Exil, wo er an der Seite der FRELIMO am Befreiungskampf gegen die Portugiesen teilnahm. Aus dieser Zeit stammt zweifellos sein später unter Beweis gestelltes Geschick als Guerillaführer, ebenfalls das ihm von westlichen Medien angeheftete Etikett eines „Marxisten", ja sogar „Maoisten". Später gründete er in Tansania eine bewaffnete Exilgruppe, die FRONASA, an deren Spitze er 1979 gemeinsam mit der tansanischen Armee nach Uganda zurückkehrte. Nachdem er an jeder der drei folgenden Übergangsregierungen beteiligt gewesen war, verließ er nach Obotes erschwindeltem Wahlsieg vom Dezember '980 die offizielle politische Bühne und ging als dessen erbitterter Gegner in den Busch. Hier gelang es ihm, eine für ugandische Verhältnisse ungewöhnlich disziplinierte Guerillaarmee aufzubauen — eben die NRA — und, ausgehend von seiner im Südwesten gelegenen Heimatregion, allmählich weite Teile des Landes unter seine Kontrolle zu bringen.

Musevenis persönliche Integrität ist unbestritten. Dafür spricht die Einfachheit seines Auftretens und seines Lebensstils, mehr noch das Engagement, mit dem er sich darum bemüht, in den von der NRA kontrollierten Gebieten, die durch Regierungssoldaten schwer verwüstet worden waren, wieder einigermaßen menschenwürdige Bedingungen zu schaffen. Gleichwohl bleibt sein politisches Profil nach wie vor unscharf. Das wurde nicht zuletzt bei einer von der deutsch-ugandischen Menschenrechtsgruppe Anfang Dezember 1985 in Bonn organisierten Veranstaltung deutlich, zu der Museveni extra aus Nairobi eingeflogen worden war. Statt den erwartungsvollen Zuhörern nun seine Vorstellungen bezüglich der Zukunft Ugandas darzulegen, hielt er in der Art und Weise eines trockenen Schulmeisters einen langatmigen Vortrag über Geschichte und Geographie des schwarzen Kontinents. Für das politische Programm blieben knappe zehn Minuten, angefüllt mit Allgemeinplätzen, wie sie heutzutage praktisch von jedem afrikanischen Politiker zu hören sind: nationale Unabhängigkeit, nationale Einheit, Errichtung einer „mixed economy", Kampf dem Tribalismus und der Korruption, Demokratie für das ganze Volk und so weiter und so fort. Ehrenwerte Forderungen, sicher, aber wie sie durchsetzen? Dazu kein Wort. Das einzige, was aus Musevenis Äußerungen einigermaßen klar hervorging, war, daß die NRA nicht viel von politischen Parteien hält und daß mit Wahlen in nächster Zukunft nicht zu rechnen ist. Es wird mit großer Wahrscheinlichkeit das für Afrika typische Einparteiensystem sein, auf das Uganda einmal mehr zusteuert, ein Einparteiensystem, an dessen Spitze natürlich Yoweri Museveni stehen wird.

Nun ist eine solche Entwicklung angesichts der ugandischen Verhältnisse nicht unbedingt von vornherein negativ zu bewerten. Den Menschen dieses seit Jahren von Terror und Bürgerkrieg heimgesuchten Landes dürfte es inzwischen herzlich egal sein, mit welcher Ideologie und welchen politischen Institutionen sich das neue Regime schmückt, wenn es nur ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert und die vollkommen am Boden liegende Wirtschaft wenigstens halbwegs in Schwung bringt. Leider ist aber nicht auszuschließen, daß selbst diese bescheidenen Erwartungen schon zu hoch liegen, auch wenn das betont disziplinierte Auftreten der NRA zu Hoffnungen Anlaß gibt.

Gefahr droht jedoch von der gestürzten Regierung. Auch wenn Tito Okello von Schalthebeln der Macht vertrieben ist, so stellen er und die Reste seiner geschlagenen Armee noch immer eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar. Der endgültige militärische Sieg der NRA dürfte derzeit zwar nur noch eineFrage der Zeit sein, doch wer wollte Okello daran hindern, sich in den Norden zurückzuziehen — in die Region, aus der er und die meisten seiner Soldaten stammen — und dort seinerseits eine „Guerilla"-Armee aufzubauen? Daß er Museveni damit ernsthaft gefährden könnte, ist im Augenblick zwar nicht gut vorstellbar, da sich der wirtschaftlich bedeutendere südliche Teil des Landes im Kontrollbereich der NRA befindet, doch in Schwierigkeiten bringen könnte er die neue Regierung in Kampala durch gezielte Guerilla- und Sabotageaktionen allemal. Und wo es hinführt, wenn sich eine afrikanische — und besonders ugandische — Regierung von „Terroristen" bedroht fühlt, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Die Bevölkerung des Nordens jedenfalls müßte sich in einem solchen Fall auf eine schwere Zeit gefaßt machen, gleich ob sie Okello mehrheitlich unterstützen würde oder nicht. Der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt hat in Uganda gute Chancen, sich auch in Zukunft weiterdrehen zu können.

fbt

Berichtigung:
Der Autor des Themenblockartikels in unserer Nr. 130 „Mikroelektronik und Dritte Welt" hieß nicht Hans Sens, sondern Hans Seus. Wir bitten um Entschuldigung.

Khomeinis Nachfolger und die inneren Widersprüche des Iran

Am Freitag, den 22. November 1985 erklärte Hodjatoleslam Barikbin, Mitglied des Expertenrates („Madjles-e Khebregan") der Islamischen Republik während einer Predigt in der iranischen Stadt Ghaswin, Großajatollah Hossein-Ali Montaseri sei nach längeren Diskussionen im „Expertenrat" auf Beschluß der Mehrheit der Ratsmitglieder als Nachfolger des 85jährigen Ajatollah Khomeini bestimmt worden. Der verfassungsmäßigen Doktrin der Islamischen Republik „welajat-e faghih" (Statthalterschaft der islamischen Rechtsgelehrten) zufolge, steht Ajatollah Ruhollah Khomeini, als „Führer" an der Spitze des theokratischen Staates. Nach seinem Tod soll nun Großajatollah Hossein Ali Montaseri seine Position einnehmen.



Khomeini-Nachfolger Montaseri

Die Bestimmung von Khomeinis Nachfolger war seit der Wahl und der Konstituierung des Expertenrates im Jahre 1982 eine der heikelsten Fragen gewesen, die dieser zu lösen hatte. Verfassungsmäßig möglich wäre auch die Wahl eines drei bis fünfköpfigen Rates von Geistlichen gewesen („schoraje foghaha"), der die Aufgaben des Führers („wali-e faghih") übernehmen könnte. Eine Reihe von Mitgliedern des Expertenrates hatten bis Anfang November in den Diskussionen, die hinter verschlossenen Türen stattfanden, die letztere Möglichkeit befürwortet.

Ajatollah Khomeini, der sich bislang aus den Diskussionen um seine Nachfolgerschaft zurückgehalten hatte, äußerte Mitte November zum ersten Mal ausdrücklich seine eigene Meinung, die als Befehl aufgefaßt wurde: Montaseri müsse als sein Nachfolger bestimmt werden.

Die Nachricht von der Bestimmung Montaseris wurde selbst von den regimekontrollierten Massenmedien der Islamischen Republik mit großer Verzögerung verbreitet. Radio Teheran beispielsweise sendete zum ersten Mal am 25. November, also drei Tage nach der Bekanntmachung in Ghaswin, die erste Stellungnahme zu diesem wichtigen Ereignis im politischen Leben des Landes.

Kurz darauf gab der Präsident des Islamischen Parlaments und Vizepräsident des Expertenrates Ali Akbar Haschemi Rafsandjani folgendes Statement gegenüber dem Rundfunk ab:

„...Wir hoffen natürlich, daß der Führer (Khomeini — d. Verf.) bis zur Erscheinung des zwölften Imam gesund weiterlebt und wir tatsächlich keinen Nachfolger für ihn brauchen."(!)

Zum besseren Verständnis:
Nach Auffassung der zwölferschiitischen Moslems wurde der letzte der zwölf Imame — der rechtmäßige Nachfolger des Propheten Mohammad — im 9. Jahrhundert im Alter von acht Jahren der Erde entrückt und lebt seitdem im Verborgenen fort, um am Ende der Zeiten als Welterlöser zu erscheinen. Khomeni betrachtet sich derzeit als Stellvertreter des Verborgenen...

Falls also bis zur Erlösung der Welt dem 85jährigen Greis Khomeini etwas Unglückliches zustoßen sollte (!) — so Rafsandjani — dürfte in der Führungsposition keine Lücke entstehen. Rafsandjani weiter:

„...Wir hatten aber nicht geplant die Bestimmung Herrn Montaseris nach aussen hin bekannt zugeben." Da die Nachricht aber nun doch bekanntgeworden sei, wäre international eine Pressekampagne um die „Nachfolgerschaft" gestartet worden...

War also die Bekanntmachung Barikbins in Ghaswin, am 22. November 1985 ein Versehen? Was war die Ursache der lang anhaltenden Diskussionen im Expertenrat? Ist alles auf etwaige Flügel- und Fraktionskämpfe innerhalb des theokratischen Staates zurückzuführen? Wer kämpft dort gegen wen?...

Sich über die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise des Regimes[1] bewußt, sagte der Abgeordnete Hedjasi im Kreise von Parlamentsmitglieder, im selben Monat November 1985:

„...Die Entscheidung mußte schnell fallen und bekannt werden. Unser Land befindet sich in einer Situation, die durch den Tod Ajatollah Khomeinis in bürgerkriegsähnliche Zustände verfallen wird. Ich gehe noch weiter und sage, ein Bürgerkrieg im Iran wird weitaus furchtbarer und verheerender als im Libanon werden."

Tatsächlich fungiert Ajatollah Khomeini heute wie eine Klammer, die die verschiedenen, sich verfeindeten Teile des oberen Staatsapparates zusammenhält.

„Die Präsenz, Ajatollah Khomeinis", so der Abgeordnete Hedjasi, „schützt das Land vor einem endgültigen Zerfall ... sonst bleibt kein Stein auf dem anderen heften."

Derzeit haben sich in der Spitze des Staatsapparates zwei Strömungen herausgebildet, die grob als „Radikale-Fundamentalisten" und „Zentristen" bezeichnet werden. (Die Bezeichnungen sind ungenau, sie haben sich aber in der bürgerli-

chen Presse durchgesetzt).

Die Radikalen, zu denen der Staatspräsident Khamene'i und ein Großteil der Mitglieder der irregulären Streitkräfte der Islamischen Republik („Pasdaran“: Armee der Rächer der islamischen Revolution) gehören, befürworten eine stärkere staatliche Kontrolle auf die Wirtschaft. Außenpolitisch sind sie stärker „antiwestlich und pflegen Kontakte mit fundamentalistischen Gruppierungen, wie die Organisation „Islamischer Heiliger Krieg“ („Djahad-e Eslami“ und Hesbollah im Libanon, u.ä. Letztere machten durch Terroranschläge auf amerikanische Zivilisten, Geschäftsleute, Botschaftsangehörige und Militärs im Libanon, seit September 1985 auch durch die Entführung von vier sowjetischen Diplomaten in Beirut Schlagzeilen in der Weltpresse...

Die „Zentristen“ sind stärker gegen eine Einmischung des Staates in die Ökonomie. Mit milderen Positionen gegenüber dem Westen und einer gewissen Bereitschaft zur Versöhnung auf diplomatischen und wirtschaftlichen Ebenen, sind sie strikt antikommunistisch...

Im Hinblick auf seine zentristische Neigung, wurde Ajatollah Montaseris Bestimmung als Khomeinis Nachfolger, von der westlichen Presse mit Freude aufgenommen:

Die britische Zeitung „Guardian“ drückte ihre „Hochachtung für Ajatollah Montaseri, als ein realistisch denkend und handelnder Geistlicher“ aus. Ebenso würdigte das kapitalfreundliche „The Wall Street Journal“ Montaseris Bestimmung.

Gegen diese Bestimmung verlauteten in den vergangenen Wochen Stimmen aus Kreisen der iranischen, zwölfschiitischen Geistlichkeit. Hohe Würdenträger haben ihn bisher nicht als eine kompetente religiöse Instanz anerkannt und werden voraussichtlich auch seine Position der Spitze des theokratischen Staates, seine Autorität nicht anerkennen. Selbst Ajatollah Khomeini nennt Montaseri nicht Ajatollah, oder gar Großajatollah. Bis zum letzten Jahr hatte er noch nicht einmal eine Dissertation, die jeder „hochwürdige“ Mullah veröffentlicht haben muß, geschrieben. Im Jahre 1984 publizierte er eine solche Arbeit, die eindeutig größtenteils aus Khomeinis Dissertation abgeschrieben worden war.

In den islamischen Zentren von Ghom, Maschhad und Isfahan wurden im Laufe des Dezember 1985 Flugblätter von hohen Würdenträgern verteilt, die gegen die Bestimmung Montaseris protestierten. In Ghom kam es nach einer Stellungnahme eines erzkonservativen Ajatollah zu einer Protestdemonstration in einer Heiligen Grabstätte, schließlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit fanatischen Khomeini-Anhängern.

Diese Anti-Montaseri-Demonstrationen werden hinter den Kulissen von seinem Gegner, Staatspräsident Khamene'i unterstützt.

Die Fraktion der Pragmatiker (Zentristen) unter Parlamentspräsident Rafsandjani organisierte dagegen Kampfdemonstrationen für Montaseri, die Ende Dezember in Teheran und in anderen größeren Städten des Landes stattfanden.

Offenbar auf Veranlassung Rafsandjanis verfaßten 200 Parlamentsabgeordnete einen Brief, der an die Adresse Khomeinis gerichtet war, in dem sie die Bestimmung Montaseris „begrüßten“. Der Brief mußte in allen legal erscheinenden Presseorganen abgedruckt werden.

Ende September schrieb eine „Gruppe“ von Parlamentsabgeordneten einen geheimen Brief an Staatspräsident Khamene'i; der Brief war nicht namentlich unterzeichnet. Dessen Inhalt zeigt, daß er von erbitterten Gegnern Khamene'is geschrieben worden ist. Darin machen diese Gegner Vorwürfe und Enthüllungen, die zwar unvollständig sind, aber doch ein schwaches Licht auf die reale Situation im Land werfen. Im Folgenden einige Passagen aus dem Brief — ohne Kommentar:

„...Nach der Revolution wurden günstige Chancen zur Festigung der Eigenständigkeit des Landes durch die Regierungen vertan ... Zur Zeit hat das Land keine feste Einnahmequelle, insbesondere keine festen Deviseneinnahmequellen mehr und steht am Rande eines wirtschaftlichen Niedergangs. Das Kabinett ist heterogen, unschlüssig und unfähig. Die Ministerien sind politische Machtzentren, die gegeneinander ausgespielt werden und in ihrem eigentlichen Bereich inkompetent sind ... Korruption wütet im gesamten Staatsapparat. Der Staatspräsident verfügt offenbar über uneingeschränkte Möglichkeiten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ministerien, insbesondere in die Angelegenheiten des Erdölministeriums und des Außenministeriums...“

Die Verfasser des Briefes machen weiter sogar aus „andauernden und wiederholten Grün-Licht-Zeichen an die West-



Straßenszene in Teheran

Khomeini versuchte über längere Zeit eine Zwischenposition zu beziehen und sich aus den Flügelkämpfen herauszuhalten — Montaseri ist nun gezwungen zugunsten einer der beiden Tendenzen Partei zu ergreifen: Wahrscheinlich für die Zentristen.

Montaseri hat bisher sogar öfter ausdrücklich zugunsten von Mehdi Basargan und seiner Freiheitsbewegung — die einzig reformistische und liberal-bürgerliche Opposition in Iran — Stellung genommen.

Die pragmatische Gruppe der Zentristen wird gegenüber dem Staatspräsidenten Khamene'i, und damit den Radikalen, die Unterstützung Großajatollah Montaseris genießen.

mächte, vor allem an die USA, Frankreich und Großbritannien durch die Regierung" Vorwürfe gegen den Staatspräsidenten Khamene'i. Mit Wissen Khamene'is seien an Funktionäre des Erdölministeriums von ausländischen Konzernen Bestechungsgelder, deren Summen in Einzelfällen Beträge wie 50 Millionen Dollar überschritten, ausgezahlt worden. Millionen würden in dunklen Waffengeschäften mit Geschäftspartnern, die den Staatsdoktrinen der Islamischen Republik zufolge Feinde des Regimes seien, verschwendet...

Die Veröffentlichung des geheimen Briefes der Parlamentarier durch Xerox, Fotokopie, etc., also auf halblegalem Weg, in bestimmten politischen Kreisen bedeutet eine wichtige Wende in den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen verfeindeten Flügeln und Fraktionen des Regimes. Sie sind augenscheinlich dazu übergegangen, durch Propagandamaterialien in der Bevölkerung Sympathisanten zu sammeln und Kräfte für sich zu mobilisieren.

Khomeini hatte einst vor solch einer Entwicklung gewarnt: „...Ihr müßt einheitlich in euren Worten sein, sonst werden wir und mit uns der Islam scheitern!" Daß sein Nachfolger Montaseri scheitern wird, ist sehr wahrscheinlich. Man muß der Position der Zeitung Al' Arab zustimmen, die feststellte: „...Montaseri wird früher oder später Opfer des Chaos und der internen Auseinandersetzungen des Regimes werden. Er ist nicht der Typ, der sich zwischen Staatspräsident Khamene'i und Parlamentspräsident Rafsandjani stellen und eine Autorität darstellen könnte..."

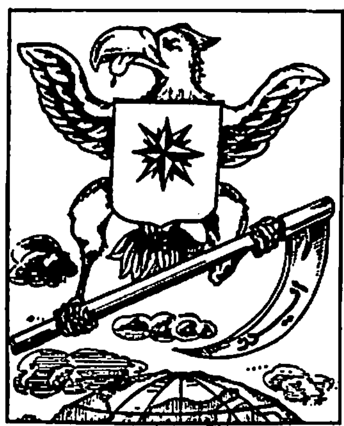
Im Volksmund wird Montaseri aufgrund seines clownhaften Verhaltens als Hofnarr Khomeinis, als eine Marionette bezeichnet.

Eine linke Organisation wurde vor einiger Zeit noch deutlicher: Konzentration der Idiotie, nannte sie ihn.

Nima Mina

Anmerkungen:

1. Die Inflationsrate beträgt im heutigen Iran 40%, die Arbeitslosenzahl über fünf Millionen, das landwirtschaftliche und industrielle Wachstum sind negativ und der Haushalt weist ein Defizit von 50% auf. Durch den Umlauf von ungedeckten Geldscheinen vermindert sich die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Knappheit an Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern hat zur Entstehung eines gigantischen Schwarzmarktes geführt, an dem Staatsfunktionäre, bis hin zu Kabinettsmitglieder verdienen.



Die Iranische Zeitung „Abrar" veröffentlichte kürzlich eine Karikatur, in der der amerikanische Adler mit einer AIDS-Sichel bedroht.

Hossein-Ali Montaseri: ein Portrait

Hossein-Ali Montaseri, der designierte Nachfolger des Ajatollah Ruhollah Khomeini in Iran und künftiger Führer des theokratischen Regimes der Islamischen Republik wurde im Jahre 1926 in Nadjaf-Abad, bei Isfahan geboren. Sein Vater, ein einfacher Bauer schickte ihn als Schüler in die islamischen Zirkeln von Ghom, wo er seine Ausbildung zum Geistlichen begann.

Mit 22 Jahren lernte er Ruhollah Khomeini kennen und studierte anschließend bei ihm Philosophie. 1949 heiratete Montaseri Khomeinis Schwester.

Im Juni 1963, als Khomeini innerhalb einer Protestbewegung gegen das Schah-Regime lautstark das Wort ergriff und sich damit profilierte, vertrat ihn Montaseri bei Predigten in Isfahaner Moscheen.

Nach Khomeinis Überführung ins Exil wurden Montaseri mehrmals vom Geheimdienst des Schah verhaftet und im Gefängnis mißhandelt.

Während der revolutionären Bewegung in den Jahren 1978 und 1979 reiste Montaseri nach Paris zu Ajatollah Khomeini und wurde von ihm als Vorsitzender des Revolutionsrates eingesetzt. Mit Khomeini zusammen kehrte er in den Iran zurück und erhielt das Amt des Vorsitzenden des islamischen Zentrums der Stadt Ghom und des ersten Predigers.

Im Laufe der vergangenen Jahre waren seine Bilder in allen Behörden und Betrieben, in Rundfunk- und Fernsehsendungen und an öffentlichen Plätzen immer neben des Portraits von Khomeinis zu sehen und zu hören. Khomeinis hatte zudem einen Teil seiner Kompetenzen an ihn übertragen; dazu gehörte auch die Bestimmung der Mitglieder des Obersten Justizrates.

Seine Bestimmung als Khomeinis Nachfolger stieß in Kreisen der religiösen Würdenträger auf heftige Proteste. Er stünde in der Rangordnung der religiösen Würdenträger an vierter Stelle. Kompetenter und ranghöher als er seien mindestens zweihundert andere Würdenträger, die als „führender islamischer Würdenträger" (wali-e faghih) eingesetzt werden könnten.

Kommentar

Bundesverwaltungsgericht: Kein generelles Asylrecht für Tamilen

Am 3. Dezember 1985 hat der 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin in einer Grundsatzentscheidung tamilischen Asylbewerbern in der Bundesrepublik einen Anspruch auf Asyl abgesprochen.

Im Gegensatz zu der bisherigen Rechtsprechung von Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten sind die Bundesrichter der Auffassung, daß Tamilen in Sri Lanka nicht aufgrund ihrer Rasse und Zugehörigkeit zur tamilischen Volksgruppe verfolgt werden. Obwohl neutrale Beobachter und sogar die deutsche Botschaft in Colombo berichtet haben, daß gerade die sog. Sicherheitskräfte (Armee, Marine und Polizei), die ausschließlich aus Angehörigen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit rekrutiert werden, Terrorakte und Massaker an Tamilen verüben, finden die Bundesrichter nur beschönigende Worte für die (laut einem amerikanischen Nachrichtenmagazin) „undisziplinierteste Armee der Welt". Der sri lankische Staat sei bemüht, Pogrome an Tamilen zu verhindern. Und falls es einzelne Übergriffe der Soldaten gegen Tamilen gegeben habe, so seien diese nicht gegen eine Volksgruppe gerichtet, sondern einzelne Racheakte in einer bürgerkriegsähnlichen Situation gewesen. Im Übrigen, so die Richter, „könne kein Staat einen lückenlosen Schutz seiner Bürger gewährleisten".

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die der grausamen Wirklichkeit in Sri Lanka Hohn spricht, entspricht den Wünschen konservativer Politiker, die das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl am liebsten sofort abschaffen möchten. So wird das Recht auf Asyl nicht per Gesetz, sondern durch eine beliebige Grundsatzentscheidung außer Kraft gesetzt.

Für die über 10.000 tamilischen Asylbewerber in der BRD bedeutet diese Entscheidung, daß jeder von ihnen ein „persönliches Verfolgungsschicksal" nachweisen muß, um als Asylant anerkannt zu werden. Dies wird aber für die meisten Tamilen fast unmöglich sein, da sie nicht als Einzelperson, sondern als Angehörige der tamilischen Volksgruppe verfolgt werden und vorher natürlich nicht wissen können, ob sie verhaftet oder gar getötet werden.

Wahrscheinlich hätten die Bundesrichter auch von den Juden den Nachweis einer persönlichen Verfolgung abverlangt, hätten diese um Asyl nach bundesdeutschen Gesetzen nachgesucht! So ist der Tod der beste Nachweis für die Verfolgung, wie die Stuttgarter Zeitung jüngst zu dem Urteil feststellte.

Raili Salmela

Die Wahlen in Peru 1985

Wir veröffentlichen diese Einschätzung der Wahlergebnisse vom Frühjahr 1985, obwohl die Wahlen schon sehr lange zurückliegen. Sie ergaben einen Erdrutsch zugunsten der Oppositionsparteien, die bisherige konservative Regierungspartei ging fast völlig unter. (Red.)

Es stand vorher schon so gut wie fest, daß die APRA (Alianza popular revolucionaria americana) unter Führung des jung-dynamischen Alán Garcia die Parlamentswahlen vom April 1985 gewinnen würde. Dennoch war das Wahlergebnis eine Überraschung. Die Mehrheit der Kommentatoren hatte mit einem Kopf an Kopf-Rennen der APRA und der IU (Izquierda Unida) gerechnet. Doch die APRA überrolte ihre rechten und linken Konkurrenten mit 45% der Stimmen, während das linke Parteien-Bündnis IU mit 21%, die CODE (Convergencia democratia) mit 10% und die bisherige Regierungspartei AP (Acción popular) mit 6% weit abgeschlagen blieben.

Nach diesem Ergebnis verzichtete die IU auf den gesetzlich vorgesehenen zweiten Wahlgang zur Bestimmung des Präsidenten. Die Gefahr, daß die APRA bei dieser Stichwahl noch über die absolute Mehrheit kommen und mit ihrer Hilfe noch alles durchsetzen könnte, war zu groß. (Zur Charakterisierung der Parteien: vgl. Kasten).

Zum Hintergrund des Wahlausgangs

Die Bilanz des bisherigen Präsidenten Belaunde sprach klar gegen ihn: 3500% Inflation, Abwertung des Sol gegenüber dem Dollar um 4000%, eine Lohnsenkung um 40—50% und 67% der Bevölkerung ohne festes Einkommen.

Der Produktionsrückgang in der Industrie liegt nach unterschiedlichen Angaben zwischen 25 und 30%, die jährliche Entlassungsrate betrug 3,4%. Im Mittelpunkt der Politik stand die endgültige Abschaffung der Reformreste aus der Velasco-Zeit. Dazu gehörte die Rückgabe vieler Ländereien an die Großgrundbesitzer und der Verkauf von Genossenschaftsaktien auf dem Kapitalmarkt. Viele staatliche Produktionsbetriebe wurden aufgelöst, darunter der gesamte Fischereisektor, Teile der Stahl- und metallverarbeitenden Industrie und die Vermarktungs- und Handelsgenossenschaften. Die Folge war eine bisher nicht dagewesene Massenverelendung.

Die grausige Bilanz der Repression waren mehr als 5000 Verschwundene, über 10000 Ermordete, Hunderte politischer Gefangener, Einführung und schrittweise Ausdehnung des Kriegsrechts auf sieben departamentos (unseren Bundesländern vergleichbar) und Institutionalisierung der Folter. Die Armee übernahm die bewährte „Strategie der Aufstandsbekämpfung aus Guatemala, die die Vernichtung von mit der Guerilla sympathisierenden Bauerngemeinden vorsieht, Bauern in „Wehrdörfer" und paramilitärische Verbände zwingt, Bauern gegen Bauern aufhetzt sowie Saat und Ernte verbietet, um die Guerilla auszuhungern. Die Armee bekam in allen Notstandsgebieten (Zonas de emergencia) die politische und militärische Macht, das Parlament hatte dort keine Befugnisse mehr.

Die Korruption hatte selbst für peruanische Verhältnisse ungekannte Ausmaße angenommen. Der Chefberater von Innenminister Luis Percovich beispielsweise war Boß eines der größten Kokainringe. Er beteiligte sich an allen Besprechungen der Polizei und des Innenministeriums zur Drogenbekämpfung und vertrat Peru auf der internationalen Antidrogenkonferenz der UNO in den USA.

In der CODE gaben die christlichen Populisten (PPC) den „bases Hayistas" die Schuld an der Wahlniederlage, da alle ihre Kandidaten weit weniger Stimmen

In der IU (Izquierda Unida, Vereinigte Linken) sind zusammengeschlossen:

- PCP — Partido Comunista Peruano (Peruanische Kommunistische Partei): Moskauorientiert
- PSR — Partido Socialista Revolucionario (Revolutionäre sozialistische Partei): Gebildet von Anhängern der „Ersten Phase der Peruanischen Revolution" unter General Velasco 1968.
- UNIR — Union de Izquierdas Revolucionarias (Vereinigung der Revolutionären Linken): kommt aus der maoistischen Bewegung. Eine Massenorganisation unter maßgeblicher Beteiligung der PC del P/ML, unabhängig.
- PC — del Partido Comunista del Peru/Patria Roja (Kommunistische Partei Perus/Rotes Vaterland): Kommt aus der maoistischen Bewegung, unabhängig, in UNIR und IU organisiert, marxistisch-leninistisch.
- PUM — Partido Unificado Mariateguista (Vereinigte Mariategui-Partei): Kommt aus der maoistischen Bewegung, marxistisch-leninistisch, unabhängig.

In der CODE (Convergencia Democratica, Demokratischer Zusammenschluß) sind zusammengeschlossen:

- PPC — Partido Popular Cristiano, (Christliche Volkspartei): Äußerste Rechte, Vertreter der Handels- und Großbourgeoisie
- BH — Bases Hayistas, (von der APRA abgespaltener faschistischer Flügel, benannt nach dem früheren APRA-Führer Haya de la Torre)
- AP — Acción Popular (Volksaktion): konservativ, stellte die letzte Regierung unter Belaunde und Terry

unabhängig davon gibt es die

- APRA — Alianza Popular Revolucionaria de America (Revolutionäre Volksallianz Amerikas): Populistisch-sozialdemokratisch



errangen als in der Zeit ihrer APRA-Zugehörigkeit bei vorangegangenen Wahlen.

Die IU legte in 17 departamentos zu, besonders in Arequipa, Apurimac, Huancavelica, Tacna und Moquegua, — alles Gebiete mit großer Minenarbeiter- und Bauernkonzentration. Der APRA ist es gelungen, in den städtischen Gebieten, vor allem in Lima, nicht nur die breiten Mittelschichten und Teile des verarmten Kleinbürgertums, sondern auch der Mehrheit der jugendlichen Erstwähler aus den pueblos jovenes zu gewinnen. Die Masse der Arbeiter, die kleinen Angestellten und die älteren Bewohner der Elendsviertel blieben bei der IU.

Die Sitzverteilung im Parlament sieht nun folgendermaßen aus: Von 180 Abgeordneten stellt die APRA 107, die IU 49. Von den 60 Senatoren stellt die APRA 32, die IU 16.

Die IU war für ihren Wahlkampf im Gegensatz zur APRA finanziell schlecht ausgestattet und hatte unter der Repression zu leiden. Weitere Erklärungen für ihr relativ schlechtes Abschneiden waren:

- Die Angst vieler Wähler vor stärkerer Repression der Armee oder einem Putsch nach einem Sieg der IU
- Die Ausstrahlung Garcias und seiner Klassenversöhnungsparolen („Ein Peru für alle") und
- Fehler in der Politik der IU-Bürgermeister und -Parlamentarier und ein Wahlkampf mit zu reformistischer Ausrichtung.

Die meisten Erklärungen sind zwar nicht falsch, aber zu oberflächlich. Dem Wahlkampf und der Wahlpropaganda wurden zu große Bedeutung beigemessen.

Außerdem hat es die IU versäumt, zur stärkeren Politisierung (etwa durch Zeitungen) der Arbeiter, Bauern und Bewohner der Elendsviertel beizutragen. Sie hat ihre Arbeit stattdessen zu stark am kommunalen und parlamentarischen Tagesgeschehen orientiert.

Nur die zur revolutionären Linken zählenden Bürgermeister und Abgeordneten des UNIR, PUM und der parteilosen IU-Bürgermeister von Cuzco, Daniel Estrada, haben die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen aufgefordert, Volksversammlungen, Streiks und Protestaktionen unterstützt.

Aus Angst, mit dem Sendero Luminoso identifiziert zu werden und um die Militärs nicht zu provozieren, schwieg die IU meist zu der brutalen Repression.

Die APRA hatte dagegen die Menschenrechtsverletzungen zu ihrem Thema gemacht und trat propagandistisch immer stärker für die Einhaltung dieser Rechte ein. Alán Garcia gab 1982 folgende Einschätzung ab: „Wir ... müssen uns von der Linken distanzieren und die breiten Massen, die sie unterstützen, mitreißen. ‚Sendero Luminoso' hat die Linke gebrochen..." (vgl. QUE HACER N° 21).

Viele Führer der IU wurden durch die Möglichkeiten der parlamentarischen Beteiligung (Wahlen, Parlaments- und Bürgermeisterposten) von ihrer radikalen Haltung abgebracht und reagierten kompromißbereit auf die Regierungspolitik.

Nationalistische Tendenzen in den linken Parteien gewannen durch die „Mitverwaltung" im Staat an Gewicht. Der Caudillismo (Führerkult) der linken Parteien und ihr sektiererisches Verhalten schwächen die Einheit und Durchsetzungsfähigkeit der Iu. Noch ist die Haltung der IU gegenüber der Regierungspolitik der APRA unklar: Während einige ihrer Führer Kooperationsbereichtschaft signalisiert haben, sprach sich zum Beispiel die UNIR klar gegen die Regierung Garcia aus: Es gehe nicht darum, die APRA in Fragen gemeinsamen Interesses zu unterstützen, sondern der revolutionären Linie des IU-Programmes zu folgen.



Protestierende Frauen

Die APRA an der Regierung

Seit ihrem Regierungsantritt haben Alán Garcia und sein neuer Premier (gleichzeitig Wirtschafts-, Finanz- und Handelsminister), Luis Alva Castro, eine Reihe von spektakulär klingenden Erklärungen abgegeben und einige ökonomische und politische Anordnungen getroffen:

- Der Kurs des Sol gegenüber dem Dollar wurde für 3 Monate eingefroren, ebenso die Preise für Grundnahrungsmittel.
- Die Zinsen wurden von 120% auf 30% gesenkt, um vor allem Kredite für Investitionen im Landwirtschaftsbereich und Industriesektor erschwinglich zu machen.
- Die staatliche Vermarktungsgesellschaft EPSA soll unter neuem Namen wieder flottgemacht werden.
- Nur 10% der Exporteinnahmen sollen für die Zahlung der Auslandsschulden verwendet werden (die Regierung Beláunde hatte zuletzt auch nur noch 11% der Exporteinnahmen für den Schuldendienst verwenden können!)
- Die Erdölverträge mit den Ölmultis Oxi, Belco und Oxi Brides wurden gekündigt, da sie nicht mit der Verfassung vereinbar waren. Die Multis sollen eine große Summe nichtentrichteter Steuern nachzahlen. Für die kürzlich enteignete Ölfirma wird Entschädigung gezahlt.

Im innenpolitischen Bereich zielen die ersten Maßnahmen auf die Eindämmung der Korruption und die Verbesserung der Menschenrechtssituation:

- Die Gerichtsprozesse sollen beschleunigt werden, da 75% der 21000 Gefangenen seit Jahren ohne Gerichtsurteil inhaftiert sind.
- Die Zustände in den Gefängnissen sollen überprüft werden.
- 26 korrupte Polizeigeneräle wurden in den Ruhestand versetzt, 3000 PIPs (Ermittlungsbeamte des Geheimdienstes) sollen entlassen werden, weil der Verdacht besteht, daß sie alle am Drogenhandel beteiligt waren.

Das alles hört sich zwar ganz gut an, läßt aber leicht vergessen, daß die APRA den Ausnahmezustand in den unter Militärverwaltung stehenden departamentos und Provinzen verlängert und damit de facto einen Freibrief für weitere Morde, Folterungen, Plünderungen und „Verschwindenlassen" gegeben hat.

Von Woche zu Woche wird immer

deutlicher, daß Propaganda und Realität auseinanderklaffen. Mehrere Massaker an Bauern fanden in den letzten Monaten statt, belegt durch Zeugenaussagen von Überlebenden und Funden von frischen Massengräbern. Nur in einem Fall ordnete Garcia eine Untersuchung an, ein Leutnant soll bestraft werden. Am 3. Oktober 1985 wurden in Lima mit brutalster Gewalt 20.000 Bewohner eines neu gegründeten Elendviertels unter Einsatz von Kavallerie und gepanzerten Fahrzeugen „abgeräumt". Die Hütten wurden niedergebrannt, mehrere Kinder und Erwachsene getötet und hunderte verletzt. Der Innenminister Abel Salinas erklärte die Aktion für rechtmäßig und warf der IU vor, die Leute aufgehetzt und bewaffnet zu haben. Einen Tag später fand ein Massaker im Gefängnis Lurigancho statt, bei dem 30 politische Gefangene erschossen und verbrannt wurden. Salinas gab den politischen Gefangenen die Schuld und behauptete, sie hätten selbst das Feuer gelegt. Im November wurden 26 Gefangene im Gefängnis „El Sexto" getötet. Die Polizei beschuldigte die Häftlinge, sich gegenseitig getötet zu haben. Allein im September kamen 114 Menschen bei Zusammenstößen, Massakern etc. ums Leben. („Resumen Semanal", Oktober 1985). Es ist durchaus möglich, daß Teile der Armee und Polizei zeigen wollen, wer Herr im Hause ist.

Die erwartete allgemeine Amnestie blieb bisher aus. Garcia behauptet, es gebe in Peru keine politischen, sondern nur kriminelle Gefangene.

Der linke Abgeordnete J. Diez Canseco veröffentlichte kürzlich Dokumente, nach denen über 20% der Exporteinnahmen für den Schuldendienst ausgegeben werden.

Die APRA wird die nächsten Monate ihrer Regierungszeit weiter dazu nutzen, spektakulär klingende Maßnahmen zu verkünden, um sich Sympathien in der Bevölkerung zu verschaffen. Diese wird sie brauchen, denn die Wirtschaftskrise spitzt sich auch in Peru weiter zu. Die APRA wird Geld von der Weltbank brauchen und sehr bald — wie seinerzeit Siles in Bolivien und heute Alfonsin in Argentinien — unpopuläre Maßnahmen ergreifen müssen.

Die APRA lehnt grundlegende strukturelle Maßnahmen ab. Sie möchte ausländisches Kapital anlocken, die Landwirtschaft rehabilitieren und den produktiven Bereichen Geld zufließen zu lassen, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Das Problem ist nur, daß angesichts der weltweiten Krise die Konzerne ihr Kapital lieber in „stabilen" Ländern anlegen. Außerdem zeigen die Beispiele Argentinien und Brasilien, daß eine von den imperialistischen Ländern abhängige Industrialisierung keine Grundlage für allgemeinen Wohlstand darstellt.

Es ist sehr zweifelhaft, ob im Agrarsektor eine Verbesserung erreichbar ist. Der neue Landwirtschaftsminister vertritt die Position der Reste der nordperuanischen Agrar-Oligarchie. Der linke Flügel der APRA konnte seine Ernennung nicht verhindern. Es ist zu befürchten, daß eine Modernisierung der Landwirtschaft dem Export — und damit nur wenigen Bauern dienen wird.

Der Staatshaushalt zeigt, wo die tatsächlichen Schwerpunkte liegen: 48% der Mittel sind für Wirtschaft und Finanzen, 24% für Polizei, Armee und Inneres, 11% für Erziehung, 7% für Gesundheit, 2% für Landwirtschaft und 0,09% für Wohnungsbau vorgesehen!

Es ist schon jetzt abzusehen, daß die APRA das Land nicht aus der Krise führen wir. Sie selbst rechnet mit baldigen Konfrontationen. Sie versucht deshalb, die Gewerkschaften zu infiltrieren und — wo dies nicht gelingt — eigene Verbände und Gewerkschaften aufzubauen. Der APRA scheint klar zu sein, daß sie die anstehenden Auseinandersetzungen nur gegen eine gespaltene Arbeiterschaft überstehen kann.

Diese Auseinandersetzungen haben in den letzten Monaten bereits begonnen.

- Am 21. November 1985 fand in Lima eine große Demonstration „Gegen Repression, zur Verteidigung von Leben und Frieden" statt, an der sich über 150 000 Menschen beteiligten.
  Aufgerufen hatte die „Nationale Koordination der Menschenrechtsorganisationen" gemeinsam mit Abgeordneten der IU, dem IU-Bürgermeister von Lima, A. Barrantes, Universitätsorganisationen, Kirchenvertreter, Basiskomitees und Gewerkschaften.
  Zentrale Forderungen der Demonstranten waren: Die Aufklärung des Schicksals der Tausenden von Verschwundenen, die Auflösung aller paramilitärischen Milizen, Amnestie für die des Terrorismus Verdächtigten, Abschaffung des Anti-Terrorgesetzes DL 046 und Wiederherstellung der Zivilordnung in den von der Armee kontrollierten Gebieten. „Sendero Luminoso" wurde aufgefordert, die bewaffneten Aktionen einzustellen.
- Am 21. November 1985 kündigte die Lehrergewerkschaft SUTEP einen unbefristeten Generalstreik an, falls die Forderungen der Lehrer nicht endlich erfüllt würden. Ein 24stündiger Warnstreik legte am gleichen Tag das Schulleben lahm. In Lima und den Provinzen wurde der Streikaufruf zu 90% befolgt.
  6000 Lehrer marschierten in Lima zum Erziehungsministerium, „begleitet" von 1100 Beamten der Sondereinheiten der Polizei, 4 gepanzerten Wagen und 5 Wasserwerfern.
- Von der Gewerkschaftszentrale CGTP und der Gewerkschaft der Metall- und Minenarbeiter wurde die negative Haltung der Regierung gegenüber den Vorschlägen der Minenarbeiter aus den Minas Canarias und Atalaya, die Produktion dieser Minen aufrechtzuerhalten, scharf kritisiert. Der Kampf der Minenarbeiter und ihrer Familien hat bisher 98 Tote (Arbeiter, Frauen und Kinder) gekostet. 60% der Mineros haben Tuberkulose.
- Bewohner von 120 Elendsvierteln Limas marschierten *am 21. November* zum Wohnungsbauministerium, um die Verbesserung ihrer Wohnbedingungen zu fordern. Noch immer gäbe es nicht genug Wasser und Strom, die Preise für Wasser, Wasserleitungen und Baumaterial seien unerschwinglich.

A.B./Red.

Quellen: „La Republica", „El Nacional", „Resumen Semanal" (August-November 85), „Que hacer", Peru-Informationen Nr. 9 und 10 (Essen), Bericht der Europäischen Menschenrechtsorganisation und Material von amnesty international.

Presseerklärung der Perugruppen zu Menschenrechtsverletzungen in Peru

Die Perugruppen der Bundesrepublik Deutschland haben auf ihrem bundesweiten Treffen vom 11.—13.10.85 in Tübingen beschlossen, dem neugewählten Präsidenten von Peru, Alan Garcia, ihre große Besorgnis bezüglich der Menschenrechtssituation in seinem Land auszudrücken. Nach inzwischen zwei Monaten seit seiner Amtsübernahme erreichen uns weiterhin Nachrichten von Verletzungen der Menschenrechte. Besonders betroffen sind die Perugruppen von den Nachrichten über weitere Massaker durch Sicherheitskräfte wie die von Accomarca und Pucayacu. Die Perugruppen sind überzeugt, daß es sich hier keineswegs um Exzesse handelt, sondern um die Fortsetzung der Antisubversionsstrategie des Militärs, die für die bäuerliche Bevölkerung Genozid bedeutet und das Land Peru international diskreditiert. Weiterhin ist es den Perugruppen unverständlich, daß die angekündigte Amnestie immer noch nicht stattgefunden hat und daß nach wie vor Hunderte von unschuldig des Terrorismus Angeklagten in den Gefängnissen sitzen. In Koordination mit den Menschenrechtsorganisationen Perus übermitteln die Perugruppen dem Präsidenten García einige Forderungen, darunter die nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und dem Abzug der Streitkräfte aus dem Notstandsgebiet. Außerdem verlangen sie, alle Lieferungen von deutschen Waffen und militärischer Ausrüstung nach Peru sofort zu stoppen und jegliche militärische Zusammenarbeit zu unterbinden, da diese zu Verletzungen der Menschenrechte beitragen.

Tübingen, 13.10.1985

Interner Konflikt in Guatemala

Die Macht bleibt bei der Armee

Am 14. Januar übergab in Guatemala General Mejia Victores dem designierten Präsidenten Vinicio Cerezo die Amtsgeschäfte. Ist damit die Militärherrschaft in Guatemala beendet? „Sie ist mächtiger als Gott, die Armee in Guatemala. Sie ist nicht greifbar, doch allgegenwärtig, sie sieht und weiß alles", erklärte ein guatemaltekischer Priester jüngst die Machtverhältnisse, den militärstaatlichen Terror und die Angst in seinem Land. „Wahlen", sagte er gegenüber einem US-Korrespondenten der „New Republik", „sind in Guatemala wie ein Schönheitswettbewerb: Die Präsidentschaftskandidaten ziehen in Gala-Robe vor der Jury auf; und die Jury — das ist das Oberkommando der Armee."

Ständige Menschenrechtsverletzungen

Der Christdemokrat Vinicio Cerezo ging im zweiten Wahlgang am 8. Dezember als Sieger aus diesem „Schönheitswettbewerb" hervor. Nur wenige Tage zuvor, am 2. Dezember, hatte Erzbischof Prospero Penados de Barrio in der Hauptstadt offen vor Illusionen gewarnt. Hinter dem Thron des künftigen zivilen Präsidenten werde die Armee die faktische Macht bleiben. Die Militärs seien nicht bereit, nach 15 Jahren Diktatur die Macht abzugeben. Im Gegenteil, offenkundig werde die Militarisierung des Landes fortgeführt. Am selben Tag, als das katholische Oberhaupt in Guatemala-City davor warnte, von der Wahl Lösungen zu erwarten, veröffentlichte die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation amerikanischer Staaten ihren Jahresbericht 1985. Sie macht darin die Regierung Guatemalas und ihre Sicherheitsorgane verantwortlich für die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen und klagt sie an, „Entführung und Folter institutionalisiert" zu haben.

Die Untersuchungsergebnisse der Interamerikanischen Kommission, der bislang niemand linke oder kommunistische Infiltration zu unterstellen wagte, widerlegen noch einmal die Relativierungs- und Beschönigungsversuche besonders der konservativen Regierungen in Bonn, London und Washington. Diese verharmlosen recht offen und machtopportunistisch die systematischen staatlichen Menschenrechtsverletzungen. Offenkundig sind sie vornehmlich daran interessiert, Guatemala als zuverlässiges „Bollwerk gegen den Kommunismus" in Mittelamerika mit leicht moderiertem Status quo zu erhalten, die Machtclique mit erhöhter oder neuer Wirtschafts- und Militärhilfe aus der akuten Dauerkrise zu retten und sie gegen die schlagkräftige, weil populäre Widerstandsbewegung „Nationale revolutionäre Einheit Guatemalas" (URNG) zu stützen. Plakativ operieren sie in der Öffentlichkeit deshalb mit der Formel von



der „demokratischen Öffnung" oder der eindeutig irreführenden Behauptung von Menschenrechtsverletzungen und Terror „links- und rechtsextremistischer Kräfte".

Welchen Drahtseilakt die deutschen Christdemokraten dabei in Bonn vollführen, wurde bei den parlamentarischen Beratungen des Entwicklungshaushalts für 1986 deutlich. Als der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele, der kurz vor den Wahlen mit einer Delegation nach Guatemala gereist war, mit Hinweis auf die fortwährenden staatlichen Menschenrechtsverletzungen gegen die Erhöhung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe für Guatemala protestierte, übertrafen sich CDU/CSU-Abgeordnete in tumulthaft empörten Zwischenrufen. Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bezichtigte den Abgeordneten der Vorurteilshaftigkeit und Blindheit. Einer seiner Fraktionskollegen hingegen bedauerte zynisch, daß die Grünen nicht in Guatemala geblieben seien. Dort, so hatte der „christliche" Abgeordnete in offenbarer Kenntnis der Situation signalisieren wollen, wären die Grünen bereits aus dem Weg geräumt.



Gerede vom „Schlußstrich"

In den Interessenrahmen der Konservativen in Europa und Amerika fügt es sich perfekt, wenn „ihr" Wahlsieger, Vinicio Cerezo, programmatisch erklärt, als Präsident wolle er einen „Schlußstrich" unter die Vergangenheit ziehen; Prozesse wie in Argentinien werde es daher nicht geben.

Die Menschenrechtsverletzungen sind in Guatemala aber alles andere als Vergangenheit. Sie sind blutige und für die Zukunft institutionalisierte Gegenwart.

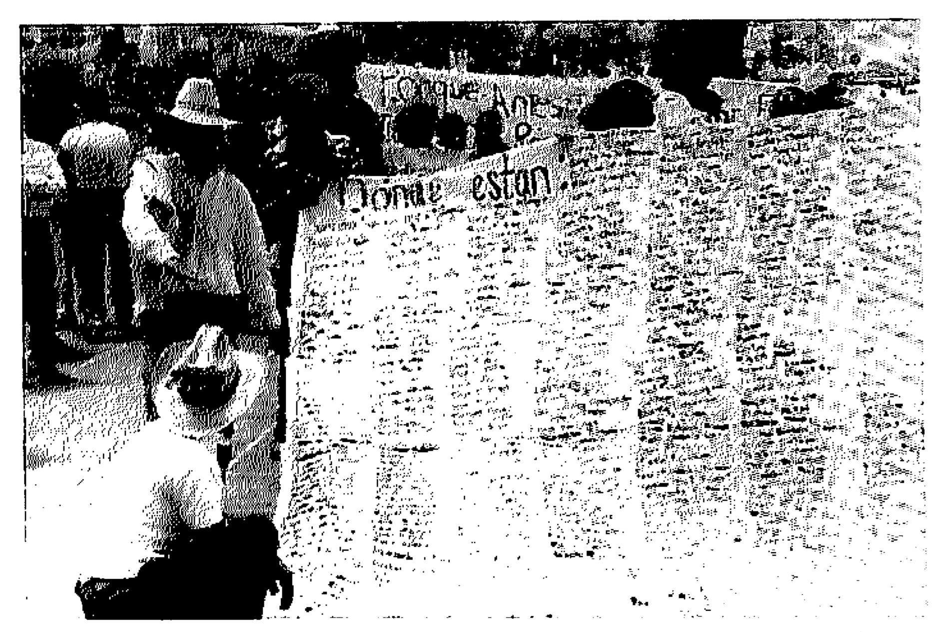
Allein im Wahlmonat November wurden nach Meldungen der guatemaltekischen Nachrichtenagentur „ENFOPRENSA" mindestens 110 Personen Opfer staatlicher Gewalt: 48 Männer, Frauen und Kinder wurden von Armee und Polizei ermordet, 36 verletzt und 22 entführt. Die ins Ausland gezwungene Menschenrechtskommission Guatemalas (CDHG) meldete Anfang Dezember die Entführung von sechs Menschen innerhalb von zwei Tagen in Santiago Atitlan, einer Region, in der die Armee ständig mordet, als „Strafe" und zur „Abschreckung" gegen die vermutete Zusammenarbeit der Landbewohner mit der Widerstandsbewegung.

Ebenfalls Anfang Dezember beschuldigte das „Komitee für bäuerliche Einheit" (CUC) die Armee, 18 Bauern ermordet und zahlreiche Landbewohner im Departement Quiche verschleppt zu haben. Die etwa 2.000 Soldaten hätten bei ihrem Einsatz zugleich Hunderte von Wohnungen zerstört, Maisfelder verwüstet, Nutztiere getötet und Nahrungsmittel verbrannt.

Aus den Berichten internationaler humanitärer und kirchlicher Organisationen läßt sich entnehmen: Der staatliche Terror in Guatemala ist zwar „selektiver" geworden, die Kriegsführung gegen die indianische Bevölkerungsmehrheit aber so gnadenlos wie zu Zeiten der Strategie der verbrannten Erde zu Anfang der 80er Jahre. Der Kongreß der italienischen Sektion der „Internationalen Liga für das Völkerrecht auf Befreiung", die von Lelio Basso gegründete Nachfolgeinstitution des Russell-Tribunals, kam deshalb zu dem Urteil: „Da es sich bei dem bevorstehenden Regierungswechsel nur um eine formale Änderung handelt, hat das guatemaltekische Volk weiterhin das Recht zum Kampf für seine Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit."

Fehlende demokratische Grundbedingungen

Auf Initiative und koordiniert vom renommierten Vorsitzenden der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe im britischen Unterhaus, Lord Avebury, hatte eine große Anzahl westeuropäischer Parlamentarier aller Parteizugehörigkeit kurz vor den Wahlen in einem beispielhaft prägnanten Appell ihre Sorgen und die Grundforderungen für eine Demokratisierung in Guatemala veröffentlicht. Mitgetragen unter anderem von den SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve, Ernst Waltemathe sowie den Grünen im Bundestag, heißt es darin, zu beenden sei als Grundbedingung echter Demokratie: die systematische Ermordung, Folterung und Entführung guatemaltekischer Bürger durch die Sicherheitskräfte oder unter

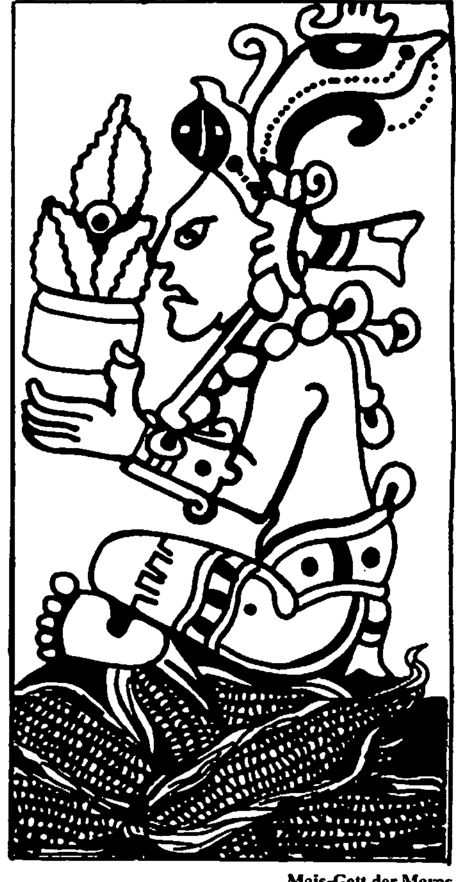


Jeden Freitag demonstrieren in Guatemala-City die Angehörigen der „Verschwundenen" vor dem Nationalpalast. *Foto: Ralf Leonhard/apia*

ihrem Kommando; die Einschüchterung und Bedrohung von Menschenrechtsgruppen, wie insbesondere der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM), die sich für das Wiedererscheinen ihrer verschwundenen Angehörigen einsetzt, die Einschüchterung und Bedrohung von Politikern, Gewerkschaftern, von Berufsverbänden, kirchlichen Gruppen, von Gemeindearbeitern, Studenten und Journalisten. Bei diesen Forderungen handelt es sich um anerkannte elementare Bedingungen für die notwendigen substantiellen Änderungen der extrem ungerechten Gesellschaftsstrukturen Guatemalas. Die Parlamentarier benennen darüber hinaus eine Reihe wichtiger positiver Garantien zum Schutz der Menschen und ihrer Rechte, wie die Errichtung einer unabhängigen Institution zur Verfolgung und Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen sowie eine autonom handelnde Justiz. Ausländische Regierungen sollen weder Waffen noch militärische Ausrüstungsgüter nach Guatemala exportieren, solange diese Grundvoraussetzungen für eine demokratische Entwicklung nicht geschaffen sind. Das habe auch für die Wirtschafts- und Entwicklungshilfe zu gelten, fordert die Gruppe um Lord Avebury, es sei denn, sie werde über private, vom Militär unabhängige Organisationen oder öffentliche Instutionen mit gewählter ziviler Leitung abgewickelt.

Von der Regierung des General Mejia Victores wurden die engagierten Europäer postwendend zu „Kommunisten" erklärt. Das bedeutet: Die Armee in Guatemala ist erklärtermaßen nicht bereit, durch einen Rückzug in die Kasernen und eine „Säuberung" in den eigenen Reihen den Boden für die Demokratisierung zu schaffen. Auch Vinicio Cerezo fügt sich in den vom Militär diktierten Verfassungsrahmen und Machtapparat. Nach seinem Wahlsieg erklärte der Christdemokrat in Interviews, einschneidende Reformen werde er nicht durchführen, weil das die Armee ihm nicht gestatten würde.

In Übereinstimmung mit den Forderungen des Internationalen Währungsfonds will Cerezo statt dessen die Exportwirtschaft fördern, den Quetzal abwerten und die Haushaltsausgaben drosseln. Damit sind weitere soziale Eruptionen vorprogrammiert. Bereits im November und Dezember kündigten Gewerkschaften und Berufsverbände wie der 50.000 Mitglieder starke Lehrerverband den Generalstreik an, wenn die Zivilregierung ihre Lohnforderungen nicht erfülle und die



Mais-Gott der Mayas

Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel nicht effektiv stoppe. Gegenmaßnahmen meldeten Ende des Jahres auch die Hausfrauen des Landes an. Im September war es wegen der gleichen Forderungen zu schweren Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und Tausenden von Demonstranten gekommen. Eine Aufstandswelle überzog damals für mehrere Tage das Land. Viele der Beteiligten müssen seither um ihr Leben fürchten, werden bedroht oder sind bereits entführt worden.

Wie in den 60er Jahren tauchen heute in den Straßen von Guatemala-City wieder die Namen von Todesschwadronen auf. Sie werden an Häuserwände und Autos geschmiert oder bei verstümmelten Leichen hinterlassen. In den sechziger Jahren terrorisierten 21 Todesschwadronen die Bevölkerung mit Namen wie „Auge um Auge" oder „saubere Hand". Sie standen früher unter dem Kommando von Armee- oder Sicherheitskräften. In den letzten Jahren wurde von den staatlichen Organen „namenlos" gemordet. Wenn sie heute, wie die „Geheimen antikommunistischen Streitkräfte", reaktiviert werden, dann um die Verantwortung der Armee, Polizei und anderen staatlichen Sicherheitskräfte mit „Namen" zu tarnen. Offenbar ist die Armee bereits auf veränderte Formen der Bekämpfung des Volksprotestes und Widerstandes unter Präsident Cerezo gerüstet.

Annette Niemeyer

Interview

Interner Konflikt in Guatemala

Der Widerstand in Guatemala gegen die Militärdiktaturen war in den vergangenen Jahrzehnten großenteils schweigend, aber er wurde auch verschwiegen. Nach UNO-Definition handelt es sich um einen „bewaffneten internen Konflikt nicht-internationalen Charakters". Wird sich die Lage nach dem Wahlsieg des christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Vinicio Cerezo entspannen? Wie beurteilt die guatemaltekische Widerstandsbewegung das Wahlergebnis, wäre sie zu einem Dialog bereit? Darüber sprach Annette Niemeyer in Bonn mit Victor Martinez, einem Vertreter der „Organisation des Volkes in Waffen", ORPA, in Europa.

Frage: Was bedeutet der Wahlsieg des christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Vinicio Cerezo und der Rückzug der herrschenden Militärs aus den Regierungsämtern für die Widerstandsbewegung in Guatemala?

Victor Martinez: Der Wahlsieg des Christdemokraten Cerezo ist gleichbedeutend mit einem Manövererfolg der Militärs und mit einem Sieg der Strategie der US-Administration in Guatemala und Mittelamerika. Die Wahlen sind Bestandteil der Strategie zur Widerstandsbekämpfung und deshalb nicht zu trennen von der Zwangsansiedlung der indianischen Landbevölkerung in strategischen Dörfern, nicht von ihrer Zwangsrekrutierung in den Zivilpatrouillen und nicht von der parallelen Verwaltungsstruktur der Militärs, der sogenannten „Coordinadora Institutional". All diese Maßnahmen, die in der neuen Verfassung unter Regie des Militärs verankert worden sind, sollen der Armee auch nach dem Amtsantritt des zivilen Präsidenten die totale Kontrolle der Bevölkerung auf allen Ebenen ermöglichen.

Frage: Wenn die Militärs die Kontrolle, beziehungsweise Macht behalten, wie Sie sagen, warum entschieden sie sich dann überhaupt für Wahlen?

Victor Martinez: Die Wahlen waren erstens notwendig, weil die Machthaber in Guatemala einen neuen Konsens untereinander herstellen mußten. Die Krise im April dieses Jahres hat die ganze Härte der internen Auseinandersetzung zutage gebracht. Damals ist einer der wichtigsten Führer des mächtigsten Arbeitgeberverbandes, des CACIF, O. Castaneda Felice, von der Armee ermordet worden. Die Wahlen waren zur Restruktuierung dieses Machtverhältnisses nötig. Zweitens war das Image des Militärs wegen des offenen Machtmißbrauchs, wegen der staatlichen Menschenrechtsverletzungen, der Wirtschaftskrise, wegen Verwaltungskorruption und Inkompetenz miserabel. Um die internationale Isolation aufzubrechen und größere wirtschaftliche und militärische Hilfe, vor allem aus den USA, zu bekommen, mußten sie ihr Image aufbessern. Also brauchten sie eine neue Fassade. Die schufen sie sich über die Wahlen mit einem zivilen Präsidenten. Das alles dient dem Ziel, die bestehenden Machtverhältnisse zu sichern, was nur gegen den in Jahrzehnten gewachsenen Widerstand des Volkes möglich ist, also Fortsetzung der Widerstandsbekämpfung bedeutet.

Frage: Sie erwähnten die USA, können Sie deren Rolle aus Ihrer Sicht näher definieren?

Victor Martinez: Die USA teilen als Machtfaktor die Interessen mit der Oligarchie beziehungsweise der Armee in Guatemala. Auch sie sind an der Erhaltung des Status Quo unter einer anderen Maske interessiert. Es geht ihnen nicht um die Entwicklung unseres Landes oder die Bekämpfung der Ursachen der Massenarmut. Im Gegenteil. Die Armut unseres Landes ist Folge der Abhängigkeit von den USA. Gerade wegen ihrer Interessen ist unser Land so arm und unterdrückt. Ein Beispiel ist der 1954 von der CIA geförderte Putsch gegen die demokratische Regierung Jacobo Arbenz. Arbenz hatte den Versuch gemacht, ein unabhängiges, modernes kapitalistisches Land mit sozialen Reformen zu entwickeln. Das haben die USA verhindert.

Frage: Der amtierende Staatspräsident General Mejia Victores hat die Widerstandsbewegung wiederholt für vernichtet erklärt. Der designierte Präsident Cerezo dagegen deutet im Wahlkampf seine Bereitschaft zum Dialog an, was zumindest Rückschlüsse auf seine Einschätzung der Stärke des Widerstandes zuläßt. Wo liegt die Wahrheit — in der Mitte?

Victor Martinez: Die Stärke der Widerstandsorganisationen, die sich in der „Nationalen revolutionären Einheit Guatemalas", der URNG, zusammengeschlossen haben, ist jedem in Guatemala bekannt. Was Mejia Victores da geäußert hat, ist Propaganda und entbehrt der Wahrheit. Die URNG ist nicht geschwächt oder gar liquidiert. Tatsächlich können wir dieses Jahr auf erfolgreich koordinierte politisch-militärische Kampagnen zurückblicken. Das heißt, wir haben unsere revolutionären Tätigkeiten — trotz der militärischen Kontrolle auf dem Lande und in den Städten — quantitativ und qualitativ gesteigert.

Frage: Ist es nicht unverantwortlich gegenüber dem Willen der Menschen, die Victor Cerezo ihre Stimme gegeben haben, den Kampf fortzusetzen?

Victor Martinez: Nein, das ist es nicht, weil die Stimmen, die Cerezo bekommen hat, zu allererst antimilitaristische Voten sind, getragen von der Hoffnung, etwas gegen die Militärs auszurichten. Und hier liegt die Verantwortung der Christdemokraten. Wenn er den Wählerwillen erfüllen will, muß er gegen die Militärs antreten.

Frage: Wäre aber der interne Konflikt nicht beendet, sobald die Widerstandsorganisationen die Waffen niederlegten?

Victor Martinez: Nein, denn nicht der Widerstand ist Ursache des Konfliktes, sondern das Handeln von Oligarchie und Militär. Wir leisten Widerstand nicht zum eigenen Vergnügen, oder weil es ein Hobby ist, sondern aus historischer Verantwortung gegenüber unserem Volk. Unser Kampf ist die Antwort des Volkes zur Lösung der Probleme aus eigener Kraft, zur Schaffung gerechter Verhältnisse in Guatemala auf wirtschaftlicher, sozialer, auf politischer und kultureller Ebene. Wenn Herr Cerezo das bewerkstelligt, begrüßen wir das. Aber heute hat er noch nicht einmal seine Amtsinsignien von General M. Victores erhalten.

Frage: Wären Sie bereit zum Dialog, wenn Cerezo ihn als Präsident anbieten würde?

Victor Martinez: Dialog als Prinzip kann man nicht ablehnen. Aber Cerezo hat keinerlei Garantien zu bieten. Als Präsident ist er in der Verfassung verankert, die gerade der pseudojuristische Versuch ist, die Widerstandsbekämpfung zu „institutionalisieren". Wie die jüngsten Berichte belegen, haben die von den Sicherheitskräften verübten Menschenrechtsverletzungen sogar während der Wahlkampagne unvermindert angehalten. Armee und Generäle sind nicht bereit, sich tatsächlich in die Kasernen zurückzuziehen, und die Rechte des Volkes zu respektieren. Cerezo ist sich dessen wohl bewußt. Er kann zwar guten Willens sein, aber die Generalität setzt auf Krieg.

Themenschwerpunkt: Frauen im Entwicklungsprozeß

Editorial

Der schon für das letzte Heft vorgesehene Block zum Thema Frauen hat uns große Schwierigkeiten gemacht. Er erscheint nun endlich in dieser Nummer. Aus mehreren Gründen entspricht er inhaltlich nicht dem, was wir uns ursprünglich darunter vorgestellt hatten.

Die Idee, eine Nummer der »blätter« zum Thema Frau herauszugeben, hat eine längere Geschichte und mehrere Motive: Die Einsicht, daß Frauenthemen überhaupt in den »blättern« völlig unterrepräsentiert sind, den Wunsch, Gemeinsamkeiten und Unterschiede unserer Rolle als Frauen in Industrieländern und der von Frauen in Entwicklungsländern benennen und strukturell erfassen zu können, sowie die Vorstellung vermittels bestimmter Fragestellungen eine Diskussion zum Thema Frauen in der 3. Welt vorantreiben zu können. Die Arbeitsgruppe von Frauen, die sich zunächst zur Vorbereitung dieses Themenschwerpunktes gebildet hatte, scheiterte jedoch am Weggang einzelner Frauen, sowie an zu hohen Ansprüchen. Was nach nächtelangen Diskussionen übrigblieb, waren weniger Antworten, als vor allem viele Fragen.

Bei der konkreten Planung dieses Heftes dann, waren es diese theoretischen Fragen, die wir mit einer Einschätzung und Bewertung der Projektpolitik von Entwicklungsagenturen verbinden wollten.

Ein Artikel, den wir angefordert hatten, sollte sich beispielsweise mit dem Thema »Frauen und Macht« beschäftigen. Speziell die Frage, ob es Perspektiven gibt, die erheblichen Einflußmöglichkeiten von Frauen auf politische und soziale Prozesse, wie sie in vielen traditionellen bzw. vorkolonialen Gesellschaften bestanden, in heutige Organisationsformen und -strukturen zu übertragen, sowie die Bedingungen unter denen diese Rückgewinnung an Macht und Einfluß von Frauen stattfinden könnte, hätte eine Möglichkeit geboten, die beiden Themenbereiche miteinander zu verknüpfen. Eine Beantwortung dieser Fragen aber hätte derartig umfangreiche Untersuchungen vorausgesetzt, daß ein solcher Artikel in diesem Rahmen einfach nicht leistbar war.

So liegt der Schwerpunkt dieses Heftes nicht so sehr in der Theorie, als in der Darstellung verschiedener Perspektiven von Projektpolitik in Bezug auf Frauen. Die einzelnen Artikel lassen einige Fragen offen, stellen aber auch den Anfang einer Diskussion dar, die wir gerne weiterhin dokumentieren möchten.

In dem Artikel **»Frauen in den Weltmarktfabriken – Zur Lage der Arbeiterinnen in der abhängigen Industrialisierung in Südostasien«** *von Bärbel Braun, Ilse Lenz und Sabine Stövesand werden am Beispiel der Weltmarktfabriken in Malaysia und der eher binnenmarktorientierten Filialen Multinationaler Konzerne in Indonesien Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Lage der dort arbeitenden Frauen untersucht. Die Autorinnen problematisieren zunächst ihre eigene Rolle in der interkulturellen Frauenforschung: »Wie können wir die Frauen in der 3. Welt als Subjekte in unserem Forschungsprozeß ernstnehmen?«*

In neuen Entwicklungen der internationalen Arbeitsteilung sehen sie Elemente, die sowohl die Arbeiterinnen der Multinationalen Unternehmen als auch »westliche« Frauen betreffen – »die Reduktion der Frauenarbeit auf unbezahlte oder schlecht bezahlte, irreguläre und unmittelbar abhängige Arbeitsverhältnisse«.

Nach Überlegungen zu unterschiedlichen Investitionsmotiven der Konzerne und den Entwicklungsstrategien der betroffenen Dritte-Welt-Staaten stellen sie anhand eines Beispiels aus Malaysia Widerstandsformen der Frauen dar.

Mit der Frauenkonferenz in Nairobi beschäftigt sich der Artikel **»Feminismus am Ende der Frauendekade«** *von Renate Wilke. Sie zeigt auf, was sich während zehn Jahren in der internationalen Frauendiskussion bewegt hat. Vom ersten Treffen der Frauen in*



Mexiko, als sich die Standpunkte der Feministinnen aus der Ersten Welt und der Frauen aus der Dritten Welt unvereinbar gegenüberstanden, weil die einen mit dem Überdenken und einer Neudefinition des Geschlechterverhältnisses beschäftigt waren, während die Vertreterinnen aus der Dritten Welt sich Armut und diktatorischen Regimes gegenübersahen, die es ihnen als lächerlich und unerheblich erschienen ließen, über das Patriarchat im Spätkapitalismus nachzudenken. In Nairobi hat sich nun gezeigt, daß eine Annäherung möglich ist. Vor allem und gerade Frauen der Dritten Welt denken über den Feminismus als Konzept einer Umstrukturierung der Gesellschaft unter Einschluß der wirtschaftlichen, rassischen, Nationalitäten- und Klassenfragen nach.

Daß dennoch auf der Frauenkonferenz in Nairobi auch manche Gegensätze nicht ausgetragen wurden, zeigt der Bericht über **»Die Sparclubs der Frauen Kenias«** *von Susanne Poelchau. Die Landfrauen Kenias, wenig beachtet von Regierung, Konferenz und städtischer Frauenbewegung, ergreifen eigene Maßnahmen zur Sicherung des Überlebens und leisten Widerstand nicht auf revolutionäre, sondern pragmatische Weise.*

Zu der feministischen Entwicklungspolitik geführten Kontroverse, inwiefern wir hier Frauen in der Dritten Welt unterstützen können und ob das überhaupt wünschenswert ist, bezieht Maria Mies in ihrem Vorwort zu **»Ein Mädchen wird geboren«** *Stellung. Sie entlarvt die Vorstellung, Frauen in der Dritten Welt seien zu allererst mit ihrer Armut beschäftigt, als arrogant und eurozentristisch. Der Feminismus entzündet sich in Indien wie andernorts auch »an den Mann-Frau-Verhältnissen, insbesondere am Problem der Gewalt gegen Frauen.«*

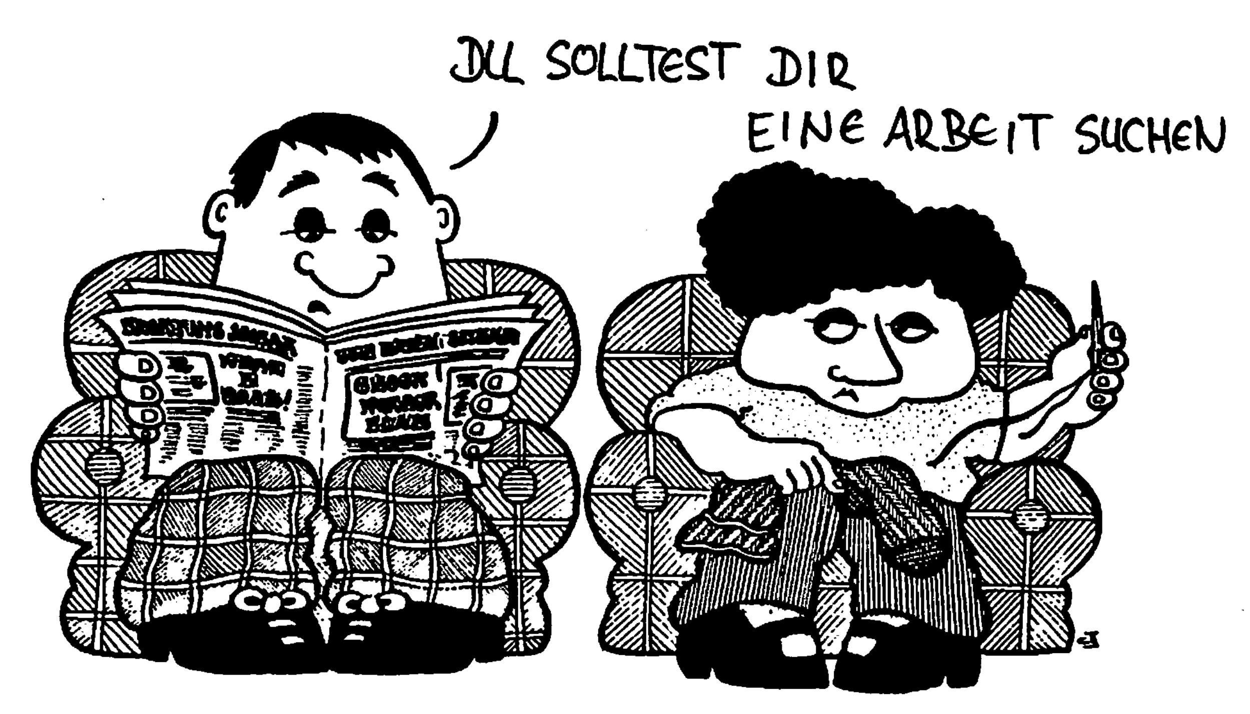
Der anschließende Bericht über eine Theatertournee in Indien soll andeuten, was wir noch alles von den Frauen dort lernen können und nicht umgekehrt.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zu dieser Redaktion und ihren Schwierigkeiten im Umgang mit einigen der angesprochenen Autorinnen: Manche von ihnen scheinen nicht geneigt zu sein, das Prinzip der »blätter« zur Verabschiedung von Artikeln zu akzeptieren. Die in einer Sitzung Anwesenden (auch Männer) entscheiden über das Erscheinen eines Artikels. Aus diesem Grunde können und wollen wir (die Redakteurinnen) keine festen Zusagen für das Erscheinen eines Artikels im Vorhinein machen. Wir erklären uns mit diesem Prinzip einverstanden, da es unserer Meinung nach gewährleistet, sich mit jedem Artikel auch auseinanderzusetzen.

Weiterhin können wir nicht ganz einsehen, daß man uns unterstellt keine »richtigen »Feministinnen zu sein, wenn wir inhaltliche Kritikpunkte an Artikeln äußern. Müssen wir uns erst in der feministischen Prominentenszene profilieren, bevor unsere Einwände ernstgenommen werden? Warum müssen wir uns ausgerechnet in der Zusammenarbeit mit Frauen mit derartigen Ressentiments rumschlagen? Seit drei Monaten mit der Herausgabe dieser Nummer beschäftigt, fragten wir uns manchmal, womit wir das eigentlich verdient haben.

Dennoch: Für Kritik und Anregung zu diesem Block sind wir dankbar, denn wir wollten es nicht bei dieser Nummer belassen, sondern dafür sorgen, daß auch künftig Fremdes im Eigenen und Eigenes im Fremden in der Auseinandersetzung mit Frauen anderer Kontinente sichtbar werden kann.

(Red.)



Subsistenzproduktion und Hausfrauisierung

Über den Export des Hausfrauenmodells in die Dritte Welt

Einleitung

Wer die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Frauen der Dritten Welt untersucht, kommt zu einem wenig hoffnungsvollen Ergebnis: Die Verhältnisse, in denen Frauen heute leben, haben sich verschlechtert. Absolute Armut und Hunger nehmen weltweit zu und Frauen sind davon in besonderem Maße betroffen. Zu dieser materiellen Benachteiligung kommt eine soziale und politische Marginalisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen hinzu. Daran haben weder die UN-Frauendekade und die Weltfrauenkonferenzen noch sogenannte Frauenprojekte der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe etwas ändern können.

Erfreulich dagegen ist die Tatsache daß die Frauendekade zumindest dazu geführt hat, daß über die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Frau in der Ersten und Dritten Welt nachgedacht, geforscht und in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wird. In den letzten Jahren sind in diesem Zusammenhang theoretische Ansätze entwickelt worden, um sich die Ursachen der weltweiten Frauenunterdrückung und -ausbeutung besser erklären zu können.
Bevor wir in diesem Schwerpunktheft eine Bestandsaufnahme und kritische Einschätzung der Frauenpolitik innerhalb der Entwicklungshilfe versuchen, und diese vor dem Hintergrund der konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen bewerten, hat sich die Redaktionsgruppe entschlossen, einige Thesen der Theoriediskussion der letzten Jahre voranzustellen, wie sie z.B. von den Autorinnen Bennholdt-Thomsen, Mies und v. Werlhof vertreten werden.[1]

Dieser Diskussion ist die Einsicht vorausgegangen, daß in der seit Jahrhunderten von Männern dominierten Geschichtsschreibung sowie in theoretischen Auseinandersetzungen (bürgerlicher wie marxistischer Herkunft) Frauen entweder gar nicht oder nur am Rande vorkommen. Diese Lücken und Defizite schlagen sich auch in den (Unter-) Entwicklungstheorien nieder: Weder vermochten sie die spezifischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse von Frauen in ihre »Modelle« einzubeziehen, noch konnten sie Erklärungen anbieten für die weltweit mit steigender Tendenz zu beobachtende Entwertung der weiblichen Arbeit. Da aber Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und weltweit zwei Drittel der Arbeitsstunden verrichten[2], drängt sich der Schluß auf, daß diese Theorien unbrauchbar sind, um die Ausbeutungs- und Arbeitsverhältnisse, die Frauen erfahren, zu durchleuchten. Neue Ansätze mußten gefunden werden, die die zentrale Bedeutung der Frau im gesellschaftlichen Produktionsprozeß herausarbeiten. Der sogenannte Reproduktionsbereich, der als Arbeitsfeld allen Frauen überall zugewiesen wird, rückte in den Mittelpunkt der Überlegungen.

Von der Reproduktions- zur Subsistenzarbeit

Die klassische Vorstellung marxistischer Sozialwissenschaft geht davon aus, daß die Haupttriebfeder kapitalistischer Mehrwertschöpfung in der Ausbeutung der Arbeitskraft des »freien« Lohnarbeiters liege. In dem Verhältnis zwischen Kapital und (Lohn-) Arbeit findet sich der zentrale Widerspruch, der dem Kapitalismus seine Dynamik gibt.

Durch diese Herangehensweise geraten all die gesellschaftlichen Tätigkeiten, die unentlohnt bleiben, aus dem Blickfeld, so insbesondere die Arbeit von Kleinbauern in der Dritten Welt, sofern sie nicht für den Markt produzieren, ihren Frauen, die immer mehr in diesen Bereich abgedrängt werden und die überwiegend von Frauen geleistete sogenannte Reproduktionsarbeit, die als Hausarbeit geleistet wird.

Da diese unbezahlte Arbeit den Marxisten nicht als eigentlich »wert«bildend erscheint, kommt sie in ihren Gesellschaftstheorien nur peripher vor.

Deshalb halten die obengenannten Bielefelder Forscherinnen einen solchen Ansatz auch nicht für geeignet, die unentlohnte Lebens- und Überlebensproduktion von Frauen »sichtbar« zu machen.

»Wenn die bisherigen Theorien nicht vollständig sind, weil die Ausbeutung von Frauen und Kolonien nicht berücksichtigt wird, so kann man sie nicht vollständig machen, indem man diese Bereiche einfach hinzuaddiert. Der »andere Blick«, der diese ausgeschlossenen Bereiche ans Licht hebt, verändert auch die bisherige Gesellschaftstheorie als Ganzes, und zwar dadurch, daß andere Widersprüche und Verhältnisse ins Zentrum rücken.«[3]

»Frauenüberlebensproduktion wird gesellschaftlich nicht als Arbeit honoriert, sondern erscheint als Ausdruck der biologischen Natur von Frauen. Dementsprechend wird mit dieser Überlebensproduktion wie mit einer Naturressource umgegangen, deren Existenz – wie die von Rohstoffen und Bodenschätzen – als naturgegeben vorausgesetzt wird«.[4]

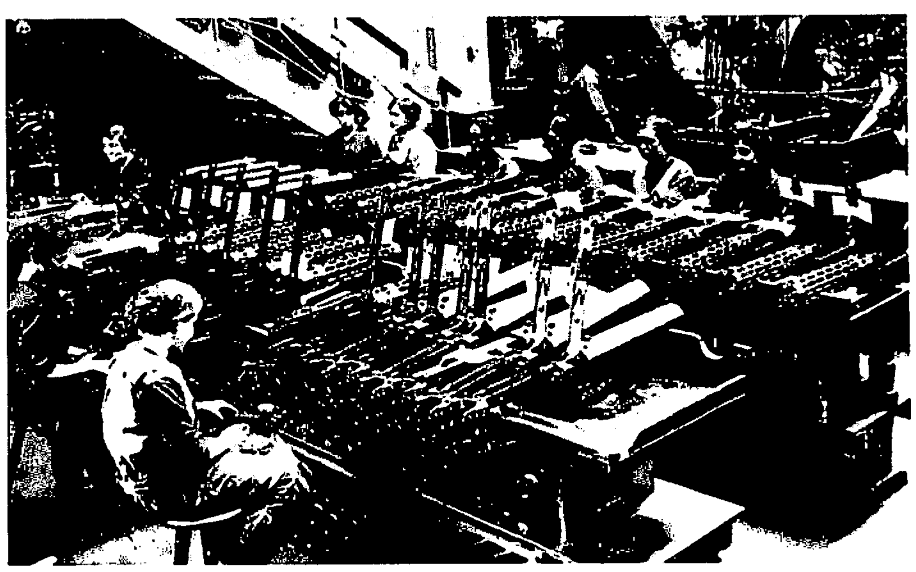
Auf der Suche nach neuen Begriffen und Analyseinstrumentarien, die die Bedeutung des Reproduktionsbereiches – Überlebensproduktion – für die kapitalistische Produktionsweise neu einzuschätzen vermögen, muß die bisherige Trennung zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion aufgehoben werden.

Der Begriff der »Reproduktion« ist deshalb nicht mehr akzeptabel. Denn es geht darum, die Arbeit von (Haus-)Frauen und Bauern in der Ersten und Dritten Welt so zu erfassen, daß der produktive Charakter ihrer Überlebenstätigkeit beschreibbar wird.

»Wieso soll die 'Produktion von Leben' lediglich Reproduktion von Arbeitskraft sein?« – »Wieso war die Herstellung von Geld und Dingen 'produktiv', 'wertvoll', die Herstellung von Menschen nicht?« Die Produktion (nicht mehr *Reproduktion*) von Leben im weitesten Sinne wird fortan mit dem Begriff der *Subsistenzproduktion* belegt:

Die Subsistenzproduktion umfaßt das Gebären und Aufziehen von Kindern, die Arbeit, die verausgabt wird, um Essen, Kleidung und Wohnung direkt konsumierbar zu machen, die physische und psychische Arbeit der Sexualität, kurz die Arbeit der Frauen (Ehefrauen, Hausfrauen und Mütter). Dazu gehört ebenfalls die Produktion der Bauern, vor allem in der Dritten Welt, insofern auch hier eine Aneignung zum unmittelbaren Konsum geschieht.«[6]

Mit dieser Definition der *Subsistenzproduktion* ist die Grundlage geschaffen, um die strukturellen Ähnlichkeiten der unbezahlten oder unterbezahlten Arbeit der Hausfrauen und Bauern, der Slumbewohner, Kleinhändler und Kleinhandwerker in der Dritten Welt herauszuarbeiten. Die Ausbeutungsverhältnisse im Subsistenzproduktionsbereich können



Frauenarbeit – so nicht...

nun besser analysiert und in ihrer Funktion für die kapitalistische Produktion bestimmt werden.

Subsistenzproduktion – solchermaßen definiert – hat wenig gemein mit dem älteren Begriff der *Subsistenzökonomie.* Diese wird bei den Modernisierungstheoretikern als eigenständige, neben der kapitalistischen existierende Produktionsweise (duale Wirtschaftskreisläufe) gesehen. Anders als die Modernisierungstheoriker gehen die Bielefelder davon aus, das es seit dem Eindringen der kapitalistischen Warenproduktion keinen intakten, autonomen subsistenzökonomischen Bereich in den Ländern der Dritten Welt mehr gibt.[6]

Weil die Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf nicht mehr ausreicht und ein zusätzliches Geldeinkommen notwendig wird. Demnach sind die im Subsistenzproduktionsbereich lebenden und arbeitenden Menschen den Verwertungsbedingungen und -bedürfnissen des Kapitals untergeordnet.

Weil weder menschliches Leben (was sich allerdings durch die Gentechnologien zu verändern beginnt) noch Boden, noch Luft und Wasser sich kapitalistisch herstellen lassen, müssen diese Voraussetzungen überhaupt jeder Produktion – mit direkter oder indirekter Gewalt in »Besitz genommen« werden. »Kontrolle über Frauen und Land ist daher die Grundlage jedes auf Ausbeutung basierenden Systems.«[7]

Deshalb sind die bestehenden Subsistenzproduktionsverhältnisse in der Ersten und Dritten Welt Voraussetzung für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß überhaupt und somit nicht vorkapitalistisches Relikt, sondern komplementärer und integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise.[8]

Aus dieser Sicht lassen sich historische Bezüge und Zusammenhänge herstellen zwischen der Entwicklung der Industrialisierung der westlichen und der parallel dazu verlaufenden Kolonisierung

Indem durch die Kolonisierung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Grundlage für die massive Ausbeutung von Menschen, Boden und Rohstoffen geschaffen wurde, konnte in den Metropolen immenses Kapital angehäuft werden. Erst hierdurch wiederum wurde es möglich, daß in den Metropolen sich auch der Arbeiter leisten konnte, was bisher nur dem Bourgeois möglich war: Eine nicht-arbeitende Hausfrau, eine Familie.

»Der Ehemann läßt eine andere Person für sich arbeiten, ohne diese Arbeit zu entgelten, und die Rechtfertigung dafür wird Liebe genannt.«[9]

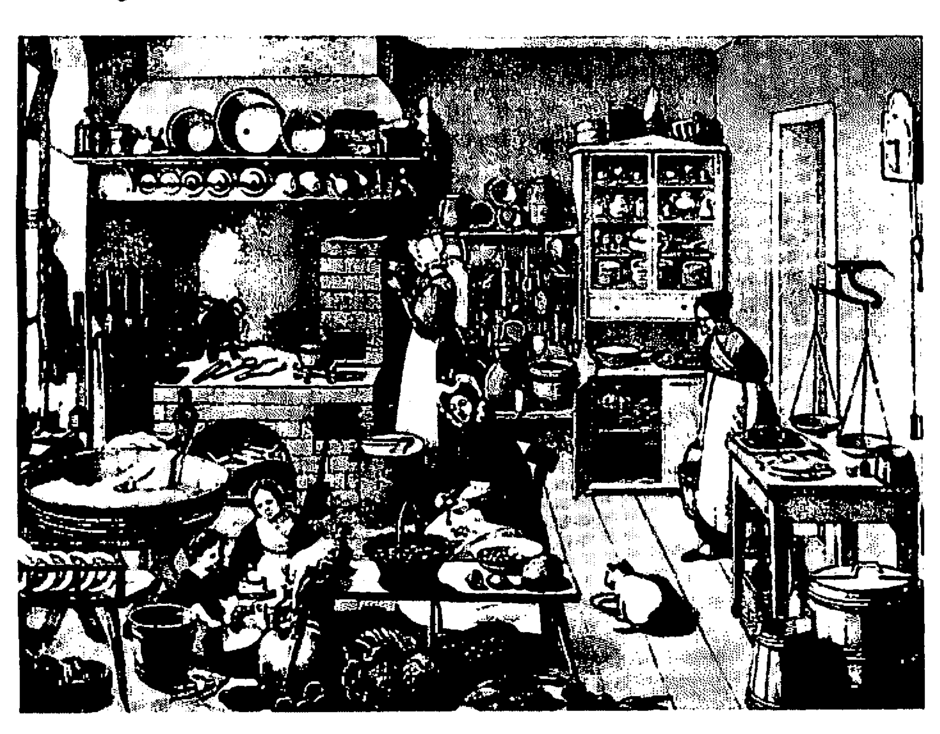
»Hausfrauisierung« nennt Maria Mies diese Entwicklung der Frau hin zum »zivilisierten Naturwesen«.

Dieser Begriff bezeichnet den Prozeß, der die Frauen weltweit ihrer relativen Autonomie beraubt, indem sie vom Einkommen ihrer Männer abhängig gemacht werden und als Arbeiterinnen ohne Lohn zum Gegenpol des »freien« Lohnarbeiters werden. Hausfrauisierung meint aber nicht nur die lohnlose abhängige Hausarbeit, sondern die Durchsetzung eines Strukturprinzips, die alle weibliche Arbeit entwertet.

»Eine Skizze dessen, was Hausfrauen heutzutage weltweit alles tun, sieht etwa folgendermaßen aus. Sie versorgen die Kinder (das geht vom auf den Rücken gebundenen Kleinkind bei der Feldarbeit bis zum Auto chauffieren zum Kindergarten und in den Klavierunterricht); sie waschen, putzen, kochen, schleppen Brennholz und Wasser über kilometerweite Entfernungen. Sie kochen Marmelade und bereiten Öl aus eingesammelten Waldnüssen (Karite in Westafrika und Salseeds in Indien); sie verkaufen kleinere Essensmengen und treiben Kleinhandel (informeller Sektor weltweit); sie leisten *Heimarbeit* (von der Korbflechterei bis zur Sacharbeitertätigkeit am Computerterminal im Wohnzimmer); sie tun Lohnarbeit in Leichtlohngruppen unter Zeitverträgen und vor allem in Teilzeitarbeit (99% aller Teilzeitarbeiter sind Frauen), und sie verdingen sich in den

Weltmarktfabriken der freien Produktionszonen (80% der Belegschaft dort sind Frauen).[10]
Das, was früher durch offene Ausbeutung und Raub aus den Kolonien angeeignet wurde, wird heute in veränderter Form durch »die Integration in den Weltmarkt« angeeignet.

Gerade für die Länder der Dritten Welt brachte die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt nicht etwa – wie vor allem die Marxisten erwarteten – die Ausweitung und Einführung »freier« Lohnarbeit. Vielmehr wurden traditionelle Produktionsformen zerstört und eine ehemals sinnvolle, sich ergänzende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wurde vielerorts zu einer hierarchischen Arbeitsteilung, die die Frauenarbeit systematisch entwertet. Frauen von ihrem Grund und Boden verdrängt und ihren gesellschaftlichen Status unterminiert. Frauen werden so zu einer Verfügungsmasse, die je nach kapitalistischen Verwertungsbedingungen und -bedürfnissen »viele« oder »wenige« Arbeitskräfte produzieren sollen (Bevölkerungskontrolle); mal ist sie als Hausfrau und Konsumentin erwünscht, ein andermal als Überlebensproduzentin, Tagelöhnerin oder Billiglohnarbeiterin.



Die bürgerliche Küche im 19. Jahrhundert

Da Frauen potentiell immer als »Hausfrau« eingeordnet werden und der Mann als Ernährer, wird Frauen beispielsweise bei der Einführung neuer Technologien prinzipiell die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel entzogen. Ihnen bleibt – eher als den Männern – der unbezahlte Subsistenzproduktionsbereich vorbehalten. Selbst wenn Frauen als Lohnarbeiterinnen beschäftigt sind, erhalten sie – weltweit – für diesselbe Arbeit weitaus weniger Geld als Männer.

Der Grund dafür ist, daß zum einen immer ein männliches Familienoberhaupt als Hauptverdiener mitgedacht wird, zum anderen (immer) ihre eigene Subsistenzarbeit als selbstverständlich, naturgegeben und damit unentgeltlich vorausgesetzt wird. Ihr Lohn entspricht demnach noch weniger den Reproduktionskosten als der des Mannes (bei ihm wird wiederum in der Regel vorausgesetzt, daß eine Hausfrau kostenlose Subsistenzarbeit für ihn und seine Familie leistet).

Zerstörung und Aufrechterhaltung der Subsistenzproduktion in Erster und Dritter Welt – oder die Feminisierung der Armut –

Wenn Kinderkriegen und Erziehen, wenn Kochen, Putzen, Nähen, Waschen, Brennmaterialsammeln und Wasserholen als Voraussetzung und Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise definiert wird, bleibt die Frage zu beantworten, wie diese unbezahlte Arbeit der Hausfrauen durch den Kapitalisten angeeignet wird.

Unbezahlte Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen kann nur angeeignet werden, wenn sie eine Kombination mit bezahlten Arbeitsverhältnissen eingeht.[11] (Jacobi/Nieß, 1980) Außerdem ist eine Voraussetzung für die Aneignung, unbezahlter Arbeit, daß der Lohn des Arbeiters oder die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht dem entsprechen, was der Arbeiter, Bauer usw. für sich und seine Familie zur Reproduktion braucht.

Im folgenden werden deshalb einige der vielfältigen Kombinations- und damit auch Aneignungsmöglichkeiten von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Dritten Welt vorgestellt:

- Wenn einzelne Mitglieder einer bäuerlichen Familie nebenbei oder zeitweise – als Wanderarbeiter und/oder Tagelöhner für Lohn arbeiten, müssen sie dennoch durch die gebrauchswertorientierte bäuerliche Produktion teilweise sich reproduzieren können. Denn weder alleine die Produktion zum familiären Eigenbedarf noch das niedrige Lohnniveau des Landarbeiters reichen zum Überleben der Familie aus. Meist sind es Frauen und Kinder, die durch das Bebauen von kleinen Feldern somit die billige Lohnarbeitskraft subventionieren, wodurch die Familie doppelt ausgebeutet wird.[12] Typisches Beispiel für diese Spielart der Lohnsubvention sind auch die Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken Südostasiens: Sie erhalten von ihren Familien aus den Dörfern Eßpakete und Kleidung, weil der niedrige Lohn mit den immensen Lebenshaltungskosten der Stadt nicht Schritt hält. Die Wanderarbeiter im Bergbau Südafrikas werden fernab von ihren Familien so schlecht entlohnt, daß für Frau und Kinder so gut wie nichts mehr übrigbleibt.
- Derselbe Mechanismus gilt, wenn bäuerliche Familien für den Markt produzieren müssen, weil sie auf zusätzliches Geldeinkommen angewiesen sind, um ihr Überleben zu sichern. Denn längst sind ehemals intakte Subsistenzökonomien zerstört, so daß der direkte Tausch von Gebrauchsgütern nicht mehr funktioniert. Dieser Zwang zum zusätzlichen Geldeinkommen führt aber dazu, daß die in der häuslichen Produktion hergestellten Waren oft unter ihrem Wert verkauft werden müssen. Denn nach der Ernte z.B. ist der Markt so mit landwirtschaftlichen Produkten überschwemmt, daß kein adäquater Preis erzielt wird, der das Überleben der Familie über das ganze Jahr sichern kann.
- Welches Interesse lokale Großgrundbesitzer und das Agrobuisiness an der Aufrechterhaltung und Verfestigung kleinbäuerlicher Subsistenzproduktion haben, zeigt sich auch bei der immer mehr um sich greifenden Vertragsproduktion: Über Pachtverträge oder über staatliche Agrarreformen werden Parzellen zur Verfügung gestellt, auf denen billige Arbeitskräfte vertraglich festgelegte, meist für den Export bestimmte landwirtschaftliche Produkte anbauen (z.B. Weltbankstrategie). Diese Arbeit wird meist von Männern (= Ernährern) mit Hilfe von Maschinen, »verbessertem« Saatgut und Düngemitteln geleistet. Diese Anschaffungen sind jedoch so teuer, daß sich die meisten Familien auf lange Zeit verschulden müssen und von Kreditgebern abhängig werden. Die Erträge reichen nach Abzug der Zins- und Tilgungsleistungen nicht aus. Auch hier kann die Familie ohne zusätzliche Subsistenzarbeit aller Familienmitglieder ihr Überleben nicht sichern.[13]

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß die im Subsistenzproduktionsbereich geleistete Arbeit immer stärker ausgebeutet wird, ohne daß die Arbeitenden über mehr Geld verfügen oder ihre Lebensverhältnisse verbessern können.

Die Subsistenzproduktion der Frauen ermöglicht erst die Freistellung der Männer für die industrielle und cash-crop-Produktion. Dadurch erhalten die Männer neben der gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Arbeit auch die Verfügungsgewalt über das Bargeld, während Frauen in den »unsichtbaren« Bereich des »erweiterten« Haushalts abgedrängt werden.

Erst diese unbezahlte Frauenarbeit und die Verfügung über ein kleines Stück Land oder einen Garten machen den Haushalt zu dieser günstigen ausbeutbaren Kombination von bezahlter und unbezahlter Arbeit für das Kapital.[14]

Unterbezahlung der Frau erhärtet die These der Aneignung der Arbeit im Reproduktionsbereich. Denn neben der Nicht-Vergütung ihrer Doppelbelastung in Beruf und Haushalt werden ihre Reproduktionskosten um ein Drittel geringer veranschlagt als die der männlichen.

Dadurch erhöht sich die Möglichkeit der Aneignung von Mehrarbeit durch das Kapital enorm.[15]

Jacobi/Nieß sprechen in diesem Zusammenhang von der Lohnarbeiterin als »typischer Wanderarbeiterin«, weil sie ständig oder zeitweilig zwischen der bäuerlichen und der außerhäuslichen Produktion pendelt. Sie ist dabei nicht nur den »Mechanismen des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes ausgeliefert«; sie kann durch die Doppelfunktion ihrer Arbeitsmöglichkeiten auch als flexible Reserve für den Produktionsprozeß fungieren.[16]

Die weltweit durchgesetzte geschlechtshierarchische Arbeitsteilung hat also für die Frauen keinen Fortschritt gebracht. Sogenannte Modernisierungs- und Entwicklungsprozesse sorgten bestenfalls für eine flächendeckende Übertragung des Modells »Frau gleich Hausfrau« in alle Welt. Somit ist: »Die miserable Lebenssituation der Mehrzahl der Frauen in der Dritten Welt (ist) kein Überbleibsel archaischer patriarchalischer Systeme oder Zeichen von Rückständigkeit und Unterentwicklung, sondern umgekehrt, Zeichen und Ergebnis der modernen Entwicklung. Die Stellung der Frauen in den Entwicklungsländern und den Industrieländern wird sich immer ähnlicher, allerdings mit dem Ergebnis der absoluten Verelendung in den Entwicklungsländern.[17]

Trotz sehr unterschiedlicher historischer, kultureller und ökonomischer Traditionen in den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt sowie in den einzelnen Gesellschaften sind die Auswirkungen der Frauenarbeit weltweit in ihrer Tendenz vergleichbar.

Die zunehmende Verarmung der Bevölkerungsmehrheit in den Ländern der Dritten Welt wirkt sich in besonders scharfer Form auf die Frauen aus:

- Die armutsbedingte Mangel- oder Fehlernährung bedeutet für Frauen ein höheres Gesundheitsrisiko als für Männer, bedingt durch häufige Schwangerschaften und Geburten, die neben dem hohen Arbeitseinsatz physisch eine zusätzliche Belastung sind. Eine Folge davon ist z.B., daß nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation zwei Drittel aller Frauen in der Dritten Welt anämisch sind.[18]
- Um das Überleben der verarmenden Familien zu sichern sind die Frauen immer mehr gezwungen, ein zusätzliches Geldeinkommen zu erbringen.

Daß diese Tendenz zur »Feminisierung der Armut« weltweit und strukturell ähnlich verläuft, wird sinnfällig, wenn die zunehmende Schlechterstellung von Frauen in den Industriestaaten während der gegenwärtigen tiefen wirtschaftlichen Krise betrachtet wird.

Auch hier bekommen Frauen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau am ehesten und am deutlichsten zu spüren: Dort, wo sie nicht gerade den etwas besser gestellten typischen Frauenberufsgruppen angehören (wie Krankenschwester, Lehrerin, Sozialarbeiterin, Sekretärin – alles Berufe, die sich auf die spezifischen hausfraulichen Fähigkeiten der Betreuung und Versorgung anderer im Arbeitsprozeß beziehen), kommen sie vorwiegend für schlechtbezahlte Teilzeitbeschäftigungen, Aushilfsarbeiten und Heimarbeit in Frage.[18]

Unter der andauernden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ist eine Verlagerung der Lohnarbeitsverhältnisse zu beobachten: Der Abbau von festen, sozial abgesicherten Arbeitsverhältnissen wird begleitet von einem Auf- und Ausbau »ungeschützter« Lohnarbeit. Carola Möller hat für die BRD festgestellt, daß von diesem Prozeß gegenwärtig hauptsächlich Frauen betroffen sind. Es handelt sich bei diesen »ungeschützten« Arbeitsverhältnissen um solche, die durch arbeits- und sozialrechtlich ausgehöhlte Vertragsbedingungen gekennzeichnet sind. Sie umfassen schlechtbezahlte Tätigkeiten wie Leiharbeit, Aushilfsarbeit, Saisonarbeit, Werkverträge, Heimarbeit usw.[20]

Meistens sind es die Frauen, die zuerst auf die Straße geworfen werden – das gilt zumindest für die etwas besser bezahlten Berufsgruppen: Sie sind schließlich keine »unversorgten Sozialfälle«, denn sie haben noch den Ehemann als Haupternährer! Als »versorgte« Hausfrauen sind sie seltener arbeitslosen- oder sozialhilfeberechtigt, ihre Arbeitslosigkeit bleibt somit ohne größere Öffentliche Folgekosten.

Es wäre allerdings verfehlt, anzunehmen, daß Frauen auf diese Weise wieder auf ihre Nur-Hausarbeit reduziert werden könnten. Denn generell finden sich auch die Männer in steigendem Maße in schlechter bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen wieder.[21] Dadurch ergibt sich sehr oft für die Frauen die Notwendigkeit, erneut nach einer Erwerbstätigkeit zu suchen, allerdings unter wesentlich schlechteren Voraussetzungen als vor der Krise. Davon zeugt die steigende Zahl von Frauen in »ungeschützten« Arbeitsverhältnissen, in schmutzigen und monotonen Tätigkeiten und in der isolierenden Heimarbeit (vom Topfkratzerherstellen bis zur Arbeit am Heimcomputer).

Die Krise in den Industrieländern läßt deutlicher sichtbar werden, daß die Entwertung der Frauenarbeit eine globale Tendenz ist, die in den Ländern der Dritten Welt die brutalsten Formen annimmt, sich aber nicht auf diese Länder beschränkt.

Badama

Anmerkungen/Literatur:

1. Gegenposition hierzu mit marxistischer Argumentation siehe in: PROKLA, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Nr. 50, März 1983
2. World Health Organization /WHO: Health and Status of Women.
3. V. Werlhof, Claudia, u.a.: Frauen die letzte Kolonie, rororo aktuell 5347, Reinbek 1983, S. 5f
4. Maria Mies, in: beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 3, 1980, S. 79
5. WV. Werlhof, Claudia, zitiert nach M. Mies: beiträge..., Nr. 9/10, S. 115f
6. V. Bennholdt Thomsen: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion – Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion, in: Beiträge zur marxistischen Theorie 14, Frankfurt 1981, S. 30f
7. V. Werlhof, Claudia, u.a.: Frauen, die..., a.a.O., S. 9
8. Jacobi, Carola/Nieß, Thomas: Hausfrauen, Bauern, Marginalisierte: Überlebensproduktion in »Dritter« und »Erster« Welt, Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, Band 10, Saarbrücken 1980, S. 63 und 76
9. V. Bennholdt Thomsen: a.a.O., S. 36
10. V. Bennholdt Thomsen: Auch in der Dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen – Warum?, in: Peripherie, Nr. 15/16, 1984
11. vgl. Jacobi/Nieß: a.a.O.
12. V. Bennholdt Thomsen, 1981, a.a.O., S. 32
13. V. Werlhof, Claudia/Neuhoff, H.P.: Weltmarkt, Erdöl und Agrarproduktion in Venezuela, in: Ewers u.a. (Hrsg.): Subsistenzproduktion und Akkumulation, Saarbrücken 1980, S. 175–254
14. Jacobi/Nieß: a.a.O., S. 243
15. V. Bennholdt Thomsen: a.a.O., S. 44
16. Jacobi/Nieß: a.a.O., S. 119f
17. V. Bennholdt Thomsen, 1984, a.a.O., S. 178
18. vgl. Christa Wichterich: Frauen in der Dritten Welt, Studie der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung/DSE, Bonn 1984, S. 44f
19. 99% der Teilzeitarbeitsplätze in der BRD sind von Frauen besetzt, vgl. Petra Müller: Neuere Daten zur Frauenerwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in der BRD – Eine Analyse, in: beiträge zur feministischen..., Nr. 9/10, S. 16ff
20. vgl. Carola Möller: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, in: beiträge zur feministischen..., Nr. 9/10, S. 7ff
21. Mit der zunehmenden Verlagerung der Arbeitsverhältnisse erklärt sich noch ein weiteres gegen die Frauen gerichtetes Phänomen: Die Vormachtstellung der Männer läßt sich ökonomisch nicht mehr dauerhaft absichern und dadurch nimmt die manifeste Gewalt gegen Frauen zu. »Auf diese Tendenz lassen schon die Meldungen der Tageszeitungen schließen, daß alle 110 Frauenhäuser in der BRD überfüllt sind (NW 22.1.83, FR 27.12.82) auch die Kriminalstatistik weist ein Anwachsen der Vergewaltigungen auf (FR 23.4.83).« (Bennholdt Thomsen: Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen, in: beiträge zur feministischen..., Nr. 9/10, S. 218)

Frauen in den Weltmarktfabriken

Zur Lage der Arbeiterinnen in der abhängigen Industrialisierung in Südostasien



Malaysische Arbeiterinnen berichten:

»Manchmal möchte ich mich hinstellen, wo mich alle sehen können und den Leuten ins Gesicht schreien, daß wir keine minderwertigen Menschen sind.«

»Bevor ich in die Fabrik gegangen und ins Zentrum gegangen bin, war ich sehr schüchtern. Jetzt würde ich sogar zum Premierminister gehen und ihm meine Meinung sagen.«

»Wenn Frauen heiraten, wissen sie bald nicht mehr, wer sie sind, woher sie kommen. Sie haben keine eigene Arbeit mehr und bleiben nur im Haus... Die Arbeit in der Fabrik ist anstrengend, aber man kann trotzdem immer etwas Neues lernen, neue Leute treffen.«

»Wir wollen unser Recht und wir werden dafür kämpfen. Ich habe fünf Kinder, mein Mann ist arbeitslos. Wovon sollen wir leben? Wir brauchen das Geld. Die Firma hat genug, wie könnten sie einem Manager sonst 7.000 Dollar im Monat geben.« (Entlassene Arbeiterin)

»Neela hat gekündigt, sie ist in ihr Dorf zurückgegangen. Ihre Eltern haben eine Heirat für sie arrangiert. Sie wollte nicht mehr in Penang bleiben, sie konnte kein Geld mehr sparen oder nach Hause schicken wegen der Kurzarbeit.« (Eine Kollegin)

(Interviews mit S. Stövesand 1985)

Wie sind wir dazu gekommen, die Stimmen dieser Arbeiterinnen wahrzunehmen? In verschiedenen Feldaufenthalten haben wir uns mit der Situation von Frauen in der Industrialisierung beschäftigt[1]. »Wandernde Forscherinnen« trafen auf Wanderarbeiterinnen vom Land in die Industriezonen, aber die Voraussetzungen dafür, sich auf den Weg zu machen, unterschieden sich grundlegend. Für uns war es also sehr wichtig, die »Gretchenfrage« der interkulturellen Frauenforschung für uns zuzuspitzen und zu aktualisieren: »Wie können wir angesichts der internationalen Machtverhältnisse, der Unterdrückung nach Geschlecht, Klasse, Ethnie, die auch unsere Lage bestimmen, die Frauen in der Dritten Welt als Subjekte in unserem Forschungsprozeß ernstnehmen?«[2].

Wir stellten fest, daß uns die allgemeine Aussage einer »gemeinsamen Betroffenheit« von patriarchalischen und ka-

pitalistischen Strukturen nicht mehr ausreichte.[3]. Zwar bildete sie eine Grundlage, um über die Spaltung und Aufteilung der Frauenproblematik in einzelne Kulturen hinwegzukommen. Doch kann sie die Wahrnehmung und Diskussion der bestehenden Differenzen erschweren - das Ausmaß und die Form der »Betroffenheit« können sehr unterschiedlich sein. Die passive Färbung im »Betroffen-Sein« kann unbewußt den Status des Opfers für Frauen festschreiben. Ihre oft untergründigen Widerstandsformen, wie etwa kleine Verweigerungen oder protogewerkschaftliche Gruppen bei Industriearbeiterinnen, geraten dann aus unserem Blickfeld.

Wir suchten also einen Ansatz, mit dem wir »Vergleichbares« und »Fremdes« wahrnehmen konnten. Nicht nur vergleichbare Tendenzen, wie etwa die zur internationalen Verbreitung des Hausfrauen-Ideals, können Aufschluß über die sich verändernde Lage der Frau geben. Auch das Sich-Einlassen auf das »Fremde« ermöglicht, nach den Verdrängungen und Ausgrenzungen im eigenen westlich-kapitalistischen Frauenbild zu fragen - und nach den dahinterliegenden Herrschaftsverhältnissen. So etwa kann in unserem Erstaunen darüber, daß viele Industriearbeiterinnen einen Großteil des Lohns an ihre Eltern abgeben, auch die »westliche« Vorstellung zutagetreten, daß junge Frauen »sich selbständig machen und einen Mann finden sollten.« Daß die Bindung an die Eltern außer einer patriarchalischen Kontrolle auch eine soziale Verankerung neben dem Bezug auf den Mann bedeutet, könnte in der Auseinandersetzung mit diesem Erstaunen über das »Fremde« deutlich werden. Ein drastischeres Beispiel ist der tiefgehende Eindruck, den die alltäglichen Überlebenskämpfe marginalisierter Frauen in der Dritten Welt bei uns hervorrufen; diese »andere Wirklichkeit von Frauen« stellt uns vor die Frage, inwiefern in der europäischen Entwicklung die »weibliche Stärke« untergeordnet und verdrängt wurde. So kann der Austausch mit den Industriearbeiterinnen einen Prozeß der wechselseitigen, kontrastiven Selbstreflexion[4] einleiten. Auch wir provozierten durch unsere Anwesenheit und Gespräche Fragen und Nachdenken, obwohl unterschiedliche Interessen in diesen Prozeß eingehen und sein Ende sehr offen ist.

Weiterhin überlegten wir, wie unser Interesse an der Lage der Arbeiterinnen entstanden war und wie es sich mit unserer Situation vermittelt. Wir kamen u.a. auf die Kernbegriffe: »Krise«, »Industrialisierung/Deindustrialisierung«, »gesellschaftliche Veränderung«. Die Auswirkungen der Krise auf die Frauenarbeit erfahren wir in unserem Alltag - z.B. bei der Suche nach »Jobs« oder den rar gewordenen abgesicherten Lohnarbeitsplätzen.

Geht es darum, die »Krise« in ihren Auswirkungen auf die Frauenarbeit zu verstehen, so ist eine internationale Perspektive notwendig, die die Frauen in der Dritten Welt - zumindest in den »Neu Industrialisierten Ländern« - mit einbezieht. Denn die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den frühen 1980ern und der strukturellen Arbeitslosigkeit auf die Frauenarbeit sind nur vor dem Hintergrund der sich verändernden internationalen Arbeitsteilung zu begreifen. Während in den 1970ern deutliche Tendenzen zur Auslagerung von arbeitsintensiven industriellen Fertigungsschritten z. B. im Elektronik-, Textil- und Bekleidungssektor in ausgewählte Regionen Ostasiens auftraten, wurden sie durch eine parallel oder verspätet dazu verlaufende mikroelektronische Rationalisierung in den kapitalistischen Zentren ergänzt oder konterkariert. Diese Entwicklungen, die als »Deindustrialisierung« der Zentren und Industrialisierung einiger »Schwellenländer« aufgefaßt wurden, beruhten nicht nur auf einer hierarchischen internationalen Arbeitsteilung, sondern auch der geschlechtlichen Arbeitsteilung. S. Raasch wies darauf hin, daß die »neue internationale Arbeitsteilung« (Fröbel, Heinrichs, Kreye 1977) auf die Herausbildung eines internationalisierten Arbeitsmarkts für Frauen herausliefe; es würden Frauenarbeitsplätze verlagert, die wegen der patriarchalischen Diskriminierung erhöhte Belastungen hätten, schlechter bezahlt und schlechter geschützt seien (Raasch 1986). So bestimmten die Trends der internationalen Arbeitsteilung die Arbeitsmarktchancen der Frauen auch in den kapitalistischen Zentren. Umgekehrt bauten sie auf der ungleichen geschlechtlichen Arbeitsteilung, z. B. der weltweit verbreiteten Lohndiskriminierung von Frauen, auf.

Häufig wird darauf verwiesen, daß durch eine fortschreitende mikroelektronische Rationalisierung gerade in den arbeitsintensiven Industrien mit relativ hohem Frauenanteil wie Bekleidung oder Elektronik viele Fertigungsschritte wieder in die Zentren »rückverlagert« würden. Gegenüber der hohen Produktivität quasi vollautomatischer Anlagen seien die niedrigen Löhne in der »Dritten Welt« für die Unternehmen uninteressant geworden. Wie wir unten ausführlicher darstellen, lassen sich die Strategien von Multinationalen Unternehmen (MNU) aber nicht allein durch das Kriterium der Lohnkosten erfassen. Zudem stehen Trends zur Rückverlagerung und zur erneuten Auslagerung gegenwärtig nebeneinander. Wichtig in unserem Zusammenhang ist, daß sich mit einer Tendenz zur Rückverlagerung nicht das Ende der Frauenarbeit in den »Neu Industrialisierten Ländern« (NIL) ankündigt. Denn der Industrialisierungsprozeß in den NIL und die führende Rolle der MNU darin wird sich fortsetzen. Also bleibt die internationale Dimension in der Veränderung der Frauenarbeit durch die mikroelektronische Rationalisierung in den kapitalistischen Zentren, die ja ebenfalls führend von MNU betrieben wird, bestehen.

Überlegungen zur internationalen und geschlechtlichen Arbeitsteilung in der Industrie

Die »Entdeckung« der neuen internationalen Arbeitsteilung hat die Arbeiterinnen in den »Weltmarktfabriken der Dritten Welt« ins Gespräch gebracht[5]. Mit dem herkömmlichen sozialistischen Ansatz, daß die Emanzipation der Frau durch Lohnarbeit möglich sei, waren ihre lange Arbeitszeiten, ihre niedrigen Löhne und die häufig auf eine »unterwürfige Weiblichkeit« abzielenden Management-Methoden nicht zu vereinbaren. Wir können in diesem Rahmen die theoretischen Ansätze, die auf die nicht abgesicherte niedrig bezahlte Arbeit der Frauen in »Weltmarktfabriken« mit einem Prozeß der »Hausfrauisierung«[6] von Frauenarbeit im Zuge der kapitalistischen Entwicklung - der Reduktion auf



unbezahlte oder schlechtbezahlte, irreguläre und unmittelbar abhängige Arbeitsverhältnisse (Birkenbeil-Studer; Winkler 1983). In einem weiteren Strang wurden die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen in exportorientierten Industrien Ostasiens auf die Frage ihrer Reproduktion und ihres Widerstandes bezogen. Wie verbinden sich ihre - häufige - Herkunft von ländlichen patriarchalischen Hauswirtschaften, ihre Arbeitsbedingungen und ihr praktisches Handeln (Lenz 1980; 1980a)? Preuß hat betont, daß unterhalb der globalen Tendenzen sich die Ebene der konkreten weiblichen Lebenszusammenhänge stellt: das Netz der sozialen Beziehungen, das die Frauen sich schaffen, der »weibliche Lebenszyklus«, der unterschiedliche Arten mit sich bringt, z.B. Mutterschaft und Lohnarbeit zu verbinden. So etwa hat sich das Alter für Heirat und Mutterschaft bei vielen »Töchtern in der Fabrik«, die ihre Eltern versorgen, nach oben verschoben.

Schließlich bringen die Arbeiterinnen eine durchaus widerständige Worker's Culture hervor, auf der ihr Widerstand — z.B. gegen Fabrikschließungen oder Entlassungen im Zuge der Krise - aufbauen kann (Preuß 1986). Unser abschließender Bericht bewegt sich um diesen Zusammenhang.

Nun fanden wir das Wort »Weltmarktfabriken« einerseits sehr unscharf - geht es nur um Fabriken, die aus den kapitalistischen Zentren ausgelagert wurden, oder um sämtliche exportorientierten Industrien?

Andererseits trifft es nur für einen Bruchteil der Frauenlohnarbeit insgesamt und für einen besonderen Sektor der Industriearbeiterinnen zu. In einer Schätzung der Beschäftigungseffekte der »Sammelplätze der Weltmarktfabriken«, der Freien Produktionszonen (FPZ) in ganz Asien wurden für 1980 nur ca. 750.000 Personen angegeben (Edgren 1984:29) mit einem mutmaßlichen Frauenanteil von 70-80%. Etwa 300.000-350.000 waren in der Elektronikindustrie beschäftigt und weitere 100.000 im Textil- und Bekleidungssektor. Doch selbst in Ländern wie Malaysia, das stark auf FPZs setzt, machten die dort Beschäftigten noch 1978 nur 11% aller industriellen Beschäftigung aus (ibid.).

Wir wollen die Frage nach der Lage der Arbeiterinnen in den exportorientierten Industrien und ihren Bestimmungsfaktoren auf einen breiteren Zusammenhang beziehen, nämlich den Wandel der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Zuge der assoziativen nachholenden Industrialisierung in einigen Ländern der »Dritten Welt«[7]. Zunächst kann sie auf die international orientierten Kapitalfraktionen, die einen dynamischen Pol dieses Prozesses bilden, gerichtet werden. Diese internationalen Fraktionen werden stark bestimmt von Multinationalen Unternehmen (MNU) und ihren Joint Ventures; gerade die relativ



fortgeschrittenen »Neu Industrialisierten Länder« Korea und Taiwan haben allerdings bedeutende einheimische Exportunternehmen (Menzel 1985). Zudem unterscheiden sich die MNU-Strategien durchaus nach ihren Investitionsmotiven, besonders der Orientierung auf den Weltmarkt oder den Zugang zum jeweiligen Binnenmarkt (s.u.) Entlang dieser Linien lassen sich drei international orientierte Fraktionen benennen: MNU mit Weltmarktorientierung, MNU mit Binnenmarktorientierung und einheimische Exportindustrien. Unter den MNU spielen Dritt-Welt-Multis z.B. aus Korea eine noch unbedeutende, aber wachsende Rolle.

Von den MNU in einer Region befindet sich nur ein Teil innerhalb der FPZs, die sich durch einen hohen Frauenanteil von 70-90% und einen geschlechtlich starr getrennten Arbeitsmarkt auszeichnen.

Aber auch andere MNU-Gründungen beschäftigen u.a. aufgrund der niedrigeren Frauenlöhne und der spezifischen Arbeitsanforderungen an »geschickte Finger« und erhöhte Belastbarkeit durch Monotonie Frauen in beträchtlichem Umfang (Smith 1985). Dies gilt für die Elektro-, Textil- und Bekleidungs- und Lebensmittelindustrien. Im Gegensatz zu der Vielzahl von Studien über FPZs ist ihre Lage noch wenig untersucht. Noch weniger ist bekannt über Arbeiterinnen in der einheimischen Klein- und Mittelindustrie.[8] Doch stehen diese Frauen nicht mehr »am Anfang« ihres industriellen Arbeitslebens. Die MNU sind meist mehr als ein Jahrzehnt »im Lande«. Um sie haben sich industrielle Beziehungen herauskristallisiert, die einerseits als Versachlichung und Modernisierung gegenüber denen in der einheimischen Kleinindustrie erscheinen können. Andererseits sprechen Anzeichen dafür, daß hier ein modernes Patriarchat mit einem geschlechtlich gespaltenen Arbeitsmarkt importiert wird und die Industriearbeiter/innen darauf mit unterschiedlichen Handlungsstrategien antworten, aus denen aber zumindest zum Teil eine längerfristige Orientierung auf Industriearbeit deutlich wird.

Im folgenden wollen wir zunächst einige Bestimmungsfaktoren der Frauenarbeit in den international orientierten Industrien beleuchten, indem wir die Motive und Strategien wesentlicher Akteure der abhängigen Industrialisierung - der Staaten, der MNU und der Arbeiter/innen skizzieren. Wir stellen als kurze Länderstudien die Kontrastfälle Malaysia und Indonesien vor, die trotz kultureller Nähe deutliche Divergenzen zeigen. Anschließend werden wir in einem Bericht über die Auswirkungen der Krise in einer FPZ in Malaysia auf den Widerstand der Arbeiterinnen kommen, aus dem sich schließen läßt, daß sie sich auf »die Industrie« bis zu einem gewissen Grade eingelassen haben und dort für bessere Bedingungen kämpfen.

Strategien der MNU und staatliche Entwicklungsstrategien

Die MNU werden häufig in der Dritte-Welt-Bewegung so pauschal wie übergroß gezeichnet: Sie verhindern nationale Entwicklung, unterminieren nationalstaatliche Souveränität, werden so zu »den Machern« schlechthin... Dieser Pauschalisierung liegt manchmal zugrunde, daß Teilprozesse oder Einzelerfahrungen verallgemeinert wurden. Und da die MNU in (kapitalistischer) Konkurrenz zueinanderstehen, können sie wohl keine einheitlichen und bewußten Gesamtstrategien hervorbringen, »alles in den Griff bekommen«, auch wenn sie sich stellenweise absprechen mögen. In unserem Zusammenhang könnte eine Typologie der MNU-Strategien nach den Motiven für die Investition weiterführen. Diese Typen können auch in Kombinationen auftreten.

Zunächst wäre das herkömmliche Motiv der *Rohstoffgewinnung* zu nennen. Allerdings muß gerade hier eine abnehmende

Bedeutung von MNU festgehalten werden (vgl. Haude 1985). Im Industriebereich tritt das weitere Motiv der *Lohnkosten* auf, das für die Frauenarbeit unmittelbar relevant ist. Die jungen, »kostengünstigen«, leicht anzulernenden, vor allem aber mit speziellen Gebrauchswerten oder informellen Qualifikationen wie Fingerfertigkeit, Disziplin, Gehorsam, usw. ausgestatteten Arbeitskräfte, die die Investoren anzogen, - stellten sich als Frauen heraus. Ein drittes wichtiges Motiv ist schließlich der *Zugang zu Binnenmärkten*, vor allem zu Konsumgütermärkten durch lokale Produktion, um Schutzvorschriften und Zollschranken zu umgehen. Auch hier werden wegen der Branchenstruktur (Elektro, Textil, Lebensmittel) viele Frauen beschäftigt. Es wäre zu untersuchen, wieweit diese aus den kapitalistischen Zentren übertragenen Vorstellungen vom »weiblichen Arbeitsvermögen« wirklich den lokalen Arbeitskulturen entsprechen und weiterhin, welche Rolle auch hier die Lohnkosten bei der Frauenbeschäftigung spielen.

Diese Motive der MNU verbinden sich mit Erwartungen an das »Gastland«: Infrastrukturelle Voraussetzungen, ein stabiles politisches Umfeld, ganz allgemein gesagt, ein »gutes Investitionsklima«. So beziehen sie sich auf die staatliche Entwicklungsplanung; diese wiederum richtet sich im Fall forcierter assoziativer Entwicklung umgekehrt an den MNU-Strategien aus.

So stehen sich die Staaten der »Neu Industrialisierenden Länder« und die MNU zwar nicht gleichberechtigt gegenüber, haben aber beide jeweils einen gewissen Handlungsspielraum. Es handelt sich um ein gegenseitiges Beeinflussen und Bedingen der jeweils verfolgten Interessen. Auch wenn das Durchsetzungsvermögen des ausländischen Kapitals groß ist, so fallen ihnen die Regierungen und/oder Eliten (getrieben zwischen Nationalstolz und Nutznießertum) nicht ohne Gegenwehr anheim: Denn dreht es sich beispielsweise um einen verstärkten Zugang zum Binnenmarkt, so kann mit weiteren Optionen jongliert werden. Neue Handlungsspielräume tun sich auf, die sich nicht nur auf die herrschenden Gruppen, sondern auch auf Widerstandsansätze der Beschäftigten beziehen können (vgl. Fallstudie Indonesien).

Ein Vergleich zwischen den Ansätzen zur Industrialisierung in Malaysia, die sich hauptsächlich auf FPZs und Weltmarktorientierung stützen, und in Indonesien, in denen der Binnenmarktzugang eine größere Rolle spielt, kann dies verdeutlichen.

Malaysia

In Malaysia vollzog sich in den letzten Jahrzehnten ein Entwicklungsprozeß von einer abhängigen Rohstoffökonomie zu einer abhängigen Industrialisierung vor allem im Konsumgüterbereich. Das Konzept der importsubstituierenden Industrialisierung wurde Ende der 1960er Jahre von einer massiven Förderung einer exportorientierten Industrialisierung abgelöst. Als Erbe der Arbeitskräftepolitik des britischen Kolonialismus und aufgrund spontaner Einwanderung ist Malaysia eine multiethnische Gesellschaft; die offizielle Statistik gibt 47% Malayen, 33% Chinesen und 9% Inder an. Vor allem die Kleinbauern, die überwiegend malayisch sind, waren herkömmlich sehr arm und sie sind von Bodenzersplitterung, Verschuldung und struktureller Arbeitslosigkeit betroffen. Zudem werden die Bäuerinnen durch die Modernisierung der Landwirtschaft aus bisherigen Einkommensmöglichkeiten verdrängt.



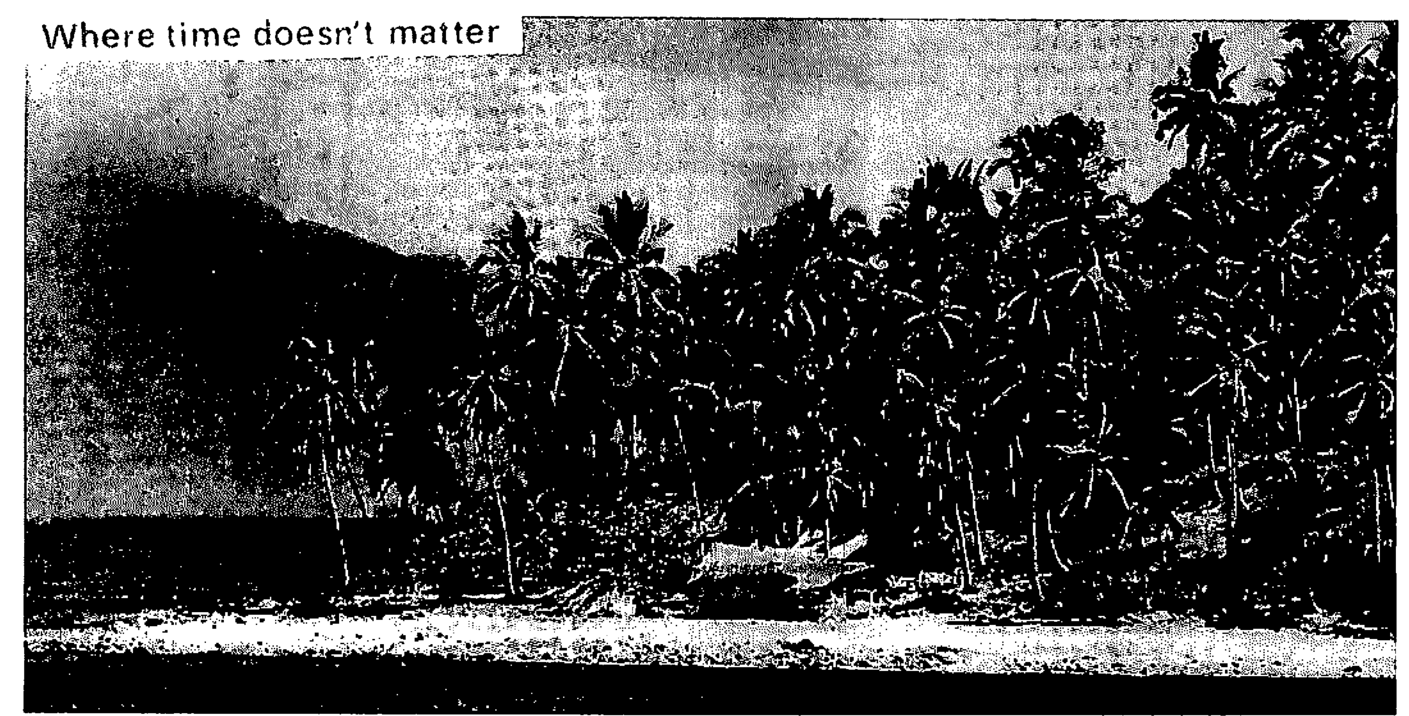
Einen Schwerpunkt der exportorientierten Industrialisierung bildete die Errichtung von speziell ausgewiesenen Freihandelszonen analog den FPZs. Sie boten ausländischen Unternehmen, die ausschließlich für den Export produzierten, zahlreiche Vergünstigungen, wie freien Gewinntransfer, jahrelange Steuerfreiheit, gut ausgebaute Infrastruktur und, zumindest in den ersten Jahren, Verbot von Gewerkschaften. Das wesentliche Motiv für die Ansiedlung in Malaysia war für die MNU, die im Rahmen der »neuen internationalen Arbeitsteilung« einzelne, arbeitsintensive Produktionsschritte in Länder der »Dritten Welt« auslagerten, jedoch das Vorhandensein eines großen Potentials an jungen, billigen weiblichen Arbeitskräften, mit einem vergleichsweise hohen Niveau an schulischer Bildung.

Die Mädchen und Frauen, häufig Migrantinnen aus den ländlichen Gebieten, verrichten monotone Teilarbeit. Die Löhne liegen beträchtlich unter vergleichbaren Männerlöhnen, Aufstiegschancen und Qualifikationsniveau sind niedrig. Die Arbeitsbedingungen, wenn auch besser als in der einheimischen Industrie, sind von sozialer Unsicherheit, Schichtarbeit und unzureichendem Arbeitsschutz gekennzeichnet. Die Fabrikdisziplin ist streng und ungewohnt. Die Frauen berichten auch von sexueller Anmache durch männliche Vorgesetzte (Blake 1982, Daud 1985).

Den Hintergrund für den *Wandel in* der Industralisierungsstrategie auf Seiten der malaysischen Regierung bildeten der geringe Erfolg der Importsubstitution und Veränderungen in der malayischen Führungsschicht. Die herrschende malayische Feudalaristokratie, die im Gegensatz zur chinesischen Bourgeosie, nur über eine schwache ökonomische Basis verfügte, wurde nach den Rassenunruhen von 1969 teilweise von einer kapitalistisch orientierten Bürokratenschicht abgelöst. Nach dem Regierungswechsel wurde die »New Economic Policy« (NEP) eingeleitet, die eine Steigerung des malayischen Anteils am Produktivkapital von 2,4% auf 30% bis 1990 vorsah, sowie die Bekämpfung der Armut.[9]

Die NEP brachte eine massive Ausweitung staatlicher Interventionen: Institutionen zur Förderung und Regulierung der Wirtschaft wurden gegründet, eine Quotenregelung für die Besetzung der Arbeitsplätze mit Einheimischen, insbesondere Malay/inn/en erlassen, Aktienanteile ausländischer Firmen aufgekauft. Ziel war u.a. eine weitere Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produkte und der Industriestruktur. Trotzdem bestanden neokoloniale Abhängigkeiten fort. 1981 betrug der ausländische Anteil am Produktivkapital 48% (N.Z.Z. 26.11.1981). Zwar verschärfte der Industrial Coordination Act von 1975 die Bestimmungen *für die* Ansiedlung neuer Industrien und sah eine stärkere Kontrolle der Unternehmen durch die Regierung vor. Aber nachdem die ausländischen Investitionen deutlich zurückgingen, wurde er bald wieder abgemildert (Südostasiengruppe Bochum 1983: 36-41; FEER 6.5., 2.9.1977).

Heute produzieren ca. 98 Unternehmen in Malaysias »Free Trade Zones«



(FTZs) mit. ca. 75.000 Beschäftigten, vorwiegend Frauen. Der Löwenanteil von 85% der Exporte wird in den hauptsächlich US-amerikanischen Elektronikfirmen produziert. Malaysia ist der größte Exporteur von elektronischen Halbleitern in der Welt. Daneben werden in den FTZs Textilien, medizinische Geräte, Radios, Spielzeug usw. hergestellt. Sowohl Halbleiterproduktion als auch Textilindustrie befinden sich momentan in einer Krise; der Absatz ist rapide zurückgegangen, protektionistische Tendenzen prägen die Situation auf dem Weltmarkt. Für die Arbeiterinnen bedeutet das Kurzarbeit, d.h. einen Lohn, der ihre Existenz nicht mehr sicherstellt. Es kommt häufig zu »freiwilligen« Kündigungen oder Entlassungen.

Abgesehen davon ist die malaysische Regierung mit einer verschärften Konkurrenz durch Entwicklungsländer, in denen das Lohnniveau noch unter dem Malaysias liegt, mit Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen durch Automation und Rückverlagerungstendenzen konfrontiert. Dazu kommt der drastische Verfall der Preise für Zinn, Kautschuk und Öl auf dem Weltmarkt. Zugleich steigt die Auslandsverschuldung. Der Binnenmarkt Malaysias bietet den einheimischen und ausländischen Unternehmen bei einer Bevölkerungszahl von knapp 15 Millionen geringe Expansionsmöglichkeiten.

In dieser Lage wird das exportorientierte Industrialisierungskonzept auf Grundlage der FTZs von verschiedenen Seiten hinterfragt. In der Presse und auch der Regierung mehren sich die Stimmen, die den Aufbau einer Industrie, die sich auf die einheimischen Ressourcen stützt, und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen fordern. Schon seit einiger Zeit wird der Aufbau einer lokalen Schwerindustrie vorangetrieben. Am Konzept der FTZs wird der mangelnde Technologietranfer, die geringe Anbindung an die lokale Industrie kritisiert. Am Unabhängigkeitstag hielt der Premierminister Mahatnir eine markige Rede, in der er den Neokolonialismus und in diesem Zusammenhang die multinationalen Unternehmen geißelte (The Star 2.9.1985).

Bei diesen Konflikten zwischen der neuen malaysischen Führungsgeneration und den MNU zeigen sich Bestrebungen zu einer stärkeren nationalen Orientierung der Wirtschaft und zu einer balancierteren Industriestruktur z.B. durch Experimente im Bereich der Schwerindustrie. Doch ist der Handlungsspielraum der malaysischen Regierung relativ gering. Die ausländischen Unternehmen werden weiterhin »hofiert«, und ihr Beitrag für die Entwicklung des Landes in öffentlichen Stellungnahmen von Politikern gepriesen. Ende Juli verkündete die Regierung weitere Änderungen des Industrial Coordination Act in Richtung Lokkerung der Bestimmungen für die Lizenzvergabe an Unternehmen und Erhöhung des erlaubten Anteils von Auslandskapital bei exportorientierten Betrieben auf 80%, in Einzelfällen auf 100%. (The Star 31. 7. 85)

Nach Aussagen von Gewerkschaftsfunktionären versucht die Regierung die Krise auszunutzen, um die Gewerkschaftsbewegung an die Wand zu drücken. Das geschieht auf verschiedensten Wegen. Nach wie vor wird die Zulassung einer Elektronikgewerkschaft vom staatlichen Registrator blockiert. Stattdessen wird mit Vehemenz die »Inhouse-Union« propagiert, die betriebsinterne Gewerkschaft, deren Mitglieder/innen vom Management abgesegnet werden müssen. Diese Knebelung und Kanalisierung der gewerkschaftlichen Organisationsansätze betrifft deshalb besonders die Frauen in der Elektronikindustrie; sie können nur durch spontane oder informelle Proteste ihre Interessen äußern. Aber es gibt kaum »führende Frauen« in den existierenden Gewerkschaften. Kritische männliche Funktionäre bekommen rasch Schwierigkeiten mit staatlichen Stellen.

In dieser Krise der rein exportorientierten Industrialisierung versucht die Regierung Mahathir auf dem planerischen Reißbrett das Steuer herumzuwerfen: Der Binnenmarkt soll durch ein gewaltiges Bevölkerungswachstum ausgeweitet werden. Dies Konzept ergänzt die Look-East-Kampagne, die zu erhöhter Arbeitsleistung und Produktivität nach dem japanischen Vorbild aufruft. Zugleich fordert es von den Frauen erhöhte Arbeit im Reproduktionsbereich. Zwanzig Jahre nach dem Aufruf zur modernen Fabrikarbeit folgt der zur Mutterschaft - ebenfalls im modernen Kontext.

Schon wurde die Familienplanungsbehörde in Familienentwicklungsbehörde umbenannt, wurde das Gesetz zum Mutterschaftsurlaub dahingehend geändert, daß Mütter mit fünf Kindern begünstigt werden. Jede Familie soll nämlich fünf Kinder haben, damit das Ziel einer 70-Millionenbevölkerung erreicht werden kann (Spiegel 18, 29.4.1985). Eine solche Politik würde nebenbei auch noch andere Probleme »lösen«: Der starken islamisch-fundamentalistischen Opposition würde Wind aus den Segeln genommen, indem die Frauen wieder verstärkt ihrer »eigentlichen Bestimmung« als Hausfrau und Mutter zugeführt werden. Gleichzeitig böte sich hier eine »Perspektive« für die arbeitslosen oder von Entlassung bedrohten Arbeiterinnen.

Es gibt jedoch Anzeichen, daß sich dieses Konzept nicht so ohne weiteres durchsetzen läßt und die Malaysierinnen, wie es eine von ihnen ausdrückte, sich »nicht zu Gebärmaschinen machen lassen wollen«.[10]

Indonesien

Nach dem Vorbild der »Neu Industrialisierten Länder« versuchte auch die indonesische Regierung unter Suharto der nämlichen Strategie einer exportorientierten Industrialisierung durch Anwerbung und Förderung von internationalen Investitionen aus dem »Westen« und Japan nachzueifern. Ziel war, eine wirtschaftliche Umstrukturierung weg von der Rolle des Rohstoffexportlandes zu ermöglichen. Schon 1968 waren mit entsprechenden Investitionsgesetzen Anreize dazu gegeben worden.

Mit diesem angestrebten Industrialisierungsweg verbanden sich widersprüchliche Anforderungen der indonesischen Regierung an die ausländischen Investoren: Auf der einen Seite sollten sie sich in arbeitsintensiven Branchen ansiedeln, wobei mit billigen Arbeitskräften geworben wurde, um die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Auf der anderen Seite wurden Technologietransfer, Ausbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen angestrebt. Zwar beruhte die assoziative Entwicklungspolitik in ihrer Gesamtheit auf einer schweren Verschuldung gegenüber den Gläubigerländern (u.a. USA, BRD, Japan, Niederlande), die auf die indonesische Entwicklungsplanung starken Einfluß nehmen, doch behauptet der Staat eigenständige Handlungsspielräume und ist nicht nur untergeordnetes Objekt.

Die Verhandlungsbasis der Regierung hat vor allem eine Stärkung erfahren, seit sich herauskristallisiert, daß sich die multinationalen Unternehmer, trotz Drängen auf arbeitsintensive Investitionen, stark für technologieintensive Branchen interessieren und sich weniger wegen der Exportmöglichkeiten als wegen des Zugangs zum Binnenmarkt ansiedeln.

Schon Mitte der 70er Jahre wurden eine Reihe von Anforderungen an die ausländischen Unternehmen entwickelt: der Übergang zu joint ventures (1974) mit entsprechender indonesischer Besetzung des Managements, sektorale und regionale Investitionsprioritäten, Technologietransfer und Ausbildungsmaßnahmen.

Darüber hinaus behält sich die indonesische Regierung vielfache bürokratische Verwaltungs- und Kontrollmaßnahmen vor.

Die assoziative Industrialisierungspolitik, die sowohl MNU für bestimmte Bereiche der binnenmarktorientierten Industrie einlädt als auch in geringerem Maße auf Export setzt, hat sich in der Entwicklung der Frauenlohnarbeit niedergeschlagen. Der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen ist von 33,6% 1977 auf 37% 1984 angestiegen (Indonesia Times 10.2.1984, Murai 1983). Während sich ca. 85% der Frauen auf dem Land befinden, hat die Zuwanderung von Frauen in die industriellen Regionen, besonders nach Jakarta/Westjava erheblich zugenommen. Dort finden sie Beschäftigung vor allem als Dienstboten, im informellen Sektor und zunehmend in der Industrie.

Ein Beispiel für eine rasch expandierende Industrie mit überwiegender Binnenmarktorientierung und einigen Exportbetrieben in der Mikrochipbranche ist der Elektro/Elektronikbereich. Er hat einen hohen Frauenanteil und er hat seine Beschäftigung im Laufe der 1970er von 17.885 Lohnarbeiterinnen 1976 auf 37.388 im Jahre 1980 ausgeweitet (Biro Pusat Statistik). Multinationale Konzerne aus Japan, den USA und Europa spielen eine dominierende Rolle. Dies gilt auch für die einzelnen Unterbranchen, wie etwa die Halbleiterindustrie (US) und die Unterhaltungselektronik (Japan, Europa). Im allgemeinen sind die Löhne und die Arbeitsbedingungen wohl besser als z.B. in der einheimischen Textilindustrie; so erhalten die Beschäftigten den Status des festangestellten Lohnarbeiters mit den entsprechenden rechtlichen Sicherungen, während in anderen Industrien die Arbeitsverhältnisse – u.a. aufgrund einer oft jahrelangen Beschäftigung als »Tagelöhner« – noch erheblich ungesicherter sind. Doch sowohl in der Entlohnung als auch in der Beschäftigungsdauer tritt eine geschlechtliche Diskriminierung der Frauen auf. Dies wird mit den klassischen industriekapitalistischen Argumenten, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen nur vorübergehend und ein Zuverdienst sei und ihre »eigentliche Rolle« in Haushalt und Mutterschaft liege, begründet. Nach Schätzungen sind immerhin 50% der Elektroarbeiterinnen verheiratet. Ein zusätzliches, allmählich auch öffentlich diskutiertes Problem stellt die sexuelle Belästigung durch Vorgesetzte und Kollegen am Arbeitsplatz dar. Auch die Nachtarbeit setzt Frauen auf dem Arbeitsweg der Gefahr sexueller Überfälle aus. Doch die gesetzliche Regelung, die bei Nachtarbeit einen Bustransport durch die Firma vorsieht, wird nicht hinreichend befolgt. So hat die Industriearbeit einen ambivalenten Charakter für die Arbeiterinnen: Einerseits gewinnen sie kurzfristig relativ stabile Einkommensmöglichkeiten, andererseits werden sie meist als ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte beschäftigt und häufig sexuell ausgenutzt.

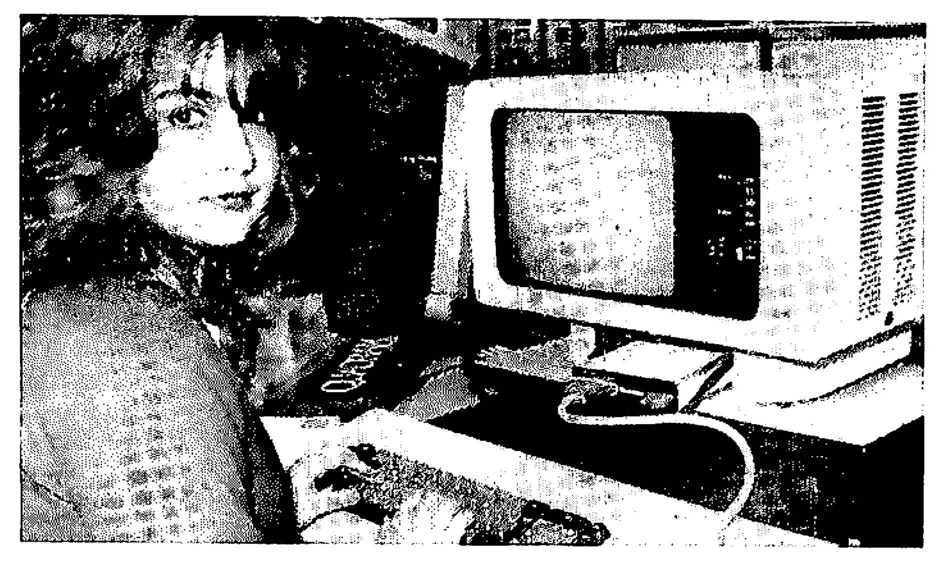
Dabei scheint die Unterbranche der Elektroindustrie mit ihrer jeweiligen Orientierung auf Binnen- oder Exportmarkt die Beschäftigungsstabilität zu beeinflussen: Während in dem rein exportorientierten multinationalen Konzern der Halbleiterbranche National Semiconductor (US) die Zahl der Beschäftigten von 7000 1980 bis 1984 um mehrere Tausend drastisch zurückging, scheint die Beschäftigungssicherheit in der Unterhaltungselektronik mit ihrer Binnenmarktorientierung höher zu sein. In der Halbleiterindustrie wirkten sich wohl die Rezession und die Einführung vollautomatischer Montagestraßen negativ aus. Die Beschäftigten – zu 80-90% Frauen – protestierten erfolglos in mehreren Streiks gegen die Entlassungen.

Aufgrund einer Reihe von Anzeichen vermuten wir, daß wirkungsvollere Aktionsmöglichkeiten für informellen oder halbformellen Widerstand in den binnenmarktorientierten MNU vorhanden sind: Denn hier werden die Arbeiter/innen nicht in unmittelbare Lohnkonkurrenz zu anderen asiatischen »Niedriglohnländern« gesetzt. Ebenso wird z.B. die Einführung von mikroelektronischen Technologien nicht zu einer plötzlichen Rückverlagerung ganzer Produktionsschritte führen. Das Argument zählt, daß wer verkaufen will, im Lande produzieren muß.

Die sonst eindeutig antikommunistische Haltung der indonesischen Regierung blieb in diesem Punkt ambivalent: In den späten 1970er Jahren führten Arbeiter/innen im Raum Jakarta eine Reihe von Arbeitskämpfen durch, die auf eine gewisse Toleranz bei reformerischen Fraktionen u.a. im Arbeitsministerium trafen. Zu Beginn der 1980er streikten tausende von Arbeiter/innen bei der exportorientierten amerikanischen Chip-Fabrik Fairchild gegen Massenentlassungen, die durch die Krise der Branche und mikroelektronische Rationalisierung in den US und Indonesien begründet wurden. Allerdings blieben die Aktionen ohne langfristigen Erfolg. Doch in binnenmarktorientierten Elektro-MNU machen gewerkschaftliche Fabrikkommittees allmähliche Fortschritte.

Der Amtsantritt des Arbeitsministers (und ehemaligen Geheimdienstchefs) Sudomo 1982 bedeutete eine stärkere Kontrolle. Allerdings wird auf die Einhaltung des formellen Arbeitsrechtes bei MNU stärker geachtet als in den einheimischen Industrien. Weiterhin sind neuerdings vermehrt Rahmenverträge zwischen ausländischen binnenmarktorientierten Unternehmen und Gewerkschaften geschlossen worden.

Ein am Zugang zum einheimischen Markt orientiertes Unternehmen muß auf eine langfristige Planung setzen, zu der auch ein Einlenken in betriebliche Sozialpolitik gehört, selbst wenn es lange herausgezögert wird. Dabei besteht kein Unterschied zwischen den MNU aus verschiedenen Herkunftsländern, auch wenn sich eine »loyalistische« japanische Betriebspolitik von dem »partnerschaftlichen« deutschen Anspruch abhebt. Zumindest ist es ein ausgesprochenes Ziel des Managements, eine »zufriedene« und verläßliche »Kernarbeiterschaft« herauszubilden[11]. Der jeweilige Anteil von Kernarbeiterschaft und fluktuierend beschäftigter Randarbeiterschaft ist unklar. Doch werden Frauen wohl zu beiden Gruppen gehören, da auch sie nach dem formalen Arbeitsrecht schwer kündbar sind – wenn es angewandt wird... Allerdings kann sich ein sozialer Druck aus dem »Hausfrau-und-Mutter«-Klischee ergeben, daß nicht nur in westlich orientierten Medien, sondern auch von islamischen Kreisen verstärkt vertreten wird. Obwohl dies Stereotyp der herkömmlichen zentralen Rolle der javanischen Bäuerin in der häuslichen Wirtschaft – auf dem Feld und auf dem Wochenmarkt –



widerspricht, gewinnt es sich im städtischen Umfeld an Kraft.

Auch die Regierung, insbesondere Arbeitsminister Sudomo, vertritt das Modell der »zusätzlichen Erwerbstätigkeit« für Frauen, die so zum Familieneinkommen beitragen, aber nicht der »Hauptbrotverdiener« werden sollten (The Indonesian Observer 29.8.83), obwohl die Wirklichkeit diesem propagierten Frauenbild Hohn spricht, denn viele Haushalte überleben wesentlich vom Einkommen der Ehefrau.

Genau hier stellt sich eben das Problem der politischen Lösungsvorschläge und der organisatorischen Ansätze in der Arbeiterinnenpolitik, aber offensichtlich können die »verantwortlichen Minister« weder über den patriarchalischen Schatten eines weithin idealisierten westlichen Frauenbildes noch über den der orthodoxen isalmischen Weiblichkeitsnormen springen.

Es fehlen leider Perspektiven, wie die herkömmliche Stärke der Frauen in den kleinbäuerlichen Wirtschaften in die industrielle Entwicklung übernommen werden könnten.

Wie die Länderskizzen zeigen, fehlen uns einfache Antworten. Vielmehr finden wir wichtig, die verschiedenen komplexen Faktoren zu benennen. Wenn in Malaysia die exportorientierten MNU überwiegend junge unverheiratete Frauen beschäftigen und in der »Nachbargesellschaft« in der gleichen Industrie Indonesiens ca. 50% der Frauen verheiratet sind, wenn die vorgeblich sanften jungen Arbeiterinnen erhebliche Militanz und Interesse an Organisierung zeigen, dann müssen unterschiedliche Bestimmungsfaktoren in der abhängigen kapitalistischen Industrialisierung herausgehoben und miteinander in Bezug gesetzt werden. Hier wurde dies nur für die staatliche Entwicklungsstrategien und das Vorgehen der MNU skizziert. Allerdings ist die Frauenindustriearbeit nicht bloßes Resultat, sondern ein dynamischer Faktor in diesem Prozeß aus einem doppelten Grunde: Einerseits baut die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung auf der Verwertung der diskriminierten, ungeschützteren Frauenlohnarbeit auf. Andererseits prägen die Lohnarbeiterinnen auch durch ihre Verhaltensstrategien und ihren Widerstand die neuen industriellen Arbeitsverhältnisse.

Der folgende Bericht von Sabine Stövesand über den Widerstand von Industriearbeiterinnen gegen krisenbedingte Entlassungen in Malaysia zeigt diese »Gegendimension« auf.

Widerstand von Industriearbeiterinnen in der Krise

Penang, Malaysia. Hier auf der Insel wurde 1971 die erste Freie Produktionszone des Landes errichtet. Mittlerweile sind es drei mit einer Gesamtzahl von ca. 22.000 Beschäftigten. Die meisten davon (80%) sind Frauen. Für einen Lohn, der nicht viel über dem von der Regierung ermittelten Existenzminimum von 220 M$ im Monat liegt, verrichten sie anstrengende, monotone Arbeit in den Fabrikhallen der multinationalen Konzerne.

Nach dem Boom der 70er und frühen 80er Jahre, in dessen Verlauf tausende von jungen Frauen ihre Heimatdörfer auf dem Festland verließen, um hier zu arbeiten, teilweise 12 Stunden am Tag, ist die Situation heute von Kurzarbeit und Entlassungen gekennzeichnet. Das gilt vor allem für die Elektronikfirmen.

Die Praxis sieht so aus, daß den Frauen immer nur sehr kurzfristig mitgeteilt wird, ob und wieviel sie in der folgenden Woche arbeiten können. Es passiert, daß die Belegschaft montagmorgens per Anschlag am Fabriktor von der Schließung des Betriebes erfährt. Allein im Bundesstaat Penang haben innerhalb des vergangenen Jahres 3200 Textil- und Elektronikarbeiter/innen ihren Job verloren, dazu kommt eine größere Zahl von »freiwilligen« Kündigungen.

Nur wenige hundert Meter von einer der umzäunten und gut bewachten Freien Produktionszonen Penangs entfernt, liegt das »Workers Education Center«. Vor Jahren wurde es unter der Schirmherrschaft der Familienplanungsbehörde gegründet mit der Zielsetzung, den Arbeiterinnen Hilfestellung bei der Integration in ein ungewohntes Arbeits- und Alltagsleben zu geben, das sich fern von den Beziehungen in den Großfamilien und den vertrauten dörflichen Strukturen abspielt. Vorrangig ging es aber darum, die Frauen an die neuen Erfordernisse anzupassen und sie arbeitsfähig zu halten. Heute wird das Zentrum jedoch von einem Komitee aus Arbeitern und Arbeiterinnen selbst verwaltet und geführt, finden Veranstaltungen über die Bedeutung von Frauenhäusern oder über den gewerkschaftlichen Kampf der Textilarbeiterinnen in Südkorea statt. Seit dem Herbst letzten Jahres treffen sich dort auch entlassene Arbeiter/innen des US-amerikanischen Elektronikunternehmens »MOSTEK«. MOSTEK geriet in die Schlagzeilen, als es Ende September 1985 1200 Arbeiter/innen auf die Straße setzte, nachdem die Firmenleitung noch kurz zuvor in der Presse bekanntgegeben hatte, im Betrieb bliebe alles beim alten. Doch die Rechnung des Managements, die Frauen und – allerdings in einer verschwindenden Minderheit – Männer mit den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestentschädigungen einfach nach Hause zu schicken, ging nicht auf.

Trotz der repressiven Gesetzgebung, nach der Demonstrationen grundsätzlich verboten sind, anonymer Drohanrufe bei

engagierten Frauen und ständiger Anwesenheit von Geheimpolizei fanden in den darauffolgenden Wochen fast täglich Aktionen der Arbeiterinnen statt. Zu Hunderten protestierten sie vor dem MOSTEK-gebäude, forderten Verhandlungen über höhere Abfindungen mit dem Management. Das waren nicht die »sanften, anpassungsbereiten Asiatinnen« aus den Werbeanzeigen für ausländische Investoren, sondern wütende Frauen, die lautstark Parolen skandierten, Transparente schwenkten und Flugblätter verteilten.

Der Marsch der MOSTEK-Arbeiterinnen zum Regierungsgebäude von Penang, ihr selbstbewußtes und entschlossenes Auftreten dort wurde in der Presse als historisches Ereignis und Zerstörung des Mythos von der stets gefälligen und gehorsamen »Minah Karan« (verächtlicher Ausdruck für malaysische Elektronikarbeiterinnen) bezeichnet.

Viele von ihnen waren seit Jahren bei Mostek und haben sich die Augen, durch die Arbeit an den Elektromikroskopen, ruiniert. Somit war es fast unmöglich, eine neue Stelle zu finden, zumal die anderen Unternehmen aufgrund der Rezession keine Neueinstellungen vornahmen.

Durch ihren Widerstand und die dadurch ausgelösten öffentlichen Diskussionen erreichten die Frauen, daß die Regierung des Bundesstaates sich gezwungen sah, ihnen zunächst einmal Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu verschaffen. Die Auseinandersetzungen mit der Firmenleitung von MOSTEK dauern an und erhielten vor kurzem neuen Zündstoff, als auch die letzten 700 Arbeiterinnen entlassen wurden. Was die Abfindungszahlungen angeht, so wird diese Frage wahrscheinlich letztlich vor Gericht ausgefochten werden. Wichtig und ermutigend ist jedoch noch etwas anderes, nämlich daß es für einen Teil der Frauen nicht mehr nur um die Abfindung und einen neuen Job geht. Auf ihren Treffen, die weiterhin regelmäßig stattfinden, besprechen sie Wege und Möglichkeiten, wie sie Kolleginnen in anderen Firmen, die ebenfalls von Entlassung bedroht sind, helfen und ihre Erfahrungen weitergeben können.

Inwieweit sich daraus stabile Zusammenhänge ergeben oder ob und wie stark das Problem der gewerkschaftlichen Organisierung gesehen und angegangen wird, wird sich zeigen. Für mich bedeutete die Begegnung mit diesen Frauen feststellen zu müssen, daß das Bild, das ich vorher von ihnen hatte, recht schief und undifferenziert war. Sie sind eben nicht nur »von den Multinationalen Konzernen billig und widerspruchslos vernutzte Arbeitskraft«, sondern sie entwickeln Strategien, ihr Leben zu bewältigen und sie haben Pläne und Träume, die das Kapital ihnen nicht so leicht zerstören kann.

Bärbel Braun, Ilse Lenz, Sabine Stövesand

Anmerkungen

1. Bärbel Braun und Sabine Stövesand führten 1985 einen Feldaufenthalt in Indonesien, bzw. Malaysia im Rahmen des ASA-Programms durch, dem hiermit herzlich gedankt sei.
2. Wir können hier nur einige Aspekte andeuten. Wichtig waren für uns die Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis 11 Frauenforschung oder feministische Forschung. 1984 und Hg. Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der FU Berlin (1984): Methoden in der Frauenforschung, darunter besonders die Beiträge von Regina Becker-Schmidt, Maria Mies und Tina Thürmer-Rohr.
3. Ein weiteres Problem ist die Verwässerung von »Betroffenheit« in Medien und politischen Reden.
4. Vgl. Lenz 1986, Becker-Schmidt a.a.O.
5. Vgl. den Beginn der Diskussion in Verbindung mit der »Neuen internationalen Arbeitsteilung« bei Fröbel, Heinrichs, Kreye 1977, sowie in der Folge Lenz 1980, 1980a; Preuß 1986; Birkenbeil-Studer; Winkler 1983.
6. In diesem Ansatz wird die nicht abgesicherte, niedrig bezahlte Arbeit der Frauen in »Weltmarktfabriken« bezogen auf die internationale Durchsetzung des »Urtyps« nicht bezahlter Arbeitsverhältnisse im Zuge der kapitalistischen Entwicklung, nämlich der Hausfrau. Die prekäre Lohnarbeit der Frauen, die häufig wie im Fall der Heimarbeit »verheimlicht« und nicht als wirkliche Arbeit anerkannt wird, »kann erst dann vollständig erfaßt werden, wenn die Hausarbeit - die unbezahlte Arbeit der Frauen - miteinbezogen wird« (Birkenbeil-Studer, Winkler 1983/64). »Hausfrauisierung« ist also eine neue grundlegende Entwicklung in der Durchsetzung patriarchalisch-kapitalistischer Produktionsverhältnisse; sie bedeutet nicht, daß alle Frauen wirklich reine Hausfrauen würden, sondern daß die Hausarbeit zum Kern nicht oder schlechtbezahlter, unabgesicherter Arbeitsverhältnisse wird, daß sie also auf die Produktionsverhältnisse von Frauen insgesamt »durchschlägt«: »Erst dadurch, daß im kapitalistischen Weltsystem die Frauen gezwungen werden, zunächst einmal Hausfrauen zu sein, gleichzeitig die Männer aber zunehmend immer weniger in der Lage, bzw. willens sind, den Unterhalt der Familie zu bestreiten, sind die Frauen gezwungen, prekäre Lohnarbeitsverhältnisse einzugehen, und zwar unter sich verschlechternden Bedingungen« (ibid.). Vgl. auch Bennholt-Thomsen 1984.
7. Wir konzentrieren uns hier auf die Bestimmungsfaktoren der Frauenarbeit in den international orientierten Kapitalfraktionen in einzelnen NIL in Ostasien. In diesem Rahmen konnten wir auf den Widerstand der Arbeiterinnen nur stellenweise und vor allem im Bericht zum Schluß eingehen. Auch konnte die umfangreiche Debatte über die NL nicht behandelt werden; selbst eine Diskussion der diesbezüglichen Literatur zu den Fallstudien Indonesien und Malaysia würde den Rahmen sprengen. Neuere deutsche zusammenfassende Studien sind Asche 1984, Menzel 1985.
   Ebensowenig kann ein Vergleich mit den noch kaum dokumentierten Arbeitsbedingungen in der binnenmarktorientierten einheimischen Industrie geleistet werden.
8. Es gibt einige Untersuchungen zur einheimischen Zigaretten- und Batikindustrie in Indonesien.
9. Vgl. u.a. Second Malaysia Plan (1971) Kuala Lumpur
10. Vgl. Interviews mit Sabine Stövesand
11. Vgl. Interviews von Bärbel Braun mit Managern in Indonesien.

Zitierte Literatur:

Asche, Helmut (1984): Industrialisierte Dritte Welt? Ein Vergleich von Gesellschaftsstrukturen in Taiwan, Hongkong und Südkorea. Hamburg

Bennholt-Thomsen, Veronika (1984): Auch in der dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen - Warum? In: Peripherie 15/16 S.178-188

Birkenbeil-Studer, Ute; Winkler, Ute (1983): Frau Li, Frau Fulano, Frau Müller - weibliche Erwerbsarbeit in den Weltmarktfabriken Südostasiens, in der peruanischen Industrie und bei uns. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Pracis 9/10 S.158-167

Blake, Myrna (1982): The Participation of Female Factory Workers in Voluntary Associations. PHD Universiti Sains Malaysia

Daud, Fatimah (1985): »Minah Karan«. The Truth about Malaysian Factory Girls. Kuala Lumpur

Edgren, Gus (1984): Spearheads of Industrialization or Sweatshops in the Sun. A Critical Appraisal of Labour Conditions in Asian Export Processing Zones. In: Hg. Lee, Eddy (1984): Export processing Zones and Industrial Employment in Asia. Bangkok

Fröbel, Folker; Heinrichs Jürgen; Kreye, Otto (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Reinbek

Haude, Detlev (1985): Transnationale Unternehmen; Industrialisierung in der Peripherie und Kapitalistische Entwicklung. In: Peripherie 21 S.25-53

Lenz, Ilse (1980): Frauen und das globale Fließband. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 3 S.90-104

- *(1980a):* Flammen am Markte des Friedens. Arbeiterinnen im Schatten der internationalen Arbeitsteilung werden aktiv. In: Hg. Song, Du-Yul (1980): Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea. Bochum S. 121-169

- *(1986):* Zur Frage weiblicher Handlungsräume und weiblichen Widerstands in der sozialen Entwicklung. Im Erscheinen in Hg. Mergner, Gottfried et. al.: Geschlecht und Macht. Frankfurt

Menzel, Ulrich (1985): In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan. München

Preuß, Sabine (1986): Die Frauen von Acapulco-Fashion. Weiblicher Lebenszusammenhang und Industrialisierung in den Weltmarktfabriken Mexikos. Berlin

Raasch, Sybille (1986): Frauenarbeit in der Bekleidungsproduktion. Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung durch Einsatz neuer Technologien? In: Peripherie 22/3 (im Erscheinen)

Smith, Wendy (1985): Japanische Fabrik - malaysische Arbeiter. Zum »japanischen Modell« industrieller Beziehungen. In: Peripherie 21 S.25-53

Südostasiengruppe Bochum (1983): Malaysia. Kautschuk oder Elektronik. Über die neokoloniale Ausbeutung eines reichen Landes. Stuttgart

Selbstbewußt und unbescheiden

Feminismus am Ende der Frauendekade

Juli 1985: mehr als 15.000 Frauen (und ein paar Hundert Männer) kamen zum Abschluß des UNO-Frauenjahrzehnts nach Nairobi. Während im Kenyatta-Konferenzzentrum noch die Stühle für die offizielle UNO-Veranstaltung — die Weltfrauenkonferenz (15.—26.7.) — gerückt wurden, wurde auf dem „Forum '85" (10.—19.7.) schon diskutiert.

Was in den Konferenzpapieren der UNO zu lesen war, konnte man dort sehen, hören, fühlen: daß Frauen überall auf der Welt im Aufbruch sind. Selbst die Organisatorinnen des „Forums" — ein Komitee aus Vertreterinnen von 60 nichtstaatlichen Gruppen — hatten nicht mit so vielen Frauen gerechnet. Doch jede Frau war mit ihrem Anliegen und ihren Fragen willkommen. In etwa 200 Veranstaltungen am Tag wurde so ziemlich alles diskutiert, was Frauen bewegt.

Im Gegensatz zu diesem Treffen von „Nichtregierungs"-Frauen auf dem Campus der Universität gab es bei der offiziellen UN-Konferenz einen regulären Tagungsbetrieb. Von ihren Regierungen entsandte Delegierte (Ministerinnen, Beamtinnen, Diplomatinnen) tauschten offizielle Standpunkte aus; dazwischen Beobachter(innen) von Befreiungsbewegungen, zwischenstaatlichen Organisationen und UN-Behörden sowie von 160 ausgewählten und anerkannten Nichtregierungsorganisationen (wie z.B. dem Weltkirchenrat). Ziel der Konferenz war eine Bilanz des Frauenjahrzehnts, der Fortschritte und Hindernisse auf dem Weg zu „Gleichheit, Entwicklung und Frieden" (so die offiziellen Dekadenziele) und die Verabschiedung eines neuen Aktionsprogrammes für die nächsten 15 Jahre.



Frauen auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi

Der parlamentarische Staatssekretär im „Entwicklungshilfe"-Ministerium, Volkmar Köhler, ist einer Fehlentwicklung auf der Spur: „Mir persönlich ist es ein Graus, wenn ich sehe, welche Gelder für solche Konferenzen draufgehen. Daß die Weltfrauenkonferenz in Nairobi 3.000 Delegierte hatte und die gleichzeitig durchgeführte Konferenz von Nichtregierungsorganisationen, die aber allesamt ja auch irgendwie öffentliche Zuschüsse bekommen, 13.000 Personen in Nairobi versammelt hatte — hier nach Kosten-Nutzen-Relationen zu fragen, ist sicherlich mehr als angebracht." (Köhler im September '85 in einem WDR-Interview).

Für Frauenfragen hat sein Ministerium schon immer Kosten gescheut. Ein eigenes Referat gibt es nicht, und beim „DAC-Examen" der OECD (DAC = Development Assistance Committee; Entwicklungshilfeausschuß, der alle 2 Jahre die Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industriestaaten überprüft) zur öffentlichen Entwicklungshilfe belegt die Bundesrepublik in Sachen Frauenpolitik einen der hintersten Plätze.

Trotzdem versuchte Bonn in Nairobi, sich international ganz nach vorne zu schieben. Köhlers Kollegin Karwatzki (Bundesministerium für Familie, Jugend, Gesundheit) verkündete in ihrer Konferenzrede stolz, die Bundesrepublik habe in der Frauendekade zwei Milliarden Dollar für Frauenförderung spendiert. Wer das nicht glauben mochte, konnte es wenige Tage später in der kenianischen Wochenzeitschrift „Weekly Review" schwarz auf weiß nachlesen, in einer Anzeige der deutschen Botschaft, die wie ein redaktioneller Beitrag aufgemacht und inmitten der Konferenzberichterstattung plaziert worden war. In diesem Beitrag hat Bonn großzügig einfach alle „Vorhaben, die Frauen direkt oder indirekt nützen" zusammengefaßt — es ist eben alles eine Frage der Definition.

Zum „Freiwilligen Fonds" der UNO-Frauendekade — mit seinen Mitteln wurden seit 1978 mehr als 400 Projekte in 90 Ländern gefördert — hat das BMZ nicht eine müde Mark beigesteuert. Die dort von der Bundesrepublik eingezahlten Mini-Beiträge (1984: 50.000 Mark, 1985: 100.000 Mark) kamen vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Zum Vergleich: Norwegen, der größte Beitragszahler, stellte 1984 1,4 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Als „UN-Entwicklungsfonds für Frauen" wird der „Freiwillige Fonds" auch über die Frauendekade hinaus fortbestehen. Auf die zukünftigen Beiträge aus Bonn darf man gespannt sein: Einen Resolutionsentwurf, der die Fortsetzung des „Fonds" ausdrücklich begrüßt und die Regierungen auffordert, ihre Beiträge, wenn möglich, zu erhöhen, hat auch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

Daß man von 104 in Nairobi erarbeiteten Resolutionen 56 mit eingebracht bzw. unterstützt habe, rechnet sich die bundesdeutsche Delegation hoch an. Verabschiedet wurde keine dieser Resolutionen — aus Zeitmangel sind sie der Vollversammlung zur Beschlußfassung überstellt worden.



Machtproben auf der UN-Konferenz

In Zeitdruck gerieten die Konferenzteilnehmer, weil die Beratungen über das Hauptdokument, die „Vorausschauende Strategien der Frauenpolitik bis zum Jahr 2000", die Delegationen der 157 Staaten bis zur letzten Konferenznacht in Atem hielten.

Ein Konflikt mit Vorgeschichte: Schon lange vor Konferenzbeginn hatten die USA deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt seien, eine „Politisierung" der Nairobi-Konferenz hinzunehmen (d.h. ihnen nicht genehme Beschlüsse zu Südafrika, Palästina und der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung). Bonn lieferte ein entsprechendes Echo. Die ultra-konservative „Heritage Foundation" — auch sonst Ideenlieferantin der Reagan-Administration — hatte eigens für Nairobi eine Konfrontationsstrategie erarbeitet. Zwar gab Maureen Reagan in Kenia dann im Ton konziliant zu, daß Frauenfragen natürlich auch politische Fragen seien, mit der Forderung nach einmütiger Verabschiedung des Strategiedokuments jedoch gingen die USA (wiederum assistiert von u.a. der Bundesrepublik) in die diplomatische Offensive.

„Konsens im Interesse der Frauen" — so wurde diese Machtprobe nach außen verkauft — war ein diplomatisches Druckmittel. Nachdem in § 95 bei der Aufzählung der Haupthindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung der Frauen „Zionismus" durch „alle Formen von Rassismus" ersetzt worden war (und sich damit die Minderheit der westlichen Länder gegen die Konferenzminderheit durchgesetzt hatte), war das Haupthindernis für die im Morgengrauen erfolgte Annahme des Dokuments „im Konsens" beiseitegeräumt. Konsens — das zeigen die Erklärungen zur Kompromißformel und die Einzelabstimmungen zu vier Paragraphen — ist so aber keineswegs erzielt worden.

Der Ausgang der Konferenz spiegelt einmal mehr die internationalen Kräfteverhältnisse, in der machtpolitische Interessen und nicht Argumente und schon gar nicht die Frauen zählen. Für die Frauen andererseits zählt allein, ob das verabschiedete Aktionsprogramm in praktische Politik umgesetzt wird (siehe Kasten).

Das „Forum '85" der Nichtstaatlichen Organisationen

Über das in etwa parallel zur UN-Konferenz tagende „Forum" der nichtstaatlichen Organisationen (NGO's) hatte sich die „Heritage Foundation" auch so ihre Gedanken gemacht: „NGO-Foren haben gewöhnlich eine radikalere linke Schlagseite als UN-Konferenzen. Sie ziehen eine riesige Menge Leute an; die NGO-Delegeirten treten auch als Lobby auf den UN-Konferenzen auf und machen oft Schlagzeilen". Wenn die kenianischen Autoritäten hier nicht mäßigend eingriffen, stehe zu befürchten, daß auch das „Forum 85" eine solche Veranstaltung sein werde.

Die kenianische Polizei jedenfalls hatte ein waches Auge auf das „Forum", war auf dem Campus immer präsent. Die staatliche Filmzensur bestand darauf, alle Beiträge des begleitenden Filmfestivals vorher zu sichten; allein dadurch wurde manche Aufführung verhindert, das gesamte Programm durcheinander gebracht. Kenia — vermittelt auch über die Organisatorinnen des „Forums", die vor nicht überschaubaren Folgen warnten — sorgte dafür, daß nichts Politisches vom „Forum" zur UN-Konferenz getragen wurde. Manifestationen außerhalb des Campus (z.B. eine Nicaragua-Demonstration) waren nicht erwünscht.

Beirren aber ließen sich die 14.000 nach Nairobi gereisten Frauen nicht: Sie nutzten das „Forum" als Forum. Angesprochen wurde so ziemlich alles, was Frauen weltweit bewegt. Die Themen der insgesamt 1.198 angemeldeten Workshops — hinzu kamen noch viele spontan organisierte Veranstaltungen — reichten von „großen" politischen Fragen bis hin zu „kleinen" Alltagsproblemen; miteinander geredet wurde auf hochkarätig besetzten Podien und in informellen Gruppen. In der Art des Umgangs miteinander wurde an vielen Stellen ein Stück Frauenwelt sichtbar: Diskussionen waren oft eher freimütiges Gespräch als ritualisierter Schlagabtausch.

Gekommen waren neben weitgereisten und konferenzerprobten Frauen (wie Bella Abzug, Betty Friedan und Nawal el Saadawi) auch solche, die zum ersten Mal den Schritt aus ihrer vertrauten Umgebung gemacht hatten. Neben Vertreterinnen von Befreiungsbewegungen und Basisgruppen saßen solche aus etablierten Institutionen, neben Hausangestellten hockten Frauen „aus gutem Hause", die die tägliche Hausarbeit nie selbst erledigen mußten.

Eine Vielfalt, die neue Einsichten und Freundschaften begründete, die aber auch Konflikte sichtbar machte. Dame Nita Barrow aus Barbados, für die Vorbereitung des „Forums" verantwortlich, machte bereits in ihrer Eröffnungsrede deutlich, daß Verschwisterung nicht überall möglich ist: „Obwohl die Unterdrükkung und Ungleichheit der Frauen einen gemeinsamen Ursprung hat, kann die Befreiung der einen Frau die Zerstörung der anderen mit sich bringen."

Während iranische Delegierte versuchten, „unsere Revolution vorzustellen und der Propaganda etwas entgegenzusetzen", sprachen in einem anderen Raum Frauen eines „Aktionskomitees zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Frauen im Iran" über Gewalt und Repression in ihrer Heimat. Frauen aus gegeneinander Krieg führenden Ländern (Iran — Irak) lieferten sich heftige Wortgefechte. Marokkanerinnen wollten zunächst nicht zulassen, daß Frauen der POLISARIO einen Film über ihren Kampf gegen die marokkanische Besatzungsarmee zeigten. Auch zwischen Frauen aus Israel und Palästina kam es zu einem erbitterten verbalen Schlagabtausch — doch selbst hier gab es immer wieder Versuche, wenigstens ein Gespräch in Gang zu bringen, ohne die Gegensätze zu verwischen.

Auf dem „Forum" wurden keine Beschlüsse gefaßt oder Resolutionen verabschiedet. Trotz der ungeheuren Vielfalt — die jede Bilanz subjektiv macht — läßt sich doch über die Mehrheit der Veranstaltungen sagen, daß hier ein einzigartiger Dialog zwischen Frauen aus der Ersten und der Dritten Welt begonnen wurde, daß über alle Unterschiede und Grenzen hinweg immer wieder gemeinsame Strukturen diagnostiziert und gemeinsa-

me Handlungsmöglichkeiten entwickelt wurden.

Am Ende der Frauendekade stehen Frauen(gruppen) aus aller Welt am Anfang eines Annäherungsprozesses. Ein Vergleich der die drei Dekadenkonferenzen (1975 in Mexico City, 1980 in Kopenhagen und 1985 in Nairobi) begleitenden „Foren" zeigt, wie beschwerlich der Weg dorthin war.

Die NGO-Foren 75—85 Zum Verhältnis von Feminismus und Entwicklung

1975, zur „Tribune" nach Mexico City, waren 6.000 Frauen gekommen; doch die Frauen aus der Ersten und der Dritten Welt konnten sich oft nicht einmal darüber verständigen, über was sie sprechen wollten. Den „frauenbewegten" Vertreterinnen der Industrieländer, in einem intensiven Prozeß der Selbstbefreiung und Selbstfindung mit sich selbst beschäftigt, fehlte wie auch den Damen der traditionellen Frauenverbände jedes Verständnis für Frauen aus Entwicklungsländern, die Seite an Seite mit ihren Männern für die Befreiung von Fremdherrschaft und Ausbeutung kämpften. Nach deren Meinung wiederum kümmerten sich Feministinnen lediglich um ganz persönliche Belange und ließen die übrigen gesellschaftlichen Probleme außer acht; ihr zentrales Anliegen seien bestenfalls wichtige Trivialitäten, Selbstverwirklichung sei ein bourgeoises Konzept, Feminismus eine neue ideologische Waffe des Imperialismus. Gemeinsame Interessen aller Frauen könne es nicht geben.

Das war auch die Antwort der Bolivianerin Domitila Barrios de Chungara, Ehefrau eines Minenarbeiters, als die mexikanische Delegationsleiterin sie darauf festlegen wollte, nicht vom Leiden ihres Volkes, sondern „nur von der Frau" zu sprechen:

„Sehr gut, sprechen wir von uns beiden. Aber, wenn Sie gestatten, werde ich anfangen. Senora, vor einer Woche habe ich Sie kennengelernt. Jeden Morgen haben Sie ein anderes Kleid an, ich aber nicht. Sie kommen jeden Tag gut geschminkt und frisiert, wie jemand, der die Zeit hat, zu einem guten Friseur zu gehen und der gutes Geld dafür ausgeben kann. Ich aber nicht. Ich sehe, daß Sie einen Chauffeur haben, der jeden Abend an der Tür dieses Saales auf Sie wartet, um Sie nach Hause zu bringen. Mich aber nicht. Aus der Art, wie Sie hier erscheinen, schließe ich auch, daß Sie in einer sehr eleganten Wohnung in einem sehr eleganten Viertel leben, nicht wahr? Wir indessen, die Frauen der Minenarbeiter, haben nur eine kleine Hütte, leihweise, und wenn unser Mann stirbt oder krank wird oder von der Gesellschaft entlassen wird, dann haben wir nur 90 Tage, um die Hütten zu räumen, dann liegen wir auf der Straße. Jetzt sagen Sie mir bitte, Senora, hat Ihre Lage Ähnlichkeit mit der meinen? Hat meine Lage Ähnlichkeit mit der Ih-

Vorwärtsweisende Strategien

Die in Nairobi verabschiedeten „Vorausschauenden Strategien der Frauenpolitik bis zum Jahr 2000" bestehen aus 372 Einzelparagraphen zu den Themenkomplexen „Gleichheit", „Entwicklung", „Frieden", „Bereichen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen" und „Internationale und regionale Kooperation". Als UN-Konferenzergebnis ist es ein zwischen Regierungen ausgehandeltes Kompromißpapier, das lediglich Empfehlungscharakter hat, Appelle an Einsicht und guten Willen formuliert. Seine Einhaltung wird nur durch die zuständigen UN-Organe überprüft (die ihrerseits größtenteils auf Regierungsauskünfte angewiesen sind).

Kein revolutionäres Dokument also, das da in Nairobi verabschiedet wurde — aber ein umfassendes Aktionsprogramm, dessen Umsetzung eine veränderte Welt zur Folge hätte. Das liegt vor allem daran, daß Hausarbeit und Kinderbetreuung nicht länger als Privatangelegenheit versteckt, sondern an vielen Stellen zur Aufgabe beider Geschlechter erklärt werden — mit allen begleitenden gesellschaftlichen Maßnahmen (z.B. Elternurlaub). So wird in § 120 dafür plädiert, die unbezahlte Arbeit der Frauen endlich statistisch sichtbar zu machen und ins Bruttosozialprodukt aufzunehmen. Nach § 61 soll jede Frau — ohne Nachteile und Kosten für sie selbst — einen Anspruch auf Korrektur diskriminierender Behandlung durchsetzen können. Und § 103 formuliert, von Erfahrungen in der Frauendekade ausgehend, beträchtliche Zweifel an der Annahme, wirtschaftliches Wachstum nutze automatisch auch den Frauen — ebenfalls ein Paragraph, der von allen Regierungsdelegationen ohne Vorbehalte akzeptiert worden ist.

In vier Fällen jedoch ließen sich die unterschiedlichen Auffassungen (der in der „Gruppe der 77" zusammengeschlossenen Entwicklungsländer und des Ostblocks auf der einen und der westlichen Länder auf der anderen Seite) nicht hinter Kompromißformeln verstecken: Diese Paragraphen wurden einzeln abgestimmt.

§ 94 verurteilt die Zwangsmaßnahmen gewisser entwickelter Länder gegen unterentwickelte Staaten — gemeint, aber nicht genannt, war vor allem der amerikanische Druck auf Nicaragua (109-0-29).

§ 98 zählt den Mangel an politischem Willen bei gewissen entwickelten Ländern, die UN-Erklärungen zur Entwicklung — insbesondere die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die an vielen Stellen des Dokuments auftaucht — in die Praxis umzusetzen, zu den Hauptgründen für die weiterhin ungünstige Situation der Frauen (103-1-28).

§ 259 (Frauen und Kinder unter Apartheid) fordert u.a. die Beendigung aller Formen von Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime in Südafrika und Hilfe für die Befreiungsbewegungen — hier stimmten einige westliche Länder mit der Mehrheit dafür, die USA als einzige dagegen (121-1-13).

§ 260 (Situation palästinensischer Frauen und Kinder) bekräftigt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat und fordert Unterstützung für die palästinensischen Frauen und Kinder (97-3-29).

Die Bundesrepublik enthielt sich bei allen vier Abstimmungen, gab aber — wie viele andere Staaten auch — schriftliche Vorbehalte zu Protokoll. Unter den acht Paragraphen, zu denen die Bundesregierung Erklärungen abgab, ist auch § 259: Sie könne „einige der Maßnahmen, die zur Abschaffung der Apartheid gefordert wurden, nicht unterstützen". (Japan, das dem Paragraphen zugestimmt hatte, interpretierte seine Entscheidung schriftlich so: Die Beendigung aller Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime Südafrikas verstehe man so, daß „normaler Handel" nicht darunter falle.)



Nach der Frauenkonferenz: „Es gibt noch viel zu tun, packen wir es an!“ *Zeichnung: Wolter*

ren? Also, über welche Gleichheit werden wir reden? Scheint es Ihnen nicht so, daß wir im Augenblick, auch als Frauen, nicht gleich sein können?“

Auch fünf Jahre später in Kopenhagen — diesmal sind es schon 8.000 Frauen — spielte dieser Gegensatz wieder eine große Rolle. „Einer Frau, die kein Wasser, keine Nahrung und kein Haus hat, Feminismus zu predigen, ist Unsinn“ — diese Aussage wurde von der Konferenzzeitung „Forum 80“ zum „Zitat des Tages“ gemacht. Neue Nahrung erhielt der Gegensatz zwischen westlichen Feministinnen und Frauen aus der Dritten Welt durch die mit missionarischem Eifer von US-amerikanischen Frauen immer wieder vorgetragene Forderung nach vorrangiger Bekämpfung der Beschneidung von Frauen. Die Afrikanerinnen waren verwundert und verärgert darüber, daß allein dieses Thema so viel Engagement bei den Frauen aus der Ersten Welt hervorrief, während sie zu anderen, die Frauen der Dritten Welt mehr bedrängenden Fragen, schwiegen. „Warum kämpft ihr nicht gegen die multinationalen Konzerne, die mit dafür verantwortlich sind, daß bei uns Menschen verhungern?“, fragte Marie Angélique Savané, senegalesische Soziologin und Präsidentin der „Vereinigung afrikanischer Frauen für Forschung und Entwicklung“ (AAWORD). Die Amerikanerinnen mußten sich auch die Rückfrage gefallen lassen, ob sie nicht im Laufe ihrer Sozialisation „im Kopf beschnitten“ worden seien.

Kaum noch wahrgenommen wurde dagegen (vor allen Dingen auch in der Berichterstattung), daß sich auch feministische Stimmen aus der Dritten Welt auf dem „Forum 80“ artikulierten. Peggy Antrobus aus Barbados z. B. definierte Feminismus selbstbewußt als die umfassendste Befreiungsbewegung überhaupt — Fragen von Rasse, Klasse und Nation seien hier gut aufgehoben.

Auf das Abschlußgespräch der UN-Frauendekade, das „Forum 85“ in Nairobi, hatten sich vor allem Frauen(gruppen) aus der Dritten Welt sehr gut vorbereitet: Sie analysierten nicht nur sehr gründlich ihre Situation, sie haben auch — für viele Frauen aus der Ersten Welt überraschend — feministische Alternativen formuliert und sich in Nairobi ausdrücklich dazu bekannt.

Schon 1982 hatten Frauen aus verschiedenen Kontinenten auf einer gemeinsam von AAWORD und der Dag-Hammarskjöld-Stiftung organisierten Tagung in Dakar eine Grundsatzerklärung („Dakar Declaration on Another Development with Women“) verabschiedet. Nötig ist, so heißt es darin, eine strukturelle Transformation, die die ökonomischen, politischen und kulturellen Formen von Herrschaft infragestellt — nicht nur auf internationaler und nationaler Ebene (Neue Wirtschafts- und Sozialordnung bzw. „self-reliance“ und Partizipation), sondern auch auf der des privaten Haushalts. Dort müßten patriarchalische Beziehungen und Praktiken ausgerottet werden: *„Der erste Schritt dazu ist die Neudefinierung der Rolle von Männern und Frauen in der Familie — mit gleichen Rechten und Pflichten in geteilter Elternschaft. Zweitens ist eine gründliche Neubewertung der täglichen Haus- und Familienarbeit notwendig. Die gleichgewichtige Beteiligung von Männern und Frauen an Hausarbeit sowie Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen erfordert die Neustrukturierung des sogenannten Arbeitstages im Erwerbsleben. Dazu gehört auch das Recht der Frauen, über ihre Sexualität selbst zu verfügen und Entscheidungen über Schwangerschaft und Geburt selbst zu treffen. Ein solcher sozialer Fortschritt ist nicht nur geeignet, die Situation der Frauen zu verbessern; da er alle Ideologien bekämpft, die die Rolle der Frau als untergeordnet, abhängig oder passiv definieren, kann er sie auch verändern. Feminismus ist die Basis dieses neuen Bewußtseins und die Grundlage des kulturellen Widerstandes gegen alle Formen der Beherrschung. Derartigen Widerstand von Frauen hat es in vielen Ländern durch die Jahrhunderte gegeben. Der aktive Kampf der Frauenbewegung für Gleichheit steht in dieser Tradition.“*

Ähnliche Gedanken haben die Frauen von DAWN („Development Alternatives with Women for a New Era“) in ihren „Alternativen Visionen“ formuliert. Zu ihren ausgesprochen spannenden Workshops kamen in Nairobi insgesamt mehr als 2.000 Frauen. *„Wir wollen eine Welt, in der es keine Ungleichheit auf der Basis von Klasse, Geschlecht und Rasse gibt. Wir wollen eine Welt, in der die Grundbedürfnisse Grundrecht sind, wo Armut und alle Formen der Gewalt ausgerottet sind. Jede Person wird die Gelegenheit haben, sich seinen oder ihren Möglichkeiten ent-*

sprechend zu entwickeln und Kreativität zu entfalten, und die weiblichen Werte der Fürsorge und der Solidarität werden die menschlichen Beziehungen prägen. In einer solchen Welt wird auch die reproduktive Rolle der Frauen neu bestimmt werden: Männer, Frauen und die Gesellschaft als Ganzes werden sich die Versorgung der Kinder teilen."

Mit dieser Vision wird auch in der — lange und erbittert geführten — Diskussion darüber, ob nicht die Befreiung von ökonomischer Ausbeutung und Fremdherrschaft Vorrang vor der „Frauenfrage" habe, klar Stellung bezogen. „Unsere Kämpfe finden alle gleichzeitig statt!", sagen die Frauen von AWRAN, dem Asiatischen Frauenforschungs- und Aktions-Netzwerk — Frauen aus 14 Ländern, die für Nairobi gemeinsam einen „Alternative Report" erarbeitet haben. *„Da die Unterdrückung der Frauen vierdimensional ist, miteinander verbundene nationale, klassen-, geschlechts- und kulturspezifische Aspekte umfaßt, muß auch der Kampf gegen diese Unterdrückung vierdimensional sein und alle Aspekte miteinander verbinden. Das Verhältnis der vier Dimensionen des Frauenkampfes ist während der Dekade vielfach theoretisch diskutiert worden. Da sind diejenigen, die die Ansicht vertreten, daß die Geschlechterfrage der nationalen Befreiung und der Klassenfrage untergeordnet werden müsse, da sie potentiell spalterisch sei und die besser sichtbaren Fragen der nationalen Selbstbestimmung und der sozialen Transformation vernebele und außerdem sowieso automatisch gelöst werde, wenn strukturelle Veränderungen einträten.*

Wir dagegen sind der Ansicht, daß alle vier Dimensionen des Frauenkampfes gleichzeitig verfolgt werden müssen. Eine Frauenbewegung, die die nationale und die Klassenfrage ignoriert, wird beschränkt und wenig wirkungsvoll bleiben und abseits der Hauptbewegung, der treibenden Kraft für struktrelle Veränderungen stehen.

Auf der anderen Seite verzögert und verhindert eine Frauenbewegung, die es zuläßt, daß die Frauenfragen in den Hintergrund verbannt werden, die vollständige Befreiung und Selbstverwirklichung der Frauen als Frauen — ein Ziel, das nur mit der endgültigen Ausrottung jener Ideen und Instutionen erreicht werden kann, die die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sogar in unabhängigen und sozialistischen Gesellschaften fortschreiben.

Ohne unsere verschiedenartigen Situationen und unsere Geschichte zu leugnen, wissen wir asiatischen Frauen, daß unsere Kämpfe eine gemeinsame Grundlage haben: Wir sind überzeugt, daß wir das Patriarchat in tiefverwurzelten Einstellungen ebenso bekämpfen müssen wie in hochfliegenden Programmen, unter demokratischen und konservativen Kräften, in unserem jeweiligen lokalen Umfeld ebenso wie in der weiten Welt außerhalb unserer nationalen Grenzen."

Die Erkenntnis, daß Frauenfragen — erst einmal hintenangestellt — meist ganz von der politischen Tagesordnung verschwinden, ist keine späte Übernahme der von westlichen Feministinnen formulierten Thesen (auch uns dämmert ja erst langsam, daß es ohne Antidiskriminierungsgesetze und Quoten nicht gehen wird). Sie beruht vielmehr auf einer genauen Beobachtung der Entwicklung in bereits „befreiten" Ländern — die philippinischen Frauen von GABRIELA z.B. beziehen sich auf das kubanische „Beispiel" — sowie auf Erfahrungen mit den eigenen Männern.

Sumila Abeyesekara aus Sri Lanka etwa erzählte in Nairobi, daß sie aus den USA und aus Europa etwas über Feminismus gehört habe, ihre Genossen in der marxistischen Arbeiterbewegung ihr aber schnell versichert hätten, daß das lediglich eine neue Variante des Imperialismus sei und sie das auch bereitwillig geglaubt habe. Als dann eine Gewerkschaft, der mehrheitlich Frauen angehörten, einen Streik beschloß, hätten die männlichen Genossen jede Unterstützung verweigert. Nach dem erfolgreichen Abschluß dieses Streiks hätten sie dann versucht, den Sieg als ihren Verdienst hinzustellen. Wie Sumila Abeyesekera haben auch Gewerkschafterinnen in anderen Ländern die Erfahrung gemacht, daß ihre spezifischen Belange (darunter auch das Bekämpfen sexueller Belästigung in- und außerhalb des Betriebes) bei den männlichen Kollegen nicht besonders gut aufgehoben sind.

„Das Ende ist erst der Anfang"

Umgekehrt haben auch die Feministinnen der entwickelteren Weltgegenden während der Frauendekade mühsam lernen müssen, daß Feminismus und Entwicklung zusammengehören. Vor zehn Jahren gab es auch bei vielen Feministinnen noch eine gute Portion Fortschrittsoptimismus und Reformeuphorie. Die ökologische Krise der industrialisierten Gesellschaften, das Wiedererstarken des Konservatismus, die zunehmende Militarisierung, der nukleare Rüstungswettlauf, Arbeitslosigkeit und Armut — all das hat auch Frauen der Ersten Welt neu über Entwicklung nachdenken lassen.

Auch hier haben Frauen — stärker als Männer — die Folgen von Rezession und Sparmaßnahmen zu spüren bekommen. In den USA gelten 33 Millionen Menschen — fast ein Sechstel der Bürgerinnen und Bürger — offiziell als arm. Zwei von drei der von dieser „neuen" Armut Betroffenen sind Frauen, unter ihnen vor allem Farbige, Geschiedene, Alleinerziehende und minderjährige Mütter. In Nairobi machten Frauen aus den USA mit vielen Beispielen deutlich, daß Männer meist infolge von Arbeitslosigkeit und Krankheit auf der sozialen Stufenleiter nach unten rutschen (und mit einem neuen Job unter Umständen auch wieder hinaufklettern können), Frauen aber wegen der niedrigen Löhne oft auch dann arm bleiben, wenn sie wieder Arbeit gefunden haben. Oder sie verarmen (z.B. bei Scheidung) infolge der geschlechtsspezifischen familiären Arbeitsteilung. „Feminisierung der Armut" — ein in den USA formuliertes Schlagwort — gehört zu den bitteren Erkenntnissen der Frauendekade. „Unsere Probleme kehren zu Euch zurück" — mit diesen Worten reagierte eine Frau aus der Dritten Welt auf die Workshops über Armut in den Metropolen. Auch Frauen der entwickelteren Welt ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, daß die Lösung dieser Probleme nicht in der „gleichberechtigten" Integration in das herrschende Wirtschaftssystem liegt.



Vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Dekadenerfahrungen haben sich Frauen aus aller Welt in Nairobi getroffen, Gemeinsamkeiten entdeckt und zusammen die Forderung nach einer „Feminisierung der Entwicklung" formuliert. Feminismus am Ende der Frauendekade, das ist kein Programm für Partikularinteressen, sondern die Vision einer (frauen)gerechten Welt.

Das Bekenntnis zu den gemeinsamen Zielen schließt aber auch das Bewußtsein um die Verschiedenartigkeit mit ein. Dazu noch einmal die Frauen von DAWN: *„Feminismus kann in seinen Themen, Zielen und Strategien nicht aus einem Guß sein, da er das politische Konzept von Frauen aus verschiedenen Regionen, Klassen, Nationalitäten und Volksgruppen ist. Es gibt — und das muß so sein — verschiedene Feminismen, als Antwort auf die verschiedenen Bedürfnisse und Anliegen verschiedener Frauen und von diesen für sich selbst definiert. Diesen verschiedenen Strömungen gemeinsam aber ist die Opposition gegen geschlechtsspezifische Unterdrückung und Hierarchie."*

Im Rahmen eines solchen offenen — aber gleichzeitig bestimmten — Konzepts ist auch Raum für sehr unterschiedliche Prioritäten. Männer — die in Nairobi anwesenden wurden freundlich akzeptiert, aber nicht besonders beachtet — können je nach Situation Verbündete oder Gegner sein. Und es wird auch weiterhin Gegnerinnen geben. Susanna Ounei von der FLNKS (Front de Libéracion Nacionale Kanake Sociáliste, Kanakien): „Kanakische Männer sind nicht meine Feinde, sie sind meine Brüder. Mein Feind ist das rassistische koloniale System, das mein Volk ausbeutet. Mein Feind ist jeder, der dieses System unterstützt — Frauen wie Männer. Frauen, die sich gegen den Befreiungskampf stellen, sind nicht meine Schwestern."

Eine feministische Entwicklungsstrategie schließt also nicht automatisch jede Frau ein — und nicht automatisch jeden Mann aus. Auch die zu Beginn der Frauendekade in Mexico City sichtbaren Gräben zwischen Frauen aus der Ersten und der Dritten Welt lassen sich so überwinden. „Obwohl wir unser Konzept als ‚Dritte-Welt'-Perspektive bezeichnen", schreiben die DAWN-Frauen, „schließt es alle ein, die unsere Vision teilen, diejenigen, die aus den südlichen Ländern kommen ebenso, wie diejenigen aus unterdrückten und benachteiligten Gruppen aus dem Norden, all die anderen, die entschlossen sind, an ihrer Umsetzung zu arbeiten."

„Das Ende ist erst der Anfang": Selbstbewußt und unbescheiden haben die philippinischen Frauen ihren Teil des „Alternative Report" überschrieben. Betty Friedan, deren Buch über den „Weiblichkeitswahn" vielen Frauen in den USA und Europa vor 20 Jahren die Augen geöffnet hat, nahm diesen Titel auf, als sie auf dem Campus den Frauen zurief: „Dies ist nicht das Ende einer Dekade, dies ist der Anfang einer Bewegung."

Renate Wilke-Launer



Aus: »Forum 80«, 14. 7. 80

Regelmäßige Frauenkonferenzen!

Eigentlich war man sich (mit Ausnahme der asiatischen Länder) schon im Vorfeld einig geworden, daß es bis zum Jahr 2000 keine weitere Frauenkonferenz geben solle. Doch in Nairobi gab es in dieser Frage noch einmal Bewegung. Bei den Beratungen über die einzelnen Paragraphen der „Vorwärtsgerichteten Strategien" schlug die Delegation der Sowjetunion vor, den Paragraphen über die UN-Frauenaktivitäten (§ 340) dahingehend zu ergänzen, daß es alle fünf Jahre eine UN-Frauenkonferenz geben solle. Einige Delegationen (z.B. die britische) mochten das so präzise nicht festlegen. Man einigte sich schließlich darauf, daß sie „regelmäßig, wenn nötig, z.B. alle fünf Jahre" stattfinden sollen. Es wird weiter empfohlen, daß mindestens eine Weltkonferenz bis zum Jahr 2000 abgehalten werden soll — die Entscheidung darüber wird die UN-Vollversammlung treffen. Einige afrikanische Staaten brachten außerdem einen Resolutionsentwurf ein: Danach soll es im Jahr 2000 eine globale Frauenkonferenz geben; in der Zwischenzeit könnten regionale Gruppen alle fünf Jahre die erreichten Fortschritte überprüfen.

Offen ist auch, ob und wann es wieder ein „Forum" geben wird. Die in Nairobi versammelten Frauen jedenfalls wollen weiter „über alle Grenzen hinaus" miteinander in Verbindung bleiben. Sie haben das Treffen dazu benutzt, die bereits bestehenden Frauennetzwerke noch enger zu knüpfen. Es gibt sie sowohl auf regionaler Ebene (z.B. „African Women and Development Network") als auch themenbezogen (z.B. „Network Against International Trafficking in Women"). Eine außerordentlich wichtige „Adresse" ist das „International Women's Tribune Center" (IWTC) in New York. Im Anschluß an das Treffen in Mexico City gegründet, hat es viel dazu beigetragen, die Kommunikation zwischen den Dekadenkonferenzen nicht abreißen zu lassen. Anne S. Walker, Direktorin des IWTC, über die Stärke dieser Netzwerke: „In der Vergangenheit wurden die informellen, aber oft sehr wirkungsvollen Wege, auf denen Frauen in aller Welt Kontakte miteinander gehalten haben, als armselige Alternative zu den ‚effektiveren' offiziellen Kommunikationskanälen angesehen, wie z.B. den Massenmedien, Regierungsbehörden, Vereinten Nationen und anderen. Aber diese Annahme muß kritisch hinterfragt werden. Die alternativen Netzwerke der Frauen basieren im allgemeinen auf einer gemeinsamen Ideologie und miteinander geteilten Wertvorstellungen, die das Netzwerk als „Klammern" zusammengehalten haben. Und nicht nur das: Sie machen auch möglich, daß Netzwerke immer neue Formen annehmen, die sich beständig ändern, neue Gruppen hervorbringen, sich auflösen und wieder neu bilden — in einer organischen Fließbewegung, die in der Welt der Bürokratien, wechselnder Regierungen und kommerzieller Medien gänzlich ungewohnt ist." Global denken und lokal handeln: Mithilfe des Frauennetzwerkes sind Verbindungen möglich.

IWTC, 777 United Nations Plaza, New York, NY 10017, USA

Über die „Sparclubs" der Frauen in Kenia

Früh am Morgen werden große Feuer entfacht und die Töpfe für Mataha und Githerie, die traditionellen Speisen der Kikuyu, aufgesetzt. Schon am Vorabend sind etwa hundert Frauen aus den Nachbartälern und von den Hügeln mit Säcken voller Mais und Bohnen in Karuna-ini — einer Streusiedlung am Rande der Aberdare-Berge im Nyeridistrikt — zusammengekommen. Die Mitglieder der Frauengruppe ließen für zwei Tage ihre Arbeit während der Haupterntezeit brachliegen, die Kinder mußten sich zum Teil selbst versorgen, denn es wurden wichtige Gäste aus Nairobi erwartet. Dort tagte zu dieser Zeit die Abschlußkonferenz der UN-Dekade für Frauen und das informelle Forum '85 mit über 10000 Besucherinnen aus aller Welt. Da Kenia international bekannt ist für seine unzähligen (man schätzt 5000) Frauengruppen und -projekte, sollten viele dieser Gruppen auf dem Lande besucht werden.

Die Frauen in Karuna-ini hatten sich allerdings umsonst auf die Gäste vorbereitet und gehofft, von ihren Schwierigkeiten und Plänen sprechen zu können. Niemand kam, und erst Wochen später erreichte die lapidare Nachricht die Gruppe, es habe da wohl ein organisatorisches Mißverständnis in Nairobi gegeben.

„Typisch", meinte die Leiterin der Gruppe, „die Frauen in der Stadt von den großen Organisationen, die interessieren sich doch eigentlich überhaupt nicht für uns. Wahrscheinlich hat eine unser Projekt als Besuchsziel einfach gestrichen, weil sie eine Gruppe in ihrer Heimatregion fördern will. Besucher und Gelder landen vor allem in den Büros in Nairobi und dann vielleicht noch da, wo die einflußreichen Frauen herkommen. Von uns „hart arbeitenden Landfrauen" wird zwar in der letzten Zeit viel gesprochen, aber im Grunde nimmt uns keiner wirklich ernst."

Wer während und nach der Konferenz in Kenia unterwegs war, für den verstärkte sich der Eindruck von einer tiefen Kluft zwischen den städtischen Elitefrauen und den von ihnen vertretenen nationalen Organisationen auf der einen Seite und den Landfrauen und ihren Selbsthilfegruppen auf der anderen Seite. Präsident Daniel Arap Moi und seine Minister betonen zwar zusammen mit den Frauenorganisationen (in Kenia sind das die Maendaleo ya Wanawake und das Women's Bureau im Ministerium für „Housing and Social Services) immer wieder, daß die Landfrauen als das „Rückgrat der Entwicklung Kenias" beachtet und gefördert werden müs-



sen. Diesen Anspruch praktisch umzusetzen, das scheint allerdings ein langer Weg zu sein, auf dem es bisher schon allein wegen der schlechten Verständigung zwischen Stadt und Land, Organisation und Selbsthilfegruppen, Bürokratie und Individuum nicht so recht voran geht.

Ein Paradebeispiel dafür war die Konferenz in Nairobi. Die allermeisten Frauen in Kenia hatten in den Monaten der Vorbereitung gar nichts über diese Frauenkonferenz erfahren. Sie wurden nicht nach ihren Anliegen gefragt, um Vorschläge für Workshops gebeten, über Fragestellungen und Ziele der Konferenz informiert oder gar eingeladen, teilzunehmen.

Zusätzlich zu den Vertreterinnen der Organisationen, die meist direkt aus der Großstadt kommen, wurden dann nur kurzfristig Landfrauen durch die Maendaleo ya Wanawake mit Bussen aus verschiedenen Landesteilen nach Nairobi geholt. Dies erfolgte, nachdem deutlich wurde, daß die „Situation der Frau auf dem Land in Afrika" ein Schwerpunkt des Forum '85 sein würde. Diese Landfrauen waren allerdings völlig unvorbereitet, sie beherrschten keine Konferenzsprache und hatten auch keine Übersetzer. So bestand ihre Teilnahme vor allem darin, malerische Photoobjekte abzugeben und Sisalkörbe und Kunsthandwerk zu verkaufen.

Hätte man die Landfrauen ernsthaft an der Konferenz beteiligt, dann hätten sie wahrscheinlich die Harmonie dort etwas gestört. Denn sie hätten sich wohl nicht darauf beschränkt, die Fortschritte für Frauen zu preisen und ihre unermüdlichen Anstrengungen zu schildern. Viele der kenianischen Frauengruppen blicken auf einen langen Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenssituation zurück, in dem sie jede Menge schlechte Erfahrungen gemacht haben. Vor allem in den letzten Jahren fühlten sie sich zunehmend als Spielball der Politiker und Entwicklungshelfer. Geschätzt wegen ihrer Arbeitsleistung und Produktivkraft, häufig alleingelassen mit der Versorgung der Familie, verantwortlich gemacht für die Familienplanung, angetrieben zur Gründung von einkommensschaffenden Projekten wurden ihnen doch Gelder, Märkte, Transportmöglichkeiten, Kredite, Beratungen und Ausbildungen nicht zugänglicher. Das führte oft zu enormen Anstrengungen „ins Blaue hinein" und dazu, daß andere als die Frauen selbst an ihren Projekten verdienten.

Selbsthilfegruppen gab es in Kenia schon vor und während der Kolonialzeit.[1] Eine Gruppe verrichtete damals zum Beispiel reihum Gemeinschaftsdienste auf den Feldern. Sie unterstützte bedürftige Familien oder sammelte Geld für größere Haushaltsanschaffungen. Bekannt wurden beispielsweise die „Mabatigruppen", die Dachdeckgruppen, im Nyeridistrikt, etwa drei Busstunden von Nairobi entfernt. Die Frauen sammelten einmal im Monat einen kleinen Betrag von jedem Mitglied ein und gaben es einer Frau, die so ihr Dach mit Blech statt mit dem traditionell verwendeten Stroh decken konnte. Auch heute gibt es noch viele dieser „Sparclubs" auf dem Land und in der Stadt. Im Dorf Karunaini zahlen Mitglieder 20 Schillinge im Monat (cirka 3 DM); das Geld wird dann an zwei Frauen ausgezahlt, die sich so eine Kuh oder Ziege, Geschirr, ein Dach, Schulgeld, Medikamente, einen Wassertank oder Arbeitsgeräte leisten können.

Auch erfüllen die Gruppen heute noch oft soziale Pflichten. In Karuna-ini brachten die Frauen gemeinsam das Schulgeld für drei verwaiste Kinder auf und sie arbeiten immer wieder für ein paar Tage auf den Feldern eines Witwers. Ist ein Mitglied krank oder kann aus guten Gründen nicht zahlen, dann „graben die Frauen in ihren Taschen", wie sie die Suche nach ein paar zusätzlichen Schillingen nennen.

In den letzten Jahren versuchten allerdings viele der Gruppen irgendeinen Weg zu finden, um sich ein eigenes Einkommen zu beschaffen. Das eigene Feld und Vieh ernähren gerade die Familie. Für all das, wofür man heute aber Bargeld braucht, werfen sie nicht genug ab.

Die „income generating projects" wurden auch zum Schlagwort in der Entwicklungspolitik des Landes. Plötzlich sollten die Frauen in diese Entwicklung integriert werden, was vor allem bedeutete, daß ihre Produktivkräfte dem Markt zugute kommen sollten. Unterstützt von der FAO und UNICEF starteten die Ministerien in einem speziellen Women's Programme eine Kampagne, um bestehende Frauengruppen zu Projekten anzuregen. Um allerdings in den Genuß von Kursen und Geldern zu kommen, mußte sich eine Gruppe auf ganz bestimmte Weise organisieren. Sie mußte eine chairlady, treasurer und secretary wählen, eine Satzung und ein Projektziel schreiben.

Viele an sich gut funktionierende Gruppen scheiterten von vorneherein an diesen formalen Anforderungen. Andere wurden in dieser Phase abhängig von einem Berater aus dem Ausland, von Amtsträgern aus der Gegend, wobei das dann oft Männer waren, oder von Vertretern der Frauenorganisationen, die zwischen der Gruppe und den Ministerien vermitteln konnten. Die Projekte, die damals entstanden, haben oft enorm wenig mit den realen Möglichkeiten und dem vorhandenen Wissen der Frauen zu tun. Häufig ließen sich die Gruppen einfach auf den ersten Vorschlag ein, der ihnen gemacht wurde, ohne wirklich zu prüfen, ob das Projekt auch zukunftsträchtig sein würde. Oder aber ein erfolgreiches Projekt in der Gegend wurde von allen anderen Gruppen imitiert, so daß sich die Gruppen dann auf dem Markt gegenseitig Konkurrenz machten. Es fällt auf, daß die Projekte in bestimmten Gegenden meist nur eine geringe Vielfalt aufweisen und zum Teil nicht an die Bedürfnisse angepaßt sind. Im Nyeridistrikt findet man vor allem Hühner- und Schweinezucht, Bie-



nen, Gemüsegärten und Handwerksprojekte (Näharbeiten und Korbflechten) als einkommensschaffende Projekte vor.

In Karuna-ini startete die Frauengruppe 1978 eine Schweinezucht. Mit staatlichen Zuschüssen und eigenem Geld wurde ein Stall gebaut und die ersten Tiere angeschafft. Drei Jahre lang hatte die Gruppe großen Erfolg. Das Fleisch wurde an eine Kooperative in Nairobi verkauft, es konnten mehr Tiere angeschafft werden, ein Konto eröffnet und Gewinne an die Mitglieder ausgeschüttet werden. Die Gruppe finanzierte einen Kindergarten am Ort mit und baute Wassertanks für die Mitglieder. Besucher aus dem Ausland kamen reichlich und brachten Zuschüsse für die Gruppe mit. Dann aber ging es bergab. Ausgelöst durch die Dürre wurde das Schweinefutter immer teurer und einige der hochempfindlichen Tiere starben. Die Kooperative zahlte immer unregelmäßiger und schlechter für das Fleisch. „Langsam fressen die Schweine buchstäblich unsere Ersparnisse auf", klagen die Frauen heute.

Haben sie einfach Pech gehabt?

Wohl nicht, denn schaut man genau hin, dann war in vielen Punkten ein Mißerfolg vorprogrammiert. In dieser Gegend von Kenia ißt niemand Schweinefleisch, es gibt deshalb keinen lokalen Markt dafür. Die Tiere können nicht mit dem in der Gegend Vorhandenen gefüttert werden; man muß Schweinefutter kaufen und antransportieren.

Von Anfang an wußten die Frauen nicht Bescheid über ihre Rechte gegenüber der Kooperative in Nairobi, und sie waren auch völlig auf diese angewiesen, weil es die Einzige für Schweinefleisch ist. Bis sich jetzt herausstellte, daß die Kooperative durch Korrumption und Mißwirtschaft kurz vor dem Bankrott steht, hoffte die Gruppe mehr oder weniger stumm auf bessere Zeiten und auf die Unterstützung der Ministerien. Diese Hilfe aber blieb aus; in den Ministerien weht heute ein anderer Wind als zur Zeit der ersten Kampagnen für Frauenprojekte. Man spricht wieder mehr von „selfreliance" als von „income generating projects" auf dem Land. Im Landwirtschaftsministerium in Nyeri meinte eine höhere Angestellte schlicht: „Die Frauen müssen vor allem lernen, den Lebensstandard ihrer Familie und damit auch der Gegend zu heben. Sie müssen lernen, mehr für sich zu produzieren, sich ausgewogen zu ernähren und für die Gesundheit der Familie zu sorgen."

Diese „Hü- und Hottpolitik" enttäuscht die Frauen, die ja Projekte starteten, um dringend benötigtes Geld zu verdienen. Sie haben ja bereits viel Zeit und Geld in ihre Projekte investiert.

Eine Mutter in Karuna-ini:
„Manchmal am Abend bin ich so erschöpft, daß ich nur noch auf meinen Löffel starre und gar nicht vernünftig essen kann. Ich stehe um fünf Uhr auf, mache Feuer, koche Porridge für die Kinder und



melke unsere Kuh (zum Verkaufen reicht die Milch nicht). Dann gehe ich zwei Stunden durch den Wald zum Feld, das wir gepachtet haben, pflanze, grabe und ernte, trage die Ernte nach Hause, hole Holz und Wasser, wasche die Wäsche und koche für die Kinder. Dazu kommen noch die weiten Wege zum Markt, zur nächsten Klinik und zu den Treffen unserer Gruppe..."

Es ist verständlich, daß diese Frauen ihre mit so vielen Hoffnungen begonnenen Projekte nicht einfach aufgeben wollen, auch wenn sie zur Zeit schlechte Erfahrungen damit machen:

Hochgezüchtete Hühner werden krank und gehen ein, die Eierverkäuferinnen machen sich Konkurrenz auf begrenzten lokalen Märkten, für Mais und Bohnen fehlen Vorratsspeicher, man muß deshalb zu Niedrigpreisen an Mittelsmänner verkaufen. An den Handwerksprojekten bereichern sich private Händler und Entwicklungshilfeorganisationen, die den Export- und Touristenmarkt kontrollieren. Ist der Markt übersättigt, wie man das beispielsweise wohl bald bei den Sisalkörben erwarten kann, dann bekommt eine Gruppe keine Aufträge mehr.

Wo aber sind die erfolgreichen Projekte, wo die aussichtsreicheren Ansätze? Einen gewissen Erfolg haben die Gruppen, die vor allem für den Eigenbedarf produzieren, so zynisch das jetzt auch auf dem Hintergrund der Politik klingen mag. In einer Frauengruppe wurden beispielsweise die labilen Hybridhühner abgeschafft und eine lokale Sorte, die weniger Eier gibt, gekauft. Die Gruppe beschloß, daß die Frau, die am Tag die Hühner versorgt, die Eier für

ihre Familie nach Hause nehmen darf. Der Verkauf aber ist verboten, damit die Familie auch wirklich von den Proteinen profitiert. Andere Gruppen schaffen sich Ziegen und Schafe, statt der Schweine und Fische an, die in der Gegend nicht gegessen werden. Erstere können vor Ort gefüttert und zu Festen verkauft werden. Da man während der Dürre die Erfahrung machte, daß die Lebensmittelpreise plötzlich enorm in die Höhe schnellten, planen viele Gruppen jetzt auch den Bau von Vorratsspeichern. Das wäre gut für Notzeiten, und in normalen Zeiten müßte man nicht dann verkaufen, wenn die Preise am schlechtesten sind. Neben den konkreten Vorhaben, die tendenziell in die Richtung von mehr Überschaubarkeit und Eigenständigkeit weisen, ist aber wohl vor allem wichtig, daß sich im Bewußtsein der Frauen viel tut. Diese haben jetzt über lange Zeit erlebt, daß sie sich weder auf die Unterstützung ihrer Männer noch auch die der Ministerien verlassen können. Im Kontakt mit den Ministerien und Frauenorganisationen haben sie allerdings auch Einblicke in die Mechanismen gewonnen, nach denen Gelder verteilt werden und auf der Strecke bleiben. Das Mißtrauen der Landfrauen gegenüber großen Worten ist gewachsen, was auch dazu geführt hat, daß sich die Gruppen sehr dafür interessieren, wie es anderen Gruppen mit ihren Projekten geht.

Im direkten Kontakt miteinander vermitteln sich die Frauen oft mehr anwendbares Wissen, als wenn sie sich immer nur an die großen Organisationen wenden. In manchen Gruppen versuchen sich die Mitglieder auch gegenseitig zu unterrichten. Eine Frauengruppe hatte zum Beispiel in einem Privathaus eine Tafel aufgebaut, an der Lesen und Schreiben geübt wurde; immer wieder wurden von der sehr aktiven Leiterin auch Referenten zu Themen wie „Ausgewogene Ernährung", „Ofenbau", „Familienplanung" oder „optimaler Anbau von bestimmten Getreidesorten" eingeladen. Viele Gruppen haben immer wieder erfahren müssen, daß sie ohne formale Bildung keine Chancen im Dschungel der Bürokratie haben, Forderungen zu stellen, Rechte durchzusetzen und Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen. Repräsentation gegenüber den Ämtern gehört in Kenia mit zum Wichtigsten, wenn man als Gruppe irgendetwas erreichen will. Die Frauen versuchen deshalb ihre Leiterin in die lokalen Komitees, wie das „District Development Committee" zu schicken und sich die Vertreter dieser relevanten Gruppen durch Einladungen und kleine Aktionen gewogen zu stimmen. Wichtig ist auch, daß innerhalb der Frauengruppen sehr viel an emotionaler Unterstützung läuft. In Karuna-ini sprechen beispielsweise die älteren Frauen viel mit den jüngeren über das Thema Familienplanung. Sie sind der Auffassung, daß man heute nicht mehr als vier Kinder haben sollte, auch wenn der Ehemann noch so darauf drängt. „Schließlich bist du dann doch verantwortlich dafür, daß dein Kind gut ernährt ist und zur Schule gehen kann. Dein Mann bringt dir vielleicht gar kein Geld, oder er verläßt dich und dann stehst du da mit deinen vielen Kindern, die du gar nicht durchbringen kannst..." heißt es. Es kam auch schon vor, daß die Gruppe eine Nacht- und Nebelaktion zur nächsten Klinik plante, wenn ein Ehemann besonders widerspenstig war.

Auch zum leidigen Thema „Tee-Geld" hat die Gruppe sich etwas einfallen lassen. Wenn ein Ehemann seiner Frau, die ja schließlich die ganze Arbeit im Tee allein zu machen hat, nichts von dem Ertrag für die Familie gab, dann sollte die Frau einfach einen Bummelstreik ausführen und dabei immer wieder auf die finanzielle Not zu sprechen kommen.

Das alles sind natürlich keine offenen und direkten Aktionen, aber die können sich die Frauen auch gar nicht leisten. Dann würde das passieren, was der „subchief" in Karuna-ini über seine Frau sagte: „Wenn die wie die Frauen in Nairobi auf der Konferenz von Gleichberechtigung reden würde, dann stünde sie aber schnell draußen. Und was könnte sie dann machen, ohne Ausbildung, ohne eigenes Land, ohne Geld? ... Gar nichts!.."

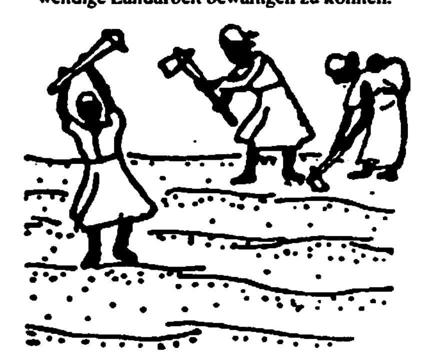
Vielleicht aus diesem Grundgefühl heraus, ist es für viele ältere Frauen so wichtig, daß ihre Töchter eine gute Schulausbildung bekommen. Viel Energie und Geld wird dafür aufgewendet, die Kinder möglichst lange in die Schule zu schicken und — zumindest in der Gegend um Nyeri — wird dabei kein Unterschied zwischen Söhnen und Töchtern gemacht. Auf die Frage nach den Zielen der Mütter für die Töchter rangiert die Ausbildung weit vor der Heirat. Denn weder kann man heute von einer Heirat ausgehen, was die große Zahl der ledigen Mütter beweist, noch ist die Heirat gleichbedeutend mit Versorgung.

So werden vielleicht die Anstrengungen der Landfrauen in ihren Selbsthilfegruppen erst in der nächsten Generation wirklich Früchte tragen.

Susanne Poelchau

Anmerkungen:

1. Ein wesentlicher Grund dafür, daß die Frauengruppen in Kenia auf eine lange Tradition zurückblicken können, liegt unter anderem in der spezifischen Struktur des Landes als einer europäischen Siedlungskolonie begründet: da nämlich ein Großteil der afrikanischen Männer schon frühzeitig gezwungen war, sich als billige Arbeitskräfte auf den englischen Farmen zu verdingen, blieb den Frauen nichts anderes übrig, als sich untereinander zu organisieren, um die für die eigene Subsistenz notwendige Landarbeit bewältigen zu können.



Das BMZ und die Frauen

Wie Bonns Männer Frauen der Dritten Welt entwickeln



BMZ-Minister Warnke: „Wir brauchen knackige Frauenprojekte...“

„Sie nehmen sich ein Mädchen heute, werfen es morgen weg und politisieren übermorgen als Großmäuler über die Moral der Gesellschaft.“ Nicht etwa Politiker in Bonn werden hier von einer afrikanischen Schriftstellerin aufs Korn genommen, erst recht nicht unsere Entwicklungspolitiker. Über diese wird höchstens kolportiert, bei Lagebesprechungen über Frauenprojekte in der Dritten Welt herrsche im zuständigen Ministerium bestenfalls Kasinostil.

Nein, angeprangert werden auch mit Bonner Hilfe „entwickelte, modernisierte“ Männer, die im heutigen Afrika vielerorts das Sagen haben. Angesteckt von der Lust- und Geldgier, von der Hab- und Machtsucht der westlichen Konsumgesellschaft haben sie Afrika ebenso rücksichtslos zur Beute gemacht, wie sie Frauen als billige Verbrauchsware behandeln. So jedenfalls sieht es Delphine Zanga Tsogo, unter diesem Pseudonym schreibende Autorin und Politikerin in Kamerun.

Wie Tsogo erheben immer mehr Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika ihre Stimme. Sie kritisieren, protestieren und organisieren sich zum Widerstand, so unüberhörbar, wie jetzt auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi. Sie fordern Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht nur für die Frauen, sondern für die Völker des Südens. Diese „Politisierung“ hat bei der Regierungskoalition in Bonn schon vor Nairobi zu heftigen Schmerzreaktionen geführt.

Frieden kein „eigentliches Frauenproblem“

Rahmenthemen der Konferenz wie Frieden und Abrüstung, neue Weltwirtschaftsordnung, Palästina und Apartheid sind keine „eigentlichen Frauenprobleme“, erklärte die Abgeordnete Prof. Ursula Männle Ende Juni für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Flankiert von der FDP forderte sie die Bundesregierung auf, „gemeinsam mit gutwilligen Ländern“ in Nairobi „alles in ihrer Macht stehende“ zu tun, um die „eigentlichen“ Frauenthemen wie Bildung, Beschäftigung, Chancengleichheit in den Mittelpunkt zu stellen. Männle versprach und mahnte zugleich, „bei unserer zukünftigen Entwicklungspolitik die Auswirkungen auf die Frauen stärker mitzubedenken, als dies bisher der Fall war“.

Wie aber sah es bisher aus? Was hat die Bundesregierung am Ende der UN-Frauendekade vorzuweisen? Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sucht man seit anderthalb Jahren nach einer werbewirksamen Projektübersicht.

Zwar gestand Minister Dr. Jürgen Warnke (CSU) den Frauen bereits vor einem Jahr eine Schlüsselrolle in den Bereichen Familienplanung und ländliche Entwicklung zu. Vor dem Internationalen Frauenrat in Kiel versprach Warnke auch, sich für eine verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Förderungsmaßnahmen einzusetzen. Dennoch ließ er die bereits kümmerlichen Hilfsgelder für Modellvorhaben, sogenannte Pilotprojekte, die gezielt Frauen zugute kommen sollen, von 3,2 Mio Mark 1984 auf 1,8 Mio Mark im Haushalt 1985 fast halbieren. Schwerlich kann es auch als Fortschritt bezeichnet werden, daß die halbe Stelle für Frauenprojekte im BMZ nicht aufgestockt, sondern ganz gestrichen wurde. Erwartungsgemäß wurde ebenso in den Haushaltsberatungen für 1986 der vom

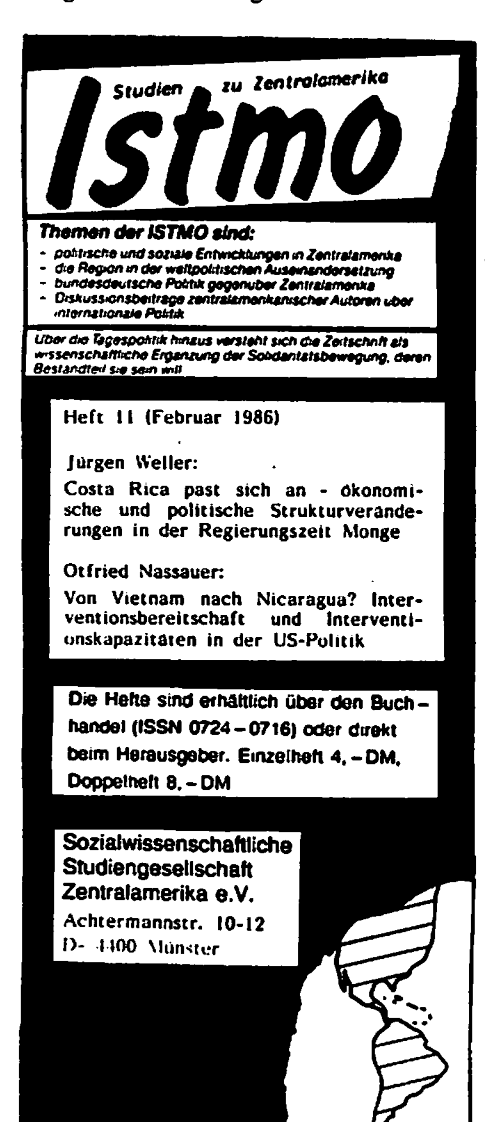
Entwicklungspolitischen Ausschuß stark befürwortete Antrag auf ein Frauenreferat im BMZ abgeschmettert. So spricht die Personalpolitik im eigenen Hause nicht gerade für ernsthafte Bemühungen um Chancengleichheit.

Unter 499 Beamten und Angestellten fanden sich 1984 im BMZ 78 Frauen; gegenüber 165 Männern waren aber nur 15 Frauen im Höheren Dienst beschäftigt.

Es verwundert also nicht besonders, wenn vom BMZ bis heute noch gefordert werden muß, zumindest negative Auswirkungen von Entwicklungsprojekten für die Frauen mitzubedenken und auszuschließen. Was hausinterne Umfragen, was Gutachten in den vergangenen Monaten zutage förderten, ist größtenteils peinlich, in jedem Fall aber so mager, daß Gegengutachten gefertigt, alte Projekte nachträglich mit „Frauenkomponenten oder -relevanz" versehen werden. Das bläht die Leistungsstatistik und füllt die Broschüre, die das Ministerium schon seit geraumer Zeit veröffentlichen will.

Für Touristen im Empfangsbereich

Tourismus ist gewiß in vielen Entwicklungsländern ein begehrter Wirtschaftszweig. Und die gute Qualität ist für viele Bundesbürger wichtig und nützlich. In Agadir, Marokko, sorgt die Bundesrepublik z.B. seit 1979 für eine anständige, formale Ausbildung von Hotelfachlehrern. Entsandt sind über 50 Experten, das Projekt kostet bis 1986 4,6 Mio Mark. „Da es keine geschlechtsspezifischen Aufnahmerestriktionen gibt", gilt es heute als eines von insgesamt 8 „frauenrelevanten" Bildungsprojekten. Bis 1983 wurden 33 Hotelfachlehrer ausgebildet. Ob Frauen unter den Absolventen sind, wurde allerdings „nicht erfaßt".



Ähnlich sieht es im schwarzafrikanischen Gambia aus. An der mit 4,8 Mio. DM geförderten Hotelfachschule Banjul wurden bislang 211 Fachkräfte „für das Touristikgewerbe" ausgebildet, ob und wieviele Frauen darunter sind, ist dem Bonner Ministerium unbekannt. Man zählt das Projekt trotzdem zur Frauenförderung und wurde endlich im Kursjahrgang 1984/85 auch fündig: Immerhin konnten 20 Teilnehmerinnen ausgemacht werden. In Luxor, Ägypten, fließen seit 1983 8,2 Mio. DM aus dem Entwicklungsetat in eine Hotelfachschule mit rund 100 Internatsplätzen. Dort kann man bereits 21 Frauen im Ausbildungsgang „Etage/Wäscherei" und 4 im „Empfangsbereich" vorzeigen.

Vergleichsweise bescheiden ausgestattet ist dagegen das einzige Alphabetisierungsprogramm, das zur frauenrelevanten Bildung gerechnet wird. In Botswana unterstützt Bonn das Bemühen des Erziehungsministeriums, der Bevölkerungsmehrheit Lesen und Schreiben zu vermitteln mit 1,7 Mio. DM und einem Experten. Von 1981 bis 1984 sollen die Kurse von 70.000 Menschen, zur Hälfte von Frauen und Mädchen besucht worden sein.

Als einziges „reines" Frauen-Bildungsprojekt fand eine Gutachterin aus den rund 800 Projekten, die 1984 von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag des Ministeriums durchgeführt wurden, heraus, erfreut sich ein jordanisches Mädchen-College der Hilfe aus der Bundesrepublik. Dazu kommt neuerdings ein Pilotprojekt für 0,66 Mio. DM im Sudan, wo Schülerinnen Kurse in „Hauswirtschaft, Bekleidung, Textilverarbeitung, Leder, Gartenbau und Alphabetisierung" ermöglicht werden sollen.

Bildungsförderung für Frauen in der Dritten Welt ist das wohl kaum zu nennen, angesichts der Tatsache, daß Frauen in Entwicklungsländern mehrheitlich weiterhin de facto von den formalen, ursprünglich kolonialen, europäisch-christlichen Bildungsgängen ausgeschlossen sind. Immer noch sind in den meisten Dritte Welt-Ländern 60—90 Prozent der Frauen Analphabeten. Damit sind aber auch ihre Chancen, sich beruflich für bezahlte Arbeiten zu qualifizieren, fast gleich Null. Die CSU-Abgeordnete Prof. Ursula Männle war schlecht beraten, als sie von der Bundesregierung forderte, u.a. das Thema Bildung auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi herauszustellen. In der Entwicklungspolitik hat sie da nur Spurenelemente vorzuweisen.



Zeichnung: Gunter

Gutachten wenig schmeichelhaft

Grundsätzliche Mängel schon bei der Projektplanung entdeckten zwei Gutachterinnen zum Mißfallen des Ministeriums im Frühjahr 1984. Sie untersuchten alle 31 damals der GTZ-Frauenstelle hausintern gemeldeten Entwicklungsvorhaben, die sich ausschließlich (12) oder in Teilbereichen u.a. an Frauen richten (19). Was sie herausfanden, ist in der Tat nicht besonders schmeichelhaft.

Häufig wird demnach weder genau eingegrenzt, welche Frauen in der jeweiligen konkreten Lebenssituation mit welchen Bedürfnissen erreicht, ob und wie sie selbst als Betroffene an dem Projekt beteiligt werden sollen, was für Ziele sozial, kulturell, wirtschaftlich angestrebt werden. Die Autorinnen kritisieren, daß Hinweise fehlen, ob vor der Einführung neuer Produkte, Verarbeitungs- oder Herstellungstechniken überhaupt untersucht wurde, ob dafür Absatzchancen bestehen, den Frauen keine unzumutbaren Risiken oder Arbeitsmehrbelastungen abverlangt werden, oder ob für sie der Markt überhaupt zugänglich ist.

In Frauenprogramme gehören Frauen als weibliches Personal und Beraterinnen. Das gilt allgemein als unverzichtbar. Dennoch wird in diesem Gutachten festgestellt, daß nur in 11 der 31 Frauen-Projekte weibliches GTZ-Personal, zudem in nur 5 Projekten weibliche Ortskräfte eingesetzt sind. In den übrigen 15 Entwicklungsprojekten waren sie entweder nicht vorgesehen oder nicht zu ermitteln. Als Beraterinnen waren Frauen lediglich in 10 dieser Projekte tätig und in nur 7 Fällen war die Beteiligung der betroffenen Frauen sichergestellt.

Edelstahlküche im Busch

In Gambia wurde 1981 mit dem Bau von 13 Frauenzentren in ausgesuchten Schlüssel-Dörfern und einem Zentrum für Angepaßte Technologie begonnen. Die Projektbeschreibung liest sich wie ein Traum. Neben den Räumlichkeiten sollten den Dorffrauen Beratungs- und Weiterbildungskurse geboten werden. An der Planung und Durchführung des Frauenprogramms sind sie in der Dorfgruppe „direkt beteiligt", heißt es da. Angepaßt an ihren Bedarf würden Geräte und Technologie zur Verbesserung und Erleichterung ihrer Arbeitsbereiche entwikkelt. Im Oktober 1984 wird das Projekt abgebrochen. Die Felduntersuchung, die schließlich für die Entscheidung in Bonn ausschlaggebend ist, liest sich wie ein Krimi. Das Projekt wurde immerhin mit 3,7 Mio. DM unterstützt und von zwei Langzeitexperten vor Ort geleitet.

Drei Jahre nach Projektbeginn waren die Dorffrauen noch nicht einmal nach ihren Wünschen und Interessen gefragt worden; die Nutzung der fertiggestellten Zentren war noch immer umstritten. Für das Ausbildungsprogramm hatte man nie untersucht, worin die Bedürfnisse und Hauptprobleme der betroffenen Frauen liegen, wo ihre handwerklichen Fähigkeiten liegen, welche Tätigkeiten für sie arbeitserleichternd, einkommensschaffend und sinnvoll sein könnten in Anknüpfung an Aktivitäten, die traditionell in Händen der gambischen Frau liegen. Und das ist die landwirtschaftlich wichtigste Tätigkeit in Gambia: Der Reisanbau.

Die Frauen sind produzierende Bäuerinnen, deren Produkte größtenteils in den Eigenverbrauch gehen. Was sie wirklich benötigen, heißt es in der Untersuchung, sind verbesserte Methoden, verbessertes Gerät in ihrem Hauptarbeitsgebiet: der Landwirtschaft. Was ihnen jedoch als Ausbildung in den Kursen angeboten wurde, war „europäisches Basteln und Werkeln", wie Stricken, Häkeln, Flechten, dazu „Techniken zur Verfeinerung des Haushalts". Immerhin, so vermerkt die Autorin der Studie, „werden jetzt für die Kochlektionen nicht mehr nur die hochmodernen Gasöfen in einer perfekten Edelstahlküche (UNICEF-Beitrag), sondern Kochdemonstrationen auf verbesserten Lehmöfen vorgenommen."

Auch die Einheit für Angepaßte Technologie lag völlig neben den Interessen der Frauen. „Alles, was im Bereich Angepaßte Technologie gängig ist, wurde ohne genaue Kenntnis lokaler Bedürfnisse als Modell gebaut. Sogar bei einer Modell-Küche wurden die betroffenen Frauen nicht miteinbezogen. „Die Verbreitung und Weiterentwicklung arbeitssparender Geräte für Frauen über Frauenzentren, z.B. Palmölpressen und Getreideschälmaschinen, betrachtet die Fachkraft für ihre Aufgabenstellung als ohne Bedeutung."

Das Traum-Projekt der 13 Frauenzentren wurde nach drei Jahren von Bonn aus beendet, „da die Durchführungskapazitäten des gambischen Trägers die Weiterführung der Maßnahmen nach Abzug der deutschen Fachkräfte nicht gewährleisten."

Ob die Bedingungen in anderen Frauenprojekten ähnlich sind, läßt sich kaum beantworten, da Felduntersuchungen bei laufenden Vorhaben nicht die Regel sind. Bemerkenswert ist jedoch, daß eine Gutachterin allein aufgrund der Projektplanungen herausfand, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen im ländlichen Bereich, in aller Regel also Kleinbäuerinnen, an sie als Hausfrau, nicht als Produzentin wenden. Beschäftigungswirksam sind diese Entwicklungsmaßnahmen für die betroffenen Frauen mit Sicherheit nicht.

Immer noch sind aber in den Entwicklungsländern zweidrittel der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Sie sind häufig als Kleinbäuerinnen das Rückgrat der Eigen- und Binnenmarktversorgung. Sie arbeiten nicht nur wesentlich mehr als die Männer, das beweisen Studien, sondern sind auch die erfolgreicheren Bauern. Sie sind am stärksten von der großen und weitverbreiteten Armut betroffen. „Als Folge des immer häufigeren Mangels an Grundbesitz und der Abwanderung der Männer auf der Suche nach Arbeit in die städtischen Gebiete", so stellte jüngst das Internationale Arbeitsamt fest, hat sich ihre Lage in den Jahren der UN-Frauendekade noch weiter verschlechtert. Die aggressiven Markteroberungs- und Modernisierungsstrategien der Industrieländer, ungerechte und diktatorische Herrschaftssysteme tragen das Ihre beständig dazu bei.

Das Internationale Arbeitsamt kommt zu dem Schluß, „daß es in erster Linie Sache der Frauen selbst ist, konstruktiv Veränderungen herbeizuführen". Bereits heute seien die Hauptträger dieses notwendigen „kollektiven Vorgehens" Gewerkschaften, Genossenschaften und eine Vielzahl von Frauenverbänden, die in verschiedenen Teilen der Dritten Welt entstanden. Um eine effektive Beteiligung der Frauen am Entscheidungsprozeß zu erreichen, gelte es diese Organisation zu stärken. Die Mehrzahl der Frauen, die in Nairobi die Dritte Welt vertreten, ist sich dessen augenscheinlich bewußt.

Annette Niemeyer, epd



Ein Mädchen wird geboren



Feminismus in der Dritten Welt — oder: Was können wir von den Frauenbewegungen in der Dritten Welt lernen?

Das Thema dieses Schwerpunktheftes „Frauen und Entwicklung" suggeriert die Vorstellung, daß das Hauptproblem der Frauen in der Dritten Welt die Unterentwicklung sei, und daß Frauen aus der Ersten Welt möglicherweise den Entwicklungsprozeß der Dritte-Welt-Frauen unterstützen könnten. Uneingestanden geht mit dieser Vorstellung häufig einher, daß Frauenbefreiung oder gar Feminismus für diese Frauen ein Luxus seien, den sich höchstens einige wohlhabende Mitteklassefrauen und natürlich wir westlichen Feministinnen leisten könnten. In diesem Sinn verstehen sich dann Frauen, die in ein Entwicklungsland gehen in der Regel als Gebende, Lehrende, Animierende, die durch Frauenprojekte, die Frauen bei ihrem Kampf gegen Armut unterstützen wollen. Frauenprojekte, vor allem solche, die von offiziellen Stellen gefördert werden, sind in der Regel ökonomische Projekte. Frauen, die in Entwicklungsländer gehen, stellen häufig ihre feministischen Zielsetzungen zurück aus Angst, daß dies als „Einmischung" und „Kulturimperialismus" angesehen werden könnte und beschränken sich auf die ökonomische Ebene.

Diese Sicht- und Vorgehensweise verstellt aber den Blick auf das, was sich seit längerem unter den Frauen in Asien und Lateinamerika aber auch in Afrika abspielt. Die Beschränkung auf die Ziele, die die Geldgeber für die Projekte vorgeben, und die apologetische Haltung gegenüber dem Thema Feminismus, machen blind für die neuen Frauenbewegungen, die in vielen Ländern der Dritten Welt entstanden und inzwischen immer militanter und selbstbewußter geworden sind. Die Frauen Lateinamerikas und Asiens haben inzwischen keine Probleme mehr damit, sich offen als Feministinnen zu bezeichnen. In Brasilien fand in diesem Sommer bereits die dritte „Feministische Konferenz für Lateinamerika" statt. In Indien hat es, wie nachfolgender Bericht zeigt, im vergangenen Januar eine große Frauenbefreiungspilgerfahrt gegeben, die das Ziel hatte, feministische Inhalte an die Frauen in der Provinz heranzutragen. In der Karibik wurde eine Organisation feministischer Studien gegründet, die *Caribbean Association for Feminist Research and Action* (CAFRA), in Jamaica entstand bereits 1979 das Frauentheaterkollektiv SISTREN, in dem sich Straßenkehrerinnen zusammengeschlossen haben, die gegen Frauen- und Klassenausbeutung kämpfen wollen. In Peru besteht seit der selben Zeit das feministische Frauenzentrum „Flora Tristan". In mehreren Ländern der Dritten Welt sind an den Universitäten Frauenstudiengänge eingeführt worden. In Indien existiert seit einigen Jahren eine *National Association of Women's Studies*, die schon mehrere große Konferenzen abgehalten hat. Im Gegensatz zur Bundesrepublik stoßen die Initiativen zur Durchsetzung von Frauenstudien dort nicht auf den geballten Widerstand der Männer im akademischen Establishment. Im Dezember (1985) fand in Bombay eine Konferenz der Aktivistinnen in autonomen Frauengruppen und Projekten statt.

Was jedoch an den neuen Frauenbewegungen in der Dritten Welt deutlich wird, ist die Tatsache, daß sie sich eben nicht an den Problemen der Unterentwicklung entzündet haben, obwohl die Armut der Frauen auch eine Rolle in diesen Bewegungen spielt, sondern, wie bei uns, an den patriarchalischen Mann-Frau-Verhältnissen, insbesondere am Problem der Gewalt gegen Frauen.[1] Die indische Frauenbewegung, die mit kleinen Gruppen in Hyderabad, Delhi und Bombay anfing, wurde zu einer Massenbewegung als Feministinnen begannen, gegen die Zunahme von Vergewaltigungen, vor allem von Gruppenvergewaltigungen durch die Polizei, zu protestieren. Die Forderung einiger Juristinnen nach Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Polizisten, die das Mädchen Mathura, eine Landarbeiterin, vergewaltigt hatten und die vom Obersten Gericht freigesprochen worden waren, führte zu einer landesweiten Kampagne gegen Vergewaltigungen. In Bombay entstand das *Forum against Rape*, das später in das *Forum against Oppression of Women* umbenannt wurde. In Bombay und Delhi gründeten Feministinnen Zentren, in denen geschlagene, mißhandelte, vergewaltigte Frauen Schutz und Hilfe fanden. Eine ähnliche Protestbewegung entwickelte sich aus dem Widerstand einiger Frauen in Delhi gegen die Mitgiftmorde an jungen Bräuten.[2] Es waren auch Frauengruppen, die gegen die Vermarktung der Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) zum Zweck der Abtreibung weiblicher Föten protestierten.[3]

Inzwischen gibt es in den großten Städten Indiens autonome Frauengruppen, Frauenzentren, Frauenorganisationen, die zahlreiche Aktivitäten entfalten. Dies

hat auch einigen Frauen Mut gemacht, die patriarchalischen Verhältnisse offen anzugreifen. So hat z.B. die junge Moslemfrau *Shanaz Sheikh* Verfassungsklage gegen den indischen Staat erhoben, weil dieser beim Scheidungsrecht den Gleichheitsgrundsatz verletzt, indem er es den einzelnen Religionsgemeinschaften überläßt, wie sie die Scheidung nach Gewohnheitsrecht regeln. Sie selbst war ohne Grund von ihrem Mann geschieden worden und bekam keinerlei Unterhalt. Ein anderer Fall ist der von *Rinki Battacharya*, der Frau eines bekannten Filmregisseurs, die die Gewalttätigkeiten ihres Mannes in einer der populärsten Frauenzeitschriften publik gemacht hat. Sie fand, wie Shanaz Sheikh, Unterstützung durch das Women's Centre in Bombay.

Alle diese Bewegungen haben eine Reihe von Zeitschriften und auch Büchern hervorgebracht, wie etwa *Manushi* in Indien, *Voice of Women* in Sri Lanka. In Indien ist im letzten Jahr ein von Frauen gegründeter Verlag entstanden, *Kali for Women*.

Es wäre an der Zeit, daß Frauen in der BRD, die sich für die Probleme der Frauen in der Dritten Welt interessieren, zur Kenntnis nehmen, daß es eine breite und lebendige Frauenbewegung, ja eine feministische Bewegung in der Dritten Welt gibt, die nicht von Europäerinnen oder Amerikanerinnen geschaffen wurde, sondern aus der Rebellion der Frauen dort entstand. Zum zweiten wäre es angebracht, daß sie sich selbst als Lernende verstehen. Anstatt zu fragen, was für Projekte Frauen in Asien oder Afrika brauchen, wäre zu fragen, was die Frauen dort vielleicht schon selbst in Bewegung gebracht haben, welche Probleme sie aufgegriffen haben und vor allem, wie sie trotz Armut und Geldmangel eine Frauenbewegung machen, die so viel Vitalität hat, daß alle, die mit diesen Frauen Kontakt haben, nur inspiriert werden können. Was wir vor allem von der Frauenbewegung in der Dritten Welt lernen können, ist, wie man trotz größter Widerstände den Mut behält. Und weiter, daß es überall die Verletzung der tiefsten Menschwürde ist, und nicht bloß Armut, die die Frauen rebellieren läßt, gleichgültig ob sie arm oder reich sind.

Der nachfolgende Bericht, den mir eine indische Feministin zuschickte, kann ein Beitrag zu diesem Prozeß des Umlernens sein. **Maria Mies**

Literatur

1. vgl. Mies, Maria: Patriarchy and Accumulation on a World Scale, Women in the International Division of Labour, Zed Books, London 1986
2. vgl. Mies, Maria: Brautpreis, Mitgift und Mitgiftmorde in Indien, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Geld oder Leben, Nr. 15/16, 1985, S. 77 ff.
3. vgl. Vibhuti Patel: Amniozentese und Mord an weiblichen Föten, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Frauen zwischen Auslese und Ausmerze, Nr. 14, 1985, S. 50ff.

Ein Mädchen wird geboren

Daß der Feminismus auch in Indien nicht mehr aufzuhalten ist, zeigte eine zweiwöchige Straßentheater-Tournee im Bundesstaat Maharashtra. Der Feminismus kann nicht mehr als bedeutungsloser westlicher Import abgetan werden, der einigen wenigen städtischen Frauen vorbehalten ist.

Die ganze Nacht säumten 14 000 Menschen die Straßen von Miraj. Die größte Kreuzung der Stadt war ein einziges Heer von Köpfen. Hockend und stehend, auf Gemüsewagen sitzend und an ihre Fahrräder gelehnt, warteten die Menschen dicht gedrängt vor dem mit Flutlicht erleuchteten Podium, gespannt erst und dann voller Begeisterung. Die Aufmerksamkeit der Zuschauer machte deutlich, wie sehr das Stück sie ansprach: MUIGI ZHALI HO — „Ein Mädchen wird geboren". Es war die 152. Aufführung in den letzten beiden Jahren.

Den ganzen Tag über war eine Rikscha durch die Stadt geholpert, hatte sich durch Kühe, Menschenmengen und Verkehr gezwängt, um die Ankunft des STREE MUKTI YATRA in Miraj bekanntzugeben. Zwei Theatervorstellungen sollten den Höhepunkt des Programmes bilden: STREE und „Ein Mädchen wird geboren". Allein schon die Besucherzahlen zeigten, daß die Yatra-Aufführungen ein rauschender Triumph waren.

Zwei Tage später, ist die YATRA-Truppe in KOLHAPUR. 65 Frauen, Männer, Kinder und Babies kampieren in einem Mädcheninternat. Geschäftig laufen Schülerinnen umher, servieren Tee und Frühstück, die älteren unter ihnen freuen sich auf die Abendvorstellung, während die jüngeren tief enttäuscht sind, daß sie die Schule nicht mal dazu verlassen dürfen.

An diesem Nachmittag wird der kleine, dunkle Klassenraum, in dem der Putz von den Wänden bröckelt und Wäsche zum Trocknen auf der Leine hängt, zum Theater. Über fünfzig 8 bis 14jährige drängen sich als Zuhörerinnen, ihnen gegenüber vier Schauspielerinnen: Neela Limaye, eine Abiturientin; Yogini Kaprekar, ein Erstsemester; Madhuri Purandhare aus der 11. Klasse und die Doktorandin Bharati Sharma.

Sie kauern auf der Erde, schwatzen ungezwungen drauflos; vertraulich erzählen sie von sich, Yatra, von ihrem Stück. Sie stellen Fragen und die Schülerinnen antworten:

„Was verteilt man, wenn ein Junge geboren wird?"



„Pedas"[1] sagt der Chor der Schülerinnen.
„Und wenn's ein Mädchen ist?"
„Barfi".[2] Eine Pause entsteht.
„Viele Eurer Eltern sind Landarbeiter" sagt Neela. „Wieviel verdienen Eure Väter?"
Die Antwort kommt wie aus der Pistole geschossen: „6 Rupien".
„Und Eure Mütter?"
„4 Rupien."

Und während man dieses Frage- und Antwort-Spiel beobachtet, sieht man, wie die Saat der Stree-Mukti-Gruppe aufgeht. Das Prinzip der Ungleichheit der Geschlechter wird sofort verstanden, auf der Ebene von Alltagswissen, nicht auf einer abstrakten ideologischen Ebene.

In diesem kleinen Klassenraum entfaltet das Stück „Ein Mädchen wird geboren" seine ganze Wirkung. Es ist kein abgeschlossenes, steriles Werk, das abhängig ist von Mikrophonen, Bühne, fester Truppe und Kostümen oder von Fanfarentusch und dem grellen Glanz der Scheinwerfer. Vielmehr ist es ein flexibles Medium, einfach und direkt. Es bietet unendliche viele Gelegenheiten zum Mitmachen und zeigt, humorvoll und mit Liedern, was es heißt, als Mädchen geboren zu werden. (...)

Und so ging es weiter 14 Tage, durch 21 Ortschaften. Abseits der großen Städte, in kleinen Orten und größeren Dörfern traf die STREE-MUKTI-YATRA-Gruppe auf überwältigende Reaktionen. (...)

„Dieses Yatra-Ereignis hätte vor einigen Jahren nicht so ablaufen können", sagt Chhaya Datar von STREE MUKTI SANGHATANA, einer der Unterstützergruppen. „Wir haben zwar schon 1975 begonnen, unsere Organisation aufzubauen, aber erst seit dem Vergewaltigungsfall des Mädchens Mathura, 1980, gewinnt die Frauenbewegung an Durchsetzungskraft." Sie berichtet, wie die Bewegung eine propagandistische Gegenoffensive in den Medien auslöste: Feministinnen seien, so heißt es, gegen Männer, und gegen Kinder, ein jeanstragender, rauchender, trinkender und verworrener Haufen. Andere Anschuldigungen gegen Frauengruppen waren, daß die ausschließlich solche Greueltaten wie Vergewaltigungen und Mitgiftmorde hochspielten. (...)

„Uns scheint, daß überall Frauen traditionelle Rollen in Frage stellen", fährt Chhaya fort. „Sie suchen nach Ausdrucksformen für ihre neuen Ansprüche und Hoffnungen. Als wir die Yatra-Tournee planten, wollten wir zum einen diese Vermutung überprüfen und zum anderen falsche Vorstellungen über die Frauenbewegung und ihre Ziele ausräumen."

„Wir wollten die Frauen in den Kleinstädten erreichen", sagt Sharda Sathe, auch eine engagierte Sanghatana-Mitarbeiterin, „nämlich all jene, die selten Gelegenheit haben, aus dem Haus zu gehen, für die es so gut wie gar keine Unterhaltung gibt und kaum je eine Ausbildung, jene, die politisch denken, aber nirgends organisiert sind. Wir wollten sie durch eine Vielzahl kultureller Formen ansprechen. Und die überwältigende Zustimmung zu unserem Stück ‚Ein Mädchen wird geboren' ermutigte uns dann, die Yatra-Tournee in Angriff zu nehmen."

Diese Tournee durch 11 Städte und 10 Dörfer in Süd- und West-Maharashtra zu organisieren und finanziell abzusichern, hat allein 6 Monate in Anspruch genommen. Das Ergebnis wurde zu einer wahren kulturellen Fundgrube und einem Meisterstück organisatorischen Geschicks.

STREE MUKTI YATRA SAMITI begann im vergangenen Juni mit den Vorbereitungen: Es wurden Geldquellen erschlossen (75 000 Rupien kamen zusam-



men, die Zuschüsse der Landesregierung von Maharashtra und von UNICEF eingeschlossen) und Pilotreisen unternommen, um örtliche Koordinatoren zu mobilisieren, die das vollgepackte Tagesprogramm von 9.30 bis weit nach Mitternacht reibungslos ablaufen lassen sollten.

In Bombay wurden Arbeitsgruppen gebildet, die Plakate, Diaserien herstellten und ein neues Stück — Pandita Rama Bai — über den Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, Ramabai Dongre, ausarbeiteten. Darüber hinaus wurden 150 Buchtitel zur Frauenfrage zusammengestellt, einige davon waren anläßlich der Tournee veröffentlicht. Darunter waren z.B. eine Übersetzung in Marathi von „Unser Körper — Unser Leben", sowie Bücher über Frauenbefreiung und Wissenschaft, über Frauen in der Marathi-Literatur und über die Ideen und Forderungen der Bewegungen.

Alle Bücher wurden zu erschwinglichen Preisen angeboten. Eine Diaserie über Frauensozialisation, SANSKARA, wurde zusammengestellt, u.a. über Menstruation und Empfängnisverhütung, — Themen, die lange ein Tabu waren. Eine Ausstellung von 100 verschiedenen Plakaten deckte ein umfangreiches Themengebiet ab — angefangen vom Bedürfnis der Frauen nach Ausbildung bis hin zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Während STREE MUKTI SANGHATANA und MAITRINI — beide Frauengruppen aus Bombay — das Rückgrat des Unternehmens bildeten, war die Tournee selbst eine offene Angelegenheit, die verschiedene andere Gruppen und Einzelpersonen einlud, sich auf ihre Weise daran zu beteiligen.

So organisierte GRANTHALI, eine erfolgreiche Bewegung, um Bücher unter das Volk zu bringen, eine riesige Verkaufsausstellung. JIRGISHA, eine College-Theatergruppe aus Aurangabad, trug ein Stück, „STREE" bei. Und überall spielten örtliche Kulturvereine, Schul- oder College-Vereinigungen eine aktive Rolle.

So wurde die Tournee zu einem einzigartigen Beispiel der Zusammenarbeit über alle ideologischen Gräben hinweg. Dies gilt sowohl für die Yatra — Aktivisten — Feministinnen unterschiedlicher Couleur arbeiteten Hand in Hand — als auch für die Gruppen vor Ort. So arbeiteten z.B. in Ichalkaranji Leute eng zusammen, die sich während der vorausgegangenen Wahlen noch mit Zähnen und Klauen bekämpft hatten.

Ein weiterer Faktor, der die Anziehungskraft der Yatra-Idee ausmachte, war, daß sie nicht nur ausschließlich als Frauensache angelegt war. Statt dessen wird implizit und auch ausdrücklich anerkannt, daß Männer zur Befreiung der Frau ihren Teil beizusteuern hätten und, daß es Frauen letztlich darum geht, ihre Beziehung zu den Männern neu zu gestalten. (...)

Die Yatra-Vorstellungen sind feierlich, und doch ist ihr Tempo schwungvoll und belebend. Die Truppe steht täglich um 6 Uhr auf, reist in die nächste Stadt, um sich dort erst gegen 1 Uhr nachts wieder schlafen zu legen. Die Vormittage gelten den Begegnungen mit Schülerinnen; an den Nachmittagen zeigen die Mitarbeiter/innen Tonbildschauen, treffen Frauengruppen, halten Seminare. Die Abende sind den Theatervorstellungen vorbehalten. Daneben wird in irgendeinem zentralen Saal die Plakat- und die Bücherverkaufsausstellung gezeigt. Der Bücherumsatz floriert enorm — so wurden in einer Stadt an einem Tag Bücher im Wert zwischen 9000 und 11000 Rupien verkauft.

Neben dem Hauptprogramm in der jeweiligen Stadt wird in einem nahegelegenen Dorf das gleiche Programm noch einmal durchgeführt. In Swali, einem Dorf in der Nähe von Sangli, kamen denn auch von 1500 Einwohnern 1300 zu Veranstaltungen. (...)

Täglich schwärmen kleine Gruppen von 5 oder 6 Mitarbeiterinnen in Schulen und Frauengruppen aus, um Dias zu zeigen und zu diskutieren. Und da sitzen sie dann, Frauen von 16 bis 60, und beantworten selbstbewußt die Fragen des Publikums. Zu Beginn jeder Veranstaltung wird schnell deutlich, daß die Yatra-



Frauen sich weder für unfehlbar halten noch predigen wollen, sondern einfach von sich erzählen: Was sie machen, wieviele Kinder sie haben und wie ihre Männer extra frei genommen haben, um während ihrer Abwesenheit für Heim und Familie zu sorgen.

Diese Einführung schafft sofort Vertrauen und eine formlose Atmosphäre. Die Reaktionen der Zuhörerinnen zeigen, wieviel Nachdenklichkeit ausgelöst wird und wieviele Fragen unter der Oberfläche verborgen sind.

Am Ende schreiben die Teilnehmerinnen eilig ihre Namen und Adressen auf Zettel, wollen das Zusammengehörigkeitsgefühl aufrecht erhalten. Die Yatra-Samiti-Frauen sind auf diesen Sturm der Begeisterung völlig unvorbereitet und auch unsicher, ob sie eine Zentralisierung der Bewegung überhaupt wollen. Sie ermutigen die Frauen vor Ort, autonome Gruppen zu bilden und an etlichen Orten, wie in Miraj, fangen die Frauen auf der Stelle damit an.

Und die Yatra-Frauen machen weiter in dem Vertrauen, daß dies keine Eintagsfliege war, sondern ein Ereignis, daß langfristige Wirkungen haben wird. Und die Bewegung wird größer und größer...
Ayesha Kagal, Times of India, den 3. Februar 1985. (von der Redaktion gekürzt)

Anmerkungen
1. Pedas sind Süßigkeiten, die aus eingedickter Milch und Zucker bestehen.
2. Barfi sind gleichfalls Süßigkeiten, die aus eingedickter Milch und Zucker gemacht werden, aber noch mit Mandeln und Pistazien verfeinert sind.

Die Hälfte des Himmels

Wettbewerb

Frauenalltag in der Männerwelt
Karikaturen und Zeichnungen aus den Ländern...

veranstaltet vom EXILE-Kulturbüro e.V. Duisburg und unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED/ABP) Stuttgart.

Die Hälfte der Menschheit dieser Erde besteht aus Frauen. Sucht man nach ihnen im öffentlichen Leben — in der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur — erscheinen Zweifel an dieser Verteilung. Frauen bestreiten mehr als 80% der Arbeit auf der Erde, sie verfügen jedoch nur über einen Bruchteil der Vermögen. Die Fähigkeit, Kinder auf diese Welt zu bringen, ist allen Frauen eigen. Wegen dieser Fähigkeit werden sie meistens — wiederum von Männern — in die Privatsphäre verwiesen, z.T. sogar eingesperrt.

Das Leben von Frauen auf dieser Erde gestaltet sich unterschiedlich, ist abhängig von Kultur, Religion, Nationalität... Das Spektrum reicht von einer scheinbaren Gleichberechtigung über teilweise Zugeständnisse bis hin zur Diskriminierung und menschenverachtender Unterdrückung. Die Übergänge dieser Erscheinungsformen sind fließend. Wenn es Frauen betrifft, passiert es, daß Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Wie sieht die andere Hälfte der Erde aus? Wie läßt sich das Leben, der Alltag der andere Hälfte der Menschheit — der Frauen beschreiben? Was ist speziell in den Ländern und Kulturen? Unterscheidet sich Frauenleben in den Industrienationen grundsätzlich vom Leben in den Ländern der sogenannten Dritten Welt? Bleibt den Frauen angesichts ihres Alltags auf der Hälfte der Erde nur die Aussicht auf die bessere Hälfte des Himmels?

Zu diesem Thema veranstalten wir einen Karikaturwettbewerb:

DIE HÄLFTE DES HIMMELS

Frauenalltag in der Männerwelt
Karikaturen und Zeichnungen aus den Ländern...

Bedingungen: Wir bitten um Zusendung einer oder mehrerer Karikaturen oder Zeichnungen bis zum 30.3.1986

Eine Jury wählt die 20 interessantesten Beiträge zu diesem Thema aus, die mit einem Preis von jeweils 300 DM ausgezeichnet werden.

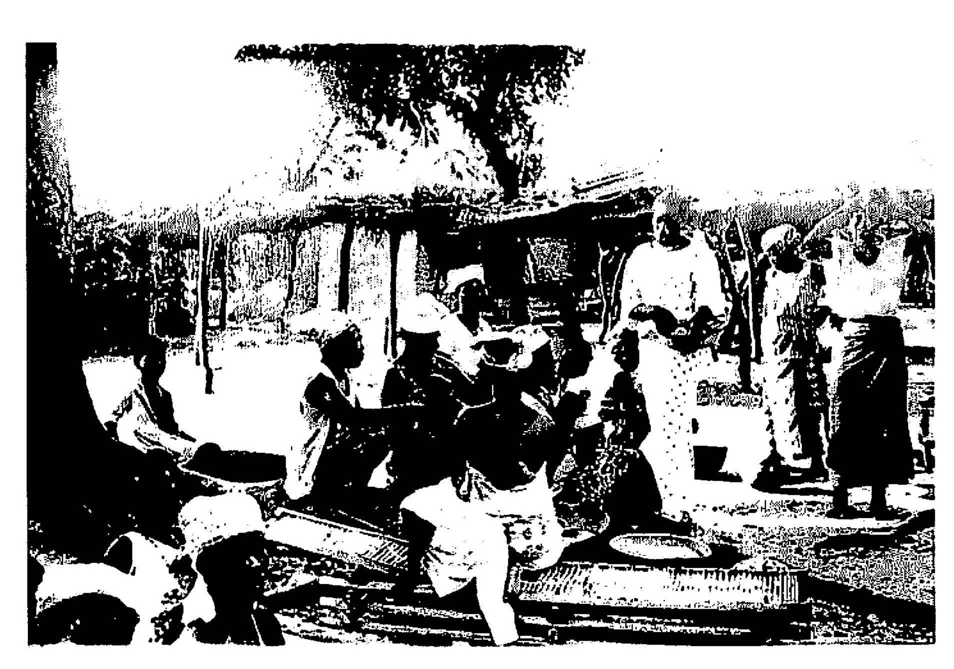
Durch die Einsendung erklären sich die Teilnehmer mit einer Aufnahme ihrer Arbeit in eine Wanderausstellung bzw. einen Katalog einverstanden. (Belegexemplar wird dabei zugesandt).

Einsendungen an: EXILE — Kulturbüro e.V., Niederstr. 5, 41 Duisburg 1, BRD, Tel.: 0203/22155

Frauenförderung: Feminismusexport oder Überlebenshilfe

Interview mit Eva Maria Bruchhaus

Als vor ungefähr zehn Jahren die negativen Auswirkungen von vielen Projekten auf Frauen in der Dritten Welt allgemein bekannt wurden — hauptsächlich weil man den enormen Beitrag der Frauen sowohl im Reproduktionsbereich als auch im Produktionsbereich bis dahin ignoriert hatte — glaubte man durch Sondermaßnahmen für Frauen eine allgemeine Verbesserung erreichen zu können. In der Bundesrepublik war der erste Schritt in diese Richtung eine Studie, die das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) 1979 in Auftrag gab.[1] Diese Studie untersuchte zum einen die Situation der Frauen in ausgewählten Ländern der Dritten Welt und zum anderen die Förderungsansätze vor allem nichtstaatlicher Organisationen. Eva Maria Bruchhaus — Agraringenieurin und freie Journalistin — war an dieser Studie maßgeblich beteiligt. Nach einer langen Berufstätigkeit in Afrika ist sie seit 1979 dort als Gutachterin für nicht-staatliche und staatliche Organisationen tätig. Wir fragten sie nach ihrer persönlichen Erfahrung mit Frauenprojekten in Afrika und nach positiven Ansätzen der Frauenförderung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe.[2]



In Eurer BMZ-Studie von 1979 hattet Ihr festgestellt, daß das Bewußtsein der Verantwortlichen in den verschiedenen Organisationen bezüglich der Situation der Frau äußerst schwach entwickelt war. Wenn Frauenmaßnahmen durchgeführt wurden, dann geschah dies in den klassischen Frauenbereichen wie Hygiene, Ernährung, Nähen usw. Hat sich seitdem auf diesem Gebiet etwas geändert? Hat man überhaupt verstärkt Frauenprojekte durchgeführt und mit welchem Erfolg?

Zunächst ist es wichtig, zwischen der allgemeinen Entwicklung und dem, was die Entwicklungshilfe bewirkt, zu trennen. Generell kann man davon ausgehen, daß durch die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen (Handelsströme, Investitionen usw.) sehr viel mehr verändert wird, als durch die Entwicklungshilfe, die wahrscheinlich nur einen sehr geringen Teil dieser Einflüsse ausmacht.

Ich glaube, es hat sich generell nicht sehr viel geändert, aber man kann schon vereinzelt Änderungen feststellen. Nach meinen Eindrücken hat sich im Bereich der Großprojekte, der großen landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekte, seien es Siedlungsprojekte oder Bewässerungsprojekte, nicht sehr viel geändert. Zum Beispiel gibt es in Kenya ein großes Siedlungsprojekt, das „Kenyatta Lake Settlement Scheme". In diesem Projekt sind mehr als 50% der Bauern Frauen. Viele von ihnen, wirtschaften alleine, weil ihre Männer in die Städte abgewandert sind, nach Mombasa zum Beispiel, und dort versuchen, Geld zu verdienen. Und bisher hat man für die Frauen noch keine gezielten Förderungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich durchgeführt. Die Frauen werden zwar etwas gefördert durch Herdbauaktivitäten, aber man hat ihre speziellen Bedürfnisse als Bäuerinnen und Mütter bisher nicht berücksichtigt. Und bei Projektprüfungen ist meines Wissens auch noch nie geprüft worden, welche Auswirkungen dieses Projekt auf die Lage der Frauen hat und wie man ihren Bedürfnissen entsprechend die Projektmaßnahmen verbessern könnte.

In einem anderen Projekt in Burkina Faso, dem Projekt „Aménagement des Vallées de Volta" hatte vor einigen Jahren eine voltaische Soziologin festgestellt, daß bei diesem Projekt die Bedürfnisse, der Frauen ganz und gar außer acht gelassen worden waren. Daraufhin sind Verbesserungen durchgeführt worden, aber meines Wissens ist im bisherigen Projektverlauf nicht mehr untersucht worden, wie sich



die Maßnahmen auf die Lage der betroffenen Frauen ausgewirkt haben und ob vielleicht neue Bedürfnisse entstanden sind. Das heißt, daß bei diesen Großprojekten weiterhin sehr technokratisch vorgegangen wird, und wenn die sozio-ökonomischen, sozio-kulturellen Rahmenbedingungen geprüft werden, dann werden sie global geprüft und nicht speziell im Hinblick auf die Zielgruppe Frauen.

Andererseits habe ich erstaunliche Fälle von Bewußtseinsänderung festgestellt, im staatlichen und im nichtstaatlichen Bereich. In einem GTZ-Projekt, das die Ochsenanspannung in der Nordwest-Provinz Kameruns fördert, hat man jahrelang die Frauen nicht berücksichtigt, d. h. sie wurden als Ehefrauen, als Hilfskräfte behandelt, aber nicht als eigenständige Bäuerinnen, die sie ja sind. Und in diesem Projekt hat man in den letzten Jahren radikal die Projektmaßnahmen verändert und hat ein spezifisches Frauenprogramm eingeführt, das sich an die Bäuerinnen wendet.

Ich glaube, das wäre vor zehn Jahren in dieser Form nicht möglich gewesen, denn das ist natürlich aufgrund einer Bewußtseinsveränderung geschehen, einerseits bei den Experten vor Ort, auch den einheimischen, aber auch in der Zentrale, der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit).

Ein gutes Beispiel kommt auch aus Gambia; dort versucht man seit den siebziger Jahren, großflächig die Bewässerungsreisproduktion zu intensivieren. Hier ist die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) an der Finanzierung beteiligt.

Es gab verschiedene Projekte, u. a. chinesische Projekte und ein Weltbankprojekt, die sich an die Männer wandten, obwohl traditionell in Gambia, wie in anderen Ländern auch, die Frauen den Sumpfreisanbau betreiben. D. h. die Männer bekamen die Parzellen zugeteilt, hatten aber sehr wenig Ahnung vom Reisanbau. Die Frauen hatten weiterhin ihre Sumpfreisfelder, die sie weiterhin mit traditionellen Sorten, mit der Handhacke, ohne Düngemittel, ohne andere Hilfsmittel bestellten. Und die Männer arbeiteten auf den Reisfeldern, konnten das aber nicht alleine bewerkstelligen und holten deshalb die Frauen auf ihre Reisparzellen, damit sie, die ja etwas vom Reisanbau verstehen, dort den Reis anbauten. Das war für die Frauen eine zusätzliche Belastung, was dazu geführt hat, daß die Frauen sich mit der Zeit geweigert haben, auf den Bewässerungsreisparzellen der Männer zu arbeiten, denn sie konnten einfach nicht beides schaffen. Das führte zum Fehlschlag dieser Projekte: die erwartete Produktionssteigerung trat nicht ein. Daraufhin hat man sich der Frauen erinnert; man kam darauf, daß ja eigentlich die Frauen die Reisproduzentinnen sind. Und jetzt bekommen Frauen die Bewässerungsparzellen zugeteilt und werden weitergebildet.

Man kann natürlich argumentieren, daß die Frauen nie einbezogen worden wären, wenn die Bewässerungsprojekte nicht fehlgeschlagen wären. Das ist sehr gut möglich, aber die Tatsache, daß eine britische Ethnologin, Jenny Dey, in den siebziger Jahren eine Arbeit über die traditionelle Reisanbauwirtschaft der Frauen geschrieben hat und auf die Mißstände hinwies, hat sehr dazu beigetragen, daß bei den nachfolgenden Projektkonzeptionen die Frauen berücksichtigt wurden. Und ich glaube auch, daß das nicht möglich gewesen wäre, ohne das veränderte Bewußtsein, das in den letzten zehn Jahren doch überall anzutreffen ist, wenn es auch noch nicht generell vorhanden ist. Aber vereinzelt stellt man fest, daß die Verantwortlichen in der Zentrale und die Projektverantwortlichen vor Ort doch sehr viel aufgeschlossener sind und sich auch oft selbst Gedanken darüber machen, wie sie die Frauen in die Projekte miteinbeziehen können und wie sie die Maßnahmen auf die Bedürfnisse der Frauen ausrichten können.

Zu dem Reisbäuerinnenprojekt in Gambia noch: Es scheint mir nicht nur wichtig zu sein, daß die Einbeziehung der Frauen zu einer Produktionssteigerung geführt hat, sondern auch, ob sie selbst nun die Verfügungsgewalt über den von ihnen erwirtschafteten Surplus in der Hand haben und selbst vermarkten, oder ob sie für eine Genossenschaft produzieren. Vielleicht könntest Du das noch einmal kurz ausführen.

Soviel ich weiß, vermarkten sie einen Teil der Ernte. Ein großer Teil dieser Ernte geht natürlich in die Familienversorgung. Da ich das Projekt nicht selbst kennengelernt habe, kann ich aus meiner sonstigen Kenntnis nur schließen, daß die Frauen, wenn sie die Ernte selbst vermarkten, auch die Kontrolle über die Einnahmen haben. Wobei natürlich klar ist, daß sie diese Einnahmen auch häufig für ihre Familien ausgeben, denn die Einkommen sind nur sehr bedingt getrennt. Für die Frauen sind die Familienausgaben genauso wichtig wie ihre eigenen

Ausgaben, abgesehen von Kochtöpfen oder Kleidung; ansonsten sind die Besitztümer der Frauen bescheiden.

Gibt es irgendwelche Untersuchungen darüber, ob die Männer dann weniger zum Familieneinkommen beitragen, wenn die Frauen selbst über Geld verfügen, und ihren Teil dann vielleicht lieber für Alkohol ausgeben?

Das ist sehr schwer generell zu beantworten. Es gibt, glaube ich, sehr wenige Untersuchungen zu diesem Punkt. Denn wie bei uns ist Einkommen ein heikles Thema und man will nicht jedem erzählen, wie es verwaltet wird, und was man damit macht. Es gibt aber eine sehr interessante Untersuchung über Männer- und Fraueneinkommen, durchgeführt im Kameruner Grasland. Nach dieser Untersuchung gibt es dort keine getrennten Einkommen, schon seit einiger Zeit nicht mehr. Das bedeutet, daß die Einkommen zusammengelegt werden und meistens von den Männern verwaltet werden. Die Männer sind dann für alle Ausgaben zuständig, die die Familie betreffen. Abgesehen davon ist es sehr schwer nachzuprüfen, ob die Frauen, die ihr Gemüse auf dem Markt verkaufen, nicht doch direkt vor Ort die Entscheidung treffen, was sie mit dem Geld machen. Es kann durchaus sein, daß sie nicht nur ihre eigenen Erzeugnisse, wie Yams, sondern auch die Kochbananen ihres Ehemannes verkaufen und nach Abschluß der Verkäufe selbständig entscheiden, daß sie jetzt Petroleum für die Lampe, Seife, Vaseline und ein bißchen Öl einkaufen. Den Rest des Geldes geben sie dann dem Mann in die Familienkasse. Es ist natürlich auch sehr schwer zu beurteilen, wieviel Mitspracherecht die Frau bei der Verwendung dieses Familieneinkommens hat. Sicher verwenden die Männer eher einen Teil der Einnahmen für ihre eigenen Bedürfnisse als die Frauen. Das liegt auch daran, daß die Männer meistens einmal im Jahr ein großes Einkommen bekommen, wenn sie ihre Marktfrüchte verkaufen. Z. B. in Burkina Faso, in der Gegend von Bobo-Dioulasso, dem großen Baumwollanbaugebiet, wird die Baumwolle in einem bestimmten kurzen Zeitraum vermarktet, und die Männer bekommen eine große Summe in einem Mal ausgezahlt. Mit dem Geld kann man dann schon etwas anfangen, davon kann man sich ein Fahrrad kaufen oder einen Radioapparat, oder man kann sich vollaufen lassen. Währenddessen sind die Einkommen der Frauen klein, übers ganze Jahr verstreut und werden meistens gleich wieder für eine ganz kleine Ausgabe verwendet.

Einkommenschaffende Maßnahmen für Frauen

Eine Forderung, die ihr damals in der Studie aufgestellt habt, war die nach einkommenschaffenden Maßnahmen für Frauen. Diese Forderung wurde von offizieller Seite mit großer Skepsis betrachtet — u. a. wurde euch vorgeworfen, ihr wolltet den Feminismus in die afrikanischen Hütten tragen. Ihr habt zwar auch für arbeitserleichternde Maßnahmen plädiert, aber inwieweit haben Projekte, die Einkommensquellen für Frauen erschließen sollten, nicht doch dazu geführt, daß Frauen unter einer Doppelbelastung leiden (Geld verdienen, Haushalt führen und noch eigene Felder bestellen)? Und inwieweit haben sie unerfüllbare Hoffnungen geweckt und häufig enorme Frustrationen hervorgerufen? Ich denke dabei an so typische Beispiele, wo Frauen zum Anbau von Marktfrüchten animiert werden und nach der Ernte dann feststellen müssen, daß die entsprechenden Marktstrukturen oder einfach die Transportmöglichkeiten fehlen.

Zuerst muß ich mal zum Vorwurf, Feminismus in afrikanische Hütten tragen zu wollen, etwas sagen. Dieses Argument ist in meinen Augen die reinste Heuchelei, denn es wird genau von den Leuten verwendet, die absolut nichts dagegen einzuwenden haben, daß seit über hundert Jahren der Kapitalismus in die afrikanischen Hütten getragen wird. Da hat sich kein Mensch darüber Gedanken gemacht, wie dieser auf die gewachsenen afrikanischen Strukturen wirkt und was die Geldwirtschaft da alles zerstört hat und immer noch zerstört. Sie wird als Segnung oder als Selbstverständlichkeit betrachtet, aber in dem Moment, wo man sagt, wir möchten, daß es den Frauen besser geht, wird man des Feminismus-Exports bezichtigt. Ich finde das schon eine fast perverse Anschuldigung.

Was die einkommenschaffenden Maßnahmen betrifft, stehe ich immer noch zu unserer Forderung, daß Frauen geholfen werden muß, Geld zu verdienen. Das ist einfach eine Notwendigkeit, denn es gibt immer mehr Dinge, die man nur noch für Geld bekommen kann. Alles kostet Geld, und alles wird immer teurer und traditionell sind die Frauen für einen ganzen Bereich, sogar für mehrere Bereiche der Familienversorgung verantwortlich. Die Frauen sind in weiten Teilen Afrikas da-



für zuständig, daß die Zutaten zur Soße vorhanden sind. Wenn sie die Gemüse selbst anbauen, gut, aber wenn nicht, müssen sie sie kaufen. Die Frauen sind fast immer zuständig für die Versorgung der Kinder, das gilt für die Ernährung, das gilt auch für die medizinische Versorgung. Früher kostete das kein Geld, denn früher ging man zu den Heilkundigen und konnten auf deren kostenlose Hilfe zählen. Natürlich wurden die auch irgendwie honoriert, aber es kostete kein Geld. Jetzt braucht man Nivaquine, braucht andere Medikamente; man braucht Geld für die Mutter-und-Kind-Beratung, und das sind meistens Ausgaben, die zum Verantwortungsbereich der Frauen gehören. Also brauchen die Frauen Geld. Allerdings meine ich, daß man solche einkommensschöpfenden Maßnahmen sehr vorsichtig einführen muß.

Nach meinen Kenntnissen waren es überwiegend die Amerikaner (US-Aid), die in Westafrika sehr viele solcher einkommensfördernder Maßnahmen für Frauen durchgeführt haben, und viele dieser Maßnahmen sind tatsächlich fehlgeschlagen und haben zu Frustration geführt. Viele dieser Maßnahmen sind sehr gut gemeint, aber es zahlt sich oft nicht aus, Gemüse anzubauen, Stoffe zu färben, Mühlen zu betreiben.

Das Einkommen, das man aus diesen Tätigkeiten zieht, entspricht nicht den Erwartungen und in vielen Fällen können die Frauen nicht einmal den Kredit zurückbezahlen, der notwendig war, um gewisse Geräte zu kaufen. Das ist dann ein Verlustgeschäft, sowohl finanzieller Art, als auch im Bereich der Arbeitsleistung, denn die Frauen haben sich für nichts angestrengt und zusätzliche Arbeit geleistet, ohne den entsprechenden Erfolg. In sehr wenigen Fällen wird das vorher untersucht und berechnet.

Ich habe einen sehr interessanten Artikel in der Zeitung des CESAO[3] in Bobo-Diouasso (Burkina Faso) gelesen, in dem die Autorin Odette Snoy empfiehlt, daß bei allen Mühlenprojekten, die immer als beispielhaft für einkommenschöpfende Maßnahmen gelten, geprüft wird, ob die Frauen nicht letztendlich mehr dafür arbeiten müssen, um das Geld zu verdienen, das sie brauchen, um die Hirse in die Mühle zu bringen und dort mahlen zu lassen, als sie damit einnehmen. Diese Empfehlung ist aus jahrelanger Erfahrung abgeleitet, denn gerade in Burkina Faso ist es sehr oft so gewesen, daß die Frauen sich zwar eine einkommensschöpfende Maßnahme und Arbeitserleichterung von einer Getreidemühle versprachen, letztendlich das Geld für das Mahlen aufzubringen, aber auch ihre Aufgabe war. Es wird wenig Ehemänner geben, die ihren Frauen das Geld geben, damit sie zur Mühle gehen und mahlen lassen können, denn es ist ihre Aufgabe, die Hirse zu stampfen oder mahlen zu lassen.

Ein anderer Faktor, der viel zu wenig berücksichtigt wird, ist die vorherige Ausbildung der betroffenen Frauen in elementarer Buchführung und Betriebswirtschaft. Das ist natürlich unheimlich schwer mit Analphabeten durchzuführen, aber ohne eine solche Ausbildung ist es absolut unsinnig, den Frauen solche Projekte anzutragen, denn es wird zu wirtschaftlichen Verlusten führen. Was die Frauen, aber auch die Männer, nicht können, ohne diese Dinge zu lernen, ist zum Beispiel zwischen Einnahmen und Gewinn zu unterscheiden. Sie investieren ihre Arbeit, die überhaupt nicht honoriert wird. Sie wird nicht bezahlt und damit umsonst geleistet. Dann ist es keine einkommenschöpfende Tätigkeit und die Frauen haben sich umsonst abgerackert.

Ein anderer Punkt ist, daß sehr viele dieser Projekte auch auf Kreditbasis



durchgeführt wurden, d. h. man hat den Frauen einen Kredit zur Anschaffung einer Hirsemühle zur Verfügung gestellt — denn sie haben ja kein Kapital, noch viel weniger als die Männer — hat dabei aber nicht berechnet, ob die Marktstruktur es erlaubt, gewinnbringend zu mahlen. Das bedeutet nicht nur, daß die Mühle etwas abwerfen muß, um den Müller oder die Müllerin zu bezahlen, daß der Dieseltreibstoff davon bezahlt werden muß, das Öl davon bezahlt werden muß. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß Rücklagen geschaffen werden, damit die Mühle, wenn sie in zehn Jahren nicht mehr funktioniert, durch eine neue ersetzt werden kann.

„Frauenspezifische" und „frauenrelevante" Projekte

Ihr habt in der Studie noch „frauenspezifische" und „frauenrelevante" Projekte unterschieden. Könntest Du den Unterschied erklären? Inwieweit hat die Durchführung von frauenspezifischen Projekten zu einer Marginalisierung von Frauen geführt? Damit meine ich, daß jede Organisation zwar ihr Alibifrauenprojekt durchführt, aber Frauen bei der allgemeinen Projektplanung nicht einbezieht. Würdest Du heute noch für frauenspezifische Projekte eintreten, und wenn ja, in welchem Bereich und unter welchen Bedingungen?

Wir meinten damit, daß frauenspezifische Projekte sich nur an Frauen wenden, daß die Frauen Zielgruppe und Entwicklungsträger sind. Frauenrelevant sind eigentlich alle Projekte, denn irgendwie sind Frauen ja immer betroffen. Es gilt hier, dafür zu sorgen, daß die Frauen nicht benachteiligt, sondern gefördert werden entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen. Ich glaube auch, daß frauenspezifische Projekte oft Alibifunktion haben, man kann sie so schön vorzeigen, auf Konferenzen wie der in Nairobi zum Beispiel. Manchmal sind sie aber auch notwendig, wenn man nicht anders an die Frauen herankommt. Eine bessere Lösung besteht m. E. in einem Frauenprogramm innerhalb eines integrierten Projektes, das den speziellen Bedürfnissen der Frauen Rechnung trägt.

Aber wird nicht bei Entwicklungsprojekten für Frauen noch häufig herumexperimentiert? Ich denke dabei z. B. an die Situation im Südsudan, wo in einer Region eine Organisation Dieselmühlen einführen wollte, während in der benachbarten Region eine andere Organisation Handmühlen einführte, weil sie mit Dieselmühlen schlechte Erfahrungen gemacht hatte.

Da gibt es ein sehr schönes Beispiel, wieder aus dem Kameruner Grasland, das ja bis zur Unabhängigkeit unter britischer Verwaltung von Nigeria aus stand. Hier hat man in den fünfziger Jahren Handmühlen, mechanische Getreidemühlen eingeführt, die sehr robust waren und von denen einige heute noch funktionieren, immerhin eine beachtliche Leistung. Elizabeth O'Kelly, eine britische Ethnologin, Angestellte des Colonial Office, hat in diesem Gebiet mehrere Jahre gelebt und hat dort die Mühlen installiert. Zu ihrem Betrieb hat sie sogenannte „cornmill societies" gegründet, insgesamt 200. Jetzt, 30 Jahre später fängt man wieder damit an, in Projekten die Frauengruppen mit Mühlen auszustatten. Jetzt wäre es doch sehr sinnvoll, ehe man dort weitere Mühlen installiert, mal zu untersuchen, was aus diesen „cornmill societies" geworden ist, warum sie nicht mehr vorhanden sind, wo es ja teilweise noch die funktionsfähigen Mühlen gibt. Aber bisher ist noch

kein Mensch darauf gekommen, diesen speziellen, sehr interessanten Fall zu untersuchen, obwohl in allen Ländern Afrikas vom Sudan bis hin zu den Capverden, Getreidemühlen eingeführt werden. Es gibt inzwischen Berichte, Untersuchungen, die in Burkina Faso, in Mali, im Senegal über die verschiedenen Getreidemühlen durchgeführt worden sind. Aber jedes Projekt, das sich entschließt, Getreidemühlen einzuführen, hat keine Ahnung, welche Erfahrung die anderen Projekte gemacht haben. Alle fangen wieder beim Punkt Null an...

...und wollen es auch nicht wissen und wollen es auch nicht erfahren. Denkst Du nicht, daß das auch etwas mit der Konkurrenz unter den einzelnen Hilfsorganisationen zu tun hat?

Ja, hat es auch, aber nicht immer. Es hat auch etwas zu tun mit einer spontihaften Art, die Dinge anzugehen. Ich habe schon mehrmals gesehen oder gehört, daß in irgendeinem Land der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland eine Frauengruppe besuchte. Bei dieser Gelegenheit sagen ihm die Frauen, daß sie eine Getreidemühle brauchen. Es gibt doch bei den Botschaften den sogenannten Mikro-Fonds oder Mini-Fonds oder so ähnlich, der gerade zur Anschaffung einer Getreidemühle reicht. Wir haben das selbst gesehen, im Südsudan, daß eine Getreidemühle, die von der Deutschen Botschaft gestiftet worden war, nach einem Jahr immer noch nicht ausgepackt war. Und ich hab' genau diese Erfahrung in Mali gemacht, da waren es die Kanadier, die den Frauengruppen Mühlen geschenkt haben, und die waren auch noch nicht montiert.

Das hat natürlich auch stark mit Moden zu tun: eine Zeit lang war es Mode, Mühlen zu schenken, dann kommen Gartenbaugeräte, Gießkannen usw. in Mode!



Es stellt sich natürlich die Frage, inwieweit wir überhaupt bestimmen können und sollten, was für Frauen in der Dritten Welt richtig ist. Müßte es nicht so sein, daß die Frauen zu uns kommen und sagen, wir wollen eine Getreidemühle und nicht, daß jemand von hier hingeht und sagt, ihr kriegt jetzt eine?

Ja, ich glaube, das ist ein wunder Punkt. Sind wir überhaupt in der Lage, zu beurteilen, was für diese Frauen gut ist. Das gilt übrigens genauso für Männer. Ich glaube, es gibt ein ganz einfaches Mittel, das festzustellen, das darin besteht, nachzuschauen, was die Frauen selbst schon gemacht haben. Und sie darin zu unterstützen, so aber effizienter, mit weniger Aufwand, und mit mehr Gewinn weiterzumachen. Ich geb' Dir mal ein Beispiel. In der Casamance (Senegal) gibt es Bäuerinnen, die sich in den siebziger Jahren zu Gruppen zusammengeschlossen haben, um Gemüse anzubauen. Der Ausgangspunkt war eine generelle Verschlechterung der Lebensbedingungen. Es gibt klimatische Störungen (es regnet dort zwar immer noch mehr als im Sahel, aber der Regen hat dort auch abgenommen), die Reisfelder versalzen, weil das Meerwasser immer tiefer ins Land eindringt; die Arbeitslosigkeit hat im Senegal in den letzten Jahren sehr zugenommen, die Inflationsrate ist sehr hoch, und die Frauen brauchen Geld.



Sie müssen einfach bestimmte Ausgaben bestreiten: Sie müssen Lebensmittel einkaufen, sie brauchen Geld für Medikamente, für Kleidung usw. In vielen Dörfern in der Casamance haben sich die Bäuerinnen gesagt, wir wollen jetzt Geld verdienen. Wie machen wir das? Am besten, indem wir einen Garten anlegen und Gemüse anbauen und dieses Gemüse vermarkten. Dann haben wir genug Geld für alle diese kleinen Ausgaben und vielleicht auch noch für ein paar Sack Zement, um die Schule oder die Entbindungsstation zu bauen oder das Dorf sonst zu verbessern. Die Frauen dabei zu unterstützen, bedeutet nicht, ihnen etwas aufzuzwingen oder an ihrer Stelle zu entscheiden, denn sie haben vorher schon entschieden. Sie haben entschieden, Gemüse anzubauen. Oft gehen die Frauen dabei sehr gezielt vor, so daß man ihnen wirklich nur noch dabei helfen kann, es zu einem guten Ende zu bringen.

Können sie das nicht alleine? Ist das wirklich nötig?

Ich geb' Dir ein Beispiel. In einem Dorf in der Casamance haben sich so an die 50 Frauen zusammengeschlossen, sie wollten gemeinsam einen Gemüsegarten anlegen. Sie hatten kein Geld für den Brunnen, für das Saatgut, sie hatten nichts. Dann haben sie sich erst ein Feld geben lassen, um Reis anzubauen. Sie sind zum Dorfchef oder zu irgendeinem Bauern gegangen, der ihnen einen Hektar überlassen hat. Auf diesem Feld haben sie Reis angebaut, dann haben sie den geernteten Reis auch



Zur Zubereitung der Mahlzeit für ihre Familie bedienen sich die tamilischen Bäuerinnen uralter Methoden zum Stoßen und Mahlen. Vorne eine Handmühle, ein zylindrischer Stein, der über einen flachen Stein gerolllt wird.

noch gedroschen und geschält, um mehr zu bekommen als für ungeschälten Reis. Das war eine gezielte Überlegung: wir bauen Reis an, um Einkommen zu haben und das Einkommen können wir noch steigern, wenn wir den Reis geschält verkaufen. Von dem Einkommen aus dem Reis haben sie Brunnen bauen lassen, den Transport der Mangrovenpfähle, die sie im Mangrovensumpf selbst geschnitten haben, vom Sumpf ins Dorf per Lastwagen bezahlt und auch das Saatgut gekauft. Und damit haben sie ihren Gemüsegarten angefangen. Erst zu diesem Zeitpunkt fing das Projekt an, in diesem Fall von zwei Leuten vom WFD (Weltfriedensdienst) getragen. Das Projekt tut jetzt eigentlich nichts anderes, als den Frauen zu helfen, das Gemüse sachkundig anzubauen, denn die Frauen haben zwar Erfahrungen im Anbau ihrer traditionellen Gemüsesorten, aber das sind Sorten, die in der Regenzeit angebaut werden, während die „modernen" Gemüse (so sagt man in Burkina Faso zu Tomaten, Zwiebeln, Kohl, Salat) in der Trockenzeit angebaut werden. Die Frauen wissen nicht, wie diese neuen Sorten zu behandeln sind. Daß man z. B. Tomaten nicht von oben gießen darf, weil es dann Pilzbefall gibt und wie groß die Pflanzabstände sein müssen. Dieses Projekt bildet Delegierte von Frauengruppen im Umgang mit den neuen Gemüsesorten aus und diese Delegierten gehen zurück in ihre Dörfer und bringen das den anderen in der Gruppe bei. Somit hilft man ihnen, den Gemüseanbau effizienter und gewinnbringender durchzuführen, übrigens auch, indem man sie in Konservierungsmethoden unterrichtet.

Inwieweit ist dieses Projekt etwas Besonderes nach Deiner Erfahrung? Oder werden Fraueninitiativen vielfach übersehen?

Ich würde sagen, in diesem Fall ist man auf Ansätze gestoßen und hat diese Ansätze gefördert. Es gibt bestimmt unheimlich viele kleine Frauengruppen überall in Afrika, und nicht nur in Afrika, die ähnliche Sachen machen. Aber der Vorteil bei diesem Projekt war, daß es einen Dachverband gab, in dem diese Frauengruppen zusammengeschlossen waren, und daß insofern ein nationaler Träger vorhanden war, der mit dem WFD verhandeln konnte. Denn die kleinen Gruppen können ja nicht mit den europäischen und amerikanischen Geldgebern direkt verhandeln. Dazu fehlt ihnen die Erfahrung.

Wie können Frauen ihre Bedürfnisse artikulieren und durchsetzen?

Mir geht es darum, inwieweit Frauengruppen, auch kleine, sich ihrer Bedürfnisse bewußt sind und sie auch gegenüber Experten artikulieren. Es läuft doch häufig so ab, wie Du es geschildert hast: Jemand kommt hin und fragt die Frauen, was braucht ihr und sie sagen, wir wollen eine Getreidemühle, weil das gerade Mode ist, aber sie brauchen sie vielleicht gar nicht am dringendsten.

Das ist eine ganz große Gefahr, überall fragt man nach Getreidemühlen, überall fragt man nach Gemüsegärten, aber man müßte ihre Notwendigkeit natürlich Fall für Fall prüfen. Es ist gar nicht so schwierig, festzustellen, ob eine Mühle sinnvoll ist. Man kann sich ja erkundigen, wie die Preise für Mühlen sind, was Diesel kostet, wie die Versorgung mit Treibstoff ist. Darüber hinaus kann man sich in der Umgebung erkundigen, wie die Preise fürs Mahlen sind. Es gibt inzwischen genug Fragen, die man vor Ort stellen kann. Dann kann man entscheiden, ob es sinnvoll ist oder nicht.

In gewissen Fällen aber kannst Du nicht ausschließen, daß aufgrund von Nachahmung Bedürfnisse artikuliert werden, die nicht die echten Bedürfnisse sind. Aber ich meine doch, daß es zwei Grundkomponenten gibt: einmal, daß die Frauen Einkommen erwirtschaften wollen und zweitens die Arbeitserleichterung. Und ob die vielleicht auch über ein anderes Gerät erreicht werden können, das kann man mit den Frauen diskutieren.

In einem Fall in Mali hatte man vorgesehen, alle Frauengruppen mit Getreidemühlen auszustatten. Dann haben die Frauen in der Gegend von Sikasso gesagt, wieso denn, wir haben gar nicht soviel Getreide, aber wir hätten unheimlich gern Erdnußschäler. Daraufhin haben sie Erdnußschäler bekommen.

Du hast jetzt angesprochen, inwieweit auch ländliche Frauen so etwas wie eine Verhandlungsmacht bekommen. Das große Problem ist aber, wie Frauen diese Verhandlungsmacht bekommen können.

Das stimmt, das haben wir vorhin angeschnitten, als wir diskutierten, wie denn die Frauen als eine kleine Gruppe überhaupt an ein Projekt oder an Unterstützung kommen. Das Casamance-Projekt ist darüber hinaus sehr interessant, weil es auch die Grenzen zeigt, denen die Frauen in so einer Organisation ausgesetzt sind. Nicht nur in der Casamance, fast überall in Afrika — übrigens auch in Asien und

Lateinamerika — bilden Frauen die Basis. Die Gruppen setzen sich überwiegend aus Frauen zusammen, aber in den Dachverbänden und Entscheidungsgremien sitzen meist nur Männer. Die Frauen müssen nun bestimmte Dinge lernen, damit sie die Kontrolle über die Finanzen bekommen, über die durchzuführenden Aktionen mitentscheiden können. Der Nachteil der Frauen ist eben, daß sie zu fast hundert Prozent Analphabetinnen sind und nicht so flexibel sind wie die Männer, deshalb können sie z. B. kaum Mobilisierungs- oder Sensibilisierungstourneen in ihrem Gebiet machen.

Wenn man nicht will, daß Frauen weiter von Männern dominiert und in einem gewissen Sinn auch mißbraucht werden, muß man ihnen Gelegenheit geben, sich in Buch- und Betriebsführung, in Gruppenmanagement etc. aus- bzw. weiterzubilden. Z. B.: Wer zahlt die Beiträge, von denen der Dachverband lebt? Den zahlen die kleinen Gemüsebäuerinnen in der Casamance. Wenn jetzt das männlich dominierte Büro beschließt, daß der Beitrag von 50 F CFA auf 500 F CFA[4] erhöht wird, dann bedeutet das, daß die kleinen Gemüsebäuerinnen zehnmal soviel an den Dachverband abführen müssen. Das können sie nur verhindern, indem sie selbst an die Spitze kommen oder zumindest einige der Frauen mitdiskutieren können. Es gibt bereits solche Frauen, die mitdiskutieren und auf die man hört, die ganz offen die Position der Frauen verteidigen. Eine dieser Frauen heißt Nafi, eine andere Salimata, sie sind unwahrscheinlich dynamische und gescheite Frauen, aber sie sind Analphabetinnen, deshalb können sie die Bücher nicht kontrollieren und keine Berichte verfassen oder interpretieren. Diese Frauen darin auszubilden, daß sie ihre eigenen Organisationen kontrollieren und führen können, halte ich für eine ganz wichtige Aufgabe.

Ich möchte gerne nochmal darauf zurückkommen: Wie können sich Frauen überhaupt artikulieren? Können sich Frauen gegenüber Experten durchsetzen? Ich glaube, das ist ein Problem, das man genauso von den Experten her sehen muß. Man sollte nicht fragen, kann die Frau sich gegenüber dem Experten artikulieren. Man muß fragen, ist der Experte fähig, diese Fähigkeit bei der Frau herauszuholen, denn sie kann es, wenn man ihr die Gelegenheit gibt. Und da habe ich auch ein sehr schönes Beispiel in der Nord-West-Provinz in Kamerun erlebt. Es gab einen sogenannten „Field-day", da wurden die Projektverantwortlichen der nationalen Entwicklungsbehörde in bäuerliche Betriebe geführt, um vorgeführt zu bekommen, wie die neuen Anbaumethoden und die Ochsenanspannung funktionieren. Es wurden einzelne Ochsenbauern und auch die Gruppenfelder der Ochsenbäuerinnen-Gruppen besucht. Eine von ihnen hieß Brigit, sie war hochschwanger, vielleicht 22—23 Jahre alt. Sie stand da in ihrem Feldarbeiterkleid und erklärte klar und deutlich all diesen Beratern, diesen Verantwortlichen für Forschung usw. einen Dünge-Test, der zwar ziemlich simpel ist, den man aber üblicherweise nicht mit Bauern durchführt. Sie sagte: „Und hier sehen Sie die erste Parzelle, die haben wir so gedüngt, die zweite haben wir so gedüngt, die dritte ... die vierte. Sie sehen selbst den Unterschied." Sie war in der Lage, das allen vorzuführen, sie war stolz darauf. Sie hatte nicht nur etwas Nützliches gelernt, auch ihr Selbstwertgefühl — und das der ganzen Gruppe — war gestiegen. Das Verdienst in so einem Fall fällt natürlich auch auf eine geschickte Projektleitung zurück, die in der Lage ist, die Frauen mit ihren Fähigkeiten zu fördern und zu fordern. Dann stellt man nämlich fest, daß die Frauen sehr innovativ und sehr dynamisch sind, daß sie sich artikulieren können und daß sie darüber hinaus oft sehr vernünftig an die Dinge herangehen. Aber dazu muß man ihnen die Gelegenheit geben.

Frauenprojekte: Einmischung?

Wenn wir über Projekte reden, wissen wir, daß diese immer einer Einmischung bedeuten. An diesem Einmischungsproblem entzündet sich die Kontroverse „Projekte, ja oder nein"! Da stellt sich uns doch die Frage: Kann es auch eine Einmischung geben, die eigene positive Ansätze solidarisch unterstützen kann? Mir begegnet dieses Dilemma in allen Diskussionen in letzter Zeit.

Ja, das ist sehr schwer. Ich glaube, den Ansatz haben wir vorhin schon gefunden, denn die Gruppen der Casamance hatten sich ohne Einmischung zusammengetan. Die Hilfe, die sie bekommen, ist eine ganz gezielte Ausbildungshilfe, damit sie lernen, mit diesen neuen Tätigkeiten umzugehen. Als wir dieses Projekt letzten Dezember evaluiert haben, da haben wir die Frauen in den Dörfern immer gefragt: „Was macht ihr denn, wenn die beiden Entwicklungshelfer weggehen, wenn das Projekt aufhört? Wie macht ihr das

dann?" Und sie haben gesagt: „Das würden wir zwar sehr bedauern, denn wir haben durch sie viel gelernt, aber was wir mit ihnen gelernt haben, das können wir den anderen Frauen weitergeben. Wenn sie noch hierblieben und uns noch andere interessante Sachen beibringen würden, dann fänden wir das natürlich sehr schön." Aber sie waren bereit, das Gelernte selbst weiterzugeben. Das Problem ist, daß man natürlich fragen kann, ob das denn unbedingt Deutsche sein müssen; das ist eine sehr berechtigte Frage. Es gibt die Möglichkeit, direkt einheimische Träger zu finanzieren, wenn diese über das geeignete Personal verfügen; das ist natürlich optimal, aber leider nicht immer der Fall. Es gibt immer mehr einheimische, lokale Träger, Nichtregierungsorganisationen in Afrika, und einige dieser Träger sind auch sehr effizient und wissen ganz genau, wie sie ihren Gruppen helfen können. Es gibt aber auch ein gewisses Manko an Gruppenmanagement bei diesen einheimischen Trägern. Daß die Projektplanung, die Zeitplanung, die Programmierung auch viele dieser einheimischen Träger überfordert, gehört zu meinen Erfahrungen. Ich glaube, wenn vor Ort ein Vertreter einer nichtstaatlichen Organisation sitzt, der Finanzierungen abwickelt, der mit der einheimischen Trägerstruktur plant und der auch in die Dörfer geht und mit den Zielgruppen spricht, daß dann in vielen Fällen die Voraussetzungen besser dafür sind, daß diese Gelder sinnvoll angewendet und der Basis, den Frauengruppen, zur Verfügung gestellt werden. Von all den Maßnahmen, die der erwähnte Dachverband in der Casamance mit der finanziellen Unterstützung ausländischer Träger durchgeführt hat, ist die Gartenbau-Ausbildung vom WFD die effizienteste und die am meisten geschätzte Maßnahme gewesen. Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß zwei Leute sich intensiv damit beschäftigt haben, während sich die anderen damit begnügt haben, Geld zu überweisen.

Um auf die Frage zurückzukommen, ob es sinnvoll ist, solche Maßnahmen durchzuführen, sich einzumischen, muß ich wiederholen, was ich schon am Anfang gesagt habe: Die Entwicklungshilfe ist ein so minimaler Sektor dieser ganzen internationalen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, die die Lage der Leute beeinflussen, daß man ihr keine übertriebene Wirkung zuschreiben darf, weder positiv noch negativ. Sicher sind die Auswirkungen im Einzelfall merkbar, aber gesamtwirtschaftlich glaube ich nicht, daß sie sehr viel ausmachten. Wenn man sich in diesem Bereich engagiert, dann sollte man das mit der Zielsetzung tun, die negativen Auswirkungen der generellen Entwicklung für die Betroffenen zu mindern. Ich glaube, mehr kann man nicht erwarten. Vielleicht kann man auch dazu beitragen, den Frauen zu helfen, eine Position in ihrer Gesellschaft zu gewinnen oder wiederzuerlangen, indem sie lernen, sich zu organisieren, ihre eigenen Probleme zu lösen, indem sie sich bilden und ausbilden. Ich glaube, das kann ein großer Beitrag dafür sein, daß die Frauen in die Lage versetzt werden, den Männern in ihrer eigenen Gesellschaft gleichwertig gegenüberzustehen. Die Ausbildung, die Bildung und die Möglichkeit, Einkommen zu erwirtschaften, spielen dabei eine große Rolle, und das kann man eben auch nur erreichen, wenn man die Arbeit dieser Frauen erleichtert.

Du kannst mir natürlich sagen, was macht das denn für einen Sinn für die Entwicklung Senegals oder sogar für die Entwicklung der Casamance, daß da ein paar Gemüsebäuerinnen etwas gelernt haben. Da kann ich nur antworten, für diese Gemüsebäuerinnen, und nicht nur für die, die durch das WFD-Team ausgebildet worden sind, sondern auch für die, die sie selbst ausgebildet haben, ist das eine ganz bedeutende Geschichte. Eine Bäuerin im Kameruner Grasland hat das sehr schön ausgedrückt. Sie hat gesagt: „Die Einführung der Ochsenanspannung war für unsere ganze Gegend ein Gewinn und war ein ganz großer Schritt für mich in meinem Leben als Bäuerin."

Anmerkungen

1. Die Studie wurde vom Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg durchgeführt und besteht aus einer Hauptuntersuchung: Eva Maria Bruchhaus, Dietlinde Lessner-Abdin und Monica Wolsky: „Frauen in Entwicklungsländern, Situationsanalyse und entwicklungspolitische Ansatzpunkte unter besonderer Berücksichtigung nichtstaatlicher Organisationen." Freiburg 1979. Diese Untersuchung wurde durch Länderstudien in Ecuador, Mali, Malaysia, Obervolta (heutige Burkina Faso) und Sudan ergänzt.
2. Das Interview führten Julia Ballot, Barbara Unmüßig und Brunni Weisen.
3. Centre D'Etudes Economiques et Sociales D'Afrique Occidentale (CESAO), Bobo Dioulasso, Burkina Faso. Rosalie Ouba et Odette Snoy: „A propos de l'allègement des travaux des femmes. Quelle leçon tirer des expériences des moulins villageois?" In: Construire Ensemble 1984 (2/3), (CESAO), Bobo-Dioulasso
4. F CFA Währung der francophonen Länder Westafrikas. 5 F CFA = einem französischen Franc.



Rezensionen

Aufgrund heftiger Kontroversen um das Buch „Tigerkralle und Samtpfote — der Lebensroman eines thailändischen Freudenmädchens" (Verlag Simon und Magiera, München 1984, 155 Seiten) veröffentlichen wir im folgenden zwei Rezensionen hierzu.

Die erste Rezension setzt sich inhaltlich mit dem Buch auseinander sowie mit dem Schicksal der Hauptfigur, der Prostituierten Malee. Der Autor der zweiten Rezension kritisiert vor allem die Aufmachung des Buches und das Vorwort, das von Malees deutscher Freundin geschrieben wurde.

Der Verlag Simon und Magiera reagierte auf die teilweise heftige Kritik, wie sie besonders in der Rezension von H.-D. Bechstedt zum Ausdruck kommt, mit einer Stellungnahme. Diese drucken wir in Auszügen ab. (Red.)

Um es gleich vorweg zu sagen: Das Buch hat mich ungeheuer gefesselt. Ich habe es erst wieder aus der Hand gelegt, als ich auf der 155sten und letzten Seite ankommen war. So etwas, wie kritischen Abstand gewinnen, konnte ich in den ersten vier der sieben Kapitel nicht. Zu betroffen war ich von der Geschichte des Reisbauernmädchens, der „Edelhure" Malee, als daß es mir gelungen wäre, das Buch aus der distanzierten Sicht einer potentiellen Rezensentin in mich aufzunehmen. Denn auch wenn meine „Geschichte", meine „Karriere" ganz anders ist als die von Malee: Zu oft habe ich mich wiedergefunden, z.B. als Frau, die alleine durch Südostasien reist und sich durch die Art, wie die Männer sie behandeln, selbst fast als Hure fühlt. Nachempfinden konnte ich die Wut in der Szene, in der Malee und ihre Freundin Nid auf dem Weg nach Udon ins „Amerikanerbordell" aus dem Bus aussteigen:

„Der Fahrer hielt in einer Staubwolke. Er hatte heftiger gebremst als an allen anderen Haltestationen. Der Kondukteur stieß unsere Kiste mehr vom Dach, als daß er sie herabreichte. Das Fallgewicht war zu groß, als daß wir die Kiste hätten auffangen können. Sie stürzte mit der Kante auf den Boden, verbeulte sich und sprang auf. Intime Körperwäsche quoll heraus. Die Gaffer lachten. In mir erstarb ein Stück Heiterkeit. Wut machte meine Bewegung heftig."

Betroffen war ich auch von den liebevollen Frauenbeziehungen in einer Welt, in der die Prostituierten gegen Zuhälter, Bordellmanager und Freier zusammenhalten und sich durchsetzen müssen. Und Malee setzt sich durch.

Durchsetzungsvermögen bestimmt ihre Geschichte. Die Geschichte beginnt im „Bambushain": im Isan, in einem Bauerndorf im Nordosten Thailands. Der Kleintransporter mit dem dicken, alkoholisierten Chinesen am Steuer holt sie aus dem Haus ihrer Eltern ab und fährt sie nach Khonkaen, wo sie im Haus eines Polizeioffiziers arbeiten soll. Das Unvermeidliche passiert: Sie wird vom Hausherrn vergewaltigt, flieht und sucht Zuflucht in einem Bordell, wo sie zum ersten Mal einen Vorgeschmack von der Atmosphäre ihres späteren Gewerbes bekommt. Mit Nid, ihrer neuen Busenfreundin, verläßt sie eines Tages heimlich das Kleinstadt-Bordell und zieht nach Udon in die GI-Stadt. Dort lernt sie Pim kennen, mit der sie in einer Bar gemeinsam eine neue Show aufzieht. Nächste Station in Malees Geschichte ist ein Bordell in Bangkok, aus dem sie von Benjamin, einem Deutschen „erlöst" wird. Ein Jahr lebt sie mit ihm zusammen. Dann geht Benjamin nach Europa zurück und Malee in den Strandort Pattaya. Zum Schluß treffen wir Malee in Hamburg an, wo sie sich in einer Vierzimmerwohnung am Pinnasberg einen künstlichen „Bambushain" geschaffen hat.



Als Malee nach der Vergewaltigung durch den Polizeioffizier Aufnahme im Bordell von Khonkaen findet, entdeckt sie etwas: „...ich hatte der Härte um mich herum offenbar nichts anderes anzubieten und entgegenzusetzen als meinen schönen Körper und meinen erstmals zu Stärke erwachenden Willen." (S. 23)

Malee hat ihr Kapital entdeckt, mit dem sie von nun an sorgsam „wirtschaftet". Sie verkauft ihre Reize, ihren Körper, geht aber sparsam mit ihrer „Ressource" um. Sie paßt auf, daß sie nicht allzu viele Schäden — weder körperliche noch psychische — davonträgt. Sie arbeitet organisiert und gewissenhaft, wirtschaftet sorgfältig, so daß sie immer Geld auf der hohen Kante liegen hat.

Das ist die **Frau** Malee, sympathisch und stark. Sie lehrt uns viel, eröffnet verborgene Welten — geographische und gefühlsmäßige..."

Und das **Buch** Malee?

Die Welt der Leserschaft — das sind die Südostasieninteressierten, einige Frauen, aber auch — so wollen es auch die Verleger — die „Betroffenen" selbst: die deutschen Männer, die im Massagesalon von Bangkok ein nächtliches Vergnügen, am Strand von Pattaya eine „ständige Begleiterin" für drei Wochen oder bei der deutschen Heiratsagentur eine asiatische Frau fürs Leben suchen.

Werden die „Betroffenen" verstehen, was Auslöser für die Karriere eines Freudenmädchens ist? Einen wichtigen Ansatz widmet Malee diesem Problem:

„Als ich noch in meinen Dorf ... lebte, spürte ich, wie all die Sicherheit des jahrhundertealten bäuerlichen Daseins schwand. Dies drückte sich für mich in den sorgenvollen Gesichtern meiner Eltern ... und in dem zufriedenen Lächeln des chinesischen Aufkäufers und Reismüllers deutlicher aus, als ich dies durch die Erkenntnis der wirtschaftlichen Hintergründe erklären könnte."

Ein kleiner Absatz, der schnell in Vergessenheit geraten kann, denn: Malees Geschichte **macht an** und dem kann sich keine(r) entziehen. Sie macht an, fordert Sehnsüchte heraus — so wie es auf dem Buchcover beschrieben ist: „Die Tanzsäle von Wanchai sind geschlossen: Die Welt der Suzie Wong ist tot und doch leben romatische, sehnsuchtsvolle Wunschbilder von Exotik und Eros weiter."

Und genau das ist das Gefährliche an dem Buch. Die Erotik und Exotik läßt häufig vergessen, wofür es (vielleicht) stehen soll.

Bei der Liebesszene zu dritt, mit Malee, Freundin Pim und Freund Benjamin begann ich mich zu ärgern. Muß das sein? Oder bin ich prüde?

So manche kleine Unstimmigkeiten sind mir an dem Buch aufgefallen. Textstellen, an denen ich Malee nicht so recht glauben mag. Zu schnell gelingt es Malee, aus dem Fast-Nichts (Kapital ist ihre eigene kulturelle Identität) und ohne Erfahrung eine erfolgreiche Show mit Bühnenbild und ausgefeiltem Programm aus dem

Boden zu stampfen. Zu unwahrscheinlich kommt es mir vor, daß sie im übervölkerten Bangkok ausgerechnet Lek, den Jugendfreund aus dem Heimatdorf wiedertreffen muß, der ihr früher — im Busch versteckt — beim Baden zugesehen hatte. Und was soll ich zu der ungetrübten einjährigen Liebesbeziehung mit Märchenprinz Benjamin sagen, zu dem sie nach zweitägiger Bekanntschaft zieht?

Doch — wie gesagt — das sind Nebensächlichkeiten. Was zählt, ist die exotisch-erotische Anmache. Und so wie die Machtverhältnisse zwischen (z.B.) Deutschland und Thailand, zwischen „normalen" deutschen Männern und thailändischen Prostituierten oder heiratswilligen Mädchen heute verteilt sind, ist der zivilisatorische Zeitpunkt für dieses spannende Buch noch nicht reif.

Erika Jung,
aus SOA-Information Nr. 1/85 (leicht gekürzt)

„Die wahren Hexen unserer Zeit"

„Immer dann, wenn uns der Preis schmerzte, den wir für unsere Fortschritte zu bezahlen hatten, fielen uns jene anderen ein, Wilde, Indianer, Schwarze, Beduinen, Gelbe, Hirten, Eskimos, Jäger, Malaien, Bewohner sagenhafter Inseln: das naive Patchwork einer gleichsam kolorierten Menschheit, die anders waren als wir selber, und bei denen unsere enttäuschten Hoffnungen eine vieldeutige Zuflucht fanden. Was uns das eigene, industrialisierte Dasein verweigerte, Begierden, Verheißungen, Utopien, das dachten wir jenen anderen zu. Diese Methode der Projektion ist tief in der europäischen Tradition verwurzelt."
H.M. ENZENSBERGER, Politische Brosamen, Frankfurt 1983

Es fällt nicht leicht, über den Lebensroman der thailändischen Prostituierten Malee, „Tigerkralle und Samtpfote" zu einem einheitlichen Urteil zu gelangen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Lebensgeschichte Malees fasziniert und fesselt; die meisten wohl das Buch erst wieder aus der Hand nehmen, nachdem sie es ausgelesen haben. In kräftigen Farben schildert sie, in einer für eine Thailänderin ungewöhnlich offenen und ehrlichen Sprache, die verschiedenen Stationen ihres Lebenswegs, vom Reisbauernmädchen aus dem Isan, dem verarmten Nordosten Thailands, bis zum hochdotierten Callgirl aus den Kreisen der Hamburger Oberschicht.

Auf der anderen Seite aber (und darum drehen sich im wesentlichen meine folgenden Bemerkungen) wurde Malees Biographie mit einem Vorwort bedacht, welchem man nur bei allergrößter Milde das Prädikat „unmöglich" erteilen müßte, die Vermarktung des Buches gemäß dem Text auf dem Rückumschlag gerät schlicht zum Kotzen:

„Die Tanzsäle von Wanchai sind geschlossen: die Welt der Suzie Wong ist tot. Und doch leben romantische, sehnsuchtsvolle Wunschbilder von Exotik und Eros weiter."

Wo und in wem leben eigentlich diese Wunschbilder — uneingestanden und verborgen in den Tiefen unser aller Seelenleben etwa, wie der Text geheimnisvoll und spannungsheischend zu suggerieren versucht?

„Malees innere Kraft und ihr Selbstbehauptungswille stärken nicht nur ihre persönliche Unabhängigkeit, sondern auch den Willen, sich als ‚Edelhure' ökonomisch zu befreien..."

Alle Thailänderinnen dieses Gewerbes haben durchweg den Wunsch, ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen, doch bei der erbarmungslosen Konkurrenz von nunmehr fast 1 Mio. Prostituierten in Thailand erreichen nur ganz wenige dieses Ziel, eben die, die über jene natürlichen Voraussetzungen verfügen, die sich in einer männerdominierten Gesellschaft am gewinnträchtigsten vermarkten lassen. Für jede, die es „schafft", und auf diesem Hintergrund persönliche Stärke, psychische Kraft und Selbstbehauptungswillen zu entwickeln in der Lage ist, bleiben hunderte andere auf der Strecke, fristen in einem von Bangkoks 900 Slums ein erbärmliches Dasein, sind später auf Almosen und Hilfsarbeiten bei Verwandten oder Freunden angewiesen oder aber erleiden ein Ende wie Malees Freundin Nid, die nach einer gescheiterten Ehe mit einem GI schließlich in einer verrufenen Kleinstadtbar an einer Überdosis Tabletten stirbt. Ihre Schicksale und ihre Lebensgeschichten sind viel alltäglicher, farbloser, eintöniger, viel weniger dazu angetan, „romantische(n) sehnsuchtsvolle(n) Wunschbilder(n) von Exotik und Eros" zu beleben.

Bar jeder Hemmungen, in reißerischer Aufmachung, mit konstruierten Gegensätzen, alle gängigen Klischeebilder bemühend, fährt die Ankündigung fort:

„Die schillernde und bestrickende Malee ist die Verkörperung aller Widersprüche des exotisch-erotischen Frauenbildes: Sie ist eine Hexe unserer Zeit. Vom geschundenen, vergewaltigten Kind aus einem der ärmsten Winkel der Erde entwickelt sie sich zu einer berauschenden, sensiblen und zugleich starken Persönlichkeit, die durch ihre Austrahlung die sexuellen Höhlengeheimnisse unserer Zeit ans Licht bringt."

Um Mißverständnisse auszuschließen: Es handelt sich hier weder um ein Zitat aus dem „Beate Uhse"-Katalog noch um die Ankündigung des Fortsetzungsromans „Lebensbeichten" aus der rot-blau-gelben Sensationspresse, sondern schlicht um die zitatgetreue Wiedergabe der Einführung zu oben genanntem Buch. Was die Marktstrategen aus dem Hause „Simon und Magiera" (ehemals aktive Mitarbeiter in der Thailand-Solidarität) zu solchen geistigen Höhenflügen veranlaßt haben mag, ist zu vordergründig, als daß es einer näheren Erläuterung bedarf.

Wie schon eingangs erwähnt, bestehen die Stärken des Buches in der kraftvollen einfühlsamen Schilderung Malees. Von ihr erfahren wir auch einiges über das Leben thailändischer Prostituierten auf dem Lande wie in der Stadt, über das Treiben amerikanischer Soldaten während des Indochinakrieges. Und was die „sexuellen Höhlengeheimnisse unserer Zeit" anbelangt, so werfen Malees Schilderungen vor allem ein Licht auf das kaputte pervertierte Sexualleben westdeutscher Oberschichtskreise. Allerdings stehen für meinen Geschmack die sexuellen Erlebnisschilderungen allzu einseitig im Mittelpunkt des Erzählens; darüber hinaus erfährt man nur wenig über die Person Malees selbst, ihr Vorleben, ihre Beziehung zu ihrer Familie, ihre Gefühlswelt und ihre Empfindungen in einer ihr so fremden Gesellschaft wie der westdeutschen.

Vielen Erlebnisschilderungen kann ich — nach 2 1/2 Jahren Bangkok-Aufenthalt — die Authentizität nicht absprechen, an anderen Stellen scheint mir aber die Phantasie der deutschen Autorin durchgegangen zu sein. Es ist dieselbe Autorin — Julia Berlinghausen — die mit ihrem Vorwort jede Chance vertut, mit diesem Buch einen aufklärenden und informativen Beitrag zu der gesellschaftlichen Problematik der Prostitution in Thailand zu leisten. Statt die Lebensgeschichte Malees in die soziale Realität des Landes einzuordnen, seziert die Autorin in narzistischer Selbstdarstellung ihre Empfindungen gegenüber Malee während gemeinsamer Begegnungen, beschreibt sie en detail die Wirkung Malees auf sich selbst.

„Ihre schrägen, katzenhaften Augen, ihr glänzendes, langschwarzes Haar, ihre schwungvollen Lippen mit feinem, purpurblauen Randschatten, ihre seidige Haut und ihr schlanker geschmeidiger Körper..."

„...hautenge Nappalederhose, die tief in die Gesäßfurche einschnitt und auf der Vulva wie eine zweite Haut auflag ... absatzhohe(n), im Schaft kurze Stiefel verlängerten ihre Beine nahezu zur Übersinnlich-

Rezensionen

keit der Feuerfigur von Dali ... schwarzglänzendes Satinhemd, tief dekolletiert ... kleine, feste(n) Brüste mit großen dunklen Brustwarzen...“

Doch Malees Wirkung auf die Autorin geht weit über bloß Äußerliches hinaus. Sie fördert bei ihr ein Konglomerat zutage aus Phantastereien, pseudofeministischen Versatzstücken und eigenen Frustrationen und Projektionen, ergänzt um scheinbare Anteilnahme. Thailändische ‚Edelhuren', die neuentdeckten Heilsbringer der vor sich hinsiechenden Frauenbewegung in der BRD? Gegen Ende des Vorworts hebt die Autorin dann zum pseudofeministischen Overkill an:

„Malee wirkte mit der Energie eines Hexenfeuers auf uns ein. Alle zögerlichen, kleinlichen Hemmnisse von der Erkenntnis unseres eigenen, selbstgewissen und scheinbehütet bürgerlichen Frauendaseins loderten auf und verfielen zu Asche, die eine phönixhaft aufsteigende Erkenntnis ermöglichte...



Sie wurde zur babylonischen Tempelhure mit ihrem vereinnahmenden Schoß. Sie entwickelte sich zur Sirene bestrickender erotischer Kunst... Sie ist wahrhaftig die Hexe unserer Zeit: eine Ausgestoßene zwischen den Kulturen und Heimatgefilden, eine Marketenderin zwischen den Heerlagern der Männerwelten.“

Statt sich im Vorwort neben Informationen mit Beschreibungen zu bescheiden, und dabei zu versuchen, ein wenig mehr zu verstehen von Tradition, Kultur einer uns sehr fremden Lebenswelt wie der Thailands, wird Malee ihrer konkreten Lebensverhältnisse enteignet, zum Symbol alberner Phantastereien degradiert, in denen gesellschaftliche Zusammenhänge nur noch als koloriertes Beiwerk erscheinen, wird sie zum bloßen Objekt eigener, durch die westliche Gesellschaft unbefriedigt gelassener Wünsche und Bedürfnisse.

H.-D. Bechstedt, Bangkok

Das Buch „Tigerkralle und Samtpfote“ hat sehr widersprüchliche Reaktionen ausgelöst. Wir haben dies erwartet und stellen uns der **einen** Seite der Reaktion — der Kritik.

Ich möchte vorweg bemerken, daß 1986 in fünf Ländern Übersetzungen dieses Buches erscheinen werden. (...) Wir haben all diesen Verlagen auch von den kritischen Stimmen berichtet, haben dabei aber die Erfahrung gemacht, daß diese Kritik als „puritanisch, prüde und oberlehrerhaft deutsch“ empfunden wurde.

Eine weitere Vorbemerkung: Ein in der 3.-Welt-Szene engagierter Kinderbuchautor meinte mit Hinweis auf die „Tigerkralle“, daß die Deutschen wohl grundsätzliche Schwierigkeiten hätten, Sinnlichkeit und „Botschaft“ als eine Bedingungseinheit zu sehen. Er führte dabei die erotische Präsentation politischer Texte durch Miriam Makeba als Beispiel an.

Zur Kritik von Bechstedt: (...) Bechstedt wirft der romanhaften Lebensschilderung von Malee im wesentlichen vor, daß die erotischen Szenen zu viel Platz einnähmen und daß Malee eine untypische „starke“ Persönlichkeit sei. Das zweite stimmt sicherlich, das weiß jede(r), die/der sie kennengelernt hat, vor allem intensiv, wie wir. Das erste kann mit dem Zeilenzähler widerlegt werden, also muß der subjektive Eindruck des Rezensenten Disproportionen schaffen. Was wir nicht verstehen, ist der Vorwurf, daß der ehrgeizige Entwicklungsweg Malees die Sicht auf das klägliche Schicksal von 90% der anderen Prostituierten versperrt. Abgesehen davon, daß Malee unzählige Leidenserlebnisse ihres eigenen Werdeganges erzählt, gilt ihre mitleidende Anteilnahme den zahllosen Frauenschicksalen des Milieus, von denen sie im Buch berichtet — Bechstedt selbst erwähnt doch das tödliche Ende ihrer Freundin Nid.

Aber zugegeben, das Buch ist nicht larmoyant, die „Heldin“ (das meine ich aufrichtig!) braucht kein Mitleid, sie ist (nicht nur im Roman) eine „schillernde und bestrickende“ Person, voller Selbstbehauptungswillen, aber auch — und das ist wohl das Stärkste und Faszinierendste an ihr — voller Erbarmen mit ihren Freiern, deren drangsalhafte sexuelle „Höhlengeheimnisse“ (so ist das Wort zu verstehen) sie kennenlernt.

„Auf einmal schien alles über meine Kräfte zu gehen. Ich versuchte mit großer Anstrengung, einen Fieberschauer zurückzudrängen, der meinen Körper beben lassen wollte. Ich fühlte mich so kindlich schutzbedürftig, überfordert von der Verantwortung, die mir aufgebürdet war. Ich gehörte doch in einen fernen Kontinent, zu Menschen, deren Bedürfnisse und Phantasien ich kannte, die in schlichten Worten auszudrücken waren. Aber hier schien alles auf meine Schultern geladen zu werden. Alle meine Kunden waren erfolgreiche Männer im gesellschaftlichen Leben, trittfest auf dessen spiegelndem Parkett. Aber ich war die Fährfrau zu der dunklen, eigentlichen Seite ihres Lebens, zu ihren verruchten und verzweifelten Träumen und Besessenheiten. Ich wußte mehr von der inneren Triebmotorik des äußeren Erfolges. Ich hatte den Schlüssel zum Verständnis der aggressiven Dynamik des Lebens hier. Es war mein Beruf, die Kunden über den Styx zu rudern, ins Reich ihres eigenen, wahrhaftigen Lebens, in eine Welt befriedigter Sehnsüchte. Hier konnten sie sich rächen für die Lieblosigkeit der Mutter, indem sie sie zur liebesgehaßten Dirne machten. Hier konnten sie dem machtvollen, verhaßten Vater sein Szepter abschlagen und exhibitionistisch, endlich triumphierend, das eigene dagegenhalten. Aber diese in ihrer phantastischen Drangsal äußerst wirkliche Welt war doch nicht meine Welt! Wie sollte ich diese ständigen Ausflüge in das Reich des Hieronymus Bosch verkraften?

Während die gregorianischen Choräle in die Kuppelhöhe der kleinen Krypta drängten, hörte ich links neben mir auf dem Boden Wimmern und Stöhnen in der gebrochenen Falsettstimme eines alten Mannes. Ich war froh, diese Töne zu hören. Sie zeigten mir, daß der furchterregende sexuelle Tötungswunsch, die nekrophile körperliche Vermählungsphantasie von einem erbarmungswürdigen, in seinen Phantasien eingekerkerten Manne stammten. Und das Erbarmen gab mir Kraft, ließ mir keine andere mitmenschliche Möglichkeit, ließ diese Welt wieder zu einer ganz wirklichen werden.“

Verlag Simon & Magiera
Gerd Simon

Rezensionen

Frauen in China

Wird China kapitalistisch? Viele, die diese Frage im vergangenen Jahr gestellt haben (und in Scharen nach China gereist sind, um nur ja einen Fuß in der Tür zum neuen Markt zu haben), können ihre Genugtuung schwer verbergen. Auch manche der sie begleitenden Journalisten möchten das Frage- möglichst schnell durch ein Ausrufezeichen ersetzen. Ohne Zweifel: China ist im Aufbruch. Die Wirtschaftspresse meldet Erfolge: zweistellige Wachstumsraten in vielen Bereichen; Ende 1985 ist von „Überhitzung" die Rede.

Zwar wird, wenn man überhaupt einmal die Frauen erwähnt, immer noch gern Mao Tse Tung mit seinem Wort von der Hälfte des Himmels, den die Frauen auf ihren Schultern tragen (und erobern müssen!) zitiert; die Frage aber, ob die derzeitige Modernisierungspolitik geeignet ist, sie darin zu unterstützen, stellt kaum jemand. Dabei gibt es wohlbegründete — und durch Erfahrungen in vielen Ländern erhärtete — Zweifel, ob das „freie Spiel der Kräfte" einer gleichberechtigten Teilhabe der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen wirklich förderlich ist.

„Dem Himmel hinterher" — unter diesem eher skeptischen Titel versucht die Zeitschrift „das neue China" eine erste Einschätzung. Die von Barbara Hendrischke zusammengetragenen Zahlen und Fakten machen deutlich, daß die Ausgangsbedingungen der Frauen (z.B. in der Ausbildung) wesentlich schlechter sind als die der männlichen Chinesen: keine guten Voraussetzungen also für die Behauptung vom „freien Spiel der Kräfte". Ann Kathrin Scheerer versucht, jüngste Entwicklungen abzuwägen und zu werten und verbirgt ihre Skepsis dabei nicht. Feministinnen müßten gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen stets, scheinbar sektiererisch, übervorsichtig und hellhörig sein. Teilweise ärgerlich, weil nicht übervorsichtig und hellhörig, sondern besserwisserisch und arrogant, ist der Beitrag von Jenny Schon: „Eine weitere Sorge bereiten mir die chinesischen Frauen selber. Die Masse der Frauen in China ist angepaßt. ... Leider haben sich chinesische Frauen in Nairobi zum Abschluß der UNO-Dekade der Frau nicht besonders hervorgetan, wie während der gesamten zehnjährigen Dekade nicht."

Ganz anders dagegen das Buch von Anja Meulenbelt. Auch sie eine „feministisch Sehende, die es gewohnt ist, auf Einzelheiten zu achten, die Nicht-Feministinnen nicht auffallen." Mit einer Gruppe niederländischer Frauen hat sie China besucht und ein faszinierendes Buch darüber geschrieben — Sachbuch und Reisebericht zugleich. Eine Europäerin, Individualistin und Feministin, die sich nie verleugnet und dennoch (oder gerade deshalb) offen ist für die fremde Realität, die sich einfühlen kann, sich faszinieren läßt, ohne sich vereinnahmen zu lassen, die nicht (ver-)urteilt, sondern klug kommentiert: „Der Weg nach vorne ist niemals gerade. ... Es geht oftmals nicht um richtige Beschlüsse, sondern um Auswege aus Zwangslagen, also darum, bei Entscheidungen zwischen zwei Übeln Prioritäten zu setzen, um Notwendigkeiten, um die Verteilung von Knappheit und nicht von Reichtum. Damit will ich nicht behaupten, daß es keinen Grund gäbe, zu fordern, die Partei müsse sich aktiver für die Position der Frauen einsetzen beziehungsweise die Frauenvereinigung könne ruhig etwas aufmüpfiger sein, angesichts dessen, was noch alles geändert werden muß. Bei aller feministischer Kritik konnte ich nicht anders, als mit großem Respekt für das, was schon alles geleistet worden ist, wieder abzureisen."

Eine gute Ergänzung ist das von Ann Kathrin Scheerer und Charlotte Kerner gestaltete Buch. Aus vielen verschiedenen Quellen — darunter die berühmten Reportagen von Agnes Smedley, Egon Erwin Kisch und Jan Myrdal — haben sie ein Lesebuch zusammengestellt, eine Einführung in die Geschichte (und den langen Marsch) der chinesischen Frauen.

Renate Wilke-Launer

Anmerkung:

Das neue China, Heft 4/1985. Zu beziehen bei GDCF, Eschenheimer Anlage 28, 6000 Frankfurt/Main 1.

Anja Meulenbelt: Kleine Füße, große Füße. München 1984 (Frauen & Literatur, Knaur-Taschenbuch).

Charlotte Kerner/Ann Kathrin Scheerer: Jadeperle und großer Mut. Chinesinnen zwischen gestern und morgen. Ravensburg 1980 (Mädchen und Frauen. Erlebtes — Erzähltes).

Isolde Schaad: **Knowhow am Kilimandscharo;**
Verkehrsformen und Stammesverhalten von Schweizern in Ostafrika — Eine Lektüre; Limmat Verlag Zürich 1984; 227 Seiten; DM 26,—

Immerhin, einen Vorteil hatte er, der alte klassische Kolonialismus: seine Mittel waren verhältnismäßig plump. Wenn die Soldaten eines Landes ein anderes besetzt hielten, wenn ein europäischer Kolonialbeamter in einem afrikanischen oder asiatischen Land die Interessen seines „Vaterlandes" (in den Kolonien eigentümlicherweise „Mutterland" genannt) mal mit Raffinesse, mal mit Brachialgewalt durchsetzte, dann lagen Machtverhältnisse und Fronten klar zutage. Doch die Zeiten solcher Überschaubarkeit sind weitestgehend vorbei. Vorkommnisse wie den Malwinenkrieg oder den Überfall auf Grenada bestaunt man heutzutage als etwas absurden Anachronismus — die Mächtigen werden nur noch im Notfall grob.

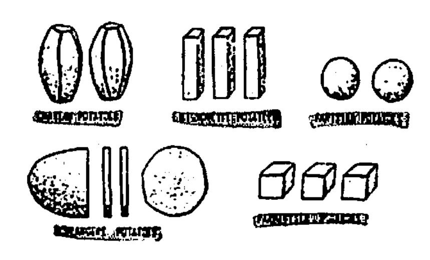
Die Strukturen dessen, was das Wort „Neokolonialismus" mühsam auszudrükken versucht, sind äußerst kompliziert, seine Mittel ebenso wirkungsvoll wie raffiniert und subtil. Sie heißen „Weltwirtschaftsordnung" oder „Schuldenkrise", „Terms of Trade" oder „IWF", „brain drain" oder „internationale Arbeitsteilung". Die Macht des Kolonialismus alter Prägung zeigte sich konkret, den Besatzungssoldaten oder den Kolonialbeamten konnte man am Kragen packen und aus dem Land werfen. Die Herrschaft des Neokolonialismus dagegen ist abstrakter. Wer „macht" den Verfall von Rohstoffpreisen, die hohen Zinsen oder die „Terms of Trade"? Abhängigkeit ist schwer zu greifen; erst ihre Auswirkungen sind dann wieder sehr konkret.

Wer diesen Neokolonialismus zu durchschauen versucht, greift üblicherweise zur technokratischen Methode, also zu den sogenannten harten Fakten, häuft Statistik auf Statistik und Sachbuchseite auf Sachbuchseite. Isolde Schaad wählt mit ihrem Buch „Knowhow am Kilimandscharo" einen anderen, nur scheinunsystematischen und subjektiven Weg. Sie beobachtet das Verhalten von ihresgleichen dort in den (ehemaligen) Kolonien. „Verkehrsformen von Schweizern in Ostafrika", so lautet der provokant-ironische Untertitel, in dem man das Wort „Schweizer" bei Vernachlässigung einiger Nuancen getrost durch „Europäer" ersetzen könnte.

Es gibt viele Rollen, die im neokolonialen Mächtespiel besetzt sein wollen, dreizehn davon dienen Isolde Schaad als Exempel. Die Mehrzahl stammt aus dem Bereich der Entwicklungshilfe, denn dort sind Europäer in Kenya und Tanzania nun einmal am offensichtlichsten präsent. Der „aufrechte, paternalistische Eurozentriker", der weiß, was gut ist für die Afrikaner, kommt ebenso vor wie der alte Achtundsechziger, der gerade eine Identitätskrise durchlebt, weil auch er den Widersprüchen seiner Entwicklungshelfertätigkeit nicht entkommt und Pech hat, sie nicht ignorieren zu können. Von der Expertengattin im Europäerghetto wird erzählt, die hilflos und unvorbereitet einem Land ausgesetzt ist, das sie überfordert, oder von den weißen Ärzten, die ihre schwarzen Kollegen mit selbstgefälliger Jovialität nerven. Doch auch auf andere Bereiche der Europäerszene in Ostafrika fällt der Blick, etwa auf einen Arbeitstag und die Geschäftsgebräuche des dynamischen, routiniert seine Macht handhabenden GM (General Manager) eines Schweizer Chemiekonzerns oder auf die sonntagnachmittägliche Versammlung der Auslandsintellektuellen am Swimming-pool. Entwicklungsexperten, Diplomaten, Korrespondenten, die das „richtige" Afrika nicht zu finden wissen und ihren intellektuellen Frust darüber durch Gemeinsamkeit in gediegenem Stil zu kompensieren suchen.

Was Isolde Schaad dabei interessiert,

Isolde Schaad
Knowhow am Kilimandscharo
Limmat Verlag



Limmat Verlag Genossenschaft
Zürich

ist das kolonialistische Denken in den Köpfen derer, die jeden Verdacht kolonialistischer Gesinnung weit von sich weisen würden. Sie schreibt keine Reportage, sondern hat, wie sie sagt, die Situation „ins Typische ver-dichtet". Indem sie ihre Beobachtungen literarisiert, spitzt sie zu, verschafft dem Beispiel Gültigkeit über den Einzelfall hinaus. Der ironische Grundton ihrer Erzählweise steigert sich zuweilen zur scharfen Bissigkeit, ohne jedoch ins Karikaturenhafte zu geraten: Es gibt keine Passage, die nicht oder so ähnlich passiert sein könnte. Jeder der dreizehn kurzen Erzählungen folgen „Nachgedanken", beschreibend-analytische Anmerkungen von verblüffender Treffsicherheit, die das Beispiel einordnen in den Zusammenhang neokolonialer Realität. Der skrupellose, rassitische Ausbeuter kommt in dieser Realität nicht mehr vor. Keiner der Europäer, die Isolde Schaad beschreibt, „macht" die Abhängigkeit, die Länder wie Kenya und Tanzania ausbluten läßt, doch alle haben ihren Anteil daran, sie aufrecht zu halten und zu verewigen; den Zwängen seiner Rolle in diesem Spiel vermag keiner zu entgehen, selbst wenn er wollte. Und natürlich, längst nicht jeder will es. Der GM steht zu seinem Part, schließlich hat er die Weltwirtschaftsordnung ja nicht erfunden. Außerdem ist man Gast in einem politisch souveränen Land. Doch auch der Entwicklungshelfer, dessen erklärtes Ziel es ist, Abhängigkeit zu beseitigen, sorgt für ihre Erhaltung; allein durch seine pure Gegenwart repräsentiert er den reichen Europäer, verändert er Kultur, vermittelt eurozentrische Modelle der Entwicklung, die den Keim der Abhängigkeit zwangsläufig in sich tragen — von verfehlten Projekten, die ganz handfest materielle Abhängigkeit erzeugen, gar nicht zu reden. Im Gegensatz zum GM leidet er womöglich unter solchen Widersprüchen. Sie aufzulösen steht außerhalb seiner Möglichkeiten. Und auch eine Begegnung der Kulturen, die intensiv genug wäre, alteingesessene Vorurteile zu zerstören und echten Austausch, ein voneinander Lernen, aber auch ein gegenseitiges Durchschauen und Infragestellen zu ermöglichen, findet nicht statt. Es treffen Welten aufeinander, die sich nicht verstehen können, weil sie es eigentlich nicht wollen. Die ökonomischen Machtverhältnisse machen gleichberechtigte, partnerschaftliche Begegnung und Zusammenarbeit unmöglich, der Versuch dazu gerät zur Farce oder bestenfalls zum gutwillig-hilflosen Mißverständnis.

„Knowhow am Kilimandscharo" ist ein schwieriges Buch, obwohl es scheinbar so leicht und flüssig zu lesen ist. Der süffigironische Tonfall und die souveräne Formulierungskunst der Autorin machen das Lesen zu einem höchst amüsanten Vergnügen. Doch die volle Tragweite so mancher eleganten, satrisch treffenden Passage erschließt sich erst, wenn man sich Zeit nimmt, zu verweilen, zum zweiten oder dritten Mal zu lesen und den Eindruck wirken zu lassen. Der Scharfblick, mit dem die Autorin schlaglichtartig die Facetten europäischer Präsenz in Afrika ausleuchtet und die Intensität und Tiefe des Einblicks, mit dem sie dem Leser das Durchschauen dieser Wirklichkeit ermöglicht, ist erstaunlich. Sie ist in der Lage, ihr eigenes Lager „von außen" zu betrachten. Dabei geht es ihr nicht um Besserwisserei. Der Schuldzuweisung enthält sie sich, sie zeigt die Figuren als Gefangene der Situation, in der sie stecken. Womit sie der Verantwortung keineswegs enthoben sind — ihre Schuld liegt in der mangelnden Fähigkeit, dem mangelnden Wollen und ihrer noch fehlenden Kraft zur Selbstkritik und zu den Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären. Indem es solche Selbstkritik leistet, wird „Knowhow am Kilimandscharo" zu einem wichtigen Buch, das vielleicht dazu beitragen kann, die eurozentrische Selbstgefälligkeit eines Denkens zu erschüttern, das Abhängigkeit für eine legitime internationale Arbeitsteilung hält und Neokolonialismus für Entwicklungspolitik.

Achim Schmitz-Forte

Vom Naturpark zum Horchposten des Pentagon

Rapa Nui — Nabel der Welt — so nennen die Osterinsulaner selbst das Eiland im Südpazifik. Nicht zu Unrecht, denn die Vulkaninsel liegt fast 2500 km vom nächsten Festland entfernt. Doch die Abgelegenheit und ihre Größe von nur 144 km² mindern nichts an der Attraktivität Rapa Nuis.

Wir assoziieren am ehesten die imposanten Steinfiguren mit dem Namen Osterinsel, so daß die politische und geostrategische Bedeutung der Insel weithin unbekannt ist.

Die chilenischen Machthaber nutzten in den vergangenen 100 Jahren ihrer Inselherrschaft die Osterinsulaner und deren Lebensraum für die Realisierung ihrer Machtinteressen aus. Erst im Sommer letzten Jahres wurde erneut ein Angriff auf die kulturelle Identität des Volkes auf Rapa Nui eingeleitet.

Am 3. August 1985 unterzeichnete der chilenische Außenminister Jaime del Valle einen Vertrag mit den USA, welcher der NASA den Bau einer Landebahn für Weltraumfähren auf der Osterinsel genehmigt.

Begründet wurde das Hinwegsetzen über Proteste der Osterinsulaner und vieler Chilenen durch die „Verpflichtungen" Chiles im interamerikanischen Vertrag, nach diesem versteht sich Chile als ausführendes Organ der Pentagonpläne im SDI-Programm.

Militär-strategische Bedeutung

Durch den Ausbau des bestehenden Flughafens Mataveri auf der Osterinsel sollen Landungen von Raumfähren ermöglicht werden; diese bilden heute das Rückgrad der nordamerikanischen Macht im Weltraum.

Colombia, Challenger oder Discoveryfähren können sowohl für zivile Zwecke (z.B. Beobachtung der Ozeane) als auch für militärische Zwecke (z.B. Satellitenabschuß oder -Rücktransport) genutzt werden. Das Konzept der strategischen Weltraumüberwachung wird durch das Mataveriprojekt vervollständigt; derzeit warten Notlandebahnen im Senegal, in Spanien und Japan auf unplanmäßige Landungen von US-Sphärenjettern.

Die Meßgeräte — erforderlich für eine funktionstüchtige Notlandebahn — ermöglichen zudem größere Kontrolle über die Aktivitäten der sowjetischen Flotte im Pazifik; die Beobachtung der Antarktis erhält ebenfalls eine neue Qualität.

Ein anderes Nutzbarmachen der präzisen Meßgeräte ist die Koordination von Atom U-Booten im potentiellen Kriegsfall.

Die Osterinsel als jüngstes US-Standbein im Pazifik ist jedoch nicht erst dann bevorzugtes Angriffsobjekt, wie die Gegner des Mataveriprojektes betonen.[1]

Der Oberhäuterrat auf Rapa Nui und chilenische Oppositionsgruppen protestieren gegen den Landebahnbau, da Lebensraum und Lebensweise der Osterinsulaner Militärstrategien preisgegeben wird.

Das Projekt ist der jüngste Angriff auf die Eigenständigkeit der ursprünglichen Inselbevölkerung — einzureihen in die 260jährige Tradition europäischer Herrschaft in ihren vielschichtigen Ausformungen.

Geschichtlicher Rückblick

Am Ostertag 1722 betrat der Holländer Roggeveen als erster Europäer die Insel, deren imposante Steinfiguren (Moais) auf die hochstehende Kultur der Osterinsulaner hinweisen.

1770 annektierten die Spanier die Osterinsel als Kolonie. Einer der folgenschwersten Eingriffe in die Gesellschaftsstruktur der Inselbevölkerung waren die Landungen nordamerikanischer bzw. peruanischer Piraten in den Jahren 1805 und 1862. Sie nahmen 900 Männer — durch freundliche Gesten getäuscht — für den Sklavenmarkt in ihren *Heimatländern* gefangen. Fast alle Entführten starben in den Guanogruben an der peruanischen Küste, nur 15 Männer kehrten auf die Insel zurück.



Durch diese radikale Reduzierung der Zahl der Inselbewohner (ehemals 3—4 Tausend) wurde die traditionelle Gesellschaftsschichtung aufgehoben. Das über zwölfhundert Jahre stabile Gesellschaftssystem, vergleichbar mit anderen polynesischen hierarchischen Strukturen, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

In dieser Umbruchsituation fruchtete die Missionierung ab 1865 sehr rasch. Doch die Missionare brachten den Menschen auf Rapa Nui nicht nur eine andere religiöse Weltanschauung; eingeschleppte Infektionskrankheiten rafften die Bevölkerung abermals dahin.

1880 gliederte Chile die Insel in sein Staatsgebiet ein; zunächst wurde sie als Gefängnis und Leprastation genutzt — unter Berücksichtigung der nahezu 2500 km Entfernung zum Festland —. Heute dient die der 5. Verwaltungsregion zugehörige Provinz als Marinebasis und Schafzuchtfarm.

Politische, militärische und wirtschaftliche Macht zentralisieren sich beim chilenischen Gouverneur; dieser verhängte über die Osterinsulaner ein Emigrationsverbot.

Zwar verpflichtete sich die chilenische Regierung zu Beginn dieses Jahrhunderts vertraglich zur Anerkennung der Lebensformen und Kultur der Osterinsulaner, doch das Verhalten der chilenischen Machthaber widersprach bis heute den daraus folgenden Verpflichtungen.

Auch die Erhaltung des sensiblen Ökosystms Osterinsel durch die Ernennung zum Nationalpark im Jahre 1935 blieb bislang nur eine Phrase.

Diesem massiven chilenischen Machtgebaren wird seit 1964 von den Osterinsulaner Widerstand entgegengesetzt. In einer selbstorganisierten Wahl bestimmten sie damals einen 22jährigen Lehrer zu ihrem Interessenvertreter. Der chilenische Gouverneur jedoch erklärte die Wahl für ungültig; erst aufgrund der Drohung der Insulaner mit einem Beitritt zur polynesischen Inselunion veranlaßte das chilenische Inseloberhaupt Neuwahlen.

Ausschlaggebend hierfür war die Furcht vor dem französischen Einfluß in der Inselunion und folglich eine Interessenkollision auf dem Vulkaneiland im Pazifik zuungunsten von Chiles Machtposition.

Die vehementen Proteste der Osterinsulaner veranlaßten 1966 eine Gewaltenteilung der zuvor beim chilenischen Gouverneur zentralisierten Macht. Zwar wurde eine zivile Inselverwaltung genehmigt, die Interessen der Osterinsulaner stießen jedoch weiterhin auf taube Ohren.

Auch auf Rapa Nui stellt sich für die Urbewohner wie in vielen Staaten der 3. Welt folgende Schicksalsfrage:

Wie ist die Bewahrung oder Reaktivierung der traditionellen Kultur angesichts staatlicher Assimilationspolitik möglich?

Zwar hat der durch Kolonialismus bedingte Kulturwandel die Lebensformen der Osterinsulaner beeinflußt, entscheidend ist jedoch ihr Selbstverständnis und Selbstbewußtsein als eigenständige Gruppe, der Kern ihrer ethnischen Identität, den sie sich trotz Touristik und Militärs wahren wollen. „Der Rat der Oberhäupter hat die Pflicht, das väterliche Erbe, die Kultur, die Interessen und vor allem die Würde des Volkes auf Rapa Nui zu verteidigen; und wir akzeptieren nicht, daß unsere Rechte mit Füßen getreten werden, indem unsere Insel als strategischer Punkt einer Großmacht überlassen wird, deren Interessen von den Wissenschaftlern auf die Militärs übergehen." (Alberto Hotus, Präsident des Rates der Oberhäupter auf Rapa Nui, bezugnehmend auf das Argument des Regimes, die Anlagen dienten auch wissenschaftlichen Zwekken.)

Exemplarisch läßt sich die Gratwanderung der Osterinsulaner zwischen Tradition und Fremdbestimmung am Wirtschaftsleben ablesen:

Die traditionelle Ernährungsbasis der Osterinsulaner ist der Fischfang, ergänzt durch Ackerbau, der aufgrund dortiger Vegetationsbedingungen nur eingeschränkt möglich ist. Hierbei sei auf die dünne Humusschicht von 10 bis 40 cm und eine sensible Strauch-Grasvegetation verwiesen; die einzige Baumart, der kleinwüchsige toromiro, gilt den Osterinsulanern als heilig.

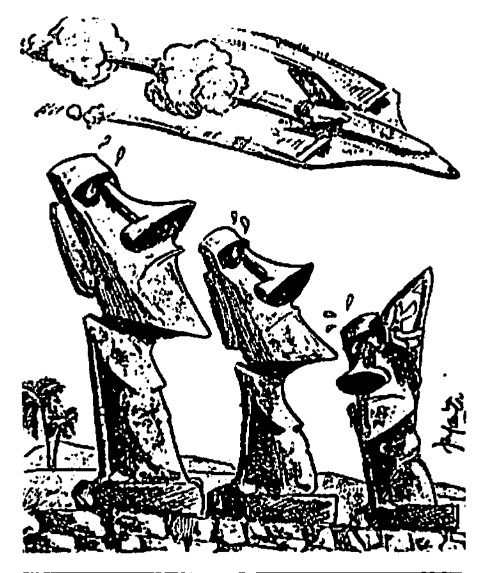
Während in der traditionellen Wirtschaftsordnung das Land unter den einzelnen Familien aufgeteilt wurde, gehörte 1965 mehr als die Hälfte der Inselfläche der staatseigenen Schaftzuchtfarm. Erst die Aufstände der Bevölkerung veranlaßten 1966 eine Landumverteilung, so daß 39 km² der 144 km² Landfläche wieder von den eigentlichen Eigentümern genutzt werden können.

Dieser Anspruch auf die Landnutzung wird jedoch durch den Landebahnbau erneut untergraben. Denn für das 700 Millionen Dollar kostende Mataveriprojekt gilt es 3 Millionen Tonnen Vulkanfels wegzusprengen und umzuschichten. Dieses „Sandkastenspiel" kann das bereits überstrapazierte Ökosystem nicht verkraften; zudem wird die Ackerfläche — Subsistenzgrundlage vieler Familien — ebenfalls drastisch reduziert. So bliebe den betroffenen Familien zwecks Existenzsicherung nur die Eingliederung in das chilenische Arbeitsplatzangebot.

Bislang beziehen 97 der 200 Familien ihren Lebensunterhalt aus Hilfsarbeitertätigkeiten auf der Staatsfarm, der chilenischen Marinebasis oder einer Fischkonservenfabrik.

Nun können sie sich — zumindest zeitweilig — beim Landebahnbau verdingen. Ebenfalls als Hilfsarbeiter, versteht sich, denn mit qualifizierten Aufgaben wird ein amerikanischer Expertenstab (Techniker, Wissenschaftler) betraut werden.

Die ständige Präsenz dieser weiteren Machtgruppen bedeutet erneute Belastungen für das Leben der Insulaner.



Worum es bei dieser Landebahn tatsächlich geht (und worum sicherlich nicht) läßt sich an mehreren Punkten aufzeigen. Schon 1967 versuchten die USA ein ähnliches Projekt zu lancieren. Unter dem Vorwand Fischerei und zivile Luft- und Seefahrt beobachten zu wollen, sollten Radar- und Funkanlagen auf der Insel installiert werden. Dieses Projekt wurde mit der Begründung, es könne Kriegszwecken dienen, zurückgewiesen. Die Zeitschrift „Analisis" fragt, warum man gerade die Osterinsel als Standort ausgewählt habe, wo dort zahlreiche Vulkane und Hügel die Landung einer 900 Tonnen schweren, 340 km/h fliegenden Maschine reichlich schwierig gestalten würden, derweil in Südchile ein Anflug in den Magallansetappen viel einfacher wäre. Wenn man noch die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit einer Landung auf der Insel die mit 1 : 10000000 angegeben wird, betrachtet, wird deutlich, daß nur die militärisch-strategische Lage der Insel interessant sein kann. Alles weist darauf hin, daß die technischen Anlagen in erster Linie dazu dienen sollen, die Kontrolle über den Südpazifik zu gewinnen. Es ließen sich von dort aus z. B. auch Langstreckenraketen steuern. Die Opposition in Chile protestiert daher vor allem aus der Sorge heraus, Chile könne mit in einen zukünftigen Atomkrieg verwikkelt, Angriffsziel werden.
(Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile, Rundbrief Nr. 48, Juli 1985)

Zur Zeit leben 1000 Osterinsulaner und etwa 800 Chilenen (meist zeitlich befristet von Regierungsseite auf die Insel beordert) auf dem Eiland im Pazifik.

Hinzukommt der jährliche Touristenstrom von rund 10.000 „Bewunderern" der geheimnisvollen Steinfiguren. Die Touristen sind eine wirtschaftlich bedeutsame Gruppe, da viele Familien von der kunsthandwerklichen Souvenirproduktion leben.

Bewußt differenzieren die Osterinsulaner zwischen Schnitzerei bzw. Bastmattenflechterei als Mittel zum Überleben und dem Erhalt ihrer materiellen Kultur, auf deren 1500jährige Geschichte sie mit berechtigtem Stolz zurückblicken. Die eigene Sprache, Schrift und qualifizierte astronomische Kenntnisse sind nur einige Beispiele kultureller Eigenheiten.

Bekannteste und imposante Phänomene der Kultur sind die charakteristischen Steinfiguren — Moais genannt —, welche zur Ahnenverehrung errichtet wurden.

Von den Moais sind heute noch 394 Figuren erhalten, in ihrer Größe variieren sie zwischen 4 und 20 Metern; sie wiegen bis zu 300 Tonnen. Als Symbole vorkolonialer Gesellschaftsschichtung stellten ihre Erbauer (Sklaven) die Ahnen der Herrenklasse dar. Im streng hierarchisch gegliederten Gesellschaftssystem stand der König an höchster Stelle, gefolgt von Adeligen, Priestern und Skulpturenschnitzern. Sie zählten zur Gruppe der „Langohren", die um 500 n. Chr. die Insel besiedelten. Ihnen unterstanden die etwa 200 Jahre später auf die Insel eintreffenden „Kurzohren".

Im wissenschaftlichen Meinungsstreit über die Herkunft dieser Gruppen werden verschiedene Herkunftsthesen diskutiert: Indonesien/Polynesien oder Peru werden als Ursprungsländer „gehandelt".

An den traditionellen Werten orientiert, engagieren sich die Osterinsulaner heute für den Erhalt ihrer ethnischen Identität. So ist ihr Protest gegen das Mataveriprojekt nur allzu verständlich. „Unser Problem beginnt, wenn die chilenischen Behörden Abkommen mit den Nordamerikanern treffen, ohne das Volk auf Rapa Nui zu berücksichtigen, den einzigen und wirklichen Besitzer der Osterinsel. Das Projekt auf einem derart geringen Raum bedeutet die Auslöschung unserer ethnischen Identität."
(Juan Chavez, Vizepräsident des Oberhäuterrates auf Rapa Nui)

Fraglich bleibt, inwieweit der Widerstand des Inselvolkes und vieler politischer Gruppierungen in Chile selbst die dortige Militärjunta beeindruckt.

Militärstrategien fordern ihren Preis — und sei es wie schon vielerorts — den der Zerstörung ethnischer Identität.

Rita Schäfer

Anmerkung:

1. Auf der gerade 17 km langen und 12 km breiten Insel sollen die Maße der Landebahn 5 km Länge und 100 m Breite betragen.

Vietnamesische „boat-people" in Hong Kong

Das übervölkerte Hong Kong[1]

Die Kriege, Umstürze, Flüchtlings- und Hungertragödien der letzten Jahre haben das Schicksal der vietnamesischen „Boat-People" in den Hintergrund der Öffentlichkeit gerückt.

Doch das Drama in Südostasien geht, mit verringerten Flüchtlingszahlen, weiter. Unbekannt ist weitgehend auch, daß sich in Hong Kong eine besondere Situation entwickelt hat: die möglicherweise lebenslange Internierung einiger tausend vietnamesischer Flüchtlinge.

Dabei ist Hong Kong eine Flüchtlingsstadt. Seinen wirtschaftlichen Aufschwung verdankt die britische Kolonie den gewaltigen Flüchtlingsströmen aus der V.R. China. Hatte das Gebiet 1945 noch 0,5 Mio. Einwohner, so waren es vier Jahre später schon über 2 Mio. Durch hohen Geburtenzuwachs und weitere Flüchtlingsströme stieg die Bevölkerungszahl bis 1975 auf 4,3 Mio.

Allein 1978/79 kamen nochmals 200.000 Menschen aus der V.R. China. Erst danach konnte sich die Kolonialregierung mit Peking dahingehend einigen, daß man auf chinesischer Seite die Grenze besser sicherte. Inzwischen (1986) hat sich die Bevölkerungszahl von Hong Kong bei 5,5 Mio. konsolidiert und der Geburtenüberschuß ist nur noch 50.000 im Jahr (Zuwachsrate 2,1 %).



Hong Kong — einer der reichsten Plätze der Welt.

Wohnungsnot als Hauptproblem

Etwa 50% der Einwohner von Hong Kong kommen aus der V.R. China, das erforderte gewaltige Anstrengungen im Wohnungsbau. Für ungefähr 2 Mio. Menschen wurden in den letzten Jahrzehnten öffentlich geförderte Wohnungen erstellt. Trotzdem ist die Wohnungsnot noch das Hauptproblem von Hong Kong: Etwa 300—400.000 Menschen leben in Notunterkünften, Hüttensiedlungen (squatter) auf Hausdächern oder gar auf kleinen Booten. Ihre genaue Zahl steht in keiner Statistik. Mindestens genausoviele wohnen in völlig veralteten, viel zu engen Ein-Raum-Wohnungen.

Diese verschiedenen „Wohnqualitäten" entsprechen einem Klassensystem von spezieller Hong Kong Art. Nur wer in Hong Kong geboren ist oder dort länger als 7 Jahre lebt, hat überhaupt das volle Aufenthaltsrecht. Man erhält dann einen schwarzen Stempel („black stamp") in die Identitätskarte (ID-Card) — Personalausweise und Pässe existieren nicht, da es keine Staatsbürgerschaft von Hong Kong gibt. Nur ein „black stamp"-Inhaber kann, eine maximale Einkommensgrenze vorausgesetzt, auf die Warteliste für die freiwerdenden Sozialwohnungen kommen. Die Wartezeit regelt sich nach einem Punktesystem und dauert 7—10 Jahre. Die squatter und die Bewohner der Notunterkünfte zusammengenommen umfassen etwa 800.000 Menschen, die noch auf Jahre hinaus in menschenunwürdigen Behausungen leben müssen.

„Unterhalb" der Qualität dieser Wohnquartiere für die Einwohner von Hong Kong, hat die Stadtverwaltung den Standard der Unterkünfte für die vietnamesischen Boat-People festgelegt. Diese Wohnmöglichkeiten sind bewußt noch „schlechter" als die der ärmsten Chinesen gehalten, um die Anreize, nach Hong Kong zu kommen, möglichst zu verringern.

Anfänge der vietnamesischen Flüchtlingsbewegungen 1975

Schon kurz nach dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam im April 1975 kamen über 3.700 Flüchtlinge nach Hong Kong. Danach stieg der Flüchtlingsstrom beträchtlich an.

In Vietnam leben etwa 1 Mio. ethnische Chinesen, die anfangs das Hauptreservoir der Flüchtlinge stellten. Seit 1982 kommen jedoch immer mehr ethnische Vietnamesen nach Hong Kong. Auch die Zahl der aus Nordvietnam geflohenen Vietnamesen hat zugenommen.

Die meisten Flüchtlinge sind in der Seefahrt unerfahren, verlassen nachts mit schlecht ausgerüsteten und völlig überladenen Schiffen die vietnamesische Küste, um einige hundert Kilometer weiter, auf offener See, an die internationale Schifffahrtsroute Singapore-Hong Kong zu kommen. Das ist der Grund, weshalb das übervölkerte kleine Hong Kong einen unverhältnismäßig großen Anteil an vietnamesischen Boat-People erhalten hat. Hong Kong hat im Gegensatz zu allen anderen Staaten der Region (Philipinnen, Malaysia, Indonesien, Singapore, Japan) die „beste" Flüchtlingspolitik betrieben: sämtliche Flüchtlinge wurden aufgenommen, untergebracht und mit dem Notwendigsten versorgt.

Wieviele durch Piraten beraubt, vergewaltigt und getötet wurden, wieviele auf hoher See umkamen, von Schiffen nicht beachtet oder gar von den Marineeinheiten der angrenzenden Länder beschossen oder wieder auf hohe See geschleppt wurden, ist unbekannt. Diese Dramen gingen jahrelang durch die Weltpresse.

Vor allem das „Komitee Cap Anamur/ Notärzte", von Rupert Neudeck organisiert, half mit seinen Schiffen bis 1982 knapp 10.000 Vietnamesen, von denen 5.500 in der Bundesrepublik aufgenommen wurden[2], aus der Lebensgefahr.

Das Jahr 1979

Das Jahr 1979 war nicht nur das „Jahr des Kindes", es war auch das Jahr der vietnamesischen Boat-People:

„Am 23. Dezember kam der Frachter Huey Fong in Hong Kong's Gewässern an. Der Kapitän bat um Erlaubnis für einen unvorhergesehenen Aufenthalt. An Bord waren 3.318 vietnamesische Flüchtlinge, die aus dem südchinesischen Meer gerettet worden seien. So endete die erste einer Reihe humaner Aktionen. Und so begann eine politische und moralische Krise, die weit über Hong Kongs Küsten hinaus ging. Die erschöpften Flüchtlinge, 1.300 davon Kinder, blieben 28 Tage an Bord des Schiffes, bis sie die Erlaubnis erhielten, an Land zu gehen."[3]

Hong Kong sah sich im gleichen Jahr vor einer Flüchtlingswelle. Es flohen über 170.000 Menschen aus der angrenzenden V.R. China nach Hong Kong, etwa genauso viele, wie gerade an Wohnplätzen im sozialen Wohnungsbau neu geschaffen worden waren. Im Mai und Juni 1979 kamen über 37.000 Vietnamesen an, so daß die britische Kron-Kolonie im Juli 1979 über 66.000 Vietnamesen zusätzlich beherbergen mußte. Im gleichen Jahr sind aber nur 24.000 in Drittländer abgereist.[4]

Reduzierte Aufnahmezahlen der Drittländer

Seit 1975 haben über 1 Mio. Menschen ihre vietnamesische Heimat verlassen. Etwa die Hälfte davon auf dem Landweg[4a] über Thailand, wo ein Teil heute noch in Lagern lebt. Insgesamt hat das hoffnungslos übervölkerte Hong Kong über 120.000 Vietnamesen beherbergt.[5]

Kein Vietnamese erhält eine Dauer-Aufenthaltsberechtigung für Hong Kong. Über die UN-Flüchtlingsorganisationen und andere Wohlfahrtsorganisationen wird versucht, eine dauernde Ansiedlung in Drittländern zu erreichen. Hauptabnehmerländer sind hierbei die USA, Canada und Australien. Allein die USA haben insgesamt 700.000 Vietnamesen aufgenommen. Sie bevorzugen allerdings solche, die berufliche oder private Verbindungen zu den USA haben oder hatten und/oder in vietnamesischen Umerziehungslagern gelebt haben.

Die BRD hat im Rahmen des UN-Flüchtlingsprogramms 25.000 Flüchtlinge aufgenommen. In der BRD, wie überall in den westlichen Ländern, haben die Regierungen die Aufnahmequoten drastisch gesenkt bzw. ganz gestoppt. Das Flüchtlingsproblem besteht zwar nach wie vor, das Interesse der Medien, der Öffentlichkeit und auch das Engagement von Politikern, die das Schicksal dieser Menschen jedoch für ihre eigene Popularität ausgenutzt haben, hat jedoch stark nachgelassen.

Das Leben in den Lagern

Zeitweise waren die Flüchtlinge in elf Lagern untergebracht. Die Art der Unterbringung, die mit voller Absicht unter dem „Niveau" der schäbigsten Wohnquartiere in Hong Kong liegt, ist menschenunwürdig und soll abschreckend wirken. Im Yaumati-Camp lebten zeitweise 4.000 Menschen in einer 30 × 70 m großen Halle. Im Kai Tak Camp, am Flughafen, sind noch heute in mehreren Hallen über 6.000 Menschen untergebracht. Die Hallen ähneln großen Lagergebäuden, mit Zementboden, Wellblechdach und dazwischen 2—4 stockwerkartig eingezogene Lattenverschläge. Hier teilen sich Gruppen und Familien Schlafplätze auf Flächen von 2 × 2 m.

Private Räume gibt es nicht. Die vietnamesischen Flüchtlinge leben mit vielen hundert Menschen auf Jahre zusammen auf engstem Raum. Gemeinschafts-WC, Waschräume und Kochgelegenheiten befinden sich außerhalb der Hallen.

Gewährleistet ist die Versorgung mit dem Notwendigsten an Nahrung, Kleidung und medizinischer Hilfe. Auch dürfen die arbeitsfähigen Lagerbewohner einer beruflichen Tätigkeit außerhalb des Lagers nachgehen.

Im Herbst 1979 wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß die Behörden in Hong Kong den Flüchtlingen in den Lagern mit vielen Schikanen das Leben schwer machten, um weitere Flüchtlinge fernzuhalten. So sollen im Lager Chi Ma Wan im Juli 1979 über 30 Kinder durch unzulängliche und verzögerte medizinische Versorgung gestorben sein. Vorfälle dieser Art waren der Anstoß für Hilfsaktionen in der Bevölkerung und zur Gründung einer Zeitschrift „Hope", die in englisch, chinesisch und vietnamesisch publiziert wird.

Sozialarbeit in den Lagern

Die großen Wohlfahrtsorganisationen in Hong Kong, wie Christian Service (Lutherischer Weltbund), Caritas, International Social Service und Rotes Kreuz helfen den Lagerbewohnern.

Dabei kommen auf einen Sozialarbeiter oder ehrenamtlichen Helfer über 100 Personen, die teilweise ganztägig zu betreuen sind. Verständigen kann man sich dabei meistens nur über einen Dolmetscher.

Neben dem üblichen Mißtrauen kommt es oft zu Mißverständnissen. Es wird versucht, Informationen über die persönliche Situation, die beruflichen Hintergründe, mögliche Freunde oder Verwandte in Drittländern, wie auch Wünsche an die Zukunft und eine mögliche Tätigkeit bzw. Umschulungen zu ermitteln. Alles das gestaltet sich sehr schwierig. Anfangs stehen die Menschen noch unter einem Schock, sind von den Strapazen körperlich erkrankt oder haben Mangel- und Tropenkrankheiten. Die psychische Problematik ist mindestens ebenso groß. Die im Herkunftsland intakte Familienstruktur ist zusammengebrochen. Der Vater, ehemals Autoritätsperson, ist selber hilflos und abhängig, oft gar krank oder abwesend. Die Lebensbedingungen in den Lagern stehen einer identitätsmäßigen Umorientierung der Familien im Wege. Enge, Lärm, Fehlen von Privatsphäre, die jahrelange Ungewißheit (etwa 50% der Lagerbewohner sind länger als 5 Jahre im Lager) bewirken wechselweise Lagerkoller, Apathie oder größere Unruhen.



Das offene vietnamesische Flüchtlingslager Kai Tak

Beispielsweise kam es im Dezember 1981 im Lager Chi Ma Wan (2.350 Insassen) nach einer Zimmerkontrolle zu einer Messerstecherei, längeren Unruhen mit über 30 Verletzten und Geiselnahme. Über 195 Personen wurden inhaftiert.[6]

Die Sozialarbeiter müssen auch helfen, die überzogenen Erwartungen an die Zukunft zu dämpfen. Die Flüchtlinge, die die Chance haben in ein Drittland zu kom-

men, haben keine Vorstellung, was es bedeutet, in einem hochentwickelten Industrieland des Westens zu leben. Sie kommen oft aus traditionellen bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Existenzen und hatten noch nie Kontakt zu einem fremden Sprach- und Kulturraum. Die Schulkenntnisse sind gering, teilweise sind die Flüchtlinge Analphabeten. Gerade die beruflich und sozial am meisten benachteiligten Flüchtlinge haben meistens keine Kontakte zum Westen, damit auch keine Chance in ein Drittland aufgenommen zu werden. Es ist nicht nur unmenschlich, sondern völlig absurd, daß in Hong Kong, einem der reichsten Plätze der Welt, einige tausend Menschen unter völlig unwürdigen Bedingungen leben müssen.

Betreut werden die Lager nicht nur von Wohlfahrtsorganisationen und den Behörden in Hong Kong, sondern auch von Mitarbeitern des UN Hochkommissars für das Flüchtlingswesen, der auch die Weiterreise in die Drittländer vermittelt.

An Kosten entstanden der Regierung von Hong Kong im Jahre 1984 84 Mio. H.K. Dollar, davon hat die UNO 20 Mio. übernommen.[7]

de. Der Alltag ähnelt auch demjenigen von Gefängnisinsassen. Bei der Ankunft werden den Neuankömmlingen alle persönlichen Gegenstände abgenommen, angeblich, um den Schwarzhandel zu unterbinden. Dafür erhält jeder Internierte Leihstücke. Das Lager darf nicht verlassen werden, es wird bewacht wie ein Gefängnis. Arbeitsmöglichkeiten gibt es keine. Ein Reporter berichtete über den Alltag in diesen Lagern:

„Im Lager Chi Ma Wan zum Beispiel, auf der Felsinsel Lantau, leben in Wellblechbaracken auf Zementboden 3.000 Menschen auf einer Fläche von vielleicht 300 mal 200 Metern. Kinder, Frauen, Männer, Greise, eine Zwei-Quadratmeter-Box, wie Kaninchenställe neben- und übereinander geschachtelt, als Schlaf- und Wohnplatz für eine Familie und ihre Habe, alles wohlgeordnet und sauber britisch gedrillt."[9]

Doch auch diese Abschreckungsmaßnahme hilft nicht, obwohl die Behörden durch spezielle Stempel auf allen Briefen von Hong Kong nach Vietnam auf die Internierung hinweisen. Im Jahre 1984 kamen noch weitere 2.230 neue Flüchtlinge. Diese ziehen die Internierung in Hong Kong, die vielleicht lebenslang dauern kann, ihrem bisherigen Leben in Vietnam vor.

Es waren Anfang 1984 an vietnamesischen Flüchtlingen in Hong Kong insgesamt	12.770
Davon sind während des Jahres 1984 in Drittländer ausgesiedelt	3.694
Neu aus Vietnam kamen während des Jahres 1984 hinzu	2.230
Während des Jahres 1984 wurden im Lager geboren	553
Während des Jahres 1984 im Lager verstorben	290
Zu Ende 1984 waren in Hong Kong insgesamt	11.569
Davon leben in offenen Lagern, weil vor dem 1.7.1982 angekommen Kai Tak Transit Centre 3.380 Jubilee Transit Centre 2.483	zus.: 5.895
Von diesen Bewohnern der offenen Lager befinden sich länger als 5 Jahre dort:	2.185
In den vier Internierungslagern leben alle, die nach dem 1.7.1982 angekommen sind	5.674

Flüchtlingsstatistik in Hong Kong (Stand Ende 1984)[11]

Die Internierung der Neuankömmlinge seit 1982

Alle seit dem 1.7.1982 in Hong Kong neuankommenden Flüchtlingen aus Vietnam werden gemäß einer speziell erlassenen Immigration (Amandement) Bill (Einwanderungsgesetz) bei Ankunft aufgefordert, das Territorium sofort zu verlassen. Wenn sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, droht ihnen lebenslange Internierung. Dazu hat die Regierung Hong Kongs eigens vier geschlossene Lager geschaffen, in denen sich Ende 1984 über 5.654 Menschen befanden.

Diese Internierungslager unterstehen nicht, wie die alten Flüchtlingslager dem UN-Kommissariat und den Wohlfahrtsverbänden, sondern der Gefängnisbehör-

Aufgrund der extremen Bedingungen sind die sozialen Spannungen in diesen Lagern größer als in den offenen Camps. 1984 kam es zu Zusammenstößen zwischen internierten Nord-Vietnamesen und internierten Süd-Vietnamesen. Eine Ursache hierfür war die große Enttäuschung der aus dem Norden kommenden Flüchtlinge darüber, daß ihre Landleute aus dem Süden durch die Besatzungszeit der Amerikaner bessere Kontakte in den Westen haben und damit mehr Chancen zur Ansiedlung in einem Drittland.

Seit diesen Unruhen werden die beiden Volksgruppen getrennt interniert. Die Nord-Vietnamesen in Hei Ling Chau, wo

sie vom 2.—5. Juli 1984 durch einen Hungerstreik auf sich aufmerksam machten. Die Süd-Vietnamesen befinden sich im Lager Chi Ma Wan auf Lantao.[10]

Vietnam heute — Hong Kong morgen?

Das Flüchtlingsdrama ist noch nicht beendet: unsere Aufmerksamkeit hat sich verschoben. Einigen tausend Menschen droht lebenslange Inhaftierung, nur weil sie anderswo zu leben wünschen. Sie werden festgehalten in einem der reichsten Länder Asiens, um mögliche andere Flüchtlinge abzuschrecken, was aber nicht gelingt. Japan, das reichste Land der



Hier lebt man 3-stöckig auf Bretterverschlägen. Für jede Person gibt es gerade eine Fläche zum Schlafen.

Region, hat nur einige hundert Vietnamesen aufgenommen. Die Drittländer haben ihre Aufnahmeraten drastisch gesenkt. Großbritannien, das für diese Zustände verantwortlich ist, nimmt kaum noch Vietnamesen auf, ebenso die BRD, wo vor Jahren führende Politiker diese Flüchtlingsbewegung politisch für sich ausgenutzt haben. In dieser Situation möchte das „Komitee Notärzte/Cap Anamur" wieder initiativ werden, denn noch immer sind Menschen im südchinesischen Meer in Not.

Es ist noch Bedarf an Rettungsaktionen im südchinesischen Meer. Das deutsch-französische Rettungsschiff „Jean Charcot/Cap Anamur" war im Sommer 1985 20 Tage lang in der Region im Einsatz und hat dort 520 Bootsflüchtlinge an Bord genommen, von denen die meisten sofort in Drittländer ausreisen konnten. Insgesamt sollen monatlich etwa 3000—3500 Vietnamesen auf Booten versuchen, ihre Heimat zu verlassen. Vor allem, um denjenigen zu helfen, die dabei in Seenot geraten, plant das Notärztekomitee den Einsatz eines neuen Schiffes ab April 1986, wie Rupert Neudeck mitteilte.[12]

Die 5,5 Mio. Einwohner von Hong Kong blicken in eine ungewisse Zukunft. Am 1.7.1997 wird die Kolonie als spezielles Verwaltungsgebiet an die V.R. China kommen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht ihrer Zukunft skeptisch entgegen. Kapitalabwanderung findet heute schon statt. Etwa 300.000 wohlhabende Einwohner von Hong Kong bereiten sich mit Hilfe fremder Pässe auf die Auswanderung vor. Die übrigen 5 Mio. Einwohner müssen bleiben, denn kein Land der Region würde soviele Chinesen aufnehmen wollen. Am 1.7.1997 geht die politische Verantwortung für die Einwohner von Hong Kong auf die V.R. China über. Wenn bis dahin und danach nicht behutsam mit den Problemen und Sorgen dieser Menschen umgegangen wird, droht vielleicht ein zweiter Exodus im südchinesischen Meer.

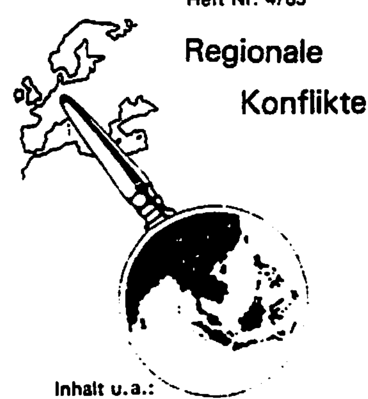
Anmerkungen:

1. Der Autor, Professor für Sozialpädagogik an der F.H. Köln, war von 1981—82 Gastdozent für Social Work an der Hong Kong University, im Auftrage des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Er dankt dem Direktor des Lutherischen Weltbundes in Hong Kong, Karl Stumpf, für die Gelegenheit, das Lager Kai Tak Transit Centre zu sehen.
2. vgl. Rupert Neudeck (Hg.): Wie helfen wir Asien oder „Ein Schiff für Vietnam", Reinbek 1980, bes. S. 85.
3. Nacy C. Hsu: Anguish of the Innocent. The Plight of Vietnamese Refugee Children, Innocent. Hong Kong 1979, p. 111
4. Hong Kong Government: The Boat Refugees from Vietnam. Impact on Hong Kong, H.K. Government Publications, Hong Kong 1980, p. 6

4a. Einen „sicheren Landweg" als Fluchtweg aus Vietnam gibt es nicht. Die V.R. China im Norden befindet sich mit Vietnam in einem kriegsähnlichen Zustand. Im Westen verunsichern die von Vietnam dominierten Länder Laos und Kamputchea den Weg nach Thailand.

5. Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 14.7.1983, p. 36
6. South China Morning Post, Hong Kong, 21.12.1981, p. 1
7. Government Information Services (Ed.): Hong Kong 1985, p. 231
8. ebd., S. 223 und 230 f
9. „Der Spiegel", Nr. 15/1983
10. Hong Kong 1985, ebd., S. 226
11. ebd., S. 230—1
12. vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 5.6.1985 und 2.1.1986

Nando Belardi



impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Uwe Göde, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Markus Kleine, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Michael Schneider, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Wilfried Wallucks, Hildegard Wenzler, Daniela Zimmermann

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 132:
4. März 1986

Anzeigenschluß für Nr. 132:
11. März 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Thailand

Militärs vertreiben 42.000 Bewohner von ihrem Land

Seit mehreren Jahren versuchen die thailändischen Militärs ein 9.600 ha großes Gebiet nördlich von Bangkok in der Provinz Nakhon Sawan an sich zu reißen. Die fruchtbaren Reisanbauflächen sollen als Truppenübungsplätze herhalten oder im Rahmen eines Hafenprojekts am Chao-Fluß als Spekulationsobjekte dienen. Mit enteignetem Land zu spekulieren, ist eine weit verbreitete Praxis unter den Militärs und Regierungsbeamten.

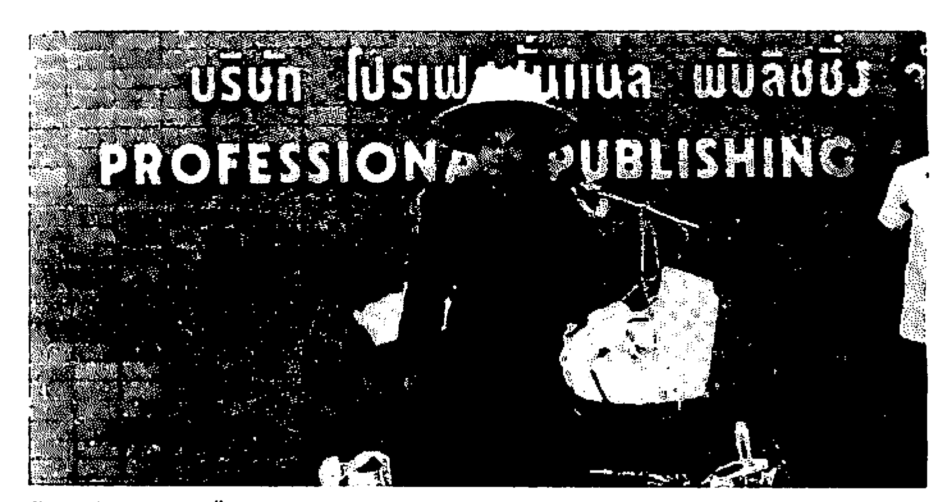
Im März 1984 konnten die Bauern in Verhandlungen mit der Armee und den Behörden diesen die Zusage abringen, daß kein Land enteignet würde, wenn amtliche Dokumente belegen, daß ihr Besitzanspruch aus dem Zeitraum vor 1936 datiert. Das Ende der Beweisfrist wurde für den April 1985 ausgehandelt. Die Militärs sicherten die Einstellung ihrer Übergriffe auf die Bevölkerung zu.

Trotzdem fanden bis Juni 1984 immer noch Einschüchterungsaktionen und Vertreibungen statt. Besonders aufgebracht hat die Bauern die Enteignung ihrer Felder in einem über 3 km langen Streifen, der der Armee inzwischen als Golfplatz dient. Andere Bauern wurden gezwungen, Pachtverträge mit einer einjährigen Laufzeit zu unterschreiben. Auf Grund öffentlichen Drucks stellte die Armee ihre Zwangsmaßnahmen von August bis Dezember ein.

Aber in diesem Frühjahr begann sie erneut mit Schikanen gegen die Bauern. Mitten durch die Felder von 9 Familien planierte die Armee ab dem 21.3.1985 eine 600 Meter lange Straße. Ein 60 m breiter und 320 m langer Streifen davon gehört Frau Khrae. Sie ist die gewählte Sprecherin der 42.000 betroffenen Bauern. Da die Verfahren zur Besitzanerkennung zu diesem Zeitpunkt bereits liefen, protestierten die Bauern, daß das Militär sich nicht an die vereinbarten Zusagen hielt.

Frau Khrae, die mit einer 13köpfigen Delegation nach Bangkok gegangen war, um durch die Übergabe von mehr als 1.000 Besitzurkunden ihren Ansprüchen und Protesten mehr Nachdruck zu verleihen, wurde am 23. Mai verhaftet. Die Anklage lautet: unbefugtes Betreten von staatlichem Eigentum und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Internationale Proteste bewirkten, daß sie zur Zeit gegen Kaution frei ist.



Frau Khrae vor der Übergabe der Besitzurkunden

Wer in Thailand sein Besitzrecht auf juristischem Wege einklagen will, der muß im voraus 2,5% des Streitwertes beim Gericht hinterlegen. Thailändische Menschenrechtsorganisationen haben deshalb verschiedene Fonds eingerichtet, um die von der Landenteignung bedrohten Bauern zu unterstützen. Spenden auf das nachstehende Konto werden ausschließlich diesen Fonds zugeleitet:

NAKHON SAWAN HILFE
Konto-Nr. 211 3007
Volksbank Freiburg BLZ: 680 900 00

Erste Erfolge der Kampagne
„Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren"

Am 12. Dezember 1985 beschloß das Europäische Parlament (EP) in zweiter Lesung den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft für 1986. Erstmals wurden 10 Mio. ECU (1 ECU = ca. 2,20 DM) für den Titel 929 (Alternative Maßnahmen zur Nahrungsmittelhilfe) bewilligt. Die Finanzierung dieses Betrages erfolgte durch eine Umschichtung im Haushalt: der Titel 9202 (Komplementäre Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide) wurde um 10 Mio. ECU gekürzt.

Was hier so kurz und trocken beschrieben wurde, ist ein Ergebnis der vor mehr als zwei Jahren begonnenen Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren", an der zahlreiche europäische Aktionsgruppen beteiligt sind. Es ist auf EG-Ebene einer der ersten Schritte weg vom traditionellen Konzept der Nahrungsmittelhilfe (deren negative Auswirken bereits in den blättern des iz3w Nr. 116, S. 5ff sowie Nr. 123, S. 54f beschrieben wurden) und hin zu einer Hilfe, die die Völker des Südens in die Lage versetzt, sich selbst zu ernähren.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß nur etwa 10% der EG-Nahrungsmittelhilfe als Hilfe in Katastrophenfällen erfolgt und der überwiegende Rest mehr dem Abbau von EG-Überschüssen als der langfristigen Sicherung der Selbstversorgung der Empfängerländer dient.

Aus dem Titel 929 können nun Substitutions-Maßnahmen zur Nahrungsmittelhilfe finanziert werden, wie z.B.:

- der Bau von Speichern zur Lagerung von Getreideüberschüssen
- Maßnahmen zur Markt- und Preisstabilisierung
- verbesserter Zugang der Bauern zu Krediten und Weiterbildung
- Verbesserung des Transportsystems für landwirtschaftliche Produkte
- Verbesserung der Anbautechniken und der Bewässerung, Kampf gegen die Verwüstung
- Stärkung der Bauern-Organisationen und -Genossenschaften.

Einen weiteren Erfolg konnte die Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" dadurch erreichen, daß auf ihren Vorschlag hin eine Ergänzung in den Kommentar zum Haushaltsposten 929 aufgenommen wurde, dem zufolge auch die Organisationen der Bauern in Zusammenarbeit mit den privaten Entwicklungshilfe-Organisationen an diesen Substitutionsmaßnahmen beteiligt werden können. Es wird so die Möglichkeit eröffnet, diese 10 Mio. ECU nicht nur an die Regierungen der Entwicklungsländer zu vergeben, sondern auch den viel direkteren und wirksameren Weg über private Entwicklungshilfe-Organisationen zu den Vereinigungen und Genossenschaften der Bauern im Süden zu beschreiten.



Neben diesen erfreulichen (Zwischen-) Ergebnissen der Kampagne muß man aber auch sehen, daß das EP mit der Bereitstellung von 10 Mio. ECU (d.h. von weniger als 2% des EG-Haushaltes für Nahrungsmittelhilfe) weit hinter den Forderungen der Kampagne (Umschichtung von mindestens 4% der Nahrungsmittelhilfe-Mittel) zurückgeblieben ist und daß das EP nur Gelder für Substitutions-Maßnahmen, nicht aber mehr Geld für Dreiecks-Operationen bereitgestellt hat.

Dreiecks-Operationen bedeuten, daß Nahrungsmittel in den Überschuß-Regionen der Dritten Welt aufgekauft werden und über meist kurze Entfernungen in die Mangelgebiete transportiert werden (wobei die Durchführung dieser Aktionen allerdings durch die schlechte Transport-Infrastruktur in diesen Ländern erschwert wird).

Einige der an der Kampagne beteiligten Gruppen (z.B. Frères des Hommes und Terre des Hommes Frankreich) haben in den letzten Jahren mit eigenen Mitteln und mit gutem Erfolg Dreiecks-Operationen durchgeführt, z.B. in Burkina Faso, im Senegal und in Zaire.

Diese 10 Mio. ECU sind ein kleiner Erfolg für die tragenden Organisationen der Kampagne. Bis dahin war es ein langer Weg: Bereits für den Haushalt 1985 waren die entsprechenden Änderungswünsche an die zuständigen EG-Institutionen herangetragen worden. Im ersten Haushaltsentwurf von Kommission und Rat wurden diese Reformvorschläge nicht berücksichtigt, das EP beschloß sie jedoch in erster Lesung, worauf sie der Ministerrat in seiner zweiten Vorlage wieder strich und das EP die Änderungen in seiner zweiten Lesung (leider) nicht mehr berücksichtigte.

Während der Prozedur der Haushaltsberatungen für 1986 stand das EP dann aber erfreulicherweise (bei sonst gleichem Ablauf) auch in zweiter Lesung zu den Reformvorschlägen.

Die Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" wird ihre Arbeit nach diesem Erfolg, dem intensive und langwierige Informations- und Lobbyarbeiten vorausgingen, nicht einstellen. Auf dem langen Weg zur Reform der Nahrungsmittelhilfe und zur Sicherung des Rechts der Völker, sich selbst zu ernähren, ist erst ein kleiner Schritt getan.

br

Nach wie vor wird die Kampagne zur Reform der europäischen Nahrungsmittelhilfe in der BRD nur von FIAN (Food First Information and Action Network) unterstützt.
Kontaktadresse:
FIAN
Postfach 1302
6906 Leimen

Neuerscheinungen

„Tourismus in der Dritten Welt". Von der Kritik zur Strategie: Das Beispiel Kapverde. Autorin Silke May, Campus Verlag Forschung, Bd. 463, 1985, 417 S.

„Feuer in der Dunkelheit". Gedichte aus der Alphabetisierungskampagne Nicaraguas in deutschen Nachdichtungen und Übersetzungen, 1985, 132 S., 14,– DM, Bezug: AS-Verlag, Pulvermühlstr. 3, 7400 Tübingen

„Arbeiten und lernen in Übersee". Das Handbuch der dt. Organisationen, Hrsg.: Matthias Ohm, Bonn 1985, Bezug: Gesellschaft für internationale Jugendkontakte e.V., Bürvigstr. 46, 5300 Bonn 2

„Die heimliche Kolonialmacht" von Rainer Falk, 14,80 DM, Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1985, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

„Apokalypse und Revolution" von Mostafa Arki, Bezug: Irisdruck, Galgenbergerstraße 17, 3200 Hildesheim

„Krisenregion Zentralamerika" Edition Nahua Nr. 10, Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal 1985

„Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell", Nahua Script 7, Bezug: Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1

„Parlamentarismus und Basisdemokratie", Die zwei Flügel der Partizipation, Nahua Script 4, Bezug: Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1

„Von der Volkskrankheit zur Krankheit des Teufels", Volksmedizin in Peru, vom Autor Enrique Blanco Cruz, 160 S., 18,– DM, Bezug: Verlag K.D. Vervuert, Frankfurt

„Nicaragua" von Wolfgang Dietrich, Heidelberger Dritte Welt Studien, Bd. 19, 314 S., 28 DM, HVA-Heidelberg

„Von der ‚Gran Aldea' zur ‚Metropole" Zur Entwicklung von Buenos Aires unter besonderer Berücksichtigung des Stadt-Land-Gegensatzes. Autorin Ludgera Klemp, 170 S., 20,– DM, Verlag breitenbach/Saarbrücken 1985, Bezug: Ludgera Klemp, Okerstr. 45, 1000 Berlin 44

„Thai-German NGO Partnership to Serve Kampuchean Refugees in Thailand", Hrsg.: Deutsche Welthungerhilfe/PDA, Bezug: Dt. Welthungerhilfe Pf 120509, Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

„Demokratie in Costa Rica – ein zentralamerikanischer Anachronismus?", Hrsg. M. Ernst und S. Schmidt, 223 S., 19,80 DM, Bezug: FDCL

„Aufstand gegen Apartheid" Dokumente und Analysen aus dem Widerstand, isp-pocket 14, 146 S., 14,80 DM, isp-Verlag Frankfurt

„Auf dem Weg zum Atomkrieg" – US-amerikanische Militärstrategie von Hans-Jürgen Schulz, 128 S., 12,80 DM, isp-Verlag, Frankfurt

„Sozialismus und Neostalinismus", Eine Stimme aus dem sowjetischen Untergrund von Alexander Simin, 178 S., 21,80 DM Bezug: isp-Verlag GmbH, Pf 111017, 6000 Frankfurt 1

„Fremdartig/Garip", Gedichte in dt. und türkischer Sprache von Orhan Veli Kanik, übersetzt von Yüksel Pazarkaya, 250 S., 24,80 DM, Bezug: Dagyeli, Herbartstr. 30, 6000 Frankfurt 1

„Banken, Kredite und die ‚Dritte Welt'" Hrsg.: AK Entwicklungspolitik im BDKJ Stuttgart, 92 S., broschiert, 5,– DM, Bezug: P. Sandner, Holzhauser Str. 31, 7000 Stuttgart 80

„Der Fliegenmelker und andere Erzählungen aus Damaskus", von *Rafik Schami*, 112 S., 14,80 DM, Bezug: Das Arabische Buch, Wundtstr. 13–15, 1000 Berlin 19

„Wem gehört das Land?" Soziale Aktionsgruppen in Indien, Hrsg. Uwe Hoering/Ruth Neuwirth/Bernd Scheel/ASW, 170 S., 12,80 DM, Bezug: Express Edition GmbH, Ritterstr. 60b, 1000 Berlin 61

„S.O.S. Rassismus" Biographie einer Aktion (Hrsg.) Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit – Regionalverband Nord e.V., 110 S., 9,80 DM, Bezug: Express Edition, Ritterstr. 60b, 1000 Berlin 61

„Lateinamerikanische Gewerkschaften zwischen staatlicher Gängelung und Autonomie", Fallstudien zu Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador und Guayana. Hrsg.: Luis Ramalho, ASA-Studien 6, 307 S., 28,– DM, Verlag breitenbach publishers

„Investitionsbelebung, erhöhte Auslandsproduktion und Beschäftigungsstabilisierung in dt. multinationalen Unternehmen" erster Auswertungsbericht von W. Olle und W. Oesterheld, 176 S., kostenlos, Bezug: Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit (FSA) an der FU Berlin, Albrechtstr. 36a, 1000 Berlin 41

„Wir alle sind Nicaragua" von der Autorin Helga Ballauf, 9,80 DM, ISP-Verlag, Frankfurt

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 90, Januar/Februar 1986
Schwerpunktthema: Heißer Kaffee – Das Geschäft mit dem Kaffee-Leben auf der Kaffee-Finca-Kaffee aus Nicaragua – Weitere Berichte zu Wahlen in Honduras – Brasilien – Natur und Umwelt in Cuba – Das Drama der Abtreibung (Nicaragua) – Ländernachrichten – Kulturszene – Solidaritätsbewegung
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Preis: 3,50 DM

epk – Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 5/85
Schwerpunkt: Katastrophenhilfe – „Heute tun wir mal was Gutes" – Aktueller Anlaß: Ein Jahr nach dem „Tag für Afrika" – Katastrophen in der Dritten Welt als Ausdruck von Unterentwicklung – Hintergründe und Entwicklung der internationalen und bundesdeutschen Katastrophenhilfe – Erfahrungen „rasender Katastrophenhelfer" – Die begrenzten Möglichkeiten der nichtstaatlichen Katastrophenprofis. – Nicht nur Nutzen, sondern auch Schaden bei der Vergabe von Nahrungsmittelzuschüssen – Dauerkatastrophen im Sahel und in Bangladesh – Giftgasunglück in Bhopal
Bezug: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 98/99
Schwerpunkt des Dezemberheftes ist Frauen in der Dritten Welt, Frauen hier. In diesem Teil wird über die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz in Nairobi berichtet, die Rundreise der ägyptischen Feministin Nawal El Saadawi ausgewertet, sowie das Protokoll des letzten BUKO-Frauen-Seminars veröffentlicht. Weitere Beiträge zum BUKO-Vorbereitungsseminar, zu Nicaragua, zur Pharma-Kampagne, zur Rüstungsexportkampagne und sieben Seiten Kultur.
Einzelheft 3,00 DM, Doppelheft 6,00 DM, Bezug: IG 3. Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Lateinamerika Nachrichten Nr. 143, Dezember 1985
Schwerpunkt: „Kaffee – gut gelaunt genießen!" Zur Geschichte des Kaffees – Kaffee in Nicaragua – Nachlese zur Aktionswoche: Gegen die Macht der Kaffeekonzerne. Weitere Themen: Friedensbemühungen in Schutt und Asche (Kolumbien) – Ausnahmezustand und Parlamentswahlen (Argentinien) – Generalstreik in Sicht? (Chile) – Notstand mit vielen Fragezeichen (Nicaragua) – Anmerkungen zum Nicaragua-Report der CDU
Bezug: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Preis: 4,50 DM

epd – Entwicklungspolitik 1/86
Besteht beim „Tag für Afrika 1986" die Gefahr, daß die Fehler des Vorjahres wiederholt werden? – Uganda: mit dem Abkommen von Nairobi kehrt kein Frieden ein. Das Militär diktiert weiter. – Fördert die freie Marktwirtschaft die Entwicklung in der Dritten Welt? Das BMZ hat Studien veröffentlicht, die daran zweifeln lassen. Und schließlich die alte Frage nach der Theologie der Befreiung in Westeuropa.
epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstraße 2–6, 6000 Frankfurt 17, Einzelpreis 3,00 DM, Doppelheft 4,50 DM

issa: informationsdienst südliches afrika Nr. 8 1985
Schwerpunkt: Gewerkschaften in Südafrika
Nach vier Jahren Diskussion und Vorbereitung ist in Südafrika die große Einheitsgewerkschaft gegründet worden. In einem ausführlichen Aufsatz wird die letzte Phase zur Gründung von COSATU analysiert. Dokumentiert wird außerdem die COSATU-Resolution zu Desinvestment und ein Positionspapier von SACTU.
Weitere Themen: Gewerkschaften und Widerstand – Ich arbeite für drei Männer – Verfolgung von Gewerkschaftern – Gewerkschaften gegen Apartheid – Südafrikas Vertragsbruch gegenüber Mosambik
Preis: 5,00 DM, Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Tagungshinweise

Seminare der Aktion „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit“, Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9–11, 6000 Frankfurt 60:
- Eröffnungsveranstaltung am 15.2.86 in Offenbach/Main
- Eröffnungsveranstaltung 14.–16.2.86 in Köln
- 14.–16.3.86, Frankfurt: „Frauen hungern nach Gerechtigkeit und Frieden“
- 18.–20.4.86, Frankfurt: Auswertungsseminar

„Zimbabwe — Entwicklungspolitische Länderkunde“, 18.–20.4.86, Evang. Akademie Hofgeismar, Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar

Ausstellung „ARTE POPULAR — Bilder einer Region Nicaraguas“
- 22.2.–15.3.86, Kassel
- 21.3.–6.4.86, Stuttgart
- 11.4.–1.5.86, Bielefeld
- 5.5.–17.5.86, Wiesbaden

Verein Curanderos, Motzstr. 8, 3500 Kassel

„Zusammenarbeit zur Entwicklung: Ist sie möglich?“, 7.–14.8.86, Agape
„Den Koran lesen, den Islam verstehen“, 16.–23.8.86, Agape
„Alte und neue Grenzen in Südafrika“, 24.–31.8.86, Agape
Zentrum AGAPE, 10060 Prali (TO), Italien

Nicaragua-Kurs, 1.5.86–31.1.87, Information und Anmeldung: Reisende Schule 3. Welt, Börderstr. 3, Menne, 3530 Warburg 1

„Geld regiert die Welt“, 14.–16.3.86
„Alternative ländliche Entwicklung — alternative Solidaritätsarbeit“, 21.–23.3.86
„Wie Hunger gemacht wird“, Entwicklungspolit. Filmseminar, 25.–27.4.86
„Solidarität spielerisch lernen“, 3.-Welt-Spiele als Methode in Jugend- und Erwachsenenbildung, 2.–4.5.86
„Wir leben von der Dritten Welt“, 10.–14.11.86
Information und Anmeldung: Eine-Welt-Werkstatt, O.-Romerostr., 2847 Barnstorf

„Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt“, 2.–4.5.86, Bad Boll
„Frontstaaten — im südlichen Afrika“, 13.–15.6.86, Bad Boll
Information und Anmeldung: Ev. Akademie, 7325 Bad Boll

„Stoppt die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika!“, 14.–16.2.86, Bremen, Information und Anmeldung: AAB, Blücherstr. 14, 53 Bonn

„Rühre meinen Nachbarn nicht an! — Rassismus in Europa“, 28.2.–2.3.86, Tutzing
„Partnerschaft — trotz allem! Strategien der Entwicklungspolitik“, 14.–16.3.86
Anm.: Ev. Akademie, Pf 227, 8132 Tutzing

„Monopoly. Ein Wochenendseminar zum Internationalen Währungsfonds für Schüler/innen ab 16 Jahren“, 21.–23.2.86, Gaiberg b. Heidelberg, Information und Anmeldung: Evang. Schülerarbeit Baden, Vorholzstr. 7, 75 Karlsruhe

Kongreß **„Wirtschaft — Umwelt — Zukunft“**, 21.–23.2.86, Freudenstadt
Information und Anmeldung: Freudenstädter Aktionseinheit gegen Waldsterben, Postfach 570, 7290 Freudenstadt

Oster-Workcamps des Service Civil International: Freigwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt-Projekten. Für diese Camps werden auch Camp-Leiter/innen gesucht. Information: SCI, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Seminar der Kritischen Aktionäre von BASF, BAYER, DEWAG, Daimler-Benz, Deutsche Bank etc., 21.–23.2.86, Information und Anmeldung: Wolfram Esche, Schillstr. 9, 5000 Köln 60

„Militärische Auseinandersetzungen in der Dritten Welt“, 25.–27.4.86, Hamburg, Information und Anmeldung: Wiss. Vereinigung für Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie, Postfach 84 26, 44 Münster

„Dritte Welt bei uns — Einführung in Ausländerpolitik und Asylproblematik für Dritte-Welt-Gruppen“, 28.2.–2.3.86, Wuppertal, Information und Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50

„Kriegsgebiet Naher und Mittlerer Osten“, 14.–16.2.86, Bonn, Information und Anmeldung: BUKO-Koordinationsstelle, Buchtstr. 14/15, 28 Bremen 1

„Sowjetunion und Dritte Welt: Ausbeutung oder brüderliche Hilfe?“, 18.–20.4.1986
Information und Anmeldung: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 52, 4630 Bochum

„Pestizide — Baumwolle — Textilien — Arbeitsplätze vom Baumwollfeld bis zur Fabrik“, 4.–6.4.86, Hamburg, Information und Anmeldung: Dritte Welt Markt, Bundesstr. 28, 2000 Hamburg 13.

„Entwicklungspolitik im Schweinestall? — Futtermittelimporte als Gegenstand der Dritte-Welt-Arbeit.“ 28.2.–2.3.86, Lichtenstein, Information und Anmeldung: AK Dritte Welt Reutlingen, Lederstr. 34, 7410 Reutlingen

Studienkonferenz **„Theologie der Befreiung — Option für die Armen oder Ideologie?“** 13.–14.2.86, Walberberg, Information und Anmeldung: Thomas-Morus-Akademie, Postfach 10 03 46, 5060 Bergisch-Gladbach 1

„Kranksein und Migration in Europa“, Heidelberg, Information und Anmeldung: Völkerkundemuseum, Hauptstr. 235, 6900 Heidelberg

„Die Macht der Multis ist verletzlich!“, 8./9.3.86, Düsseldorf.
Information und Anmeldung: BDKJ Diözesanstelle, Marzellenstr. 32, 5000 Köln 1

„Entwicklungspolitik für/von Frauen und Wege zu einer internationalen Frauenpolitik“, 14./15.2.86, Alfter-Roisdorf, Information und Anmeldung: Die GRÜNEN im Bundestag, Bundeshaus Bonn

Seminare des AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho:
„Drei Welten oder eine — eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge“, 17.–21.2.86, Bünde.
„Funktionswandel der Familie hier und in der dritten Welt“, 28.2.–2.3.86, Vlotho
„Heim“-Kehr in die Fremde, 28.2.–2.3.86, Bielefeld
„Hunger ist kein Schicksal, Hunger wird gemacht.“, 14.–16.3.86, Bielefeld
„Sambia — ein länderkundliches Seminar“, 18.–20.4.86, Vlotho
„Wir deutschen und ausländischen Frauen: Wie gleich sind wir eigentlich?“ 25.–27.4.86, Siegen

FOTOAUSSTELLUNG



Desertifikation

Verwüstung in der Sahelzone

10 Tafeln im Format 60 × 80, auszuleihen bei der



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
Tel.: (030) 2 51 02 65

Kosten: DM 50,- für die erste Woche; jede weitere Woche DM 10,- plus Porto. Terminwünsche bitte rechtzeitig mitteilen.

Die Fotoausstellung zeigt die Erscheinungsformen der Zerstörung von Ackerland und Weideflächen, das Entstehen wüstenähnlicher Bedingungen. Verschiedene Ursachen - Monokulturen, Erosion, Überweidung, Abholzung - werden genannt und mögliche Maßnahmen einer von der Bevölkerung selbstgetragenen Erosionsbekämpfung vorgestellt.



Viktor Lüpertz
Bergstr. 6

D-7801 Oberried

665/ 1/51934/131

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg